

Informationen

303 *zur politischen Bildung*

bpbb

2/2009



Afrika – Schwerpunktthemen



Inhalt

Ein Afrika gibt es nicht	4
Herausforderungen und Chancen für die Politik	6
Folgen kolonialer Grenzziehung	6
Staatsversagen und Staatszerfall	8
Zwischen Demokratie und Autoritarismus	11
Medien und Zivilgesellschaft	14
Neue und alte Kriege	15
Friedensmissionen	19
Ressourcenreichtum	21
Klimawandel	23
Alte und neue Ursachen von Migration	26
Funktion der Transitstaaten	28
Die Rolle der Diasporas	30
Kontinuität und Wandel in der Gesellschaft	32
Sprachenvielfalt auf dem Kontinent	32
Identitäten in Politik und Gesellschaft	35
Urbanisierung – Risiken und Chancen	37
Gesellschaftliche Folgen der Landflucht	39
Frauenrechte im islamisch geprägten Nordafrika	42
Ausprägungen und Einfluss des Islam	45
Kultur im Wandel	50
Afrika in der internationalen Politik	52
Die Afrikanische Union (AU)	52
Regionalorganisationen	56
Rolle Frankreichs und Großbritanniens	57
Neue Mächte auf dem Kontinent	59
Europäisch-Mediterrane Zusammenarbeit	61
Die Verträge von Lomé und Cotonou	63
Deutsche Afrikapolitik	65
Auf der Suche nach einer neuen Rolle	70
Literaturhinweise	72
Impressum	74



Das Bild von Afrika in der westlichen Öffentlichkeit ist häufig geprägt von Klischees und Vorurteilen. Mit weit reichenden Folgen: „Eine Geschichte [...] hat nur dann eine Chance [...], wenn sie den Erwartungshaltungen entspricht, die der Westen gegenüber Afrika hat. Aids, Bürgerkriege, Korruption, Busch und Hütten, das geht. Eine eskapistische, visionäre oder den wirklichen Alltag beschreibende Literatur hingegen hat keine Chance. Und das Schlimmste daran ist, dass die meisten von uns die Erwartungen von außen bereits verinnerlicht haben“, so der malawische Autor und Journalist Shadreck Chikoti.

Was für die Literatur gilt, gilt mehr noch für die Berichterstattung, für Bilder und Nachrichten, die über die Medien weltweit verbreitet werden. Afrika scheint in seinen kulturellen Traditionen verfangen und der westlich geprägten globalisierten Moderne vermeintlich nicht gewachsen zu sein. Dabei wird oftmals übersehen, dass die angelegten Maßstäbe den Realitäten und Gegebenheiten vor Ort nicht angemessen sind. Die Sicht des Westens und seine Lösungsansätze haben – wie die Entwicklungspolitik der Vergangenheit verdeutlicht – nicht immer zu Afrika gepasst.

Die negativen Bilder und Nachrichten zeigen aber nur einen Teilausschnitt der afrikanischen Wirklichkeit. Sie blenden aus, dass die Lebenswelten auf dem Kontinent wesentlich vielfältiger und vielschichtiger sind. Neben Staaten, in denen Bürgerkrieg herrscht, die Eliten sich bereichern und elementare Infrastrukturen fehlen, gibt es Länder mit demokratisch gewählten Regierungen, einer aktiven Zivilgesellschaft und wirtschaftlichen Erfolgen. Ghana ist ein Beispiel für diese positive Entwicklung. Dort haben seit 1992 bereits viermal friedliche freie Wahlen stattgefunden, zweimal übernahm die jeweilige Opposition die Regierungsgewalt.

Anders als das Vorgängerheft, das primär die Unterschiede zwischen den Regionen und Ländern beleuchtete, unterzieht die vorliegende Darstellung den gesamten Kontinent einer Reihe von zentralen Fragestellungen: Welche Herausforderungen und Chancen stellen sich der afrikanischen Politik? Welche Entwicklungen vollziehen sich in den Gesellschaften zwischen Tradition und Moderne? Welche Rolle spielt Afrika

auf der internationalen Bühne? Deutlich werden dabei die kolonialen Weichenstellungen, die den Kontinent nach der Unabhängigkeit geprägt haben, aber auch eigene Neuansätze. Erörtert werden die Probleme und Möglichkeiten, die aus Afrikas Ressourcenreichtum erwachsen und seine besondere Gefährdung durch den Klimawandel.

All dies hat Auswirkungen auf die Gesellschaften der afrikanischen Staaten. Sie unterliegen einem Wandel, den die zunehmende Urbanisierung ausgelöst hat und der die Familienstrukturen verändert. Angesichts dieser Umbrüche haben Tradition und Religion für die Menschen weiterhin eine große Bedeutung.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist Afrika wieder mehr in den Fokus der internationalen Politik gerückt. Als Rohstoff- und Energiemarkt, aber auch als Verbündeter und Partner in internationalen Organisationen wie UNO und WTO ist es sowohl für die „alten Mächte“ als auch für die neuen „Global Players“ von Interesse. Aus deren Bemühen um den Kontinent erwächst Afrika ein verstärktes Selbstbewusstsein. Die Afrikanische Union und ihr Entwicklungsprogramm NEPAD zeigen ebenso wie ihre Bereitschaft zum Engagement in der Konfliktbewältigung, dass Afrika seine Probleme aus eigener Kraft und in eigener Verantwortung angehen will.

Diese Initiative braucht allerdings Unterstützung – aus humanitären, aber auch aus wirtschaftlichen und strategischen Erwägungen. Für Bundespräsident Horst Köhler „entscheidet sich die Menschlichkeit unserer Welt am Schicksal Afrikas“, doch „Hilfe für Afrika wird nur funktionieren, wenn es ein afrikanischer Weg ist, mit afrikanischer Kultur, afrikanischem Charakter und afrikanischem Profil“.

Jutta Klaeren



Stefan Mair / Isabelle Werenfels

Ein Afrika gibt es nicht

Afrika bietet eine große regionale, kulturelle und ethnische Vielfalt, neben den territorialen weist der Kontinent historisch gewachsene, politische und wirtschaftliche Trennlinien auf. Doch es zeigen sich auch viele Gemeinsamkeiten.

Afrika gibt es nicht! Unter diesem 1994 erschienenen Buchtitel stellte Georg Brunold, der Afrika-Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung, am Ende seiner langjährigen Berichterstattung seine Eindrücke aus dem Kontinent zusammen. Er meinte damit, dass sich der Kontinent angesichts seiner Vielfalt als Ganzes gar nicht erfassen ließe – eine Empfindung, die sicherlich jeder teilt, der sich mit Afrika intensiver beschäftigt. Tatsächlich sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen, zwischen den Staaten und Gesellschaften immens.

Der regionale Bezugspunkt Nordafrikas war schon seit jeher eher das Mittelmeer mitsamt dessen nördlichen und östlichen Anrainern als die Region südlich der Sahara. Auch die Menschen am Horn von Afrika, insbesondere die Gesellschaften Äthiopiens, Somalias und Nordsudans, haben nach eigenem Selbstverständnis wenig mit den Nachbarn südlich der Sahara gemeinsam. In West- und Ostafrika gab es bereits vor der Kolonialzeit starke Austauschbeziehungen und Wanderungsbewegungen, die eigenständige Integrationsräume entstehen ließen. Das südliche Afrika erschloss sich dem restlichen Afrika erst spät durch die Einwanderung der Bantu ab 500 n. Chr. und erfuhr dann ab dem 17. Jahrhundert eine eigenständige Prägung durch die Niederlassung europäischer Siedler.

Die stärkste zwischenregionale Kluft besteht indes zwischen Nordafrika und Afrika südlich der Sahara. Sie hat sich über die Jahrhunderte eher verstärkt: Nordafrika unterscheidet sich durch seine eindeutig islamische Prägung, die arabische Sprache, seine Sonderrolle zur Kolonialzeit und – nicht zuletzt – durch sein regionales Selbstverständnis in der Moderne



El Tabia Moschee am Place Halfaouine in Tunis, Tunesien: Nordafrika ist im Unterschied zu Subsahara-Afrika eindeutig islamisch geprägt ...

und seine immer stärker formalisierte und institutionalisierte Anbindung an Europa. Aber trotz dieser regionalen Eigenheit Nordafrikas gab es auch stets historisch verbindende Elemente: den Transsahara-Handel, den intensiven Austausch zwischen dem pharaonischen Ägypten und den nubischen Königreichen seit dem 9. Jahrhundert v. Chr. sowie in jüngerer Zeit die Bemühungen um panafrikanische Ansätze der Integration und Kooperation. Darüber hinaus existieren gesellschaftliche Bande: Die Netzwerke der Sufi-Bruderschaften erstrecken sich von Nordafrika bis in westafrikanische Staaten wie Senegal und Nigeria, und die Tuaregstämme Algeriens und Libyens finden sich auch in den Sahelstaaten Mali, Niger und Tschad. Nicht zuletzt üben Staaten wie Sudan oder Mauretanien eine Scharnierfunktion zwischen Subsahara- und Nordafrika aus: Sie orientieren sich politisch stark an der arabisch-islamischen Welt und gehören auch deren Regionalorganisationen an, große Teile ihrer Bevölkerungen definieren sich jedoch als afrikanisch.

Es sind aber nicht nur die Unterschiede zwischen den Regionen, die Brunold wie viele andere zu der Feststellung kommen ließen, Afrika gäbe es nicht. Sie wird untermauert durch eine Reihe weiterer Charakteristika, darunter die außerordentlich große sprachliche und ethnische Vielfalt Afrikas. Es gibt schätzungsweise 2000 Sprachen und fast genauso viele eigenständige Volksgruppen. Diese Vielfalt wurde im Kolonialismus vor allem durch die französische und britische Kolonialherrschaft überlagert, die zur gängigen Unterscheidung zwischen dem anglophonen und dem frankophonen Afrika führte. Im wei-



Issouf Sanogo / AFP / Getty Images

... während sich Schwarzafrika durch seine ethnische Vielfalt hervorhebt. Markttag in Libreville, Gabun

teren Verlauf wurden die Volksgruppen Afrikas in letztendlich 53 Staaten gepresst, deren Grenzziehung wenig Rücksichten auf gewachsene soziale Zusammenhänge oder zwischengesellschaftliche Unverträglichkeiten nahm.

Nach Erreichen der Unabhängigkeit und bis zum Ende des Ost-West-Konflikts bestand das wesentliche trennende politische Element zwischen den afrikanischen Staaten darin, wessen Partei sie im Kalten Krieg ergriffen. Seit dessen Ende beschleunigte sich der Differenzierungsprozess. Eine Welle der Demokratisierung erfasste die meisten Staaten südlich der Sahara, in nur wenigen von ihnen hinterließ sie jedoch halbwegs konsolidierte Demokratien. Andere Staaten zerfielen oder glitten in lange Jahre des Bürgerkriegs oder der Gewaltherrschaft ab. Nordafrika schließlich wurde von der Demokratisierungswelle nur am Rande erfasst und verblieb unter autoritärer Herrschaft.

Wirtschaftliche Reformen und verbesserte Regierungsführung, aber auch hohe Einnahmen aus dem Verkauf von Rohstoffen verhalfen einigen afrikanischen Staaten zu beträchtlichen wirtschaftlichen Wachstumsraten. Doch in nur wenigen Fällen konnte die Mehrheit der Bevölkerung davon durch vermehrten Wohlstand und verbesserte soziale Entwicklung profitieren. Insbesondere die Bürgerkriegsstaaten mussten in den vergangenen zehn bis 20 Jahren einen dramatischen wirtschaftlichen Niedergang erleben.

Bei aller Unterschiedlichkeit haben die afrikanischen Staaten aber auch Gemeinsamkeiten: Fast alle wurden kolonial geprägt und haben langjährig Entwicklungshilfe er-

halten. Gemessen an gängigen Indikatoren wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung liegen die meisten Länder Afrikas deutlich unter dem weltweiten Durchschnitt. Überproportional verbreitet sind schwache staatliche Institutionen sowie persönliche und traditionelle Bindungen und Loyalitäten als Dominanten der Politik. Auch Korruption und Patronage spielen in Afrika eine größere Rolle als in anderen Weltregionen. Darüber hinaus weisen traditionelle und moderne Kulturformen Ähnlichkeiten auf und schaffen so Gemeinsamkeiten. Schließlich machen auch viele der neueren Herausforderungen, mit denen sich der Kontinent konfrontiert sieht, keinen Halt an der imaginären Grenze zwischen dem nördlichen und dem südlichen Afrika. Das gilt für Migrationswellen genauso wie für die Folgen des Klimawandels oder für transnationale dschihadistische Netzwerke.

Letztlich hängt es vom Bezugsrahmen ab, ob es sinnvoll ist, von Afrika verallgemeinernd zu sprechen oder dessen Vielseitigkeit zu betonen. Wie im Falle Europas wird der Kontinent in bestimmten Zusammenhängen als Einheit oder gar einheitlich handelnder Akteur betrachtet – wenn es beispielsweise um seine Rolle in der internationalen Politik geht oder um die Herausforderungen, denen Afrika sich durch die Globalisierung ausgesetzt sieht.

Nachdem das erste Afrikaheft die Unterschiede anhand der einzelnen Regionen des Kontinents und ausgewählter Länder vorgestellt hat, soll diese Ausgabe die Gemeinsamkeiten herausarbeiten und dennoch der Differenziertheit des Kontinents gerecht werden.

Herausforderungen und Chancen für die Politik

Afrika hat erst spät zu staatlicher Identität gefunden. Schwache staatliche und zivilgesellschaftliche Institutionen und Verteilungskonflikte um wertvolle Ressourcen fördern gewaltsame Auseinandersetzungen sowie Flucht- und Auswanderungsbewegungen. Die Auswirkungen des Klimawandels stellen neue Herausforderungen dar.



Erbe der Vergangenheit: Auf der Berliner Kongokonferenz 1884/1885 wurde die rechtliche Grundlage für die Aufteilung Afrikas in Kolonien gelegt. Karikatur aus L'illustration 1885

Folgen kolonialer Grenzziehung

Andreas Eckert

Ende des 19. Jahrhunderts legten die Europäer im Wettstreit um Kolonien in Afrika internationale Grenzen fest, die heute noch weitgehend Geltung haben. Innerhalb dieser Grenzen begannen sie, die von ihnen eroberten Gebiete in kolonialen Verwaltungsstaaten zu organisieren. Wo früher eine Vielzahl unterschiedlichster politischer Systeme nebeneinander existiert hatte, wurde der territoriale Verwaltungsstaat zum allein gültigen staatlichen Organisationsmodell. Die von den Kolonialherren vorgenommenen Grenzziehungen nahmen vielerorts keine Rücksicht auf historisch gewachsene Gegebenheiten. So gerieten große Teile des zum Kalifat Sokoto gehörenden Emirats Adamaua im heutigen Kamerun unter deutsche Herrschaft; dessen politisches Zentrum Yola hinge-

gen wurde von den Engländern zu Nordnigeria geschlagen. Diese willkürlich gezogenen Grenzen werden nicht selten als eines der Grundübel in Afrika angesehen. Sie brachten Probleme mit sich, indem sie Freunde trennten und Feinde zwangsweise vereinigten. Die neuen Grenzen verteilten Großfamilien auf unterschiedliche europäische Verwaltungs- und Sprachgebiete, unterbrachen aber auch Handelsrouten, die Bevölkerungszentren verbunden und den Austausch etwa von Nahrungsmitteln ermöglicht hatten. Dennoch sollte die Bedeutung der Grenzen nicht überbewertet werden. Zumindest bis zum Zweiten Weltkrieg verfügten die kolonialen Staaten nicht über die Durchsetzungskraft, die Mobilität der Menschen zu begrenzen.

Erst in der Periode der Dekolonisierung wuchs der Stellenwert der Grenzen beträchtlich. Die Auseinandersetzungen um wertvolle Ressourcen und die Ausbildung politischer Klientelsysteme im Kampf um die Unabhängigkeit fanden

Nation-Building

Andreas Eckert

Auf den einst im Gefolge von Imperialismus und Kolonialismus aufgestiegenen „Exportschlager Nationalstaat“ (so der Historiker Wolfgang Reinhard) wirken Kräfte von innen („Tribalismus“ = „Stammesbewusstsein“ – siehe S. 35 f.) wie von außen (Globalisierung), die offenbar für eine Erosion staatlicher Strukturen sorgen. Eine Reihe afrikanischer Länder wie Somalia oder die Demokratische Republik Kongo firmieren inzwischen als klassische Beispiele für „Staatszerfall“. Der englische Publizist und Historiker Basil Davidson,

der einst den Freiheitskampf der Afrikaner mit Engagement und Sympathie begleitet hatte, bezeichnete den Nationalstaat gar in ironischer Abwandlung einer zentralen Metapher des imperialistischen Diskurses als „Bürde des schwarzen Mannes“. Die Zerbrechlichkeit afrikanischer Staaten wird häufig darauf zurückgeführt, dass sie „künstlich geschaffen“ worden seien; denn die nationale Unabhängigkeit in Afrika war in der Regel ja nicht das Resultat oder die Folge eines Bewusstseins nationaler Identität und Einheit, sondern ging diesem voraus. In Ermangelung von Gemeinsamkeiten wie Sprache oder Religion beauftragten die jungen Nationen

zunächst die Historiker, eine nationale Identität zu definieren sowie ein nationales Bewusstsein zu schaffen.

Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit war der unitarische, die Zentralgewalt stärkende Nationalstaat das Bezugsmotiv nicht nur der Modernisierungstheoretiker, sondern auch der Sozialisten. Frantz Fanon, der radikale Theoretiker einer antikolonialen Revolution, sprach gar davon, es sei notwendig, alle Regionalismen und Tribalismen zu „liquidieren“, sonst müsse die Einheit des Volkes eine Schimäre, ein Trugbild, bleiben. Skepsis, Kritik oder gar Widerstand gegen die Politik der Regierung galten den Herrschenden als



picture-alliance / dpa

Protagonist einer neuen Elite: Jomo Kenyatta (M.) legt am 5. Juni 1963 in Nairobi den Amtseid ab, rechts der britische Gouverneur Malcolm MacDonald. Nur selten erfüllten die Eliten die Erwartungen, die in sie gesetzt wurden.

innerhalb der politischen Staatsgrenzen statt – und diese wurden von den neuen nationalen Eliten nun verteidigt und zementiert. Den zumeist in Europa ausgebildeten Führungskräften der jungen afrikanischen Staaten war bewusst, welche Gefahren eine Revision der kolonialen Grenzen barg. Sie rechneten damit, dass es in einem solchen Fall – ähnlich wie im Europa des 19. Jahrhunderts – zu zahlreichen Kriegen kommen würde. Die neuen Staaten Afrikas versprachen sich daher, die Grenzen gegenseitig zu respektieren; dass diese Grenzen von Fremden willkürlich gezogen worden waren, oft vor der faktischen Eroberung und ohne Kenntnis der Gesellschaften, die beiderseits lebten, nahm man in Kauf. Diese Entscheidung wurde in den ersten Jahrzehnten der Unabhängigkeit in bemerkenswerter Weise durchgehalten. Der Ost-West-Konflikt, in dem die Groß- und Supermächte USA und Sowjetunion um Einflusszonen rivalisierten, trug wesentlich dazu bei, den territorialen Status Quo und damit die Grenzen

in Afrika zu bewahren. In der Regel sind dort Grenzfragen bis heute eher Auslöser oder Vorwand zwischenstaatlicher Auseinandersetzungen, nie die eigentlichen Kriegsgründe. Nach dem Ende des Kalten Krieges nahmen gewaltsame Grenzkonflikte in Afrika zwar auffallend zu, Nigeria und Kamerun etwa stritten über mehrere Jahre zum Teil mit Waffen um die öl- und fischreiche Bakassi-Halbinsel, und auch der Grenzkrieg zwischen Eritrea und Äthiopien Ende der 1990er Jahre sorgte für Schlagzeilen. Allerdings sind viele afrikanische Staaten bereit, bei Grenzstreitigkeiten den Internationalen Gerichtshof in Den Haag anzurufen und sich dessen Rechtsprechung zu unterwerfen. Die in der Regel willkürlichen kolonialen Grenzen haben sicherlich politische und wirtschaftliche Probleme geschaffen und neue regionale Identitäten produziert. Doch weniger diese Grenzen, als vielmehr die Schwäche der postkolonialen Staaten ist die Hauptursache vieler der gegenwärtigen Konflikte südlich der Sahara.

Gefährdung der ohnehin noch fragilen nationalen Einheit und des gesellschaftlichen Fortschritts. So wurden Gewerkschaften und Oppositionsparteien bald eingehegt oder gar verboten. Die Existenz von Ethnizität bedrohte in dieser Perspektive den gesamten Entwicklungsprozess. „Damit die Nation leben kann, muss der Stamm sterben“, fasste Samora Machel, der langjährige Führer der antikolonialen Befreiungsbewegung Frelimo und spätere Staatspräsident Mosambiks (1975 bis 1986), diese Haltung prägnant zusammen. Doch während die afrikanischen Politiker einerseits das Stammesdenken ablehnten und rituell die Überwindung des Tribalis-

mus forderten, zögerten sie andererseits nicht, an „Stammesgefühle“ zu appellieren bzw. ethnische Solidarität zu fordern, wenn es ihren eigenen Zielen dienlich war. Schon die Kolonialherren hatten es während der Dekolonisationsperiode geduldet oder sogar gefördert, dass ethnische Gegensätze im Kampf um Ämter und politische Macht aktiviert (und neu interpretiert) wurden.

Den afrikanischen Eliten des nachkolonialen Afrika gelang es in der Regel nicht, den Nationalstaat durch Leistung, Entwicklung und politische Teilhabe zu legitimieren. Doch selbst wenn mangelnde Legitimität und das Ausbleiben von

staatlichen Wohlfahrtsleistungen partikulare Identitäten und Loyalitäten immer wieder bestärken, hat sich der Staat als politischer Bezugsrahmen behaupten können. Es ist nicht unzureichendes Nationalgefühl, das die Anfälligkeit afrikanischer Staaten verursacht. Vielmehr erschweren deren defizitäre Steuerungs- und Regelungskapazitäten die Entfaltung nationaler Identitäten. Ganz verhindert haben sie sie jedoch nicht. In zahlreichen Staaten Afrikas haben sich in den letzten Dekaden deutlich nationale (Alltags-) Kulturen herausgebildet, die sich nicht nur bei Sportereignissen und im kulinarischen Bereich offenbaren.

Staatsversagen und Staatszerfall

Stefan Mair

In der Moderne wird ein Staat dann als leistungsfähig eingestuft, wenn er im Wesentlichen drei Funktionen erfüllt:

- die Sicherheit seiner Bürger vor physischer Gewaltausübung oder deren Androhung zu gewährleisten;
- der Gesellschaft und Wirtschaft eine politische und rechtliche Ordnung zu geben, die als legitim akzeptiert wird;
- und ein Mindestmaß an existenzieller und sozialer Infrastruktur bereitzustellen, dazu gehören die Versorgung mit Wasser, Energie und Verkehrswegen sowie mit Gesundheit und Bildung.

Dass diese drei Funktionen notwendig sind, damit von Staat gesprochen werden kann, ist unumstritten. Dissens besteht hingegen in der Frage, wann staatliche Funktionen als erfüllt gelten können. Ist eine rechtliche und politische Ordnung nur dann legitim, wenn sie demokratisch ist? Wie weit geht die Verantwortung des Staates in der Gesundheits- und Bildungsversorgung? Ebenso kontrovers ist die Debatte darüber, bis zu welchem Grad ein Staat noch als „versagend“ eingestuft werden kann und wann er bereits als „zerfallen“ zu gelten hat. Eng verbunden mit dieser Diskussion ist der Streit darüber, ob die genannten drei Staatsfunktionen gleich wichtig sind. Oft wird die Garantie von Sicherheit als die bedeutendste Aufgabe angesehen: Nur wenn ein Staat das Monopol über die Gewaltausübung in seinem Territorium durchsetzen kann, ist er ein funktionierender Staat. Obgleich diese Aussage einleuchtend klingt, stellen sich auch hier in der Praxis Einordnungsprobleme. Sollten beispielsweise die USA tatsächlich wegen der hohen Kriminalitätsraten, die einige amerikanische Innen-

stadtbezirke in den 1970er und 1980er Jahren aufwiesen, als versagender Staat charakterisiert werden?

Afrika bietet einige Beispiele, in denen das Urteil über Staatszerfall leichter zu fällen ist. Das trefflichste unter ihnen ist sicherlich Somalia, das 1991 aufgehört hat als Staat zu existieren. Es gibt keine anerkannte Zentralgewalt mehr; stattdessen ist das Land aufgeteilt in kleinräumige Einflusszonen von Kriegsherren und Clanchefs. Dokumente des somalischen Staates werden international nicht mehr anerkannt; wirtschaftliche Entwicklung findet nicht mehr statt, da Produktionsbetriebe jederzeit damit rechnen müssen, geplündert oder enteignet zu werden. Neben dem Export von Vieh auf die arabische Halbinsel wird die Volkswirtschaft deshalb von illegalen Einnahmequellen bestimmt: Piraterie, Drogenproduktion und -schmuggel. Sicherheit muss durch die Bezahlung schwerbewaffneter privater Sicherheitskräfte teuer erkaufte werden. Nur dort, wo islamische Geistliche die Gültigkeit der Scharia durchsetzen können, besteht in Ansätzen Rechtssicherheit. Gesundheits- und Bildungseinrichtungen gibt es nur dort, wo sie von privaten Trägern oder Nichtregierungsorganisationen betrieben werden. Gegen diesen Trend hat sich allein im Norden Somalias ein Landesteil gestellt, der besser funktioniert als so mancher andere afrikanische Staat. Diesem als Somaliland bezeichneten Territorium wird aber nach wie vor die internationale Anerkennung verweigert.

Somalia ist sicherlich ein Extrembeispiel des Staatszerfalls in Afrika, aber nicht das einzige. Der Osten der DR Kongo befindet sich seit fast zehn Jahren beinahe komplett außerhalb zentralstaatlicher Kontrolle. Auch den dort eingesetzten internationalen Friedenstruppen gelang es nicht, diese wiederherzustellen. In weiten Teilen des Tschad, des Sudan, Guineas und Nigers ist der Staat faktisch nur mit isolierten Außenposten vertreten. Im Falle der Zentralafrikanischen Republik hält sich der Spott, die Macht des Präsidenten ende bei Kilometerstein 25 außerhalb der Hauptstadt. Aber auch sonst relativ gefestigte Staaten Afrikas versagen bei der Gewährleistung der essenziellen Aufgabe, ihre Bürger vor Gewalt zu schützen. Die Großstädte Südafrikas weisen seit Jahren im weltweiten Vergleich äußerst hohe Kriminalitätsraten auf, in einigen *Townships* des

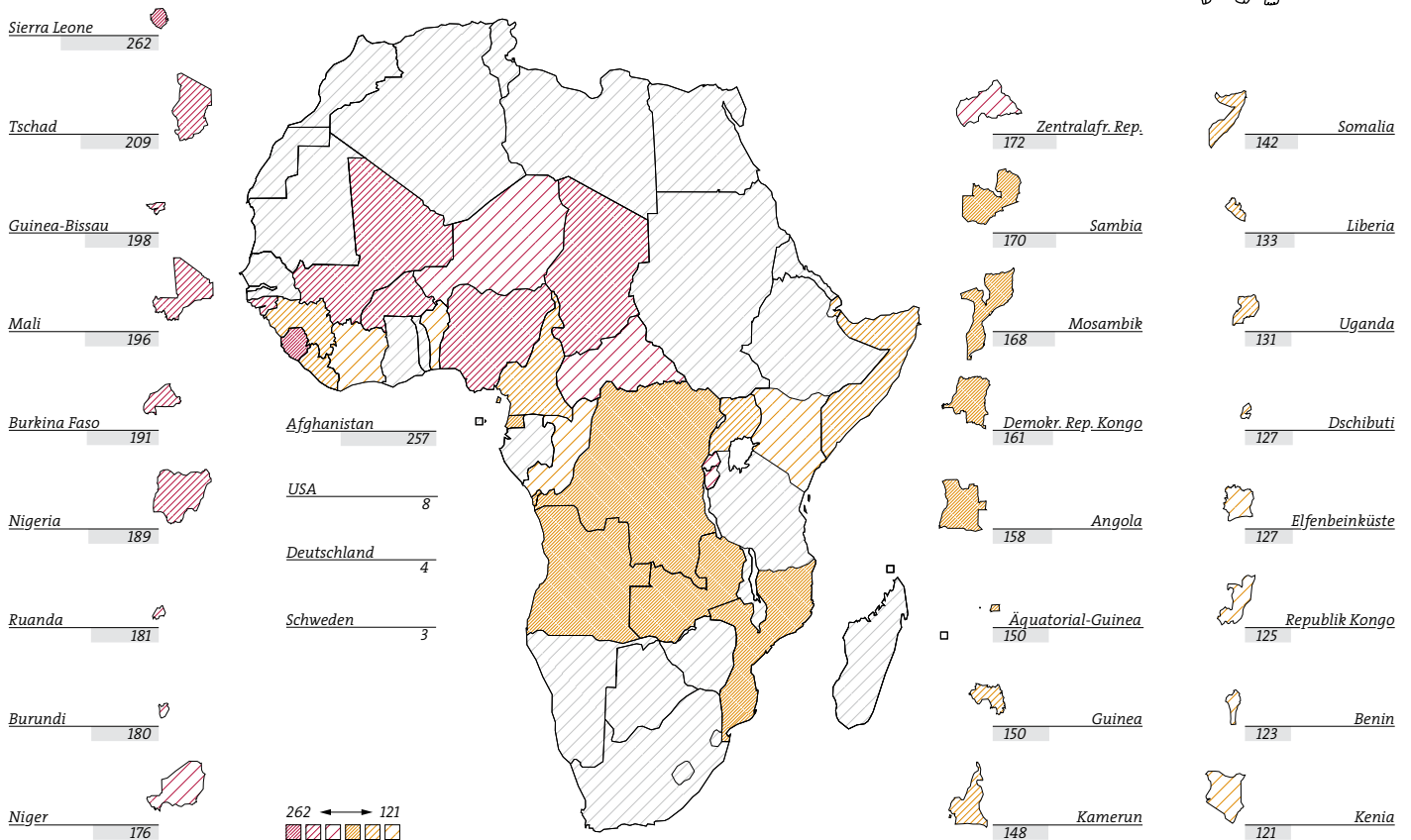
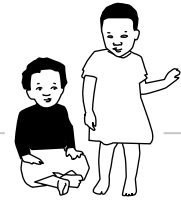
Somalia hat als Staat aufgehört zu existieren. Milizen und Rebellentruppen beherrschen das Land. Milizionäre der radikalen Hizb al-Islamiya (Partei des islamischen Rufes) in den Straßen von Mogadischu im Mai 2009



Mohamed Dahir / AFP / Getty Images

Überlebenschancen

Von je 1000 Kindern sterben in diesen Ländern so viele, bevor sie das fünfte Lebensjahr erreicht haben:



http://www.who.int/whosis/whostat/EN_WHS09_Table1.pdf; Stand 2007

Landes können sich die Polizisten nur in befestigten Gebäuden aufhalten und in schwer bewaffneten Konvois bewegen. Ähnliches gilt für das Grenzgebiet Kenias zu Somalia oder für den Norden Ugandas.

Betrachtet man die anderen beiden Staatsfunktionen – die Herstellung einer legitimen politischen und rechtlichen Ordnung sowie staatliche Dienstleistungen im Wohlfahrtsbereich – zeigen sich in vielen afrikanischen Staaten Defizite. Zwar wird seit Beginn der 1990er Jahre die Mehrzahl nicht mehr autoritär regiert, doch sind die neu entstandenen demokratischen Systeme noch sehr fragil, und autoritäre Strukturen bestehen oftmals fort. Verfassungsreformen sind häufig, Machtwechsel eher selten. Ein noch größeres Problem ist es, Rechtsstaatlichkeit durchzusetzen. Die Gerichte gelten als überlastet und korrupt, so dass Gleichheit vor dem Recht kaum gegeben ist. Die Polizei ist schlecht ausgebildet und bezahlt, so dass sie nicht nur ihre Aufgaben kaum erfüllen kann, sondern das Amt zur Eintreibung von Bestechungsgeldern missbraucht oder sich sogar selbst an kriminellen Aktivitäten beteiligt.

Der schlechte Zustand der physischen Infrastruktur in Afrika ist neben der mangelnden Rechtssicherheit noch immer eines der zentralen Hemmnisse für die wirtschaftliche Ent-

wicklung. Große Gebiete des Kontinents sind kaum durch geteerte Straßen, Schienen oder Stromleitungen erschlossen. Dort, wo es sie gibt, befinden sie sich häufig in schlechtem Zustand. Nach Angaben der UNESCO von 2003 mangelt es 27 Prozent der afrikanischen Bevölkerung noch immer an Zugang zu frischem Trinkwasser. Selbst wenn sich in den vergangenen Jahrzehnten die Einschulungsraten in den afrikanischen Staaten deutlich verbessert haben, ist die Zahl derer, die die Schule vorzeitig verlassen, nach wie vor hoch, die Ausbildung der Lehrer schlecht und die Qualität des Lehrmaterials niedrig; die Schulklassen sind überfüllt, und der Unterricht muss nicht selten unter freiem Himmel stattfinden. Das Gesundheitswesen kann in einigen Staaten Afrikas nicht einmal eine Grundversorgung sicherstellen und ist darüber hinaus mit einer hohen Zahl von HIV/Aids-, Malaria- und Tuberkulosefällen konfrontiert. Extrem hohe Sterblichkeitsraten von Müttern und Kindern sowie eine relativ geringe Lebenserwartung spiegeln dies wider: 44 Prozent aller Kinder weltweit, die das fünfte Lebensjahr nicht erreichen, sterben in Afrika, und ihre durchschnittliche Lebenserwartung bei der Geburt beträgt gerade einmal 50 Jahre – so der Weltkinderbericht der UNICEF von 2007.

Staatsversagen und Staatszerfall sind keine neuen Phänomene in Afrika. Seit ihrer Gründung galten afrikanische Staaten als schwach und kaum in der Lage, staatliche Kernfunktionen zu erfüllen. Ein Erklärungsansatz ist in ihrer kolonialen Geschichte zu suchen: Für die wenigen von den Kolonialmächten nach Afrika entsandten Verwaltungsangestellten, Polizisten und Soldaten und deren afrikanische Hilfstruppen waren Sicherheit und Wohlfahrt der lokalen Bevölkerung nachrangige Aufgaben. Primär ging es den kolonialen Machthabern darum, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, um eine möglichst effiziente Ausbeutung von Rohstoffen und Arbeitskräften sicherzustellen. Nach der Unabhängigkeit, die die meisten afrikanischen Staaten im Laufe der 1960er Jahre errangen, bestand Hoffnung auf strukturelle Veränderungen. Doch diese Hoffnungen währten nur kurz, denn auch der Mehrzahl der neuen, afrikanischen Machthaber ging es schon nach wenigen Jahren vorrangig um Machterhalt und ihre eigene Bereicherung und weniger um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der eigenen Bevölkerung. Aus diesem Grund wird in den Augen der meisten afrikanischen Gesellschaften der Staat nicht als eine Institution wahrgenommen, die sich um das Wohl der Bevölkerung kümmert. Vielmehr gilt er als ein Organ, das mit allen Mitteln die Herrschaft einer Minderheit sichert. Dass es in afrikanischen Staaten dennoch in den 1960er und 1970er Jahren Entwicklungsfortschritte zu verzeichnen gab, liegt zum einen an dem bei Erreichen der Unabhängigkeit sehr niedrigen Entwicklungsniveau. Zum anderen sind sie Ergebnis der in den 1960er Jahren einsetzenden und in den 1970er Jahren stark steigenden Entwicklungshilfe, die sich auf Infrastrukturprojekte sowie Gesundheit und Bildung konzentrierte.

Diesen tendenziellen Verbesserungen folgte eine langsam heraufziehende Krise staatlicher Leistungsfähigkeit in den 1980er Jahren. Sie stand in engem Zusammenhang mit dem in vielen afrikanischen Staaten praktizierten politischen Herrschaftssystem, das auf Patronage und Klientelismus basierte. Die politische Elite sicherte sich die Unterstützung der Bevölkerung durch die geschickte und gezielte Verteilung von Wohltaten: Posten in der staatlichen Verwaltung, Entwicklungsprojekte, Lizenzen für die Einfuhr von Devisen und knappen Gütern. Dieses System war politisch durchaus effek-

tiv, wirtschaftlich allerdings höchst ineffizient. Knappe Mittel wurden nicht dort eingesetzt, wo sie volkswirtschaftlich den höchsten Nutzen versprachen, sondern wo sie politisch eingefordert wurden. Sichtbares Ergebnis waren die so genannten weißen Elefanten, zum Beispiel Stahlhütten, die fernab von der Küste und von Erzvorkommen, aber in Distrikten von strategischer Bedeutung errichtet wurden. Zudem unterhöhlten Patronage und Klientelismus systematisch staatliche Institutionen, so dass diese nicht mehr für die faire und ertragreiche Verteilung knapper Güter, sondern für die gezielte Begünstigung einzelner Politiker und deren Gefolgschaft sorgten. Dieses wirtschaftlich sehr kostspielige Herrschaftssystem konnte nur aufrechterhalten werden, solange Rohstoffexporte und Entwicklungshilfezuflüsse ausreichend Mittel zur Verfügung stellten. Als sie in den 1980er und 1990er Jahren zurückgingen, gerieten auch die afrikanischen Klientelsysteme in eine Existenzkrise und hinterließen in einigen Fällen nicht mehr als eine leere staatliche Hülle.

Neben dieser wesentlichen Ursache des Staatszerfalls sind zwei weitere zu nennen: Die internationalen Finanzorganisationen, IWF und Weltbank, legten sich in den 1980er und 1990er Jahren auf das Leitbild eines „schlanken Staates“ fest und entzogen Machthabern weitere Mittel zur klientelistischen Umverteilung. Externe Hilfen gingen an Nichtregierungsorganisationen und Staatsaufgaben an private Träger. Schließlich waren nach dem Ende des Ost-West-Konflikts äußere Mächte immer weniger bereit, den Anschein der Staatlichkeit in einigen afrikanischen Ländern durch militärische Hilfe und Intervention aufrechtzuerhalten.

Mit dem Beginn des 3. Jahrtausends hat das externe Engagement in diesem Feld wieder zugenommen. Nach dem 11. September 2001 und unter dem Eindruck kriegerischer Konflikte in Afrika haben die USA und die EU Staatszerfall nicht nur als Problem afrikanischer Gesellschaften identifiziert, sondern auch verstärkt als eines ihrer eigenen Sicherheit. Die Stabilisierung fragiler Staaten, Staatsaufbau und die Erhöhung staatlicher Leistungsfähigkeit sind wieder mehr in den Fokus gerückt. Inzwischen gelingt es einigen Staaten, Fortschritte im Staatsaufbau zu machen. Ghana und Senegal beispielsweise ersetzen das gescheiterte Klientelsystem zunehmend durch demokratische, rationale Machtausübung.

Freetown in Sierra Leone im Oktober 2008. In vielen afrikanischen Staaten profitiert häufig nur eine kleine Elite vom Reichtum des Landes ...



... während die Menschen auf dem Land oftmals in großer Armut leben. Dorfszene in Mphandula, Malawi, 2006



Anfang der 1990er Jahre deutlich abgenommen. In nur vier von 21 Ländern, die eine Liberalisierung und Demokratisierung durchlaufen haben, waren bis 2003 Militärcoups erfolgreich; zwölf weitere Putschversuche scheiterten in sieben Ländern.

Zwischen Demokratie und Autoritarismus

Gero Erdmann

Seit 1989 hat sich im Zuge eines weltweiten Demokratisierungsschubes auch in vielen Ländern Afrikas die politische Herrschaft deutlich verändert. So wuchs nicht nur die Zahl der als liberale Demokratien angesehenen Staaten, sondern auch in vielen nicht-demokratischen Regimen wird politische Herrschaft heute anders ausgeübt als noch vor 20 Jahren. Dies betrifft vor allem jene Regime, die in der Grauzone zwischen Demokratie und Autoritarismus angesiedelt sind. Ihre Zuordnung verdeutlicht der Index von *Freedom House*, einer 1941 gegründeten Nichtregierungsorganisation mit Sitz in Washington, D.C., die weltweit eine Stimme für Freiheit und Demokratie sein will. Die einfache Typologie untersucht jährlich den Zustand der politischen Rechte und bürgerlichen Freiheiten weltweit und unterscheidet demokratisch = frei, hybride = teils frei, autoritär = nicht frei.

Stand 1989 die überwiegende Mehrheit der afrikanischen Staaten – 34 von damals 51 – noch unter autoritärer Herrschaft, so sank diese Zahl bis 2008 auf 19. Die Anzahl der hybriden (Misch-)Regime stieg in dieser Zeit von 15 auf 24, und die Demokratien wuchsen um mehr als das Dreifache von drei auf zehn.

Auffällig ist dabei die Entwicklung in Nordafrika. Dort gibt es – dem Index zufolge – keine einzige Demokratie, und die Zahl der autoritären Regime hat über diesen Zeitraum hinweg noch zugenommen: Waren 1989 vier der fünf Staaten in der Region noch als „teils frei“ klassifiziert, so wurden 2008 bis auf Marokko alle als „nicht frei“ oder autoritär beurteilt.

Herrschaftsausübung

Zugleich hat sich die Art der Herrschaftsausübung in diesem Zeitraum deutlich verändert. Bis 1989 prägten vor allem Militärregime und Einparteiendiktaturen das Bild auf dem Kontinent. 2008 war die Situation sehr viel differenzierter. Neben den zehn liberalen Demokratien wurde von den 24 Mischregimen etwa die Hälfte noch als „elektorale Demokratien“ (eD) angesehen – Systeme, in denen zwar regelmäßig Wahlen stattfinden, Bürger- und Freiheitsrechte aber eingeschränkt sind. Zugleich gibt es unter den gegenwärtig 19 autoritären Regimen – zumindest südlich der Sahara – nur wenige, die kein Mehrparteiensystem und keine Mehrparteienwahlen zulassen; dazu gehören etwa das Königreich Swasiland und Eritrea als „traditionelle“ Einparteiensysteme. Ganz offenkundig ist die politische Herrschaftsausübung in den letzten anderthalb Jahrzehnten insgesamt sehr viel liberaler geworden.

Die meisten autoritären Regime haben eine militärische Vergangenheit. Von den 19 autoritären Regimen sind 17 entweder durch einen Militärputsch oder durch einen Befreiungskrieg an die Macht gekommen; allein die Monarchie in Swasiland und das Regime in Kamerun gehen nicht auf eine militärisch gestützte Machtübernahme zurück. Insgesamt hat die Interventionsneigung des Militärs in Afrika südlich der Sahara seit

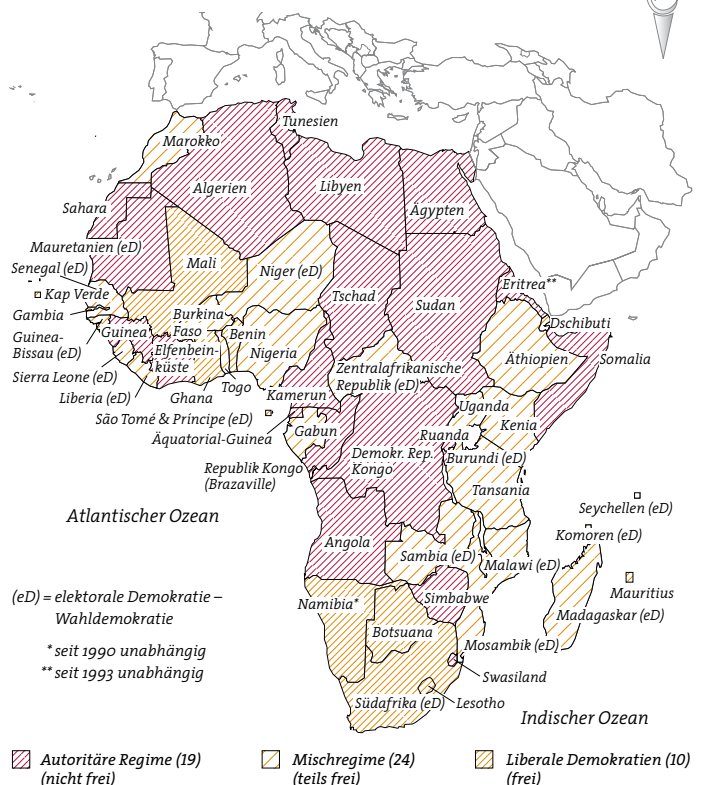
Autoritäre Herrschaft

Was verhilft den autoritären Regimen zur Beständigkeit? Zum einen ist es die Zulassung des Parteienwettbewerbs und der, wenn auch meist irregulären, Wahlen, die teils nach innen, aber auch international eine gewisse „Legitimität“ verleihen. Daneben spielt weiterhin Repression eine Rolle. Von Bedeutung ist schließlich, dass die meisten der autoritär regierten Staaten über beträchtliche natürliche Rohstoffe wie Erdöl und andere Bodenschätze verfügen – so beispielsweise Angola, Kamerun, Äquatorial-Guinea, Tschad, die Republik Kongo, Algerien und Libyen. Die daraus fließenden Renteneinkommen machen die Regierungen dieser Staaten relativ unabhängig von internationaler Entwicklungshilfe und von internationalen Krediten – mit deren Hilfe sie von außen unter Druck gesetzt werden könnten. Intern können die Rohstoffeinkommen dazu verwendet werden, das politische Wohlergehen der Eliten zu erkaufen.

Regimeunterstützung

Zahlreiche Meinungsumfragen des Afrobarometers in Afrika südlich der Sahara zeigen, dass es auf Seiten der Bevölkerung

Politische Regime in Afrika – Freedom House Index 2008



Daten: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=410&year=2008>;
http://www.freedomhouse.org/uploads/special_report/77.pdf

Einstellung zur Demokratie in zwölf afrikanischen Ländern 2000 bis 2005 (in Prozent)

	Um 2000	Um 2002	Um 2005
Unterstützung für Demokratie	69	62	61
Ablehnung von Militärherrschaft	82	78	73
Ablehnung von Einpartei-Herrschaft	69	66	70
Ablehnung von Ein-Mann-Herrschaft	80	78	78
„Wunsch“ nach Demokratie*	44	37	46
Politische Geduld mit Demokratie	46	56	56
Zufriedenheit mit Demokratie	58	52	46

*Ablehnung aller drei autoritären Regime und Unterstützung für Demokratie zusammengenommen.

Michael Bratton, *Formal versus informal institutions in Africa*, in: *Journal of Democracy* 18. Jg., Heft 3, Juli 2007, S. 10

eine breite Unterstützung für die so genannte westliche Demokratie gibt. Allerdings können derartige Meinungsumfragen nur in Demokratien und „elektoralen“ Demokratien, nicht in autoritären Regimen durchgeführt werden.

Umfragen von 1999 bis 2005 in insgesamt zwölf Ländern haben folgende Ergebnisse erbracht: Nahezu zwei Drittel der befragten Personen unterstützen die Demokratie und ziehen sie anderen Herrschaftsformen vor. Militär-, Einparteien- und Ein-Mann-Regime werden von fast drei Vierteln abgelehnt (siehe Tabelle). Im allgemeinen Trend geht allerdings die Unterstützung für die Demokratie leicht zurück je weiter der Übergang zur Demokratie und das autoritäre Regime zurückliegen.

Zwischen den einzelnen Ländern gibt es dabei beträchtliche Unterschiede. So ist die Unterstützung für die Demokratie in den Staaten am höchsten, in denen demokratische Wahlen auch einen Regierungswechsel ermöglicht haben: Ghana, Kenia und Senegal. Die geringste Zustimmung findet sich in Tansania, wo die alte Staatspartei nach wie vor an der Macht ist. Beobachter sehen darin eine Desillusionierung der tansanischen Bevölkerung hinsichtlich der Bedeutung der Demokratie, wenn diese noch nicht einmal einen Machtwechsel ermöglicht.

Musterknabe mit Fehlern

Im krisengeschüttelten Subsahara-Afrika stellt die Republik Botsuana in vielfacher Hinsicht eine positive Ausnahme dar. Politisch hat sich die parlamentarische Demokratie in nunmehr über 40 Jahren Unabhängigkeit bisher als äußerst stabil erwiesen. Wirtschaftlich hat sich Botsuana durch die Entdeckung von Diamanten und solide Haushaltspolitik von einem der ärmsten Länder der Welt zu einem Middle Income Country entwickelt. Dieser Ressourcenreichtum ermöglichte außerdem immense Fortschritte im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie der Infrastruktur. Angesichts dieser Entwicklungen ist oft vom „demokratischen Musterbeispiel“ oder gar vom „afrikanischen Wunder“ die Rede.

Doch trotz oder gerade wegen dieser Lobpreisungen mehren sich kritische Stimmen, die auf die sozioökonomischen und politischen Missstände Botsuanas hinweisen. Neben extremer sozialer Ungleichheit, konstant hoher Arbeitslosigkeit und einer alarmierenden HIV-Infektionsrate rücken dabei zunehmend auch die Demokratiedefizite des politischen Systems in den Blickpunkt.

Zwar verfügt Botsuana über einen vergleichsweise effektiven Rechtsstaat und ein Mehrparteiensystem, in dem regelmäßig freie und faire Wahlen stattfinden. Diesen günstigen institutionellen Voraussetzungen steht allerdings eine politische Realität gegenüber,

welche die demokratische Qualität Botsuanas zunehmend infrage stellt. Neben der anhaltenden Dominanz der Botsuana Democratic Party und einer schwach entwickelten Zivilgesellschaft ist vor allem die fortwährend niedrige Wahlbeteiligung Gegenstand der Diskussionen. [...]

Schwache Wahlbeteiligungen haben in Botsuana bereits eine lange Tradition: In sieben von insgesamt neun Wahlen enthielt sich mehr als die Hälfte der Wählerschaft ihrer Stimme. [...]

Das Alter ist das bedeutendste Merkmal der Gruppe der Nichtwähler. Jüngere Wähler erscheinen bedeutend seltener zur Stimmabgabe als ihre älteren Mitbürger. [...] Da die Gesellschaft [...] insgesamt sehr jung ist [...], wird daraus ein gesamtgesellschaftliches Problem. [...]

Die Gesellschaft und Regierung hat das Problem der Wählerapathie mittlerweile erkannt und [...] eine Kampagne zur Stärkung der Wahlbeteiligung gestartet. [...]

Für die Zivilgesellschaft wird der Kern des Problems damit nicht erreicht. Sie unterstellt der Regierung, dass sie kein Interesse an einer breiten politischen Beteiligung hat. Im Gegenteil, die politische Elite würde alles tun, um die Anzahl der Akteure gering und manipulierbar zu halten. [...] Darüber hinaus gibt es Stimmen, die der Regierung eine gezielte Strategie der subtilen Machter-

haltung unterstellen und Botsuana auf dem Weg zu einer Scheindemokratie von Wenigen sehen.

Eine Demokratie wird gemeinhin als konsolidiert angesehen, wenn sie auf mehreren Ebenen die entsprechenden Kriterien erfüllt. Institutionell müssen checks and balances eine übermäßige Machtkonzentration innerhalb des politischen Systems verhindern. In dieser Hinsicht ist Botsuanas Demokratie trotz aller Defizite auf einem guten Weg. Darüber hinaus muss aber auch die Bevölkerung demokratisch denken und handeln. Das Verhalten vieler Batsuana – vor allem das Nichtwählen – kann zwar nicht als explizit anti-demokratisch angesehen werden, zu einer Stärkung der Herrschaft durch und für das Volk trägt es allerdings nicht bei. [...] Erst wenn die Demokratie in den Köpfen der Batswana ausreichend verankert ist – und das sowohl in Form von Wissen als auch der Bereitschaft zum politischen Handeln –, kann Botsuana als konsolidierte und gelebte Demokratie angesehen werden. Die Regierung schuldet bisher den Nachweis, dass sie hierfür die Voraussetzungen schaffen möchte. Für die Zivilgesellschaft steht die Weiterentwicklung der Demokratie und damit die Stabilität des Landes auf dem Spiel. [...]

Helmut Elischer und Stefan Becker, *Die Qual der Wahl: Bedroht Wählerapathie Botsuanas Demokratie?* (FES-Kurzberichte aus der internationalen Zusammenarbeit), Berlin, Juni 2009

Parallel dazu ist auch die konkrete Zufriedenheit mit der Demokratie zurückgegangen, allerdings in noch höherem Maße als die generelle Unterstützung. Auch hinter diesen Globalziffern verbergen sich gravierende Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern. In Ghana, Lesotho, Namibia und Südafrika ist die Zufriedenheit gewachsen, während sie unter anderem in Nigeria massiv zurückgegangen ist und damit einen beträchtlichen Teil des negativen Trends verantwortet.

Dennoch ist der „Wunsch“ nach Demokratie konstant oder hat leicht zugenommen, und die „Geduld“ mit der demokratischen Entwicklung ist gewachsen, das heißt, ihr wird mehr Zeit gewährt, die vorhandenen Probleme zu lösen.

Formale Institutionen

Die Afrikaforschung ging lange davon aus, dass moderne formale (staatliche) Institutionen in der Politik kaum eine Bedeutung hätten. Politik sei in Afrika nur über informelle Institutionen wie Klientelismus und Patronage zu verstehen. Für die Demokratie und ihre Legitimität ist jedoch die Beachtung ihrer formalen Institutionen unerlässlich – vor allem Rechtsstaatlichkeit sowie freie und faire Wahlen, die darüber entscheiden, wer legitim regieren darf. Die Vermischung formaler und informeller Institutionen – mit dem Begriff Neopatrimonialismus beschrieben – wird als ein wesentliches Problem für die demokratische, aber auch für die wirtschaftliche Entwicklung gesehen, weil sie verhindert, dass die formalen Institutionen effektiv funktionieren können. Verschiedene neuere Entwicklungen deuten indessen darauf hin, dass auch in Afrika formale Institutionen stärker geachtet werden und ihnen im politischen Prozess eine steigende Bedeutung zukommt.

So zeigen jüngere Untersuchungen, dass sich die Qualität der Wahlen in Afrika verbessert hat, obwohl es immer noch zahlreiche groteske Wahlmanipulationen gibt. Allein, dass die Zahl der Wahlen und der Länder, in denen Wahlen frei und fair abgehalten werden, zugenommen hat, spricht für sich. Ferner zeigt sich ein regelrechter Selbstverstärkungsprozess, indem die dritten und vierten Wahlen im Schnitt immer „demokratischer“ wurden – mit teilweise weit reichenden Folgen: Nach

den dritten freien Wahlen sind die demokratischen Regime nur noch selten zusammengebrochen.

Ein Rückblick veranschaulicht die zunehmende Bedeutung institutioneller Regeln für den Machtwechsel in Afrika: Wurden in den 1960er und 1970er Jahren noch drei Viertel aller afrikanischen Staatsscheffs durch „irreguläre“ Mittel wie Staatsstriche, Attentate und andere Gewaltformen von der Macht abgelöst, hat seit der Jahrtausendwende weniger als ein Fünftel der Machtwechsel noch einen „irregulären“ Hintergrund.

Ein ähnliches Bild zeigt sich auch bei den Auseinandersetzungen um die so genannte dritte Amtszeit amtierender Staatspräsidenten. Sie wird als entscheidender Test für die Akzeptanz der Verfassung angesehen. 32 afrikanische Verfassungen, die im Zuge des Übergangs zur Demokratie geändert wurden, beschränkten die Amtszeit der Präsidenten auf zwei Perioden. Dahinter standen negative Erfahrungen mit den Lebenszeitpräsidenten der autoritären Regime, aber auch demokratische Vorbilder wie die USA.

Versuche, die Verfassungsregeln zu ändern und den Amtsinhabern eine dritte oder gar unbegrenzte Amtszeit zu ermöglichen, hat es bis 2008 in elf Staaten gegeben. Davon waren acht erfolgreich (Algerien, Gabun, Guinea, Namibia, Togo, Tschad, Tunesien und Uganda) – und in drei Fällen (Malawi, Nigeria und Sambia) scheiterten sie am gemeinsamen Widerstand von Teilen der Partei des Amtsinhabers selbst, der parteipolitischen Opposition und der zivilgesellschaftlichen Organisationen. Bemerkenswert dabei ist, dass in allen Fällen darauf geachtet wurde, die Verfassungsänderungen nach den dafür vorgesehenen Verfassungsregeln vorzunehmen. Und in nur einem einzigen als demokratisch klassifizierten Regime, nämlich Namibia, war eine Verfassungsänderung erfolgreich – alle anderen Änderungen erfolgten in nicht demokratisch regierten Regimen.

Das Bild eines allein von Armut und Diktatur beherrschten Kontinents gehört somit der Vergangenheit an: Die Form der politischen Herrschaft hat sich in den meisten Ländern verändert, und es gibt in Afrika mittlerweile eine Vielfalt verschiedener politischer Regime. Trotz anhaltender sozioökonomischer Probleme sind der Wunsch nach Demokratie und die Ablehnung autoritärer Herrschaft unter der Bevölkerung weit verbreitet.

Auch wenn nur wenige afrikanische Staaten demokratisch regiert werden, findet die Demokratie breite Unterstützung. Anhänger jubeln 2009 in Accra die Wahl John Atta Mills zum Präsidenten von Ghana.



Pius Utomi Ekpei / AFP / Getty Images

Selbst in autoritär regierten Staaten bemüht sich die Politik, formal die Regeln zu beachten. Abdelaziz Bouteflika änderte 2008 die Verfassung, um 2009 für eine 3. Amtszeit als Präsident Algeriens gewählt zu werden.



picture-alliance / dpa

Medien und Zivilgesellschaft

Dominic Johnson

In der Herausbildung einer mündigen Zivilgesellschaft in Afrika nehmen die Medien einen besonders wichtigen Raum ein. Die Gründung und Zulassung freier Medien war immer eine zentrale Forderung der antikolonialen Befreiungsbewegungen sowie der Demokratiebewegungen postkolonialer Diktaturen.

Traditionell waren Nachrichten in den meisten afrikanischen Gesellschaften mündlich überliefert worden. Das Schrifttum hatte vornehmlich juristischen oder sakralen Zwecken gedient. Die europäische Kolonisierung verstärkte diese Trennung. In Schriftform (und in ihrer eigenen Sprache) verlautbarten die Kolonialherren ihre Entscheidungen, in Schriftform verbreiteten sie die Bibel, die auch in afrikanische Sprachen übersetzt wurde. Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit war das geschriebene Wort im afrikanischen Bewusstsein daher gedanklich fest verbunden mit nicht hinterfragbarer Wahrheit.

Nach der Unabhängigkeit entstanden in den meisten Ländern staatliche Zeitungen und Radiosender, aber ihre Aufgabe war die Verkündung der Sicht des Staates. Afrikanische Zeitungen waren zudem keine Massenmedien, sondern eine elitäre Angelegenheit. Druckereien, Papier, technische Mittel und journalistische Fähigkeiten kamen ohnehin weiter aus Europa. Nachrichten im Sinne interessanter Neuigkeiten wurden weiterhin mündlich verbreitet, mit fortschreitender Verstärkung vor allem in der populären Gerüchteküche. Hier verbreitete sich, was in den offiziellen Medien nicht vorkam: die Realitäten des Alltags, die Geschichten vom Hofe des Präsidenten. Die einzigen Medien, die diese Geschehnisse aufgriffen, kamen aus dem Ausland: internationale Radiosender vor allem, die bis heute für die meisten Afrikaner die wichtigste Informationsquelle außerhalb des eigenen Bekanntenkreises darstellen.

Die Gerüchteküchen beschleunigten politische Veränderungen beim Niedergang der postkolonialen Diktaturen. Aus ihnen nährten sich Opposition und freies Denken. Die Demokratisierung der 1980er und 1990er Jahre ging einher mit der Gründung freier, privater Medien und wurde von diesen weiter befördert. Aber dauerhaft konnte sich bis heute eine pluralistische Medienlandschaft nicht etablieren, denn privat wirtschaftende Medien müssen Kunden finden, also Käufer und Anzeigenschalter.

Es gibt in Afrika viele ökonomische Möglichkeiten, um freie Medien zu behindern. Wer nicht mehr auf staatliche Druckereien und Papierbesorgung angewiesen sein will, muss dafür die wirtschaftlichen Mittel haben. Das setzt den ungehinderten Verkauf der Medienerzeugnisse voraus und den freien Wettbewerb um Anzeigenmärkte. Aber in Ländern ohne Massenkaufkraft können sich nur wenige Menschen den regelmäßigen Kauf einer Zeitung leisten, und der Anzeigenmarkt besteht hauptsächlich aus staatlichen Ausschreibungen, die missliebigen Medien vorenthalten werden können. Ausgebildete und professionelle Journalisten sind rar, was wiederum das Entstehen von Qualitätsjournalismus, der Leser findet, verhindert.



Eigene Zeitungen können sich nur wenige Menschen leisten. In der Hauptstraße von Nouakchott, Mauretanien, liegen am 4. Juni 2009 Zeitungen zur allgemeinen Information und Lektüre bereit.

Georges Gobet/APP / Getty Images

Vielerorts sind private, freie Medien daher von finanzkräftigen Einzelpersonen abhängig. Sie lassen sich somit leicht für politische Machtkämpfe instrumentalisieren, wenn sie nicht schon von vornherein als Kampfinstrumente entstanden sind. Herrscht politischer Pluralismus, kann sich auch die Regierung der Medien bedienen, um Gerüchte in die Welt zu setzen. Gegen solche Manipulationen können sich die Medien nur mit rigorosem Professionalismus wehren, der allerdings bis heute selten ist. Wo der Zugang zu journalistischen Berufen nicht durch Qualifikationskriterien geregelt ist, können auch Scharlatane berichten; wo er geregelt ist, können die Richtlinien Unterwürfigkeit erzwingen.

Mangels gesicherter Einkommen sind viele Medien und individuelle Journalisten darauf angewiesen, sich von den Objekten ihrer Berichterstattung bezahlen zu lassen; dies äußert sich entweder als nicht gekennzeichnete Werbung oder als Erpressung, bei der Geld für das Nichterscheinen von Behauptungen verlangt wird. So erhalten die meisten Journalisten in der Demokratischen Republik Kongo kein reguläres Gehalt von ihrem Arbeitgeber, sondern sind darauf angewiesen, von ihren Gesprächspartnern Spesen zu verlangen, wie Kellner, die von Trinkgeldern leben.

Im Zweifelsfall können kritische Medien auch durch Verleumdungsklagen, Gerichtsverfahren, polizeiliche Durchsuchung, Verbot, Festnahmen von Journalisten oder gar deren Ermordung mundtot gemacht werden. Journalistenmorde waren beispielsweise ein beliebtes Repressionsinstrument in der Militärdiktatur in Nigeria, Anklagen und Verhaftungen von Journalisten sind in Simbabwe und Äthiopien besonders häufig, und Eritrea leistet sich als einziges afrikanisches Land südlich der Sahara das komplette Verbot privater Medien.

Nur in den wenigsten Ländern kommen selbst die großen Zeitungen über eine Auflage von einigen Tausend hinaus. Wichtiger als gedruckte Medien sind Radiosender, denn sie erreichen die Massen. Talkshows auf Radiosendern in lokalen Sprachen, auf denen live Kritik an der Regierung geübt werden kann, sind selbst in restriktiven Regierungssystemen ein gern genutztes Instrument der politischen Diskussion.

Die staatliche Hoheit über Sendeplätze und Senderzulassungen setzt der freien Meinungsäußerung allerdings Grenzen. Dies verstärkt die herausragende Stellung ausländischer Sender wie BBC, RFI und Deutsche Welle und ihrer Afrikaprogramme. Ihre Berichte, von lokalen Sendern über Kurzwellen einem Massenpublikum zugänglich gemacht, genießen bis heute eine höhere Glaubwürdigkeit als die lokalen Medien. Immer wieder müssen sie kurzfristig mit Abschaltung rechnen.

Der lokale freie Rundfunk nimmt inzwischen die wichtigste Wächter- und Mobilisierungsfunktion bei der afrikanischen Zivilgesellschaft ein. Doch Rundfunk kann neben Aufklärung auch Aufhetzung betreiben. Die kriminelle Rolle des privaten Radiosenders „Mille Collines“ bei der Organisation von Milizen in Ruanda während des Völkermordes an den Tutsi 1994 unterstrich die Macht freier Medien auf unrühmliche Weise und bot afrikanischen Journalisten einen Impuls, die Gefahr ethnischer Stereotypisierung frühzeitig zu erkennen.

Inzwischen dominieren jedoch die positiven Aspekte, beispielsweise bei der Überwachung von Wahlen. So waren die Wahlen im Senegal 2000, in deren Folge die seit vierzig Jahren regierenden Sozialisten die Macht verloren, die erste Abstimmung dieser Art in Afrika, bei der Radiosender durch die kontinuierliche Veröffentlichung der von Beobachtern durchgegebenen Teilergebnisse eine Verfälschung des Gesamtergebnisses verhinderten. In Reaktion darauf verbieten manche Länder inzwischen die Veröffentlichung von Teilergebnissen. Bei den Wahlen in Kenia Ende 2007 wurde die Berichterstattung zugelassen, und die bekanntgewordenen Ergebnisse widersprachen komplett der Siegeserklärung des amtierenden Präsidenten. Massive Unruhen und ethnische Pogrome mit zahlreichen Todesopfern folgten und verdeutlichten wiederum, dass auch eine noch so ehrbare Wächterfunktion der Medien gesellschaftlich missbraucht werden kann.

Die Reaktionen auf wahrheitsgetreue Berichterstattung sind nicht automatisch besser als die auf Lügen und Hetze. Das ist die wichtigste Erkenntnis der in Afrika erkämpften Medienfreiheit.



Ashraf Shazly / AFP / Getty Images

Bedrohte Pressefreiheit: Mit einem massiven Hungerstreik protestieren Journalisten 2008 in Khartoum gegen drastische Zensurmaßnahmen.



Uriel Sinai / Getty Images

Das Radio ist die wichtigste Informationsquelle für die meisten Menschen in Afrika. Flüchtlinge in Tongo, DR Kongo, im November 2008

Neue und alte Kriege

Stefan Mair

Die Zahl großer bewaffneter Konflikte in Afrika ist zwischen 2001 und 2005 von acht auf drei gesunken und blieb laut Angaben des Stockholmer *International Peace Research Institute* (SIPRI) von 2007 im Jahr 2006 konstant. Nach Zählung des *Human Security Report*, der von einem Forschungsteam an der kanadischen Universität von British Columbia 2005 erstellt wurde, fordern die Konflikte auf diesem Kontinent aber direkt und indirekt weltweit die meisten Opfer. So erschreckend hoch die neuen Zahlen sind, so stehen sie doch in keinem Verhältnis zu den 1990er Jahren, als in der Region um die Großen Seen Zentralafrikas, in den Nachbarländern Sierra Leone und Liberia sowie am Horn von Afrika Kriege tobten, die Millionen von Menschen das Leben kosteten.

Diese schweren Konflikte der 1990er Jahre enttäuschten alle Hoffnungen, dass mit dem Ende des Ost-West-Konflikts eine wesentliche Kriegsursache in Afrika entfiel und der Kontinent damit in den Genuss einer Friedensdividende käme. Die inner-

und zwischenstaatlichen Kriege, die in den 1960er, 1970er und 1980er Jahren in Afrika stattgefunden hatten, waren überwiegend als Stellvertreterkriege betrachtet worden – Kriege also, die zwischen Rebellen und Regierungen oder zwischen verfeindeten Staaten nur deshalb ausgefochten wurden, weil diese von den verfeindeten Blöcken der Supermächte Sowjetunion und USA manipuliert oder finanziert wurden. Tatsächlich konnten mit Ende des Ost-West-Konflikts die Apartheidkonflikte in Namibia und später in Südafrika gelöst werden. Auch die Bürgerkriege in Mosambik und Äthiopien wurden beigelegt. Andere Friedensbemühungen blieben dagegen erfolglos, so Anfang der 1990er Jahre in Angola, das ebenfalls in einen jahrzehntelangen Bürgerkrieg verstrickt war. Dies wies schon früh darauf hin, dass sich die afrikanischen Kriege nicht allein auf den Aspekt des Stellvertreterkrieges reduzieren ließen.

Bei der Suche nach alternativen Erklärungsansätzen für die Konflikthanfälligkeit Afrikas ragen zwei besonders heraus: die



In den Stellvertreterkriegen während des Ost-West-Konflikts wurden reguläre Soldaten eingesetzt. Truppenparade in der angolanschen Hauptstadt Luanda im November 2005

ungezügelter Gier der Führungseliten bzw. der Kampf um knappe Ressourcen einerseits sowie zum anderen die politische Unterdrückung, der Ausschluss von politischer Macht, gegen die die Menschen zu den Waffen griffen. Letztlich schließen sich beide Erklärungsansätze nicht aus, sondern ergänzen einander. Da unter den autoritären Regimen, die bis Anfang der 1990er Jahre in Afrika vorherrschten, politische Macht immer gleichbedeutend war mit dem Zugang zu knappen Ressourcen, war die Machtfrage auch immer eine Frage des Wohlstands, der mit Gewalt verteidigt wurde. Das lässt sich anhand eines Beispiels illustrieren: Der langjährige Diktator des

ehemaligen Zaire, Mobutu Sese Seko, sah sich Mitte der 1990er Jahre immer größerem inneren und äußeren Druck ausgesetzt, sein Regime zu öffnen und demokratische Wahlen zuzulassen. Eine der zentralen Gegenmaßnahmen des Regimes bestand darin, die Opposition zu spalten und der Bevölkerung Sündenböcke für ihre wirtschaftliche und soziale Misere zu präsentieren. Im Osten des Landes zielte dies vor allem auf eine aus Ruanda stammende Volksgruppe, die Banyamulenge, die seit Generationen in Zaire lebten, sich eines relativen Wohlstands erfreuten und gleichzeitig als regimefeindlich galten. Mobutu verwehrte den Angehörigen dieser Volksgruppe nicht nur das Wahlrecht, indem er ihnen die Staatsangehörigkeit entzog, sondern er stellte auch ihre traditionellen Landrechte und damit ihre ökonomische Lebensgrundlage in Frage. Die Banyamulenge schlossen sich daraufhin der bewaffneten Opposition gegen Mobutu an, spielten eine zentrale Rolle bei dessen Sturz und sind seither in nahezu jede größere bewaffnete Auseinandersetzung im Osten des ehemaligen Zaire und der jetzigen DR Kongo verwickelt.

Nicht nur wirtschaftliche und politische Gründe sind für die Konflikte in Afrika ins Feld geführt worden. Ein weiterer Erklärungsansatz, der sich vor allem in den Medien großer Beliebtheit erfreut, sieht ihre Ursache in der Vielzahl von Volksgruppen mit ihren kulturellen und traditionellen Gegensätzen, die durch die koloniale Grenzziehung in künstliche Staatsgebilde gepresst wurden. Dieser Erklärungsansatz verwechselt Ursache mit Symptom. Eine geringe Wirtschaftskraft bei steigender Bevölkerung, die Knappheit von Ressourcen wie Land und Wasser führen unvermeidlich zu Verteilungskonflikten zwischen gesellschaftlichen Gruppen. Da die soziale Schichtung – in Bauern, Arbeiter und Unternehmer, in Unter-, Mittel- und Oberschicht – in den meisten afrikanischen Gesellschaften nach wie vor gering ist, formieren sich diese Verteilungskonflikte überwiegend entlang ethnischer Trennlinien. Hinzu kommt die Schwäche afrikanischer staatlicher Institutionen: Konkurrierende gesellschaftliche Gruppen vertrauen nicht darauf, dass das Parlament oder die Gerichtsbarkeit die Kon-

Kriegsökonomien

Stefan Mair

Kriegsökonomie ist ein Begriff, der im afrikanischen Rahmen anfänglich vor allem in Bezug auf den sudanesischen Bürgerkrieg (1983 bis 2005) benutzt wurde. Er findet Anwendung, wenn Krieg zur Haupteinnahmequelle einflussreicher Personen wird und diese ihre Einnahmen wiederum zu einem wesentlichen Teil für die Weiterfinanzierung des Krieges einsetzen. Militärische Gewalt wird so zum zentralen wirtschaftlichen Faktor.

Bereits während des Ost-West-Konflikts war dieser Mechanismus im Rahmen der sogenannten Stellvertreterkriege erkennbar. Die Haupteinnahmequellen der Krieg führenden Parteien bestanden in den Zuwendungen der konkurrierenden Blöcke. Fühlten sich politische oder gesellschaftliche Gruppen von der Regierung unterdrückt

oder benachteiligt und griffen deshalb zu den Waffen, konnten sie sich externer Hilfe nahezu sicher sein. Sie erhielten sie jeweils von dem Block, zu dem sich die Regierung ihres Staates im Gegensatz befand. Das Interesse, den Konflikt zu beenden, war gering, weil damit auch die Aussichten auf Unterstützungsgelder schwanden. Im Falle des sudanesischen Bürgerkriegs wurde selbst die humanitäre Hilfe zur Finanzierungsquelle der Kriegsparteien: Sowohl die sudanesischen Armee als auch die südsudanesischen Rebellen waren nur gegen Zahlung erheblicher Schutzgelder bereit, die Verteilung von Nothilfe in ihren Gebieten zu dulden.

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts versiegte die Unterstützung aus den konkurrierenden Blöcken. Die humanitäre Hilfe wurde allerdings weiterhin zur Kriegsfiananzierung missbraucht. Viel wichtiger wurde jedoch die unmittelbare Ausbeutung

natürlicher Ressourcen wie Diamanten und Tropenhölzer. Im Krieg an den Großen Seen Zentralafrikas führte dies dazu, dass sowohl die Truppen Ugandas als auch Ruandas, die beide in der DR Kongo interveniert hatten, den Staatshaushalt ihrer Länder kaum belasteten. Ausrüstung und Besoldung wurden weitgehend durch den Verkauf der Rohstoffe gedeckt, die sich in den von beiden Ländern kontrollierten kongolesischen Gebieten befanden: Diamanten, Gold und Coltan.

Kriegsökonomien beschränken sich allerdings nicht auf externe Zuflüsse und Rohstoffexport. Kriegsparteien treiben in den von ihnen kontrollierten Gebieten Steuern und Schutzgelder ein, schmuggeln Waren und Menschen, betreiben Unternehmen und lokale Märkte – nicht, weil sie dazu über die nötigen Rechte verfügten, sondern weil sie die Waffen besitzen, um ihre Ansprüche durchzusetzen. Die

flikte lösen, sondern sie setzen auf die Durchsetzungsfähigkeit eines ihre Gruppe vertretenden starken Mannes, der seinen Führungsanspruch wiederum vorwiegend ethnisch definiert. Des Weiteren werden diese Auseinandersetzungen meist als Nullsummenspiele wahrgenommen, das heißt, jeder Vorteil der einen Seite bedeutet automatisch einen Nachteil für die andere, was ihnen wiederum schnell gewaltsamen Charakter verleiht. Hinzu kommt noch ein kulturelles Element: Nach wie vor sind in afrikanischen Gesellschaften soziale Normen wie zum Beispiel das Gewaltverbot sehr unterschiedlich in ihrer Geltungswerte – was gegenüber den Angehörigen der eigenen sozialen Gruppe selbstverständlich ist, gilt zuweilen gegenüber Außenseitern nur sehr eingeschränkt.

Verteilungskonflikte und die mangelnde Fähigkeit der Politik, zu ihrer Lösung beizutragen, können in einem komplexen Wechselspiel als wichtigste Ursachen für die gewaltsamen Auseinandersetzungen in Afrika angesehen werden. Diese These beantwortet aber nicht die Frage, warum die Konflikte gerade im Lauf der 1990er Jahre mit besonderer Vehemenz losbrachen. In diesem Zusammenhang kommt das Ende des Ost-West-Konflikts zumindest indirekt ins Spiel, da es zwei wesentliche Veränderungen für Afrika mit sich brachte:

- Zum einen wurde die Entwicklungshilfe stark reduziert. Die Staaten Afrikas wurden nicht mehr als Hilfstruppen in der internationalen Konkurrenz der Blöcke gebraucht. Gleichzeitig wurden die Zahlungen verstärkt an politische Reformen in Afrika gebunden; dies förderte die ohnehin spürbare demokratische Aufbruchstimmung auf dem Kontinent. Auf die Verteilungs- und Machtkonflikte des Kontinents hatte dies unmittelbare Auswirkungen: Den autoritären Herrschern wurden neben der Legitimität wichtige Finanzmittel entzogen, die sie benötigten, um interne Verteilungskonflikte zu mildern.
- Zum anderen war nunmehr die Bereitschaft äußerer Mächte denkbar gering, zugunsten stabiler Verhältnisse in Afrika militärisch einzugreifen. Solche Interventionen hatten in der Vergangenheit eine Reihe afrikanischer Diktatoren vor

dem Sturz bewahrt und in einigen Ländern jegliche Opposition unterdrückt.

Gleichzeitig wurden gerade in den 1990er Jahren besondere politische und wirtschaftliche Bedingungen virulent: Die politische Liberalisierung führte nicht in allen afrikanischen Staaten zu neuen politischen Strukturen, die bei der Lösung von Verteilungskonflikten als kompetent anerkannt wurden. Zudem hatten die wirtschaftlichen Krisen der 1970er und 1980er Jahre und die soziale Modernisierung, die sich vor allem im schnellen Wachstum der Städte niederschlug, tief greifende soziale Folgen. Traditionelle gesellschaftliche Bindungen und Gewalt kontrollierende Normen lockerten sich, und insbesondere unter den männlichen Jugendlichen entstand ein großes Rekrutierungspotenzial, um Konflikte gewaltsam auszutragen.

Verteilungs- und Machtkonflikte, überlagert von Fragen ethnischer Identität, die Auflösung überkommener politischer Strukturen, wirtschaftliche und gesellschaftliche Krisen sowie die große Verfügbarkeit von Kleinwaffen auf dem Kontinent führten zu sehr spezifischen Konfliktmustern. Für sie hat sich in der Folge weltweit die Bezeichnung der „neuen Kriege“ eingebürgert. Eine Reihe von Elementen sind für deren afrikanische Variante typisch, so etwa die Vielfalt der Akteure und deren komplexe Beziehungen: Oft lassen sich Kombattanten, also Kriegführende, von Zivilisten nur schwer unterscheiden. Letztere greifen häufig selbst zu den Waffen, bilden Milizen und werden damit zeitweilig oder permanent zur Kriegspartei. Die Kriegsparteien selbst sind nicht eindeutig einem Lager zuzuordnen, bilden immer wieder wechselnde Allianzen, spalten und vereinen sich und verfügen in der Regel nur sehr selten über eine einheitliche Befehlsstruktur. Die Motive der Kriegführenden sind vielfältig und können sich im Verlauf des Konflikts erheblich verändern. Mögen Selbstschutz und Widerstand gegen politische Unterdrückung für einige am Anfang gestanden haben, kann die Erkenntnis, dass sich mit Waffengewalt auch wirtschaftliche Vorteile und die Kontrolle

Verfügungsgewalt über Waffen ist somit in Konfliktländern ein Faktor, der wirtschaftliches Überleben und Wohlergehen sichert. Mit der Zeit stellen sich andere wirtschaftliche Akteure immer mehr auf diese Bedingungen ein:

- Händler, die vom Waffenhandel und dem Schmuggel von Konsumgütern leben;
- Minenbesitzer und Holzhändler, die in den Wirren des Krieges eine exzessivere Ausbeutung von Ressourcen betreiben können, weil sie beispielsweise keine Arbeitsschutz- oder Umweltgesetzgebung beachten müssen;
- Sicherheitsfirmen, die Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen und internationalen Organisationen ihren Schutz anbieten.

Das wirtschaftliche Umfeld von Kriegsökonomien geht sogar weit über den

unmittelbar vor Ort engagierten Personenkreis hinaus. Nichtregierungsorganisationen und internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen weisen zu Recht darauf hin, dass Kriegsökonomien nur florieren können, weil es weltweit Abnehmer für illegal ausgebeutete Rohstoffe und Lieferanten für Waffen gibt. Vor diesem Hintergrund sind internationale Initiativen entstanden, die versuchen, Kriegsökonomien ihre Lebensgrundlage zu entziehen. Dazu gehört der Kimberley-Prozess, in dessen Rahmen Diamanten mit Herkunftszertifikaten ausgestattet werden, um zu verhindern, dass geschmuggelte „Blutdiamanten“, die der Kriegsfinanzierung dienen, in den Handel kommen. Einen noch umfassenderen Ansatz verfolgt die Extractive Industries Transparency Initiative, die Regierungen und Unternehmen verpflichten will, ihre Handelsverbindungen und Einnahmeverwendungen

offenzulegen. Auch die G8-Staaten und die EU haben in den vergangenen Jahren begonnen, den illegalen Handel mit Rohstoffen zur Kriegsfinanzierung zu unterbinden. Außer dem Kimberley-Prozess konnte bisher aber noch keine dieser Initiativen den Kriegsökonomien effektive Einhalt gebieten.

Begehrtes Mineral: Coltan, mit Sand gemischt



ulstein bild – Reuters



In der rohstoffreichen Provinz Ituri, im Nordosten der DR Kongo, kämpften und kämpfen nationale und internationale Truppen um die Macht. Milizionäre der „Union der kongolesischen Patrioten“ in Bunia 2003.

Lionel Healing / AFP / Getty Images



Seit Jahrzehnten leiden die Menschen in der DR Kongo unter den kriegerischen Auseinandersetzungen. Flüchtlinge im November 2007 in Mugunga, nahe Goma, Hauptstadt der Provinz Nord-Kivu

über lukrative Ressourcen erzwingen lassen, das ursprüngliche Motiv der Gewaltanwendung schnell in den Hintergrund drängen. Umgekehrt können auch aus ursprünglich kriminellem Antrieb politische Motive erwachsen. Die Grenzen zwischen Soldaten, Rebellen, kriminellen Gangs, Bürgermilizen und Schlägertrupps von politischen Parteien verwischen immer mehr. Zählt man die Interventionskräfte benachbarter Staaten oder internationaler Organisationen hinzu, wird die Akteursvielfalt noch komplexer.

Um die Dynamik und die Folgen der neuen Kriege in Afrika zu verstehen, sind zwei weitere Charakteristika wichtig:

- Zum einen handelt es sich um Konflikte niedriger Intensität. Diese Bezeichnung wirkt angesichts der immens hohen Opferzahlen zynisch, meint aber, dass die Konflikte überwiegend mit Kleinwaffen ausgefochten werden. In der Regel gibt es weder ein zusammenhängendes Kriegsgeschehen noch klare Frontverläufe. Stattdessen dominieren sporadisch aufflammende Scharmützel, und die Opfer der Gewaltanwendung sind eher Zivilisten als Angehörige der verfeindeten Kriegsparteien. Nur eine Minderheit der zahlreichen zivilen Toten ist wiederum Opfer unmittelbarer Gewaltanwendung. Die Mehrzahl stirbt an den Folgen des Krieges, vor allem am Zusammenbruch der Nahrungsmittel- und der Gesundheitsversorgung.
- Zum anderen entwickeln die neuen Kriege häufig eine grenzüberschreitende Dimension. Rebellen, Milizen und Kriegsherren unterhalten Operationsbasen und Rückzugsräume in den Grenzgebieten der Nachbarländer. Insbesondere wenn sich dort attraktive Rohstoffe befinden, ist die Versuchung für Kriegsparteien groß, sie zur Kriegsfinanzierung bzw. Bereicherung unter die eigene Kontrolle zu bringen. Die Nachbarländer ihrerseits versuchen einer Destabilisierung ihrer Grenzgebiete zuvorzukommen, indem sie selbst in den Konflikt im Nachbarstaat eingreifen. Dabei können auch Erwägungen, sich zu bereichern, eine Rolle spielen. So finanzierte Ruanda sein militärisches Eingreifen in der DR Kongo zunehmend mit der Ausbeutung von Coltan, Gold und Diamanten in jenen kongolesischen Landstrichen, die es kontrollierte. Aus dieser grenzüberschreitenden Gewaltanwendung können Regionalkonflikte erwachsen, die beispielsweise im Krieg an den Großen Seen zeitweilig die Streitkräfte von acht afrikanischen Staaten involvierten.

Über den „neuen Kriegen“ sollte nicht in Vergessenheit geraten, dass es immer noch klassische zwischenstaatliche Konflikte auf dem Kontinent gibt. Das herausragende Beispiel hierfür sind die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Äthiopien und Eritrea von 1998 bis 2000. Sie entzündeten sich an einem Streit über den Grenzverlauf in einem abgelegenen und unbedeutenden Landstrich, zugrunde lag ihnen aber eigentlich, dass Äthiopien die Unabhängigkeit seiner ehemaligen Provinz Eritrea nie akzeptiert hatte, zumal es dadurch seinen Meerzugang verloren hatte. Erschwerend hinzu kam das Verhalten der eritreischen Regierung, die ihrerseits mit der Bedrohung aus Äthiopien ihre militärische Machtausübung rechtfertigte. Der äthiopisch-eritreische Konflikt, der als Stellungskrieg geführt wurde und innerhalb von nur zwei Jahren über 70 000 Soldaten das Leben kostete, war bisher ein Sonderfall in Afrika. Angesichts der nicht wenigen zwischenstaatlichen Spannungen und zahlreicher umstrittener Grenzverläufe ist allerdings ein Wiederholungsfall nicht auszuschließen.

Friedensmissionen

Stefan Mair

In Afrika kamen bisher die meisten UN-Friedensmissionen zum Einsatz – seit 1960 25 von insgesamt 61. Im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts befanden sich auf dem Kontinent noch acht von weltweit zwölf UN-geführten Friedensmissionen, davon mit UNMIL (*United Nations Mission in Liberia*), UNAMSIL (*United Nations Mission in Sierra Leone*) und MONUC (*Mission de l'Organisation des Nations Unies en République Démocratique du Congo*) drei der größten. Zeitweilig lag die Zahl der in diesen drei Missionen gebundenen Truppen jeweils über 15 000. Fünf der sieben Missionen sind mit einem so genannten robusten Mandat ausgestattet, das heißt, sie dürfen Waffengewalt nicht nur zum Schutz ihrer selbst und Dritter einsetzen, sondern auch zur Friedenserzwingung. Zwei weitere Charakteristika der UN-Friedensmissionen in Afrika jüngerer Datums sind ihre relativ lange Dauer und ihr umfassender Auftrag: Sie sollen nicht nur durch militärischen Einsatz Konflikte beilegen und die Lage stabilisieren, sondern auch für den Wiederaufbau, die Vorbereitung von Wahlen sowie für die Entwaffnung und die Wiedereingliederung der Konfliktparteien in die Gesellschaft sorgen.

Die hohe Zahl von UN-Friedensmissionen in Afrika ist einerseits auf die Vielzahl der Konflikte auf dem Kontinent zurückzuführen, andererseits konnten sich die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates (USA, Russland, China, Frankreich, Großbritannien) im Fall der afrikanischen Konflikte aber auch leichter als in anderen Weltregionen darauf einigen, ein Mandat zu erteilen. Denn ihre unmittelbaren Interessen waren dabei entweder nicht sehr hoch oder nicht sehr unterschiedlich. Eine Ausnahme stellt der Krieg im sudanesischen Darfur dar, der zeitweilig die Ausmaße eines Völkermordes annahm. Hier verhinderte China, das erhebliche Interessen an der Ausbeutung der Erdölvorkommen im Sudan hat, bisher unter Androhung eines Vetos zwar nicht die Entsendung einer Mission (UNAMID, *United Nations – African Union Mission in Darfur*), aber die Erteilung eines robusten Mandats.

Die Bilanz der jüngeren UN-Friedensmissionen in Afrika ist gemischt. Die Phase nach dem Ende des Ost-West-Konflikts begann mit dem Aufsehen erregenden Scheitern der UN-Mission 1994 in Somalia. Mit ihr hatten sich große Hoffnungen verbunden, dass nunmehr das Zeitalter der rein humanitären Interventionen angebrochen sei. Die Staatengemeinschaft würde sich nur noch in Konflikte einmischen, um das Leid der davon Betroffenen zu beenden. Ohne politisches Konzept wurde jedoch die UN-Mission in Somalia selbst zur Partei im Konflikt und musste sich zurückziehen. Diese Erfahrung war der wesentliche Grund dafür, dass die verantwortliche UN-Leitstelle den Blauhelmsoldaten in Ruanda 1994 ein Eingreifen in der Frühphase des Genozids verbot. Zu diesem Zeitpunkt hätte die Friedensmission mit relativ geringem Aufwand die für den folgenden Völkermord Verantwortlichen entwaffnen können. Nicht nur die spätere ruandische Regierung legte der UN eine wesentliche Schuld am Tod der 800 000 bis 1,2 Millionen Menschen zur Last. Als Konsequenz waren die Mitglieder des UN-Sicherheitsrats verstärkt bereit, Friedensmissionen in Afrika

zu beauftragen, und die UN-Mitglieder gewillt, diese mit Truppen auszustatten.

Prominenteste Beispiele sind die Missionen in Sierra Leone, Liberia und der DR Kongo. Alle drei trugen wesentlich dazu bei, die jeweiligen Konflikte zu beenden und die Lage zu stabilisieren. Im Falle Sierra Leones und Liberias war die Befriedung möglicherweise der Ausgangspunkt für eine demokratische Zukunft sowie eine positive wirtschaftliche und soziale Entwicklung. In der ungleich größeren DR Kongo fällt das vorläufige Fazit negativer aus. Zwar ist es der MONUC bis 2008 gelungen, das Land durch einen schwierigen Wahlprozess zu steuern und in weiten Teilen zu befrieden. Doch im Osten des Kongo halten trotz UN-Präsenz die Auseinandersetzungen an. Zahllose Tote und Vertriebene sind die Folge.

An diesem Beispiel werden drei Grundprobleme der UN-Friedensmissionen in Afrika deutlich:

- Es ist erstens ungleich schwieriger, ein großes als ein kleines Land zu stabilisieren. Eine Truppenstärke von 15 000 mag mehr als ausreichend sein, um einen Staat von der Größe Sierra Leones zu befrieden, ist aber völlig unzureichend, wenn es um ein Land von der Größe Westeuropas geht. Eine entsprechende Aufstockung des MONUC-Kontingents liegt weit jenseits der finanziellen und personellen Möglichkeiten der UN.



Stefan Trappe / Caro Fotoagentur

Am 30. November 1999 beschloss der UN-Sicherheitsrat, in der DR Kongo die Friedensmission MONUC einzusetzen, die bis heute andauert. Blauhelmsoldaten neben einem liegengelassenen Panzerwagen in Goma im November 2008.

- Zweitens entbehren UN-Missionen noch immer der politischen Durchhaltefähigkeit. Das politische Engagement der UN-Mitglieder reichte, um die Wahlen in der DR Kongo abzusichern und eine geregelte Machtausübung in der Hauptstadt und in weiten Teilen des Landes zu gewährleisten. Politische Aufmerksamkeit und diplomatischer Druck waren aber nicht dauerhaft genug, um den komplexen Konflikt im Osten des Landes beizulegen.
- Drittens sind die UN-Missionen zu sehr auf die begrenzten militärischen Fähigkeiten afrikanischer, asiatischer und lateinamerikanischer Truppensteller angewiesen. Die größten Staaten Europas und die USA weigern sich nach wie vor, ihre Truppen für einen längeren Einsatz der Befehlsgewalt eines UN-Kommandeurs zu unterstellen.

Die zwei zuletzt genannten Probleme führten zu einem neuen Modell der Friedensmissionen, in dem Regionalorganisationen von den Vereinten Nationen beauftragt werden, Frieden zu stiften: Die EU beteiligte sich 2006 unter eigenem Kommando im Umfeld der Wahlen in der DR Kongo an der Aufgabe der Friedenssicherung. 2008 erfolgte eine weitere EU-Mission im Tschad. Aber nicht nur Brüssel bemüht sich, Lücken zu füllen, welche die begrenzten Möglichkeiten der UN oder der fehlende politische Wille ihrer Mitglieder hinterlassen. Bereits 1990 entsandte die westafrikanische Regionalorganisation ECOWAS Truppen nach Liberia,

um den dortigen Konflikt beizulegen. Es folgten Missionen nach Sierra Leone, Guinea 1998 und in die Elfenbeinküste 2002. Die Afrikanische Union (AU) stellte 2003 Truppen zur Verfügung, um das Friedensabkommen der Bürgerkriegsparteien in Burundi zu überwachen. Als die UN sich unfähig zeigten, entschlossen in Darfur zu handeln, und die sudanesishe Regierung Blauhelmstruppen in der Unruheprovinz ablehnte, sprang 2004 erneut die AU ein. Mit der Beobachtungsmission AMIS (*African Union Mission in the Sudan*) wurden aber die Grenzen rein afrikanischer Friedensmissionen bei der Beilegung von Konflikten deutlich: AMIS fehlte es nicht nur am robusten Mandat, sondern an den militärischen Fähigkeiten, auch nur das begrenzte Mandat umzusetzen. Ergebnis dieses Scheiterns war eine so genannte Hybridmission, die versucht, den Einsatz der AU mit dem der UN zu verbinden. Da auch in dieser neuen Konstruktion der Beitrag der USA und Europas gering ist, bleibt der Befund unverändert negativ.

Das bisherige Scheitern der Friedensbemühungen in Darfur sollte allerdings nicht den Blick darauf verstellen, dass sich die Lage seit dem stärkeren Engagement der Vereinten Nationen und anderer Gemeinschaften zur Beilegung von Konflikten in Afrika verbessert hat. Nach Berechnungen des *Human Security Report* 2005 hat sich die Zahl der Auseinandersetzungen und der direkten Kriegsoffer vor allem in den letzten fünf Jahren trotz Darfur erheblich verringert und liegt damit insgesamt deutlich unter dem Niveau von Mitte der 1990er Jahre.

Einsatz im Tschad

In zwölf Flüchtlingslagern im Osten Tschads leben etwa 250 000 Menschen. Nach Angaben des UNHCR werden dort oft Waffen versteckt und Kämpfer für Rebellenbewegungen und andere Banden rekrutiert – auch unter Minderjährigen und nicht selten mit Gewalt. [...]

Um diese für Flüchtlinge und ausländische Helfer bedrohliche Lage zu entschärfen, hat der UN-Sicherheitsrat am 25. September 2007 eine Mission für Tschad und Zentralafrika (Minurcat) beschlossen. Sie soll den Schutz von Hilfsbedürftigen und Helfern verbessern, die Leistung humanitärer Hilfe ermöglichen und die Voraussetzungen für eine Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen schaffen. Für die Sicherheit in den Lagern sind seither 850 als Sondereinheit organisierte tschadische Polizisten zuständig, die zum größten Teil von den Vereinten Nationen bezahlt werden. 350 UN-Polizisten sind abgestellt, um sie auszubilden. Für ein sicheres Umfeld in der Region haben bisher 3300 Soldaten einer EU-Militärmission in Tschad und Zentralafrika (Eufor Tschad/RCA) gesorgt. Am 15. März endet ihr UN-Mandat. Dann wird der europäische Teil der Mission an die Vereinten Nationen übergeben. Die meisten Truppenkontingente bleiben aber noch für eine Übergangszeit im Land – nun als Blauhelmsoldaten der UN.

Um diese europäische Mission haben die EU-Mitgliedstaaten lange gerungen. [...] Dennoch beschlossen die Mitgliedstaaten im Oktober 2007 als „gemeinsame Aktion“ den dritten militärischen Einsatz der EU in Afrika (nach zweien im Kongo). Frankreich stellt die Hälfte der EU-Truppe [...]. Irland, das seit Jahrzehnten an UN-Friedensmissionen in aller Welt teilnimmt, hat 460 Soldaten geschickt, Polen beteiligt sich mit knapp 400. Die Niederlande und kleinere Mitgliedstaaten wie Schweden, Finnland und Österreich, deren Streitkräfte ebenfalls eine Tradition von UN-Einsätzen haben, stellen zwischen 60 und 160 Soldaten. Spanien hilft beim Lufttransport, Italien mit einem Feldkrankenhaus. [...]

Camp Ciara, das Feldlager der Iren, liegt zwanzig Kilometer ostwärts von Goz Beida; weit genug, um die Menschen im Ort nicht zu stören, und nah genug, um den dort tätigen Hilfsorganisationen schnell zur Hilfe kommen zu können, falls sie in Not geraten sollten. [...]

Der Dienst der Einsatzkompanien wechselt zwischen Wachaufgaben, längeren Patrouillen über Land, zu denen die Soldaten in ihren gepanzerten Fahrzeugen bis zu eine Woche unterwegs sind, und der Stellung der Quick Reaction Force. Diese Einheit wird in ständiger Alarmbereitschaft gehalten, um innerhalb von zehn Minuten nach Goz Beida preschen und

die Mitarbeiter der Hilfsorganisationen herausholen zu können. [...]

Täglich mindestens drei Mal werden zu wechselnden Zeiten Patrouillen in die Stadt gefahren, um „Flagge zu zeigen“, die Evakuierungswege zu überprüfen und mögliche Störenfriede durch eine robuste militärische Präsenz abzuschrecken, erklärt Captain Sarah Jane Comerford, die diesmal den Einsatz mit drei Schützenpanzern befehligt.

Es ist Sonntag, ein Markttag, deshalb sind besonders viele Menschen in Goz Beida. Die schweren Radfahrzeuge bewegen sich langsam, um möglichst wenig Staub aufzuwirbeln, denn die Wege durch den Ort sind nur Sandpisten. Am Straßenrand sitzen die Händler vor ihren behelfsmäßigen Ständen, Frauen bieten die vor sich ausgebreiteten Waren feil: Früchte, lebende Hühner mit zusammengebundenen Füßen, Mehl aus einem großen Plastiksack, auf dem mit großen Buchstaben „US Aid“ steht. Unter einem mächtigen Baum wartet eine Herde von Eseln auf Käufer.

Die Soldaten sitzen ab und patrouillieren zu Fuß zwischen Frauen, die schwere Lasten elegant auf dem Kopf balancieren. Zwei Welten bewegen sich aneinander vorbei. Captain Comerford ist überzeugt, hier, mitten in Schwarzafrika, etwas Nützliches zu tun. [...]

Horst Bacia, „Im Land des roten Staubs und der Rechtlosigkeit“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. März 2009

Ressourcenreichtum

Matthias Basedau

Natürliche Ressourcen oder Rohstoffe sind das Rückgrat der meisten Ökonomien Afrikas. Neben landwirtschaftlichen Produkten wie Kaffee oder Tee gehören vor allem nicht erneuerbare Rohstoffe wie Öl oder im Bergbau gewonnene Diamanten und Erze, die für die Industrieproduktion der Weltwirtschaft interessant sind, zu den wichtigsten Exportgütern. Nach Schätzungen verfügte Afrika im Jahr 2003 über etwa 90 Prozent der weltweiten Platinvorkommen. Bei Chrom und Mangan hält es Anteile von 80 Prozent, bei Diamanten 60 Prozent, bei Kobalt und Gold 50 bzw. 40 Prozent. Auch 30 Prozent der Bauxitreserven – das wichtig für die Verhüttung von Aluminium ist – befinden sich auf dem Kontinent. Im Blick auf Energieträger verfügt Afrika nach Schätzungen aus dem Jahr 2006 über etwa 20 Prozent des weltweit vorhandenen Urans, bei Erdöl, Kohle und Erdgas über bis zu zehn Prozent der globalen Reserven. Angesichts der künftig voraussichtlich wachsenden Nachfrage nach Energieträgern – besonders aus China und Indien – ist das alles andere als unerheblich.

Die Erdölproduktion in Afrika konzentriert sich in Nordafrika und im Golf von Guinea, mit Ausläufern nach Westafrika und dem südlichen Afrika. Die wichtigsten Produzenten sind Algerien, Libyen und Nigeria sowie Angola. Kleinere Produktionszahlen weisen Äquatorial-Guinea und Gabun auf. Dazu kommen in Zentral- bzw. Ostafrika noch Tschad und Sudan. Größere Vorkommen wurden zudem zum Beispiel in Ghana, Mauretanien und Niger entdeckt.

Vorkommen nichtfossiler mineralischer Rohstoffe, vor allem Metalle und Diamanten, sind überwiegend im westlichen Westafrika, in Zentralafrika und insbesondere im südlichen Afrika zu finden. Staaten wie Südafrika oder die DR Kongo verfügen über stark diversifizierte Rohstoffvorkommen. Andere wie Sambia (Kupfer) oder Botswana (Diamanten) sind ähnlich abhängig von einem einzigen Rohstoff wie die meisten Erdöl produzierenden Länder.

Ein Segen ...

Der Rohstoffreichtum Afrikas ist auf den ersten Blick durchaus ein Segen. Die hohen Wachstumsraten von zuletzt über fünf Pro-

Bis zu zehn Prozent der globalen Erdölreserven liegen in Afrika. Angola gehört zu den führenden Erdölproduzenten des Kontinents.



Martin Bureau / AFP / Getty Images

zent pro Jahr sind zu einem Gutteil auf Entwicklungen auf dem globalen Rohstoffmarkt zurückzuführen. Besonders die Erdöl produzierenden Länder haben häufig zweistellige Zuwachsraten ihrer Volkswirtschaften vorweisen können. In Angola (2007) und Tschad (2004) waren es in einigen Jahren weit mehr als 20 Prozentpunkte. Mit den Erlösen können zum Beispiel das Gesundheitswesen und die Infrastruktur verbessert und die Armut bekämpft werden. Die Verfügung über strategisch wichtige Ressourcen führt überdies zu einem größeren Maß an Unabhängigkeit gegenüber dem Westen und anderen Importeuren. Nach den Erfahrungen mit dem europäischen Kolonialismus hat dies eine wichtige psychologische Bedeutung für afrikanische Regierungen.

... oder ein Fluch?

Allerdings ist Rohstoffreichtum ein zweischneidiges Schwert. Das Schlagwort „Ressourcenfluch“ beschreibt eine Reihe negativer Folgen für Wirtschaft, Transparenz, Institutionen, Demokratie und Frieden, für die es in Afrika zahlreiche Beispiele gibt:

Entgegen der scheinbar nahe liegenden Annahme, dass Rohstoffreichtum durchweg der Wirtschaft nützt, haben Studien aufgezeigt, dass das Gegenteil der Fall sein kann. Als „*Dutch Disease*“ wird bezeichnet, wenn die hohen Deviseneinnahmen eine Inflation erzeugen, die sich negativ auf die Preise in anderen Sektoren, etwa bei der Landwirtschaft, auswirkt und damit deren Exportfähigkeit beeinträchtigt. Die Verluste an Arbeitsplätzen werden vom Ressourcensektor kaum aufgefangen, da hier in der Regel nur wenige Spezialisten gefragt sind. Hohe Einnahmen aus dem Ressourcensektor verführen überdies dazu, Bildung und andere Wirtschaftssektoren zu vernachlässigen. Demgegenüber fließen die Einnahmen oftmals in überdimensionierte Prestigeprojekte (so genannte weiße Elefanten), die wirtschaftlich unsinnig sind. Plötzlich einbrechende Preise für die Ressourcen stellen die Staaten dann vor erhebliche Probleme, die schnell in die Schuldenfalle führen können. Nigeria, der bislang größte Erdölproduzent des subsaharischen Afrika, ist ein Beispiel für alle diese Effekte.

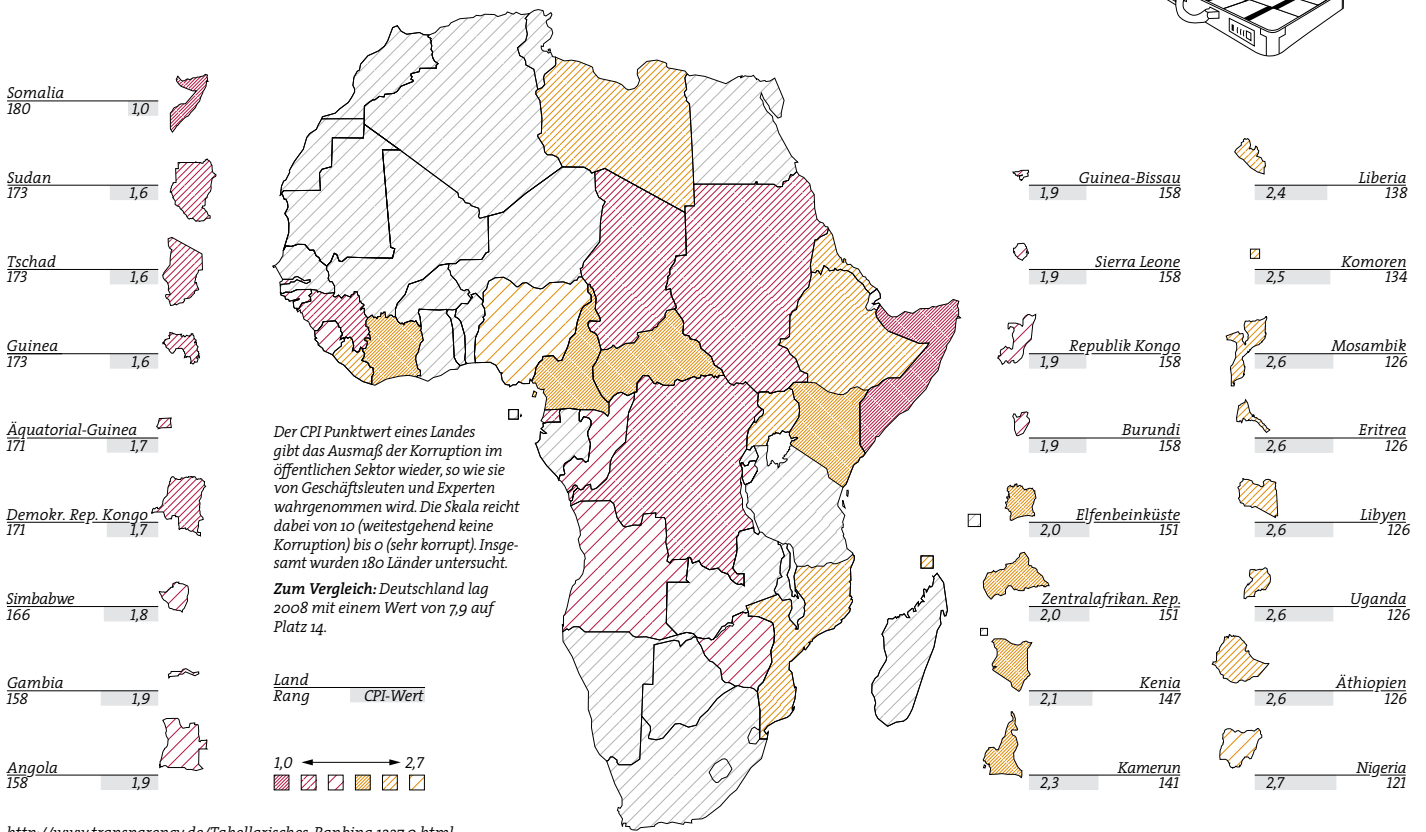
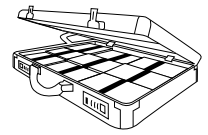
Eine weitere Achillesferse des Ressourcensektors ist seine Anfälligkeit für Korruption. Aufgrund des erforderlichen technischen *know-hows* sind ausländische Firmen unerlässlich für die Förderung von Rohstoffen. Bei Vertragsabschluss kommt es oft zu geheimen Bonuszahlungen an die Eliten der betreffenden Länder. Die staatlichen Firmen im Ressourcensektor sind Objekt der Ausbeutung durch die politische Klasse. In Angola sind nach Schätzungen der internationalen Nichtregierungsorganisation (NRO) *Global Witness* mehr als vier Milliarden US-Dollar verschwunden. Nach Ankündigungen des Konzerns BP im Jahre 2001, seine Zahlungen

Undichte Leitung im Ogoniland in Nigeria. Die dortige Bevölkerung wehrt sich gegen die ökologischen Lasten der Erdölförderung.



Friedrich Stark

Korruptionsindex 2008



<http://www.transparency.de/Tabellarisches-Ranking.1237.o.html>

an die Regierung offenzulegen, drohte die angolansische Regierung, BP des Landes zu verweisen. *Transparency International*, eine Nichtregierungsorganisation, die sich weltweit der Bekämpfung der Korruption widmet und in einem Index jährlich deren Ausmaß in allen Staaten auflistet, attestiert vielen ressourcenreichen Ländern wie Nigeria, der DR Kongo oder dem Tschad einen hohen Grad an Korruption. Ressourcenreichtum kann damit zusammenhängend die Qualität der Institutionen insgesamt beeinträchtigen. Die Regierungen meinen, angesichts der fließenden Einnahmen auf eine effiziente Bürokratie verzichten zu können; insbesondere der Aufbau einer funktionierenden Steuerverwaltung – historisch der Kern des Staates – wird vernachlässigt.

Dies schadet auch der Demokratie und den Menschenrechten: Die Regierenden sehen angesichts fließender Geldquellen wenig Grund zu verantwortlicher Regierungsführung und meinen, ihren

Das Kimberly-Abkommen soll den Handel mit „Blutdiamanten“ unterbinden.



Bürgern keine Rechenschaft zu schulden. Menschenrechtsverletzungen verschärfen sich, wenn autoritäre Regierungen mithilfe der Ressourcenerlöse einen repressiven Sicherheitsapparat finanzieren. Potenzielle Oppositionsführer werden in das System der Korruption eingebunden. Zudem verführt die Verfügung über Rohstoffe wie Öl, Diamanten oder Industriemetalle, die für Industrienationen strategisch wertvoll und daher lukrativ sind, ausländische Regierungen zu einer nachsichtigen Politik gegenüber diesen Staaten bzw. deren Machthabern. Der Sudan blieb vor Sanktionen gegen seine Politik in Darfur auch deshalb geschützt, weil die UN-Sicherheitsratsmitglieder China und Russland Geschäftsinteressen im Zusammenhang mit der Ölproduktion im Lande hatten. Die viel gepriesene Menschenrechtspolitik des Westens bleibt immer merkwürdig zurückhaltend gegenüber Staaten wie Algerien, Äquatorial-Guinea, Libyen oder Nigeria, die über Erdöl verfügen.

Die größte Gefahr, die mit Ressourcenreichtum verbunden ist, sind gewaltsame Konflikte. Die Aussicht auf die Kontrolle der lukrativen Ressourcen kann zu gewaltsamen Auseinandersetzungen um den Zentralstaat führen: Beispiele in der Vergangenheit sind Sierra Leone und Angola. Autonomie- und Sezessionskonflikte können entstehen, wenn ressourcenreiche Regionen innerhalb von Ländern die ökologischen und sozialen Lasten der Produktion zu tragen haben, ohne einen angemessenen Anteil an den Erlösen zu erhalten. Beispiele sind Abspaltungsversuche in Angola (Cabinda), in der DR Kongo (Katanga) und in Nigeria (Biafra-Krieg, Niger-Delta). Wie im Niger und in Nigeria können Rebellen auch Produktionsanlagen angreifen, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Eine internationale Dimension ist gegeben, wenn regionale oder westliche Mächte Konfliktparteien unterstützen, um Zugang zu Ressourcen zu erlangen. In Kongo-Brazzaville halfen französische und amerikanische Ölfirmen 1997 jeweils den Bürger-

Issouf Sanogo / AFP / Getty Images

kriegsparteien. Der „Erste afrikanische Weltkrieg“ (1998 bis 2002) in der DR Kongo war auch dadurch gekennzeichnet, dass die intervenierenden Nachbarstaaten sich an den üppigen Rohstoffen wie Diamanten und Coltan – das für die Elektronik von Handys benötigt wird – bereicherten. Mit Unterstützung ausländischer Konzerne werden zudem jene Finanzmittel erwirtschaftet, die notwendig sind, um die Kämpfe fortführen zu können. Selbst wenn bei den eigentlichen Konfliktursachen die Ressourcen nicht primär im Vordergrund stehen, können vorhandene lukrative Rohstoffe Konflikte verlängern. Das Risiko gewalttätiger Auseinandersetzungen wird schließlich indirekt verschärft, wenn die Ressourcenproduktion durch negative Effekte auf Wirtschaft, Institutionen und Menschenrechte zusätzlich zu Gewalttaten motiviert.

Ressourcenmanagement

Ob natürliche Ressourcen zum „Segen“ oder „Fluch“ für die jeweiligen Länder werden, hängt von einer Reihe damit verbundener Faktoren ab. Dazu gehören die Höhe der Erlöse – die etwa in Nigeria in Bezug auf die Bevölkerungsgröße gar nicht so hoch sind –, der Anteil, den die multinationalen Konzerne den Regierungen überlassen, der Grad der Abhängigkeit von einer bestimmten Ressource und die von den Regierungen kaum beeinflussbare Entwicklung der Weltmarktpreise. Ungünstig ist es besonders, wenn im Land bereits vor Beginn der Rohstoffförderung Spannungen zwischen Regionen und ethnischen Gruppen, ein fragiler Staat und eine schwache Regierungsführung bestehen.

Am wichtigsten erscheint jedoch der Umgang mit dem Ressourcenreichtum durch die jeweilig Herrschenden. Negativen

wirtschaftlichen Auswirkungen kann durch eine vorsichtige Ausgabenpolitik und Anstrengungen, die Wirtschaft auf mehrere Standbeine zu stellen, entgegengesteuert werden. Wenn die Einnahmen fair und verantwortungsvoll verwendet werden, können gesellschaftliche Spannungen vermieden werden. Korruption ist keine notwendige Folge, und es ist kein Zufall, dass das diamantenreiche Botsuana nicht nur sorgsam mit seinen Ressourcen umgegangen ist, sondern auch als das am wenigsten korrupte Land in Afrika gilt. Andere ressourcenreiche Länder wie Namibia und Südafrika haben ebenfalls vergleichsweise geringe Korruptionsraten.

Zu einer verantwortlichen und kompetenten Regierungsführung gibt es im Ressourcensektor keine Alternative. Allerdings beschränkt sich dies nicht auf die afrikanischen Regierungen. Auch die Länder des Nordens müssen auf korrupte und ausbeuterische Praktiken verzichten. Besonders wichtig ist eine höhere Transparenz des internationalen Ressourcenmanagements, um Konflikte zu mindern sowie die illegale Abzweigung und Verschwendung von Ressourcenerlösen einzudämmen. Im Diamantensektor versucht man seit 2002 durchaus erfolgreich, mit dem *Kimberley Process Certification Scheme* (KPCS) den Handel mit „Blutdiamanten“ zu unterbinden. Weitere Anstrengungen wie die *Extractive Industries Transparency Initiative* (EITI) und die „*Publish What You Pay*“-Initiative versuchen weltweit die Transparenz im Rohstoffsektor zu verbessern. Machtlos blieben externe Bemühungen allerdings im Tschad. Das von der Weltbank initiierte „Modell“ zur entwicklungsorientierten Verwendung der Erdöleinnahmen scheiterte 2008 bereits nach wenigen Jahren, nachdem die Regierung es von Anfang an hintertrieben hatte. Es bleibt zudem zu befürchten, dass die wachsende Konkurrenz um die Rohstoffe Afrikas durch westliche Staaten und China all diese Ansätze zunichtemachen könnte.

Klimawandel

Tobias von Lossow

Der Klimawandel ist ein globales Phänomen, dessen Konsequenzen regional unterschiedlich ausfallen werden. Während in einigen Zonen Europas oder der USA mit vergleichsweise geringen Veränderungen zu rechnen ist, werden die Folgen in vielen Gebieten der Südhalbkugel deutlich dramatischer ausfallen und eine nachhaltige Entwicklung gefährden. Insbesondere Afrika wird durch seine geographische Lage und aufgrund von Mehrfachbelastungen wie kein anderer Kontinent unter dem Klimawandel zu leiden haben. Die Auswirkungen werden auch deshalb als besonders gravierend eingeschätzt, weil afrikanische Staaten im Vergleich zu Industrienationen erstens hochgradig verwundbar sind (*vulnerability*) und zweitens nur sehr begrenzte Kapazitäten haben, um sich an den Klimawandel anzupassen (*adaptation*). Diese negativen Voraussetzungen sind die Folge fehlender finanzieller und technologischer Mittel sowie einer vom Agrarsektor dominierten ökonomischen Struktur. Dazu kommen in vielen afrikanischen Staaten soziale, finanzielle und politische Strukturen, die es erschweren werden, (präventive) Gegenmaßnahmen zu entwickeln oder die eintretenden Veränderungen abzuschwächen oder zu kompensieren. Zu nennen sind hier beispielsweise unzureichende oder fehlende Kapazitäten auf Seiten der Regierung und der Verwaltung, weit verbreitete Armut, ungleiche Landverteilung, fehlende nachhaltige Investitionen sowie Druck auf die natürlichen Ressourcen durch hohe Bevölkerungswachstumsraten.

Folgewirkungen

In vielen Regionen Afrikas zeigt sich bereits heute, dass der Klimawandel mit seinen Auswirkungen (wie zum Beispiel Temperaturanstieg, Anstieg des Meeresspiegels oder erhöhte Variabilität und Rückgang der Niederschläge) schon seit Jahren von einer prognostizierten künftigen, abstrakten Bedrohung zu einem akuten Problem geworden ist. Klimabedingte größere Schwankungen der Niederschläge bei gleichzeitigem Rückgang der gesamten Niederschlagsmenge lassen sich ebenso feststellen wie verlängerte Trockenperioden oder steigende Temperaturen. Zwar ist es möglich, sich beispielsweise durch landwirtschaftliche Bewirtschaftungsmethoden in einem gewissen Rahmen an die bestehenden Klimaschwankungen und -änderungen anzupassen. Im Hinblick auf das Ausmaß des prognostizierten Wandels dürften sich diese Anpassungsleistungen jedoch als unzureichend erweisen. Für den afrikanischen Kontinent werden nahezu sämtliche Folgen des Klimawandels relevant werden. Dazu gehören unter anderem

- die Verknappung der Süßwasserressourcen,
- die Beeinträchtigung von Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion,
- die Gefährdung der öffentlichen Gesundheit,
- die Bedrohung von Ökosystemen und Artenvielfalt,
- der Anstieg von extremen Wetterereignissen und

- die Gefährdung von Küsten sowie tiefer gelegenen Gebieten und Inseln.

Daraus ergeben sich

- eine Beeinträchtigung der Entwicklung in vielen afrikanischen Staaten,
- ein Anstieg der Migration und
- die Gefahr gewaltsamer Konflikte.

Die Folgen des Klimawandels bedingen und verstärken sich häufig gegenseitig, weshalb es kaum möglich ist, diese isoliert zu betrachten. Auch wenn sie nicht auf alle Regionen Afrikas im gleichen Ausmaß zutreffen, lassen sich dennoch gewisse Trends für den gesamten Kontinent ablesen, wie die folgenden drei Beispiele verdeutlichen.

Wasserversorgung: Wasserknappheit kann aufgrund ihrer zahlreichen Einflüsse auf andere Bereiche vielleicht als wichtigste Folge des Klimawandels angesehen werden. Schon heute wirken sich Übernutzung und Verschmutzung der Wasservorkommen negativ auf die angespannte Versorgungssituation aus. In einigen Regionen werden die ohnehin knappen Wasserressourcen durch den Klimawandel weiter zurückgehen, gleichzeitig wird der Wasserbedarf aufgrund zunehmender Bevölkerungszahlen und vor allem eines steigenden Lebensstandards anwachsen. Nach Prognosen des *Intergovernmental Panel on Climate Change* (IPCC) werden bis zum Jahr 2020 in Afrika zwischen 75 und 250 Millionen Menschen unter zunehmender Wasserknappheit, im Hinblick auf Menge wie auch Qualität, leiden, wobei Haushalte, Industrie und Landwirtschaft gleichermaßen betroffen sein werden. Die Abnahme der Wassermenge in fließenden Gewässern wird auch die Stromerzeugung entlang der großen Ströme be-

einträchtigen, zum Beispiel am Niger oder am Nil. Der Anstieg des Meeresspiegels hat zur Folge, dass Süßwasserquellen und Grundwasservorkommen in Küstennähe versalzen. Durch den Temperaturanstieg wird der Kilimandscharo Gletscher abschmelzen und damit eine bekannte Süßwasserquelle Kenias bis spätestens 2020 verschwunden sein.

Nahrungsmittelsicherheit: Die prognostizierten Klimaveränderungen werden die landwirtschaftliche Produktion und den Zugang zu Nahrungsmitteln schwerwiegend beeinträchtigen. Für einige Länder wird mit einem 50-prozentigen Rückgang der vom Regen abhängigen landwirtschaftlichen Erträge gerechnet, wodurch das Risiko von Lebensmittelengpässen steigt. Besonders am Rand trockener und halbtrockener Gebiete, die heute ein Drittel Afrikas umfassen, werden geeignete Flächen, Vegetationszeiten und das Ertragspotenzial zurückgehen, die Wüsten werden sich weiter ausbreiten. Auch die zunehmende Häufigkeit von extremen Wetterereignissen wie Dürren und Überschwemmungen werden in einigen Gebieten zu einem existenzbedrohenden Mangel an Nahrungsmitteln führen. Angesichts bereits bestehender Nahrungsknappheit, des Bevölkerungswachstums und der in vielen Staaten ausgeprägten Abhängigkeit von der Landwirtschaft – die auf individueller Ebene die Existenz sichern soll (Subsistenzlandwirtschaft) und auf staatlicher Ebene die Hauptexportgüter stellt – geben diese Entwicklungen Anlass zur Sorge. Der Anstieg der Wassertemperaturen in Seen, Flüssen und Meeren wird zudem einen Rückgang der Fischbestände zur Folge haben, bestimmte Arten in teilweise bereits überfischten Gewässern werden verschwinden.

Gesundheit: Die ohnehin meist unzureichenden und schwach ausgebildeten Gesundheitssysteme der afrikanischen Staaten werden neben den bestehenden massiven Problemen wie HIV/

Klimawandel in Westafrika

[...] Das Wetter Westafrikas gehorcht nicht mehr dem Ablauf, dem es gefolgt ist, so lange sich die Bauern von Kandiga erinnern. Der Beginn der Regenzeit verschiebt sich, die Männer können sich bei der Aussaat nicht mehr auf ihre Erfahrung verlassen. Niemand weiß genau, wann der richtige Zeitpunkt ist – ein Glücksspiel. „Die Menschen hier sind aber auf den Regenfeldbau angewiesen“, sagt der Ethnologe Wolfram Laube von der Universität Bonn, der seit Jahren in der Region forscht. [...]

Wissenschaftler des Zentrums für Entwicklungsforschung der Universität Bonn beobachten, wie die Unwägbarkeiten für die Menschen im Volta-Becken wachsen. Seit acht Jahren beschäftigt sich eine Vielzahl von Forschern im Rahmen des Glowa Volta Projekts – Ethnologen, Hydrologen, Klimaforscher, Physiker – mit dem Wasserkreislauf im Volta Becken; sie analysieren die Folgen des Klimawandels für die Region und hantieren mit sperrigen Begriffen wie Wassermanagement und Niederschlags-

variabilität. [...] Allen geht es um die Frage, wie sich die lokale Landwirtschaft auf den Klimawandel einstellen und gleichzeitig eine stetig wachsende Bevölkerung im Westen Afrikas ernähren kann.

Der Schwarze, Rote und Weiße Volta, die sich in Ghana zu einem Strom vereinen, fließen durch Entweder-Oder-Land. Entweder ist es während der Trockenzeit so heiß und staubig, dass die Bäume ihre Blätter abwerfen, das Gras verdorrt, der Boden aufreißt und die Menschen kaum mehr machen können, als in ihren Lehmhäusern Zuflucht vor der Hitze zu suchen. Oder es stürzen während der Regenzeit Wassermassen vom Himmel. Zwischen April und Oktober regnet es manchmal so heftig, dass die Passanten in den ungeteerten Nebenstraßen von Ouagadougou, der Hauptstadt von Burkina Faso, in einem reißenden rot-bräunlichen Strom stehen, dessen Wasser ihnen an den Hüften zerrt. In Kandiga und anderen Dörfern schwemmen diese Güsse die fruchtbaren Böden von den Äckern und reißen Saat und Pflanzen gleich mit.

„Diese Variabilität nimmt zu“, sagt der Koordinator des Glowa Volta Projekts, Jens Liebe. [...]

„Klimamodelle für Westafrika zu erstellen ist sehr schwierig“, sagt der Hydrologe. [...] Doch gebe es einen gemeinsamen Nenner der Modelle. Alle prognostizieren, dass sich das Entweder-oder verstärken wird. Die Trockenperioden werden länger dauern, die Niederschläge werden heftiger sein – und unregelmäßiger werde alles vonstattengehen. Die lokal begrenzten Regenfälle haben bereits an Intensität zugenommen. Der heiße Boden fördert die Bildung turmhoher Wolken, die sich kaum von der Stelle rühren, bis ihre Wassermassen auf eng begrenzte Gebiete niederprasseln und Ernten vernichten. „Unsere Modelle bestätigen das, was die Bauern berichten“, sagt Jens Liebe. [...]

Die Forschungsergebnisse für den Alltag der Menschen von Burkina Faso und Ghana nutzbar zu machen, ist schwer. [...] Für die Bauern bedeutet das Unsicherheit, und diese werde zunehmen. [...]

Sebastian Herrmann, „Unser Dorf ist immer in Gefahr“, in: Süddeutsche Zeitung vom 4. Oktober 2008

Aids, Tuberkulose, Malaria oder Hepatitis durch die Folgen des Klimawandels mit weiteren dramatischen Entwicklungen konfrontiert werden. Die Beeinträchtigung der Landwirtschaft und der Nahrungssicherheit führt zu einer verschlechterten Ernährungssituation, wodurch die Menschen anfälliger für Krankheiten werden. Unterernährung und daraus resultierende Erkrankungen sowie Durchfallerkrankungen als Folge der zunehmenden Wasserverknappung werden häufiger auftreten. Extreme Wetterereignisse wie Hitzewellen, Überschwem-

mungen, Stürme, Brände und Dürren werden Erkrankungen, Verletzungen und erhöhte Sterblichkeitsraten nach sich ziehen. Der Temperaturanstieg wird vermehrt hitzebedingte Todesfälle auslösen und zu Herz-Kreislauf-Erkrankungen sowie zu einer veränderten räumlichen und zeitlichen Verbreitung von Überträgern von Infektionskrankheiten wie Gelbfieber, Dengue-Fieber oder Malaria führen. Bereits jetzt breitet sich die Malaria in höheren, bis dato als ungefährdet geltenden Lagen in Kenia, Ruanda, Burundi und Äthiopien aus.

Afrikas „Beitrag“ zum Klimawandel

Afrika leidet jetzt und künftig massiv unter den Folgen des Klimawandels, hat aber zu dessen Ursachen nur in einem verschwindend geringen Ausmaß beigetragen. Die Staaten Afrikas sind lediglich für etwa 3,8 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich, ihr Anteil an den CO₂-Emissionen beträgt weniger als drei Prozent. Der Grund für den geringen CO₂-Ausstoß ist vor allem die schwach ausgeprägte industrielle Entwicklung. Mit einem jährlichen CO₂-Ausstoß von etwa 650 Millionen Tonnen liegt der Wert des gesamten afrikanischen Kontinents beispielsweise deutlich unter dem Deutschlands, das pro Jahr rund 800 Millionen Tonnen emittiert. Während der daraus resultierende Pro-Kopf-Ausstoß in Afrika eine Tonne CO₂ beträgt, ist der Wert in Deutschland zehnmal so hoch.

Auch unter den afrikanischen Staaten sind die CO₂-Emissionen ungleich verteilt. Eine Gruppe von 15 Staaten verursacht 95 Prozent aller Emissionen in Subsahara-Afrika: in absteigender Reihenfolge sind das Südafrika, Nigeria, Kenia, Simbabwe, Sudan, Äthiopien, Angola, Ghana, Côte d'Ivoire, Äquatorial-Guinea, Senegal, Botswana, Tansania, Kamerun und Kongo (Brazzaville), die meisten der verbleibenden 38 Länder erzeugen lediglich 0,1 bis 0,3 Tonnen CO₂ pro Kopf. Die Industrienationen, die im Verlauf ihrer Entwicklung in erster Linie den Klimawandel zu verantworten haben, sind aufgefordert, durch Technologietransfers und Kooperationen die Anpassungskapazitäten in Afrika zu erhöhen und damit die dortige Verwundbarkeit zu reduzieren.

Klimawandel als Chance?

Die Notwendigkeit, sich an den Klimawandel anzupassen, birgt im Bereich der Energiegewinnung (Entwicklungs-)Chancen für die afrikanischen Staaten, wenngleich diese Chancen die negativen Folgen des Klimawandels nicht aufwiegen können. Durch den Ausbau der Solarenergie kann die Elektrifizierung und somit die Entwicklung der Länder vorangetrieben werden, denn weite Teile der Bevölkerung sind bislang von der Stromversorgung abgeschnitten. Weil ohnehin nur unzureichende Kapazitäten zur Stromerzeugung vorhanden sind und der Ausbau zentraler Netze vor allem in ländlichen, oft dünn besiedelten Gebieten zu teuer ist, ließen sich alternative, dezentrale Energiequellen wie Windkraft und Solarenergie nutzen. Aufgrund der vorherrschenden klimatischen Bedingungen könnten mit Investitionen in die Erzeugung von Solarenergie langfristig ein neuer Wirtschaftszweig und ein neues Exportprodukt entstehen. Energieexporte könnten die ökonomischen Nachteile der auch klimabedingt steigenden Abhängigkeit von Lebensmittelimporten abfedern. In diesem Bereich hat Afrika die Chance, Stadien der Energiegewinnung der Industrienationen zu überspringen und durch den Ausbau alternativer Energien einen nachhaltigen Entwicklungsschub zu erfahren.



In einem Kapstädter Slum dient ein Wasserlauf zur Ver- und Entsorgung.



Ausbreitung von Wüsten und Halbwüsten. Gehört im Sudan



Alternative Energiequelle: Solar-Ladestation in Kotido, Uganda

Alte und neue Ursachen von Migration

Steffen Angenendt

Das europäische Bild vom afrikanischen Wanderungsgeschehen ist zwiespältig: Einerseits wird der Kontinent als Quelle irregulärer Zuwanderung wahrgenommen, und Migranten aus Afrika werden als Sicherheitsrisiko betrachtet. Andererseits gibt es die Vorstellung, die afrikanische Bevölkerung sei vormodern, in ländlichen und vorindustriellen Strukturen verhaftet und im Vergleich zu anderen Weltregionen immobil. Beide Vorstellungen sind weit verbreitet, aber falsch, denn sie entsprechen nicht der Komplexität und Dynamik des afrikanischen Migrationsgeschehens.

Die internationalen Migrationsstatistiken stützen zunächst den Eindruck, Afrika spiele im globalen Wanderungsgeschehen nur eine Nebenrolle. So beträgt laut UN-Bevölkerungsabteilung der Anteil der internationalen Migranten – also von Menschen, die ihr Heimatland für länger als ein Jahr verlassen haben – an der Weltbevölkerung etwa drei Prozent, ihr Anteil an der Bevölkerung in Afrika aber nur 1,9 Prozent. 1970 lebten noch mehr als zwölf Prozent aller internationalen Migranten in Afrika, im Jahr 2000 aber nur noch neun Prozent. Afrika ist diesen Daten zufolge aber nicht nur als Aufnahmegebiet für Migranten wenig bedeutend, sondern auch als Herkunftsgebiet: Im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2005 verzeichnete der Kontinent einen jährlichen Wanderungsverlust von 455 000 Menschen, während aus Lateinamerika und der Karibik 804 000 und aus Asien sogar 1 297 000 Menschen auswanderten. Die vorhandenen Statistiken sind aber wegen zahlreicher Erhebungs- und Auswertungsprobleme äußerst lückenhaft, und es ist fraglich, ob das Bild der (relativen) Bedeutungslosigkeit Afrikas im weltweiten Wanderungsgeschehen der Realität entspricht. Es ist sinnvoller, nach den Ursachen und Triebkräften des Wanderungsgeschehens zu fragen.

Politische Wanderungsursachen

Bei den Wanderungsursachen spielen politische Faktoren eine besondere Rolle. Sie können unterschiedliche Formen annehmen, von der systematischen Verfolgung einzelner Personen und Gruppen bis zur allgemeinen Unterdrückung der Bevölkerung und flächendeckenden Menschenrechtsverletzungen, von lokalen militärischen Auseinandersetzungen zwischen Machthabern und Opposition bis zur völligen Auflösung staatlicher Ordnung. Um Fluchtabsichten in die Tat umzusetzen, müssen zu den Auswanderungsgründen in jedem Fall eine begründete Hoffnung und eine praktische Möglichkeit kommen, entweder in friedlicheren Landesteilen oder in einem anderen Land Schutz und Sicherheit vor Verfolgung finden zu können.

In Afrika haben Flüchtlinge seit den Konflikten im Zusammenhang mit der Entkolonisierung immer einen vergleichsweise großen Anteil an den Wanderungsbewegungen ausgemacht. In den 1970er Jahren hatte die Zahl der Flüchtlinge, die ihr Land verließen, deutlich zugenommen, von einer Million auf 3,6 Millionen Menschen – ein Trend, der in den 1980er Jah-



Sarah El Deeb/AP

Flucht vor der Gewalt – Vertriebene aus Süd-Darfur 2009 im Flüchtlingslager in Zam Zam, Nord-Darfur

ren anhielt. Im Jahr 1990 schätzten internationale Hilfsorganisationen die Zahl der Flüchtlinge allein im subsaharischen Afrika auf 5,4 Millionen Menschen, was damals etwa einem Drittel der weltweiten Flüchtlinge entsprach. Inzwischen sind einige der großen Flucht auslösenden Konflikte beendet, und Zahl und Anteil der Flüchtlinge sind deutlich gesunken. Nach Angaben des UN-Flüchtlingskommissars betrug die Zahl der Flüchtlinge im subsaharischen Afrika Ende 2008 aber immer noch 2,1 Millionen Menschen oder 20 Prozent der weltweiten Flüchtlinge.

In den vergangenen Jahrzehnten haben sich die regionalen Schwerpunkte des Fluchtgeschehens mehrfach verändert. Seit den 1980er Jahren kamen zu den Flüchtlingskrisen in Ostafrika, wie in Somalia, Eritrea und im Sudan, neue große Flucht-bewegungen in Zentralafrika (unter anderem in Ruanda und Burundi) und in Westafrika hinzu, hier vor allem im Zuge der Konflikte in Liberia und Côte d'Ivoire.

Gegenwärtig sind die Flucht-bewegungen in Afrika durch drei Trends gekennzeichnet:

- Erstens wird die Flucht auslösende Gewalt zunehmend durch halbstaatliche oder nicht-staatliche Akteure wie Milizen, Warlords oder marodierende Banden begangen und gezielt gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt, um sie zu vertreiben.
- Zweitens ist der Anteil der in den betreffenden Ländern Vertriebenen, also der Binnenflüchtlinge, im Vergleich zu den Flüchtlingen, die ihr Land verlassen haben, groß und deutlich zunehmend. Inzwischen lebt die Hälfte der weltweit Binnenvertriebenen in Afrika.
- Drittens handelt es sich zunehmend um so genannte „langandauernde Flüchtlingskrisen“, die meist mehrere Länder betreffen und erhebliche Sicherheitsrisiken für die betreffende Region darstellen.

Wirtschaftliche Wanderungsursachen

Bei der wirtschaftlich motivierten Migration in Afrika können drei Formen unterschieden werden.

Ein großer, aber nicht bezifferbarer Teil dieser Migration besteht aus Binnenwanderungen, die meist vom Land in die Stadt führen. Im Jahr 2000 lebten in Afrika schätzungsweise 294 Millionen Menschen in Städten, und ihre Zahl wird UN-Prognosen zufolge bis zum Jahr 2030 auf 742 Millionen steigen. Dieses Wachstum findet vor allem in kleineren Städten statt, und es gibt einen hohen Anteil von Pendelwanderungen und zirkulä-



AFP / Getty Images

Sprechstunde in einem Krankenhaus in Kasungu 2009. Malawi leidet wie viele afrikanische Staaten unter dem Wegzug geschulten Personals.

rer Migration, also von mehrfacher Zu- und Rückwanderung. Die Land-Stadt-Wanderung bietet vielen Migranten die Chance auf ein besseres Leben und ist zumindest für die erfolgreicheren von ihnen häufig Ausgangspunkt für Wanderungen in Nachbarstaaten oder in weiter entfernte Länder. Für viele weniger erfolgreiche Migrantinnen und Migranten führt die Landflucht allerdings oft zu Entwurzelung und Verarmung.

Erheblich ist auch die Migration zwischen den afrikanischen Staaten. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) schätzte im Jahr 2004 die Zahl der in anderen afrikanischen Staaten arbeitenden Migranten auf über sieben Millionen Menschen. Die traditionellen Muster der Arbeitsmigration haben sich in den vergangenen Jahrzehnten stark verändert. Inzwischen ist es schwierig, Länder eindeutig in Herkunfts- oder Zielländer zu unterscheiden, weil viele Länder sowohl Zu- als auch Abwanderungen aufweisen. Zudem tendieren viele traditionelle Zielländer zu einer restriktiveren Aufnahmepolitik, weil die grenzüberschreitenden (und zu einem erheblichen Teil irregulären) Wanderungen als Einfallstor für Waffenschmuggel, Kriminalität und die Verbreitung von HIV/Aids betrachtet werden und sich in den Slums der Großstädte die Wut über schlechte Regierungsführung und wirtschaftlichen Niedergang zunehmend gegen Zuwanderer richtet. In einigen Staaten ist die traditionelle Offenheit gegenüber Migrantinnen und Migranten bereits in Gewalttätigkeiten umgeschlagen, wie 2008 in der Republik Südafrika.

Schließlich ist auch noch die Arbeitsmigration in Staaten außerhalb von Afrika von Bedeutung. Lange Zeit war diese Arbeitsmigration durch die Beziehungen zu den früheren Kolonialmächten bestimmt, und es gab relativ stabile Wandermuster beispielsweise aus Nordafrika nach Frankreich, Spanien und Italien. Diese durch kulturelle und sprachliche Bindungen geprägten und durch ethnische Netzwerke gestützten Muster lösen sich auf. Afrikanische Migranten arbeiten beispielsweise zunehmend auch im Nahen Osten und in Asien. Auch wenn die Entwicklungsimpulse von Rücküberweisungen und von Rückwanderungen insgesamt positiv bewertet werden, ist der Exodus von Fachkräften für viele afrikanische Staaten ein Problem. Dies gilt insbesondere für die Auswanderung von medizinischem Personal. Einige europäische Staaten – beispielsweise die Niederlande – verzichten daher darauf, Ärzte und Krankenschwestern aus solchen afrikanischen Ländern abzuwerben. Eine relativ neue und stark zunehmende Migrantengruppe stellen Händler dar. Insbeson-

dere Händler aus Westafrika haben internationale Netzwerke in Europa, Asien (insbesondere China) und den USA aufgebaut.

Alle drei angeführten Wanderungsformen werden aller Wahrscheinlichkeit nach weiter zunehmen, und zwar weitgehend unabhängig vom wirtschaftlichen Entwicklungsstand der Herkunftsländer. In der Migrationsforschung ist unstrittig, dass Entwicklung Migration nicht verhindert, sondern zunächst fördert, weil sie potenzielle Migranten oft überhaupt erst in die Lage versetzt, in andere Länder zu wandern. Außerdem werden auch die afrikanischen Staaten zunehmend in die Weltwirtschaft eingebunden, der tendenzielle Abbau von Handelsschranken wirkt sich auch auf die Arbeitsmigration aus, und viele Industriestaaten verzeichnen einen wachsenden Zuwanderungsbedarf.

Demografische Wanderungsursachen

Die Migration aus und in Afrika wird durch demografische Faktoren verstärkt. Die Bevölkerungsentwicklung löst zwar selbst keine Wanderungen aus, ist aber eine wichtige Rahmenbedingung. Entscheidend sind die Geschwindigkeit und die regionale Verteilung des Bevölkerungswachstums. Die von der UN-Bevölkerungsabteilung prognostizierte Zunahme der Weltbevölkerung von derzeit sechs auf 9,4 Milliarden Menschen bis 2050 wird zu 95 Prozent in den Entwicklungsländern stattfinden. Dieser schnelle Bevölkerungszuwachs wird gerade in Afrika interne und externe Wanderungsbewegungen forcieren.

Viele afrikanische Staaten mit einem „Jugendüberschuss“ („youth bulge“) werden ein Interesse haben, einen Teil dieser Arbeitskräfte in den Industriestaaten unterzubringen, nicht zuletzt, um innenpolitischen Konflikten vorzubeugen, die sich aus einer größeren Zahl unzufriedener und perspektivloser Jugendlicher ergeben könnten. Viele Industrieländer hingegen altern und schrumpfen in demografischer Hinsicht, und sie werden einen größeren Zuwanderungsbedarf aufweisen. In diesem Zusammenhang wird das Bedürfnis nach einer abgestimmten Steuerung der Zuwanderung steigen.

Ökologische Wanderungsursachen

Die Diskussion über den Einfluss von Umweltfaktoren auf Wanderungsbewegungen ist nicht neu, ungewohnt ist eher das Ausmaß der Risiken, vor denen gewarnt wird: Auch seriöse Prognosen sprechen von hunderten Millionen Umweltflüchtlingen, die aufgrund des Klimawandels gezwungen sein könnten, ihre Heimat zu verlassen. In diesem Zusammenhang versucht zum Beispiel der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU), besonders betroffene regionale Brennpunkte zu identifizieren. In allen Studien wird auf die Gefährdung afrikanischer Gebiete hingewiesen. So wird für Nordafrika befürchtet, der Migrationsdruck könne wegen des Zusammenwirkens von zunehmenden Dürren und Wasserknappheit, hohem Bevölkerungswachstum und der Schwächung der landwirtschaftlichen Potenziale zunehmen. Die Sahelzone und das südliche Afrika, die bereits heute zum Teil von schwacher Staatlichkeit, Bürgerkriegen und großen Flüchtlingszahlen betroffen sind, könnten nach Ansicht der Experten durch den Klimawandel zusätzlich unter Druck geraten.

Funktion der Transitstaaten

Laurence Marfaing / Dalila Nadi

Im Zusammenhang mit der internationalen Migration und der befürchteten Zunahme der Zuwanderung aus Afrika verstärkte sich das Bedürfnis der Europäischen Union (EU), eine Pufferzone zwischen Europa und Afrika zu schaffen. Daher sind die Maghreb-Sahelstaaten Mauretanien, Marokko, Tunesien, Senegal und Mali auf der euro-afrikanischen Konferenz über Migration und Entwicklung im Juli 2006 in Rabat zu „Transitstaaten“ erklärt worden. In dieser Eigenschaft sind sie gemäß den Vereinten Nationen verpflichtet, Migranten und Migrantinnen davon abzuhalten, das eigene Territorium zu durchqueren, um irregulär in ein anderes Land zu gelangen. Die Transitstaaten haben sich gegenüber der EU in Rabat verpflichtet, die Außengrenze Europas zu schützen und illegale Migration zu bekämpfen bzw. vermutete „eigene Migranten in illegalen Verhältnissen“ wieder aufzunehmen. Im Gegenzug bietet ihnen die EU logistische und finanzielle Hilfen. Algerien und Libyen haben sich lange Zeit zurückgehalten, bevor sie sich dem Rabat-Abkommen anschlossen. Im Rahmen eines globalen Umgangs mit der Migrationsproblematik beteiligten sich an der euro-afrikanischen Konferenz in Rabat (an der Algerien nicht teilnahm) 26 Staaten und in Tripolis im November desselben Jahres etwa 40 afrikanische Staaten.

Bereits im Jahr 2000 hatte ein Partnerschaftsabkommen zwischen den zwischen den AKP (Afrika, Karibik, Pazifik)-Staaten und der EU in Cotonou, Benin, Migrationsfragen zum Gegenstand eines permanenten Dialogs aufgewertet. Dabei war betont worden, dass reguläre Migranten aus einem Drittland gleiche Rechte und Pflichten wie der eigenen Bevölkerung zustehen, um Diskriminierung in sozialen, ökonomischen und kulturellen Fragen zu verhindern und den Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit voranzubringen.

Die Staaten des Maghreb-Sahara-Sahel sind gleichermaßen Aus-, Einwanderungs- und Transitstaaten, in denen die Mobilität von Menschen und Gütern historisch bedingt ist. Sie befinden sich damit in dem Zwiespalt, einerseits die Migration in einer „europäischen Perspektive“ zu bekämpfen und andererseits eigene Interessen in Bezug auf die Ausländer in ihrem Territorium zu verteidigen. Diese Staaten unterhalten freundschaftliche, diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen mit ihren Nachbarländern; sie dürfen sich also nicht in Situationen begeben, die ihre Vereinbarungen innerhalb der ökonomischen Partnerschaftsabkommen mit Europa (EPA) oder mit der *Economic Community of West African States* (ECOWAS) oder im Rahmen der *Arabischen Maghreb-Union* (AMU) in Frage stellen könnten.

Marokko

Marokko ist gleichzeitig ein Hauptherkunftsland und ein Transitland irregulärer Zuwanderer aus Afrika nach Europa. Aufgrund der historischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den subsaharischen Ländern sind deren Bürgerinnen und Bürger in Marokko größtenteils von der Visumpflicht befreit, und die marokkanischen Behörden duldeten lange Zeit ihre Anwesenheit. Doch



REUTERS / STR New

In Europa sehen viele afrikanische Menschen ihre Zukunft. Bootsflüchtlinge im Hafen der südspanischen Stadt Motril am 15. März 2009

der rasante Anstieg der Zuwanderung ab Ende der 1990er Jahre und der Druck der Europäischen Union zwangen Marokko zu drastischen Maßnahmen. Im November 2003 wurde in Rabat ein Gesetz gegen irreguläre Migration verabschiedet. Es sollte einen besseren Schutz der Grenzen und die Stärkung des Kampfes gegen Schmuggelnetzwerke gewährleisten.

Im Rahmen der MEDA-Programme (2002 bis 2004) stellte die EU dem Land 115 Millionen Euro zur Verfügung, um es in der Migrationsbekämpfung zu unterstützen. Mit diesen Mitteln wurden unter anderem ein Migrationsobservatorium sowie die Direktion für Migration und Grenzüberwachung gegründet. Marokko setzte bis zu 11 000 Sicherheitskräfte (2006) zur Bekämpfung der Migration ein. Allein im Jahr 2004 gelang es diesen, 425 Schmuggelnetzwerke auszuheben. Seit dem Jahr 2003 führen Spanien und Marokko gemeinsame Marinepatrouillen durch. Doch die Ereignisse im Küstengürtel Tanger-Ceuta-Melilla im Jahr 2005 zeigten die Unverhältnismäßigkeit der eingesetzten Mittel. Damals hatten marokkanische Behörden hunderte Flüchtlinge, die über die spanischen Exklaven Ceuta und Melilla sowie über Tanger nach Europa zu fliehen versucht hatten, verhaftet und zum Teil ohne ausreichende Versorgung in der Wüste ausgesetzt. Marokkos internationales Ansehen wurde ernsthaft beschädigt.

Seitdem werden neben den weiterhin repressiven Maßnahmen im Umgang mit der irregulären Migration auch humanitäre Aspekte berücksichtigt: Zum Schutz der Migranten wurden Menschenrechtsorganisationen gegründet, und es werden auch in den Medien öffentliche Debatten geführt, um die Bevölkerung zu sensibilisieren und die Fremdenfeindlichkeit zu bekämpfen – eine Entwicklung, die in anderen Transitländern des Maghrebs noch nicht oder nur in geringem Maße stattgefunden hat. Durch die „Sperrung“ Marokkos für Migranten aus dem Süden ist das Problem der Migration allerdings in die südlichen Transitländer verlegt worden.

Algerien

Die Wanderbewegungen aus den afrikanischen Nachbarländern nach Algerien sind traditionell von großer Bedeutung für seine sozioökonomische Entwicklung: Viele Städte und Regionen im Süden des Landes überlebten nur dank dieser Zuwanderer. Ihre Arbeitskraft wurde in allen Wirtschaftssektoren gebraucht, und in vielen algerischen Großstädten gehören schwarzafrikanische Viertel zum Stadtbild.

Seit Ende der 1990er Jahre entwickelte sich Algerien, das jahrelang nur als Emigrationsland bekannt war, immer mehr zum Transitland für subsaharische Migranten auf dem Weg über Marokko, Libyen oder Tunesien nach Europa. Aber erst seit 2006 versuchen sie direkt von Algerien aus in kleinen Booten zum europäischen Kontinent zu gelangen.

Die algerischen Behörden begannen zwar bereits ab Ende der 1990er Jahre, auf die Migrationsprobleme zu reagieren, doch erst 2008 hat Algerien die „illegale Ausreise“ als Delikt im Strafgesetz verankert. Inzwischen stehen Razzien, Verhaftungen und Abschiebungen subsaharischer Migranten auf der Tagesordnung.

Der Anteil der Migranten, die tatsächlich nach Europa weiterziehen wollen, ist gemessen an der Gesamtzahl der in Algerien lebenden subsaharischen Zuwanderinnen und Zuwanderer sehr gering. Die Mehrheit will – genau wie in der Vergangenheit – nur saisonal einer Beschäftigung oder dem Handel nachgehen, um dann in ihre Heimatländer zurückzukehren.

Die jetzige algerische Migrationspolitik behandelt jedoch alle afrikanischen Migranten gleich und ignoriert deren unterschiedliche Beweggründe und Aufenthaltszeiten. Mittlerweile leben viele Migranten und Migrantinnen in sehr prekären Lebenssituationen und müssen bei der Ausübung ihrer Tätigkeiten in Algerien nicht nur eine Verhaftung und Abschiebung befürchten, sondern um ihr Leben bangen.

Libyen

Dank der pan-afrikanischen Politik des Revolutionsführers Muammar al-Gaddafi galt Libyen jahrelang als Einwanderungs- und Durchwanderungsland für afrikanische Migranten. Aber im Jahr 2003 vollzog die libysche Migrationspolitik aus wirtschaftlichen und außenpolitischen Gründen einen Kurswechsel: Die Zahl der Grenzsicherungskräfte wurde verstärkt, und diese sorgten seitdem für Massenabschiebungen afrikanischer Migranten. Seit Februar 2007 gelten eine Visumpflicht und noch schärfere Sanktionen.

Trotz der massiven Repression bleibt der Ansturm der Migranten groß. Die Kriege und Krisen im Niger, Sudan und am Horn von Afrika zwingen deren Bewohner und andere Afrikaner zum Transit durch dieses Land. Gleichzeitig ist Libyen noch stärker als Algerien auf diese Menschen als Arbeitskräfte angewiesen. Das Land zählt sechs Millionen Einwohnerinnen und Einwohner, von denen nach offiziellen Angaben sich mindestens zwei Millionen irregulär in Libyen aufhalten sollen.

„Illegale“, die aufgegriffen werden, aber auch Migranten, die aus Europa nach Libyen abgeschoben werden, landen meist in den zahlreichen Auffang- oder Abschiebelagern. Drei davon wurden von Italien finanziert, das sich als Hauptzielland der Migranten aus Libyen dort stärker als andere EU-Staaten engagiert. Allein im

Gescheiterte Träume ...

Klaus Sieg / agenda

[...] Hinter einer kleinen Tür im Torweg befindet sich das Büro von der Association des Refoulés d'Afrique Centrale au Mali (A.R.A.C.E.M.), einer Selbsthilfeorganisation von Flüchtlingen verschiedener afrikanischer Staaten, die in Mali hängen geblieben sind. [...] Von hier aus versuchen Ntamag Romeo und Patrice Zinahad, die beiden Gründer der Organisation, die Situation der gestrandeten Flüchtlinge etwas zu verbessern. In Kooperation mit der lokalen Polizei stellen sie zum Beispiel Behelfspapiere aus, mit denen die Migranten sich bei Kontrollen ausweisen können. Die meisten haben auf ihrer Odyssee sämtliche Dokumente verloren.

Bei A.R.A.C.E.M. trifft Bertrand Couture seinen Freund Omare Nelgida aus dem Tschad. Sie tauschen Neuigkeiten aus oder träumen von einer Fußballerkarriere in Europa. Meistens schlagen sie aber einfach nur die Zeit tot.

Vor sieben Jahren ist Bertrand Couture aus Kamerun aufgebrochen – auf der Suche nach einem besseren Leben. Er war in Nigeria, Benin, Burkina Faso, Mauretanien, Algerien und Marokko. Die längste Zeit hat er in Marokko auf eine Gelegenheit gewartet, in die spanische Enklave Ceuta zu gelangen. Im August 2001 ist er zum ersten Mal über den Zaun geklettert. Doch die spanische Guardia Civil bugsierte ihn

gleich wieder hinaus. Insgesamt sieben Mal rannte Bertrand Couture so gegen die Festung Europa an. Geschlafen hat der 26-Jährige zusammen mit anderen Flüchtlingen in einem nahen Wald. Viele der Männer brachen sich Knochen oder Gelenke beim Versuch, über den Zaun zu gelangen, den die Spanier von Monat zu Monat höher zogen. [...]

Irgendwann hat ihn die marokkanische Polizei aufgegriffen und nach Algerien abgeschoben. Von Gefängnis zu Gefängnis wurde er nach Süden transportiert. [...] Schließlich landete Bertrand Couture in Mali. In Bamako schlief er zunächst einige Wochen unter den Ständen einer Markthalle, verdiente sich mit Trägerdiensten und Reinigungsarbeiten ein paar Lebensmittel und Kleingeld.

Nun wohnt er in einem Haus mit einhundert anderen Flüchtlingen aus Kamerun, Togo, Kongo oder dem Tschad. Bis zu zehn Männer teilen sich ein Zimmer. Die Zustände sind katastrophal. Immer mehr Flüchtlinge bleiben hier hängen, weil immer weniger durchkommen, seit die EU die Kontrollen verschärft hat. Nur selten findet einer der Männer einen Job auf einer Baustelle oder auf dem Markt. „Ich bin völlig erschöpft“, sagt Bertrand Couture mit halb geschlossenen Augen. Warum kehrt er nicht zurück nach Kamerun? „Mein Vater hat mir am Telefon gesagt, dass ich nur mit Geld nach Hause kommen soll.“ [...]

... erfüllte Hoffnungen

Mariam, eine Senegalesin, eröffnete mit ihren eigenen Ersparnissen aus ihrer 2-jährigen Beschäftigung als Hausangestellte ein Restaurant in Nouadhibou (Mauretanien). Als es gut lief, verpachtete sie es. Mit ihrem Gewinn und einem Kredit ihres Vaters in Höhe von 765 Euro hat sie dann angefangen, Fische zu kaufen und verarbeiten zu lassen. Dafür beschäftigt sie Tagelöhner, die die Fische salzen und dann drei bis fünf Tage trocknen lassen. Die Tagelöhner werden pauschal nach verarbeiteter Menge bezahlt (250 UM/Kiste).

Aus 100 000 UM (= Kürzel für die mauretanische Währung Ouguiya) Fisch kann sie 15 bis 30 Prozent reinen Gewinn erwirtschaften. Sie verkauft die verarbeiteten Fische an mauretanische oder ausländische Fischgroßhändler. Wenn sie CFA Franc verdienen will, fährt sie nach Senegal mit einem Paket von maximal 100 kg getrockneten Fischen. So pendelt sie zwischen Senegal und Mauretanien. Sie plant Verträge mit Geschäftsmännern aus der heiligen Stadt Touba im Senegal und mit Fischgroßhändlern aus Mali. Ihre Arbeit wird gesellschaftlich nicht besonders gut angesehen, doch in dem Viertel zu Hause „respektieren sie die erfolgreiche Unternehmerin, die sie geworden ist!“

Aus einem Interview, geführt von Laurence Marfaing im Mai 2009 in Nouadhibou

Jahr 2008 wurden 36 952 Flüchtlinge an den Küsten Italiens aufgegriffen. Mit den Geldern der EU-Kommission und des italienischen Innenministeriums werden libysche Polizisten, Grenzpatrouillen, Beamte und Juristen ausgebildet, und im Herbst 2008 sind der Einsatz gemeinsamer Patrouillen im Mittelmeer sowie die Überwachung der Saharagrenze per Satellit vereinbart worden.

Mauretanien

Mauretanien ist eindeutig ein Transitland: Zirkuläre Migration, das heißt Saisonal-, Arbeits- aber auch Pendelmigration ist eher die Regel als dauerhafte Ein- oder Auswanderung. Das gilt für rund 60 Prozent der schwarzafrikanischen Migranten, die seit 2000 regelmäßig in Mauretanien anzutreffen sind. Diese stammen hauptsächlich aus dem Senegal (60 Prozent) und aus Mali (30 Prozent). Die übrigen zehn Prozent kommen aus anderen subsaharischen Ländern, aber auch aus Asien oder dem Maghreb. Pro Jahr reisen 100 000 bis 200 000 Personen durch Mauretanien. Es gibt keine Statistik darüber, wie viele bleiben, weiterreisen oder zurückkehren. Mauretanien gehört zu den Ländern, die sich bereit erklärt haben, irreguläre Migration im internationalen Kontext zu bekämpfen. Allerdings hat das Land keine eigene nationale Migrationspolitik. Gemäß der mit der EU erarbeiteten bilateralen Absichtserklärung von 2007 „erlaubt der Staat Mauretanien Staatsangehörigen einiger Länder der ECOWAS auf seinem Territorium zu reisen und zu residieren, wenn sie Inhaber eines Personalausweises sind“. In Sachen Immigration gibt es innerhalb der westafrikanischen Region eine stille Übereinkunft der Toleranz. Mauretanien begünstigt ausländische Investitionen und erteilt eine kostenlose Arbeitserlaubnis auf einfache Anfragen von Arbeitgeberern oder Arbeitssuchenden. Mit seinen knapp drei Millionen Einwohnern kann das Land die rund 2,5 Prozent Zuwanderer ohne weiteres integrieren; sie sind sogar für die Wirtschaft unverzichtbar und bedeuten für den Staat ein echtes Entwicklungspotenzial. Dennoch stellten im Winter 2006 die nationalen und internationalen Medien Nouadhibou, die Hafen- und Industriestadt im Nordwesten des Landes, als die „Hauptstadt der wilden Migration“ dar, von wo aus „illegale“ in kleinen Booten zu den



Seit 2007 gelten in Libyen verschärfte Zuwanderungsbedingungen. Wanderarbeiter in Tripolis

Mahmud Turkia / AFP / Getty Images

Kanarischen Inseln fahren. Europa bietet Mauretanien „Hilfe“ an, um die Migration aufzuhalten und entwickelt umfangreiche und kostspielige Maßnahmen, um irreguläre Migranten abzufangen und rückzuführen. Mauretanische Politiker und Angehörige der Verwaltung argumentieren allerdings, dass es unter den momentanen Umständen unmöglich sei, 5070 Kilometer Wüstengrenze, 750 Kilometer Küste und 650 Kilometer Flussgrenzen zu kontrollieren; darüber hinaus würden solche Kontrollen Ausländer stigmatisieren, Fremdenfeindlichkeit anstacheln und, nicht zuletzt, Probleme mit den Nachbarstaaten verursachen.

Fazit

Die heutigen, vorwiegend aus EU-Perspektive entworfenen Lösungen im Umgang mit der Migration bedeuten für die Transitstaaten eine Zunahme der inneren Probleme und für die Migranten Hindernisse in deren Überlebens- und Entwicklungsstrategien im Alltag. Solange die immense Wohlstandskluft zwischen der EU und Afrika besteht, werden Menschen auf der Suche nach einem besseren Leben mit legalen und illegalen Mitteln versuchen, den europäischen Kontinent zu erreichen.

Die Rolle der Diasporas

Bettina Conrad

Bis vor kurzem bezeichnete der Begriff „afrikanische Diaspora“ (vom griechischen *diaspeirein* = zerstreuen, verbreiten) fast ausschließlich jene Bevölkerungsgruppen in Nord- und Südamerika, der Karibik, dem Mittleren Osten und auch in Europa, deren Vorfahren einst aus Afrika verschleppt und als Sklaven zwangsweise dort angesiedelt worden waren. In Abgrenzung zu dieser „alten“ Diaspora wurde in den 1990er Jahren der Begriff der „neuen afrikanischen Diaspora“ geprägt, deren Mitglieder erst kurze Zeit als Zuwanderer oder Flüchtlinge in Nordamerika oder Europa leben und die mit der alten „Black Diaspora“ außer ihrer Hautfarbe nicht viel gemein haben. Aber auch die neue afrikanische Diaspora ist alles andere als eine homogene, in sich geschlossene Gemeinschaft, weshalb hier im Folgenden die Pluralform Diasporas verwendet wird.

Das *Migration and Remittance Factbook* der Weltbank geht davon aus, dass rund 16 Millionen Afrikaner aus Ländern südlich

der Sahara außerhalb ihres Geburtslandes leben. Von diesen wiederum haben sich laut der *International Organisation for Migration* (IOM) mehr als 3,6 Millionen vorwiegend in Nordamerika und Europa angesiedelt. Etwa 1,4 Millionen leben in den USA, eine weitere Million in der EU. Diese Zahlen sind jedoch mit Vorsicht zu genießen, da die meisten Statistiken undokumentierte Einwanderer, aber auch solche, die mittlerweile die Staatsbürgerschaft des Einwanderungslandes besitzen, nicht erfassen.

Wie Einwanderer aus anderen Regionen der Welt sind auch afrikanische Diasporas sowohl weltweit vernetzt als auch intern fragmentiert. Sie bestehen aus Personen, die zu verschiedenen Zeiten, unter unterschiedlichen Voraussetzungen ihr Land verlassen haben und ebenso unterschiedliche Bedingungen in ihrer neuen Heimat vorfanden. Gemeinsam ist jedoch den meisten das Bemühen, Kontakt zum Herkunftsland zu halten. Neue und günstige Kommunikationsmittel wie das Internet helfen, die



Matthias Luedcke, Berlin

Mehr als 20 Millionen Afrikanerinnen und Afrikaner leben außerhalb des Kontinents. Straßenverkäufer in Neapel 2005



Francois Guillot / AFP / Getty Images

Das Internet ermöglicht den Menschen der Diasporas, mit ihren Herkunftsländern in Kontakt zu bleiben: Internetcafé in Paris.

Verbindung zu den Daheimgebliebenen, aber auch zu Verwandten und Freunden in anderen Teilen der Welt zu pflegen.

Wirtschaftliches Potenzial

Die mögliche wirtschaftliche Bedeutung afrikanischer Diasporas rückte erst in den letzten Jahren in den Blickpunkt. Aufmerksam wurde dabei zunächst registriert, dass Rücküberweisungen („*remittances*“) aus der Diaspora in den vergangenen Jahren rapide gestiegen sind. 2007 belief sich die Summe der dokumentierten Transfers in die Länder südlich der Sahara auf über zwölf Milliarden US-Dollar. Der tatsächliche Betrag dürfte nach Einschätzung von Experten um ein Vielfaches höher sein und übertrifft – zumindest in einigen Ländern – die Entwicklungshilfegelder.

Auch wenn Transferleistungen aus der Diaspora hauptsächlich privaten Haushalten zu Gute kommen, sind sie eine wichtige und zuverlässige Devisenquelle für den Staat – und tragen oft erheblich zum Bruttonationaleinkommen bei. Wie genau die Gelder verwendet werden, ist unklar. Vieles deutet darauf hin, dass sie hauptsächlich in Konsumartikel, aber auch in Bildung oder kleine unternehmerische Projekte investiert werden. In jedem Fall profitieren die lokalen Märkte. Einige Wissenschaftler weisen aber auch auf Negativeffekte hin: So fördern *remittances* das Entstehen einer „Versorgungsmentalität“, verstärken soziale Ungleichheit und schaffen ein falsches Bild vom „guten Leben“ in der Diaspora.

Einige Entwicklungsexperten befürworten daher eine „Entwicklung durch Diaspora“, die nachhaltige Hilfsprojekte und Investitionen fördert. Sie argumentieren, dass Helfer oder Partner aus den Diasporas die lokalen Bedürfnisse besser verstehen als externe Entwicklungshelfer. Zudem könnte eine permanente oder zeitweise Rückkehr von Migranten der massiven Abwanderung von afrikanischen Bildungseliten („*brain drain*“) gegensteuern und einen Wissenstransfer leisten. Skeptiker geben jedoch zu bedenken, dass für eine solche Nutzung des Diasporapotenzials die lokalen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen stimmen müssen. Auch ist die Diaspora zwar eine gern gesehene Geldquelle, Rückkehrer werden aber nicht selten als Konkurrenten um Arbeitsstellen und Ressourcen betrachtet.

Viele Herkunftsländer haben das Potenzial der Diaspora erkannt und versuchen, ihre im Ausland lebenden Staatsbürger auf Dauer an sich zu binden, zum Beispiel durch günstige Investitionsmöglichkeiten, die Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft oder Erteilung des Wahlrechts. Diasporakommissionen, -beauftragte oder -ministerien wurden eingerichtet. Die

Afrikanische Union (AU) erklärte die afrikanische Diaspora 2006 offiziell zur ihrer sechsten Region. Auch die Zuwanderungsländer betonen die Notwendigkeit, die afrikanischen Diasporas zu mobilisieren und zu fördern. Hier herrscht jedoch ein deutlicher Widerspruch zu den schweren Bedingungen für afrikanische Flüchtlinge und Migranten, sich in Europa zu etablieren.

Bedeutung für Demokratie und Frieden

Die wirtschaftliche Bedeutung der Diasporas sowie ihre relativ guten Möglichkeiten, internationale Aufmerksamkeit für ihre Belange zu schaffen, geben ihnen auch ein politisches Gewicht. Einige Experten erwarten, dass die Erfahrungen der Diasporas mit demokratischen, liberalen Systemen langfristig positiven Einfluss auf die politische Situation und die Stärkung der Zivilgesellschaft in Afrika haben werden. Diese Hoffnungen werden bestärkt durch eine wachsende Zahl von Diasporagruppen, die sich für Demokratie, Bürger- und Menschenrechte in ihren Herkunftsländern engagieren.

Politische Aktivitäten sind allerdings nicht per se konstruktiv. Kritische Stimmen warnen, dass Diasporas generell zu reaktionären Überzeugungen neigen und keineswegs immer freiheitlich-demokratische Ziele im Hinblick auf ihre Heimatlandpolitik verfolgen. Vor allem in Krisensituationen können exilpolitische Tätigkeiten konfliktverschärfend oder destabilisierend wirken, etwa wenn mit Diasporageldern bestimmte Interessengruppen oder gewaltbereite Organisationen innerhalb eines Landes finanziert werden. Spannungen zwischen verschiedenen politischen, ethnischen oder regionalen Gruppen führen nicht selten sogar zu gewalttätigen Auseinandersetzungen innerhalb der Diaspora.

Besonders in autoritären Staaten wird deutlich, dass Herkunftsländern die Versuche politischer Einflussnahme durch ihre Diaspora durchaus lenken können. Letztere kann zwar von außen politischen Druck ausüben, etwa durch Boykott von Zahlungen oder Einflussnahme bei westlichen Geldgebern (Demonstrationen, Petitionen), sie selbst ist aber auch verletzlich. So kann eine angeprangerte Regierung etwa Diasporamitgliedern die Einreise erschweren, ihnen die Ausstellung wichtiger Dokumente verweigern oder gar mit Repressalien gegen zurückgebliebene Familienmitglieder drohen.

Welche wirtschaftliche, politische und kulturelle Bedeutung die relativ jungen afrikanischen Diasporas in Zukunft haben werden, hängt von vielen Faktoren ab: Möglichkeiten in den Einwanderungsländern, Bedingungen in den Herkunftsländern sowie den globalen wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen.

Kontinuität und Wandel in der Gesellschaft

Afrika ist reich an Sprachen, Kulturen und Religionen. Das traditionelle Sozialgefüge ist immer noch von Bedeutung, verändert sich aber durch den Zuzug in die Städte, in denen die Menschen ihr Auskommen zu sichern suchen.

Sprachenvielfalt auf dem Kontinent

Matthias Brenzinger

Etwa ein Drittel der über 6000 Sprachen der Welt wird von Afrikanern gesprochen. Der Sprachenreichtum auf dem afrikanischen Kontinent ist auch in der immer noch weit verbreiteten Subsistenzwirtschaft begründet, bei der der Einzelne nur in und mit der Gemeinschaft überleben kann. Die gemeinsame Sprache ist sehr bedeutsam für die Schaffung und Erhaltung einer Gruppenidentität. Viele ländliche Gemeinschaften bleiben von nationalen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen und haben nur begrenzt Zugang zu Bildungseinrichtungen. In diesen Lebensumständen spielt die gemeinsame ethnische Sprache eine außerordentlich wichtige Rolle, nicht nur im kulturellen, sondern auch im sozialen und wirtschaftlichen Alltagsleben.

In den Staaten südlich der Sahara werden zwischen 1700 und 2200 Sprachen gesprochen. Präzisere Angaben sind aus zwei Gründen nicht möglich: Zum einen sind viele der afrikanischen Sprachen nicht ausreichend erforscht, zum anderen existiert das grundsätzliche Problem der Entscheidung, ob bestimmte sprachliche Varietäten als unterschiedliche Sprachen oder als Dialekte einer Sprache gelten sollen. Diese Grenzziehung erweist sich vor allem dort als schwierig, wo ein fließender Übergang zwischen Sprachen existiert, und – was für die Mehrzahl der afrikanischen Sprachen gilt – keine standardi-



Die traditionellen Rollenbilder ändern sich vor allem durch den Zuzug in die Städte. Junge Frau auf dem Jankara-Markt in Lagos, Nigeria 2008

Mark Stenley / Still Pictures

sierten Schriftformen existieren. Tatsächlich sind es aber nicht diese linguistischen Kriterien, sondern politisch-historische Gründe, die sprachlichen Varietäten den Status von Sprachen verleihen.

Sprachfamilien und ihre Verbreitung

Der amerikanische Sprachwissenschaftler Joseph Greenberg unterschied ursprünglich vier übergeordnete Sprachfamilien auf dem afrikanischen Kontinent: Niger-Kordofanisch, Afroasiatisch, Nilo-Saharanisch und Khoisan. Die Verbreitung der Niger-Kordofanischen Sprachfamilie reicht vom äußersten Westen des Kontinents bis zum südlichsten Zipfel, und auch in den ostafrikanischen Staaten werden Sprachen dieser Familie gesprochen. Die mit Abstand größte Untergruppe stellen die bis zu 700 Bantu-Sprachen dar, die vorwiegend südlich des Äquators vorkommen und deren bekannteste das Swahili (Ki-Swahili, dt. Suaheli) ist.

Die Mehrzahl der etwa 360 Sprachen der Afroasiatischen Sprachfamilie konzentriert sich überwiegend im Nordosten des Kontinents. Jedoch haben Sprechergemeinschaften dieser Sprachfamilie bereits seit Jahrtausenden in Auswanderungswellen auch große Teile des ostafrikanischen Raums bevölkert. Zur Afroasiatischen Sprachfamilie zählen neben dem nur noch schriftlich überlieferten Ägyptischen und den Amazighsprachen (früher: Berbersprachen) die semitischen Sprachen wie Arabisch, aber auch die äthio-semitischen Sprachen Äthiopiens und Eritreas



wie Amharisch und Tigrinya. Oromo in Äthiopien und Somali sind die bedeutendsten Sprachen der kuschitischen Unterfamilie des Afroasiatischen. Die größte Unterfamilie bilden die etwa 120 Tschadischen Sprachen, die im Tschad, in Niger, Kamerun und vor allem in Nigeria gesprochen werden. Zu diesen zählt auch das in weiten Teilen Westafrikas verbreitete Hausa.

Die geographische Verbreitung der Nilo-Saharanischen Sprachfamilie reicht vom Tschad bis in den ostafrikanischen Raum. Ihre nach Sprecherzahlen größten Untergruppierungen sind die nilotischen Sprachen Luo in Kenia und Tansania sowie Dinka im Südsudan.

Die von Greenberg behauptete genetische Verwandtschaft aller Khoisan-Sprachen, das heißt der Sprachen, deren ursprüngliches Lautinventar Schnalze aufweist, gilt heute als nicht beweisbar. Vielmehr geht man nun von mindestens drei nicht-verwandten Khoisan-Familien aus. Die meisten der Khoisan-Sprachen werden von San gesprochen, den Jägern und Sammlern des südlichen Afrika, die früher als „Buschmänner“ bezeichnet wurden. Die bei weitem größte Khoisan-sprachige Sprachgemeinschaft sind allerdings die Vieh haltenden Khoekhoe (Nama) in Namibia.

Sprachpolitik

In vielen afrikanischen Staaten wurde und wird Sprachenvielfalt von seiten der Politik noch immer als Bedrohung für die Herausbildung nationaler Einheit gewertet. Sie sehen im

Sprachenpluralismus ein Konfliktpotenzial, das jederzeit von separatistischen Bewegungen mobilisiert werden kann, um die staatliche Einheit zu untergraben. Die langjährigen kriegerischen Konflikte in den wenigen sprachlich homogenen afrikanischen Staaten Ruanda, Burundi und Somalia zeigen jedoch, dass eine gemeinsame Sprache staatliche Einheit keineswegs garantiert.

Da die offizielle Anerkennung und Verwendung von afrikanischen Sprachen als konfliktträchtig angesehen wurde, übernahm die Mehrzahl der afrikanischen Staaten bei der Unabhängigkeit die von den Kolonialmächten eingeführten europäischen Sprachen als offizielle Landessprachen. Nur wenige Nationen wagten es, einen eigenen Weg einzuschlagen, indem sie eine einheimische Sprache zur offiziellen Landessprache erklärten, so etwa Äthiopien mit Amharisch, Tansania mit Swahili und Botsuana mit Tswana. Während diese sprachpolitische Entscheidung in Tansania und Botsuana tatsächlich eine Stabilisierung des Staates unterstützte, löste die Dominanz der Amharen und ihrer Sprache in Äthiopien einen 30-jährigen Bürgerkrieg aus, der erst mit der Unabhängigkeit Eritreas im Jahre 1993 und der Anerkennung der übrigen Landessprachen in Äthiopien ein Ende fand.

Zu den politisch begründeten Vorbehalten gegen Sprachenvielfalt treten auch ökonomische Bedenken. Ein sprachlich heterogener Staat sei immer unterentwickelt, lautet eine häufig zitierte Behauptung, die auf der Beobachtung basiert, dass die Mehrzahl der europäischen Industrienationen im We-



In Tansania ist Swahili die offizielle Landessprache, die auch in den meisten Schulen gesprochen wird. Unterricht in der Hauptstadt Daressalam

sentlichen – von der Schweiz und Belgien abgesehen – monolingual ist. Eine eurozentrische Vorstellung von Entwicklung, die nach westlich-kapitalistischem Vorbild eine Einbindung in den Weltmarkt anstrebt, verlangt tatsächlich nach Anpassung der afrikanischen Staaten, nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in sprachlicher Hinsicht. Für den Zugang zum Weltmarkt bringt die Verwendung afrikanischer Sprachen, auch wenn sie nationenweit gesprochen werden, keine Vorteile mit sich. Moderne Kommunikationsformen erfordern vielmehr, dass eine europäische Sprache in der gesamten Bevölkerung verbreitet ist.

Sprachgebrauch im Alltag

Sowohl in den afrikanischen Städten als auch auf dem Lande ist die große Sprachenvielfalt ein wichtiger Faktor im alltäglichen Miteinander. Fast alle Afrikanerinnen und Afrikaner beherrschen mehrere Sprachen und setzen diese in unterschiedlichen Situationen ein. Im Kreis der Verwandten und der Dorfgemeinschaft wird in der Muttersprache kommuniziert. Auf dem Markt, wo Menschen unterschiedlicher Ethnien zusammentreffen, bedienen sie sich einer so genannten Verkehrssprache. Bei Behördengängen oder beim Besuch einer höheren Schule werden häufig die Sprachen der ehemaligen Kolonialmächte gefordert, nämlich Englisch, Französisch oder Portugiesisch. Die Muttersprachen der auf dem Lande lebenden Volksgruppen besitzen üblicherweise das geringste Prestige. Afrikanische Verkehrssprachen oder die eingeführten europäischen Sprachen genießen dagegen ein hohes Ansehen und werden auch von der politischen und wissenschaftlichen Elite in der Öffentlichkeit verwendet.

Afrikanische Verkehrssprachen spielen auf dem Kontinent eine besonders große Rolle, und Swahili ist sicher die wichtigste unter ihnen. In Tansania dominiert diese Sprache in fast allen gesellschaftlichen Bereichen, etwa in den Grundschulen, in den Medien, in der Verwaltung, bei öffentlichen Versammlungen oder in den Kirchen. Eine Grundsatzentscheidung auf dem Weg zum „afrikanischen Sozialismus“, den Tansania nach der Unabhängigkeit 1961 unter der Führung Julius Nyereres einschlug, bestand darin, dem Swahili nicht nur nationalen, sondern auch offiziellen Status zu verleihen. Heute verwenden weit über die Grenzen Tansanias hinaus viele Millionen Menschen Swahili als Verkehrssprache. So sprechen etwa 70

Prozent der Kenianer Swahili als Zweitsprache, und auch in Uganda wird es häufig gewählt, wenn Sprecher unterschiedlicher Muttersprachen aufeinandertreffen.

Hausa ist die am weitesten verbreitete Sprache im westlichen Afrika südlich der Sahara und wird von über 40 Millionen Menschen gesprochen, wobei sie für ein Drittel von ihnen Zweitsprache ist. Die Ausdehnung des Hausa geht auf seinen Gebrauch als Sprache der Islamisierung zurück, die diesen Raum im 14. Jahrhundert erreichte, aber auch auf die rege Handelstätigkeit der Hausa. Andere Sprachen mit überregionaler Bedeutung sind beispielsweise das Bambara, das in Mali und allen umgebenden Staaten von insgesamt etwa zehn Millionen Menschen gesprochen wird, oder Lingala und Sango, beides Sprachen, die im zentralen Afrika von mehreren Millionen Menschen als Verkehrssprachen genutzt werden.

Arabisch ist die meist gesprochene aller afrikanischen Sprachen und offizielle Landessprache in sieben nordafrikanischen Staaten. Es breitete sich im Zuge der Islamisierung vor etwa 1400 Jahren über Ägypten bis zum Atlantischen Ozean aus und wurde die neue Muttersprache der vormals Amazigh-sprachigen Bevölkerungen. Nur in Marokko und Algerien haben Amazigh-Sprachgemeinschaften in größerer Zahl ihre Sprachen bis heute beibehalten. Als Verkehrssprache konnte sich Arabisch in nur wenigen Teilen Afrikas durchsetzen, allerdings leben über 60 Prozent der Arabisch-Sprecher auf dem afrikanischen Kontinent.

Nach einer Forderung der UNESCO von 1953 soll jedes Kind die Schulausbildung in seiner Muttersprache beginnen. In Afrika werden bisher jedoch kaum mehr als 200 Sprachen als Unterrichtssprache verwendet, also weniger als zehn Prozent. Die meisten afrikanischen Staaten sind wegen der großen Zahl der Sprachen nicht in der Lage, alle von ihnen in den Schulen zu berücksichtigen. Staaten wie Kenia und Uganda liegen mit mehr als 30 Sprachen im mittleren Bereich, was Sprachreichtum angeht. Nur wenige sind (annähernd) einsprachig, nämlich Lesotho, Swasiland, Burundi, Ruanda und Somalia, sieht man von den arabischsprachigen Staaten im Norden Afrikas ab. Dagegen haben Tansania mit etwa 140, Kamerun mit weit mehr als 200 und Nigeria mit bis zu 500 Sprachen eine enorme Sprachenvielfalt aufzuweisen. Lehrerausbildung sowie das Erstellen von Lehr- und Lernmaterial für die Landessprachen sind für die letztgenannten Staaten aufwändige und kostspielige Unterfangen.

Die Sprachenvielfalt auf dem afrikanischen Kontinent stellt einen kulturellen Reichtum dar, der jedoch zunehmend zu verschwinden droht. Denn immer mehr Sprachgemeinschaften, vor allem kleinere, geben ihre eigene Sprache auf, um die Sprache größerer, einflussreicherer Volksgruppen zu übernehmen. Damit geht nicht nur in Jahrtausenden gesammeltes kulturspezifisches Wissen verloren, sondern auch die Möglichkeit, die in jeder Sprache jeweils eigenen Formen des menschlichen Denkens zu erhalten.

Es wird oft behauptet, dass die Sprachenvielfalt Afrikas die Kommunikationsmöglichkeiten einschränkt und damit auch die Entwicklung des Kontinents hemmt. Mehrsprachigkeit hat aber in Afrika eine lange Tradition und stellt eine Möglichkeit dar, wie auch ohne die Aufgabe der eigenen Sprache nationale und internationale Kommunikation ermöglicht werden kann. Nicht die Sprachenvielfalt auf dem afrikanischen Kontinent ist das Problem, sondern die Tatsache, dass die Bevölkerung der afrikanischen Staaten bis heute mehrheitlich nicht in der Lage ist, die europäische Sprache zu sprechen und zu verstehen, in der sie regiert und verwaltet wird.

Identitäten in Politik und Gesellschaft

Gero Erdmann

Politische und soziale Identitäten in Afrika werden zumeist über die Herkunft bzw. über die Abstammung bestimmt, an vorderster Stelle durch die ethnische Zugehörigkeit, gefolgt vom Klan und der Großfamilie. Kaum ein politisches Ereignis, kaum ein gewaltsamer Konflikt – ohne einen Hinweis auf die ethnische Identität der beteiligten Akteure. Im öffentlichen Sprachgebrauch wird anstelle der Ethnie oft synonym vom „Stamm“ auf einer Ebene mit „Volk“ geredet, während in der Ethnologie der „Stamm“ auch die Untergruppe einer Ethnie oder eines „Volkes“ sein kann. Die Begriffe sind in ihrer Verwendung bisweilen unscharf und wechselhaft.

Bis in die jüngere Gegenwart wurde die Existenz nationaler Identitäten für Afrika in Zweifel gezogen. Sie galten als „künstlich“ oder wurden zumindest mit Hinweis auf die post-kolonialen Prozesse des Nationenaufbaus noch als im Entstehen begriffen gesehen. Indessen setzt sich langsam die Erkenntnis durch, dass die Menschen in Afrika – wie in anderen Weltregionen auch – gleichzeitig über mehrere politische und soziale Identitäten verfügen, die je nach kommunikativem Rahmen zur Geltung kommen. So gibt es neben ethnischen, regionalen, distriktbezogenen und lokalen, dörflichen Identitäten sowie religiösen, professionellen und verschiedenen sozialen Gruppenidentitäten auch eine nationale Identität.

Ihre Ausprägung ist sehr viel weiter fortgeschritten als gemeinhin angenommen wird. Im Sinne einer staatsbezogenen Identität als Tansanier/in oder Kenianer/in ist der Nationenaufbau in weiten Teilen des Kontinents bereits gelungen. Die engagierte Identifikation mit der jeweiligen nationalen Fußballmannschaft hat mehr als nur symbolischen Charakter. Umgekehrt zeugen auch gängige Diskriminierungen und Vorurteile von einer Identität, die auf den Staat bezogen ist. In der Elfenbeinküste werden eingewanderte Mossi und Dioula als Burkiner verfehmt und angegriffen, ebenso in Südafrika Migranten verschiedener ethnischer Identität als Simbabwe oder Mosambikaner bedroht und vertrieben – und die Nigerianer sind in weiten Teilen Afrikas als clevere Geschäftsleute berüchtigt und von strengen Einreiseregeln betroffen.

Wenn ein Luo aus Kenia in Uganda einen Chagga aus Tansania trifft, dann begegnen sie sich nicht als Luo und Chagga, sondern als Kenianer und Tansanier; erst die zweite Frage gilt der Klärung, woher die Person in dem jeweiligen Land kommt. Treffen sich jedoch ein Luo und ein Kikuyu, so wird die gemeinsame Identität als Kenianer sekundär, und sie begegnen sich als Luo und Kikuyu. Auch die westafrikanischen Fulbe, deren Siedlungsgebiet von Kamerun bis nach Senegal reicht, unterscheiden klar, woher sie jeweils kommen und verstehen sich als Beniner, Burkiner oder Senegalesen – erst in zweiter Linie begreifen sie sich als Fulbe.

Ähnlich wie der Begriff der Nation wird ethnische Gruppenidentität heute nicht mehr als etwas „Angeborenes“ und „Natürliches“ betrachtet. Vielmehr gilt sie als Ergebnis eines gesellschaftlich-historischen Sozialisationsprozesses, der maßgeblich auch durch politische Entscheidungen beeinflusst wird. Ethnische Gruppen zeichnen sich durch eine eigene Geschichte, Sprache, Kultur und teilweise auch Religion aus. Oft ist dies verbunden mit dem Anspruch auf ein bestimmtes Territorium bzw. auf eine gemeinsame Abstammung,

In der Begeisterung für die nationale Fußballmannschaft zeigt sich auch eine zunehmende Identifikation mit dem eigenen Land. Fans aus Guinea beim Afrika-Cup im ägyptischen Alexandria 2006



picture-alliance / Pressefoto Ulmer

die allerdings mythischer Natur ist. Die Entdeckung und Erzählung einer gemeinsamen ethnischen oder nationalen Geschichte geschieht immer erst im Rückblick. Durch geschichtliche Entwicklungen sollen so soziale und politische Gegebenheiten der Gegenwart erklärt und vor allem rechtfertigt werden.

Ähnlich und zugleich viel problematischer verhält es sich mit dem Begriff der Klans. Diese sind ebenfalls keine biologischen, sondern mythische, das heißt sozial konstruierte Abstammungsgemeinschaften. Das Problem ist nur, dass Klans als eigene soziale oder gar politische Organisationsform weder historisch noch gegenwärtig in allen afrikanischen Gesellschaften eine Rolle gespielt haben bzw. spielen. Viele Gesellschaften kannten diese Organisationsform gar nicht, und dort, wo es sie gab, konnte sie eine ganz unterschiedliche Bedeutung haben – oft nur eine soziale oder eingeschränkt rituelle, sehr selten eine politische. Hinzu kommt, dass prinzipiell gleiche oder ähnliche soziale Gebilde in der Terminologie der Ethnologen als Klan gelten, von anderen aber als „Stamm“ bezeichnet werden. Sozial tatsächlich bedeutsam sind die so genannten *lineages*, das heißt, konkrete Abstammungsgruppen, deren Mitglieder sich präzise über biologische Abstammungslinien bestimmen lassen.

Eine ethnische Identität bedeutet, genauso wie eine nationale, für sich gesehen noch keinen Konflikt oder ein hohes Gewaltpotenzial. In den meisten afrikanischen Ländern lebt die Mehrzahl der ethnischen Gruppen friedlich neben- und miteinander. Wenn Schlagzeilen mit so genannten ethnischen Konflikten Aufsehen erregen, wird gerne übersehen, dass zahlreiche Staaten mit über 50 oder gar deutlich über 100 ethnischen Gruppen seit Kolonialzeiten keine gewaltsamen „ethnischen“ Konflikte kennen.

Tatsächlich sind ethnische Identitäten in völlig unterschiedlichem Maße politisch mobilisiert. Oft ist nur eine soziale Identität gegeben, die sich politisch kaum oder gar nicht artikuliert, wie dies bei vielen kleineren Gruppen in Tansania, Benin oder

Sambia der Fall ist. In anderen Gesellschaften, wie in Nigeria, Kongo und Kenia, kommt es dagegen zwischen einzelnen Ethnien zu gewaltsamen Auseinandersetzungen.

Als Beweis für die Dominanz ethnischer Identitäten in der Politik werden in der Literatur oft Wahlergebnisse zitiert, die ein entsprechendes Wahlverhalten dokumentieren sollen – etwa wenn ein Wahlkreis ganz überwiegend von einer ethnischen Gruppe bewohnt wird und immer wieder die gleiche Partei dort gewinnt. Solche so genannten ethnischen Hochburgen einer Partei gibt es, doch sind sie eher selten; oft erreichen andere Parteien auch substantielle Stimmenanteile. Die meisten Parteien haben – von sehr wenigen Ausnahmen abgesehen – landesweit in aller Regel eine multiethnische Wählerbasis.

Tatsächlich zeigen jüngere Forschungsergebnisse, die auf individuellen Umfrageergebnissen beruhen, dass ethnische Identität nur einer unter vielen Faktoren ist, die das Wählerverhalten in afrikanischen Ländern beeinflussen. Für die Mehrzahl der Wählenden sind andere Aspekte maßgeblicher, zum Beispiel der Bildungsstand, das Leben im städtischen oder ländlichen Milieu und die Bewertung der Regierungsleistung. Auch religiöse Identitäten können bedeutsam sein. All dies bedeutet nicht, dass ethnische Identitäten keine Rolle spielen. Es gibt wahrscheinlich einen harten Kern ethnischer Wählerinnen und Wähler – so wie in anderen Staaten die Nationalisten.

Ethnische Identitäten stellen heute für sich gesehen nur in Ausnahmefällen eine Gefahr für die Integrität der afrikanischen Staaten dar. Wie anderswo auch entfaltet sich ihr destruktives Potenzial gewöhnlich erst dann, wenn sie entlang wirtschaftlicher, sozialer und politischer Konflikte, die in der Regel die Ausgrenzung einzelner Gruppen beinhalten, durch Politiker der Elite bewusst mobilisiert und als Herrschaftsinstrument eingesetzt werden. Sind solche Konflikte einmal „ethnisch“ inszeniert, wird die ethnische Identität der Beteiligten zum zusätzlichen Element in der Konfliktdynamik.



Torfmann / laif

In manchen afrikanischen Staaten kommt es zeitweilig zu gewaltsamen Unruhen zwischen einzelnen Ethnien, so 2008 nach der Präsidentenwahl in Kenia. Jugendliche Maasai rüsten zum Kampf gegen Kikuyu.

Urbanisierung – Risiken und Chancen

Steffen Angenendt

Die Urbanisierung ist eine der wichtigsten Rahmenbedingungen für die Entwicklung der ärmeren Staaten. Dabei können ihre Wirkungen ambivalent sein: Zweifellos werden die Städte weiterhin die wirtschaftliche Entwicklung dieser Staaten antreiben, und viele Landbewohner werden auch weiterhin in der Landflucht eine Chance sehen, ihre Lebensumstände zu verbessern. Gleichzeitig werden in vielen Städten die Versorgungs- und Verwaltungsprobleme zunehmen und es werden neue Sicherheitsrisiken entstehen.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts lebten weltweit etwa 220 Millionen Menschen in Städten. Derzeit sind es 3,2 Milliarden, und ihre Zahl wird bis zum Jahr 2050 wahrscheinlich auf über fünf Milliarden Menschen zunehmen. Noch bis Mitte der 1980er Jahre wuchs die Stadtbevölkerung jährlich um fast drei Prozent und damit beinahe doppelt so schnell wie die Weltbevölkerung insgesamt. In den letzten 20 Jahren hat sich dieses Wachstum zwar abgeschwächt, ist aber vor allem in den Entwicklungsländern immer noch groß. Die Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen geht davon aus, dass schon derzeit mehr als die Hälfte der Bevölkerung weltweit in Städten lebt, und prognostiziert, dass ihr Anteil im Jahr 2040 auf zwei Drittel der Menschheit zunehmen wird. Dieses Wachstum wird fast ausnahmslos die Städte der Entwicklungsländer betreffen.

Derzeit ist Afrika neben Asien noch die am wenigsten urbanisierte Weltregion; 2007 betrug dort der Urbanisierungsgrad 39 Prozent. Dies wird sich in den nächsten Jahrzehnten ändern, und vier Fünftel der globalen Urbanisierung werden in Afrika und Asien stattfinden. Im Jahr 2030 wird Lagos voraussichtlich mehr als 25 Millionen Einwohner haben und damit neben Tokio und Bombay zu den größten Städten der Erde gehören.

Gleichwohl gibt es im Wachstum der Megastädte, also der Großstädte mit mehr als zehn Millionen Einwohnern, bereits seit einigen Jahren einen Trendwechsel: Einige der größten Städte werden in den nächsten Jahrzehnten Einwohner verlieren. Längerfristig ist zu erwarten, dass der größte Teil des Wachstums der städtischen Bevölkerung in kleineren Städten mit bis zu 500 000 Einwohnern stattfinden wird, von denen ein Großteil dann in Afrika liegen wird.

Vor allem die Entwicklungsländer werden mit den Folgen der Verstädterung zu kämpfen haben. Zwar haben auch viele Industriestaaten Schwierigkeiten, die Infrastrukturen in den Megastädten und Großagglomerationen aufrecht zu erhalten und auszubauen; aber den Entwicklungsländern fehlen in der Regel die finanziellen, fachlichen und personellen Ressourcen, um ihre Großstädte zu verwalten. Dies zeigt sich zum Beispiel darin, dass eine Megacity von der Größe Tokios erfolgreich regiert wird, während die Verwaltungen von Städten wie Lagos, Kalkutta oder Sao Paulo größte Probleme haben, die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen.

Die Probleme der Zukunft werden daher nicht nur in den Megastädten, sondern zunehmend auch in den schnell wach-



Uwe Geig / picture-alliance / dpa

Megacity Kairo: Die meisten Zuzügler vom Land bevölkern zunächst die wachsenden Armutsviertel ...



Medcrow / laif

... und finden oft nur im informellen Sektor Beschäftigung.



Lineair / Das Fotoarchiv

Für manche geht es ums nackte Überleben.

senden mittelgroßen Städten der Entwicklungsländer liegen. Ohne externe Hilfe werden diese nicht in der Lage sein, die benötigten Arbeitsplätze, Wohnungen und Infrastrukturen zur Verfügung zu stellen. In vielen Städten werden Armut,

Verschmutzung, Verkehrschaos, Obdachlosigkeit und Arbeitslosigkeit zunehmen; neue Verteilungskonflikte werden ausbrechen, die die Sicherheitslage weiter verschlechtern. Problematisch ist zudem, dass viele dieser Städte aufgrund ihrer geographischen Lage besonders unter den Folgen des Klimawandels leiden werden; dies betrifft die Versorgung mit Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Energie sowie umweltbedingte Gefährdungen wie etwa Überschwemmungen.

Die anhaltende Landflucht wird diese städtischen Konflikte noch verstärken, indem mittellose und entwurzelte Landbewohner in die Elendsviertel der Städte zuwandern, wo Not, Gewalt und Kriminalität aller Art bereits heute verbreitet sind. Slums werden sich ausdehnen und verfestigen, und viele Bewohner werden diese Gebiete mangels Alternativen nicht

mehr verlassen können. Ihre Chancenlosigkeit und Verzweiflung könnte radikalen und revolutionären Gruppen Zulauf bringen, falls diese dort ein Rekrutierungsfeld für Unterstützer und Kämpfer suchen.

Neben diesen Risiken für staatliche, regionale und menschliche Sicherheit birgt die Urbanisierung aber auch große Chancen: Hier lassen sich mit Hilfe der bestehenden Infrastrukturen Entwicklungsvorhaben – insbesondere Bildungsförderung – oft leichter und effizienter realisieren als auf dem Land, und Städte bieten den Migranten häufig Lebensperspektiven, die ihnen in ihrer ländlichen Umgebung fehlten. Zudem ist die Land-Stadt-Wanderung für viele Menschen eine erste Migrationserfahrung, an die sich weitere Wanderungen, dann auch in andere Länder, anschließen können.

Hoffnungszeichen

[...] Ahmed Abou-Moustafas Werkstatt ist eine von 5000 Manufakturen im [Kairoer – Anm.d.Red.] Stadtviertel Manshiet Nasser, einem alten Steinbruch in den Mokattam-Bergen. [...]

In Manshiet Nasser leben knapp eine Million Menschen, so viele wie in Köln, allerdings auf einem Sechzigstel der Fläche. So kommen 140 000 Einwohner auf einen Quadratkilometer, in Köln sind es 2450. Jede zweite Familie muss mit einem einzigen Raum auskommen. Zwei Drittel der Bewohner haben keine eigene Toilette. Die Hälfte der Menschen kann weder lesen noch schreiben.

Vor rund fünfzig Jahren hatten erste Migranten den Steinbruch mit Holzhütten besiedelt. Wenn sie zu Geld kamen, ersetzten sie die Hütten durch steinerne Häuser, die mit den Jahren weiterwuchsen; die größten sind mittlerweile zwölf Etagen hoch. So ist ein Hochhausslum entstanden, ein unübersehbares Stück im Kairoer Stadtmosaik – doch auf vielen Karten ist Manshiet Nasser bis heute nicht vermerkt. Es wurde illegal auf staatlichem Land errichtet und ist deshalb leicht zu ignorieren. Städte, die es nicht gibt, benötigen keine Straßen, keine Schulen, keine Krankenhäuser, keine Zuwendung. [...]

Mehr als die Hälfte der Einwohner Kairoes lebt inzwischen „informell“, in sogenannten Squatter-Siedlungen, was aus Ahmed Abou-Moustafas auf den ersten Blick randständigem Leben ein gewöhnliches macht in diesem neuen Typ Stadt, der nicht mehr von Behörden geprägt wird, sondern von globalen und lokalen Geschäftsbeziehungen. Elektrizität kauft Abou-Moustafa bei

einem Stromdealer, der die öffentlichen Leitungen anzapft. Die Kugeln für seine Gebetsketten bekommt er seit einiger Zeit aus China, weil sich die Chinesen die menschlichen Ressourcen in Afrikas Slums ähnlich resolut erschließen wie die Rohstoffe des Kontinents. Abou-Moustafa hat rechnen gelernt, weil er zum Rechnen gezwungen war, mittlerweile verkauft er seine Ketten nach Saudi-Arabien und in den gesamten Maghreb. In seinem Viertel entstehen Möbel, Schuhe, Nägel, Töpfe, Hemden, Hosen und Souvenirs für die Welt, hier stehen Glasöfen, Aluminiumschmelzen, Webstühle; Schauplätze Zigtausender höchstpersönlicher Industrialisierungen.

Man braucht als Europäer einiges an Überwindung, um in Manshiet Nasser nicht nur Elend zu sehen, sondern auch Optimismus und Effizienzdenken. Dann versteht man: Das Viertel ist nicht allein aus Not entstanden, sondern auch aufgrund einer ökonomischen Standortentscheidung. Es liegt nah der Altstadt mit ihren Souvenirshops und nicht weit von den Hotels am Nil, in denen viele Bewohner Manshiet Nassers in Küchen und Wäschereien, als Gärtner und Wächter arbeiten.

Die Nähe von Arm und Reich, die Europäer als obszön empfinden, ist – zumindest von den Armen – gewollt. Und auch ihr Viertel selbst ist bis ins letzte Detail strukturiert: Man lebt in Eigentum, zur Miete oder Untermiete. Wo der Staat nicht richtet, schlichten Familienoberhäupter. Zünfte und Gewerke sind nach Herkunft aufgeteilt: Migranten aus der Stadt Fayoum werden Bauarbeiter, junge Männer aus Sohag Anstreicher, jene aus Esna fahren Laster und Busse. Und die Zabbaleen, koptische Christen, rücken

Nacht für Nacht mit ihren Eselskarren aus und sammeln den Müll, den die 18 Millionen am Tag hinterlassen haben. Was essbar ist, fressen ihre 70 000 Schweine, der Rest wird sortiert, verwertet, verkauft. Ganz Manshiet Nasser wirkt wie durchzogen von Produktions- und Verwertungsketten, die Verwandtschaften einbeziehen, Nachbarschaften stabilisieren, Kriminalität vermeiden, weshalb Stadtforscher mittlerweile davon abraten, Slums durch gut gemeinte Wohnungsbauprojekte zu ersetzen, weil dieses feine Netz dann reißen würde.

Man kann tatsächlich lange fragen und findet doch niemanden, der sagt, es gehe ihm schlechter als seinen Eltern. Die Stadt, auch in ihren ärmsten Vierteln, garantiert ein karges Einkommen. Allah wird täglich beschworen, doch die Muslimbrüder sind in ihrem Werben um extremistische Jünger nur mäßig erfolgreich. Die Menschen in Manshiet Nasser fühlen sich nicht als Opfer des Kapitalismus, sondern geben sich wie dessen radikale Fangemeinde. So auch Ahmed Abou-Moustafa, stolz auf seine Werkstatt, seinen Kühlschrank, seinen Fernseher, seine Kontakte nach Fernost. Einmal in der Woche gebe es Fleisch, sagt er, seine Familie bewohnt drei Zimmer. Er verdient zwischen 100 und 200 Euro im Monat, dreimal so viel wie der Durchschnitt in seiner Gasse. Sein Sohn ist zwölf und geht noch immer zur Schule. „Er kann lesen und schreiben!“, sagt Abou-Moustafa, überzeugt davon, dass sich die Ungerechtigkeiten der Welt in der Stadt besser abfedern lassen. [...]

Henning Sußebach, „Das urbane Jahrhundert“, in: DIE ZEIT, Nr. 18 vom 24. April 2008

Gesellschaftliche Folgen der Landflucht

Annette Weber

Kriege, Nahrungsmittelknappheit, Dürren und Perspektivlosigkeit sind in Afrika verantwortlich für eine zunehmende Landflucht. Der Kontinent weist zwar mit 39 Prozent städtischer Bevölkerung weltweit den niedrigsten Urbanisierungsgrad auf (in Nordamerika etwa leben 81 Prozent der Bevölkerung in Städten), die Tendenz ist aber steigend. Über die Hälfte der städtischen Bevölkerung lebt in Slums ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser oder medizinischer Versorgung. Vor allem in Konfliktregionen ist die Wanderung in die Stadt oft die einzige Alternative zum Leben in Camps.

Die schwache staatliche Durchdringung vieler afrikanischer Länder, in denen Dienstleistungen wie Strom und medizinische Versorgung häufig nur einer kleinen hauptstädtischen Elite zugänglich sind, erklärt, warum die Infrastruktur der Städte oftmals nicht auf das enorme Wachstum vorbereitet ist. Nur mithilfe ihrer hohen Kreativität können die Menschen das alltägliche Leben und Überleben in der Stadt bewältigen. Es muss zumeist durch eigene finanzielle Mittel bestritten werden, nur selten kann eine Familie sich über einen längeren Zeitraum auf die Zuwendungen von Verwandten verlassen. Daher bedeutet der Umzug in die Stadt für die ehemaligen Landbewohner meist kein leichteres Leben, auch wenn sie keine schweren körperlichen Arbeiten mehr leisten müssen wie beispielsweise Feldarbeit oder den Transport von Wasser und Feuerholz über weite Strecken.

Das Leben in der Stadt bringt allerdings für eine gebildete, ökonomisch stabile, wachsende Mittelschicht die Unabhängigkeit von den traditionellen, oft restriktiven sozialen Verhaltensregeln auf dem Land mit sich. Die Möglichkeit, sich individuell, auch außerhalb der Gemeinschaft zu entfalten, ist zumeist nur in einer urbanen Umgebung möglich.

Veränderte soziale Beziehungen

Ethnische oder Clanverbindungen haben im afrikanischen Alltag mehrere Bedeutungen. In Friedenszeiten wird auf der Gemeinschaftsebene sowohl über Heiratsverbindungen als auch über die Beilegung von Konflikten oder über Kompensationszahlungen für angerichtete Schäden verhandelt; in Kriegszeiten versuchen die gegnerischen Parteien sich über die ethnische Zugehörigkeit ihre Loyalitäten zu sichern. Die Auseinandersetzungen zwischen Tutsi und Hutu in Ruanda sind dafür ein Beispiel.

Beim Wechsel vom Land in die Stadt hoffen und erwarten viele Neankömmlinge, dass ihre Familie oder ethnische



Henning Christoph / Das Fotoarchiv

Feldarbeit in Katete, Sambia: Auf dem Land gehört sie neben der Kindererziehung, der Hausarbeit sowie der Beschaffung von Wasser und Feuerholz zum traditionellen Arbeitsbereich der Frauen.

Gruppe sie versorgt oder ihnen Unterkunft gewährt. Die Hoffnung auf eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation, die sie sich in den Städten erwarten, erfüllt sich allerdings nur selten. Ursachen dafür sind die mangelnden Arbeitsmöglichkeiten und die oft eher geringe Bildung der Zuwandernden.

Häufig sind die Stadtviertel nach Herkunftsland oder ethnischer Gemeinschaft der Bewohner aufgeteilt. Die meist nur mangelhafte staatliche Infrastruktur und Versorgung führt dazu, dass sich auch in den Städten Parallelsysteme wie auf dem Land bilden. Rechtsprechung, Wohlfahrt und Bildung werden innerhalb von Clan- und Familiensystemen geregelt.

Neue Familien- und Geschlechterrollen

Die urbane Migration hat tiefgreifende Auswirkungen auf gesellschaftliche Beziehungssysteme, Geschlechterverhältnisse und Familienrollen.

War während der Kolonialzeit der Zuzug in die Stadt ausschließlich Männern vorbehalten, auf die ein sicheres Beschäftigungsverhältnis wartete, so sind es gegenwärtig junge Männer wie junge Frauen, die in die Stadt aufbrechen, um sich dort erst eine Arbeit zu suchen. Die alte Devise „Männer migrieren des Geldes wegen und Frauen migrieren

wegen der Männer“ gilt somit in den meisten Fällen nicht mehr. Allerdings passen sich die Frauen und Mädchen gezwungenermaßen den Bedingungen an. Anstatt ihnen eine Schulbildung zu ermöglichen, verheiraten die Familien ihre Töchter in ökonomischen Notzeiten traditionell jung an ältere Männer oder schicken sie als Dienstmädchen zu reichen Familien in die Stadt.

Dort sind die Frauen zwar weniger der sozialen Kontrolle des Dorfes ausgesetzt und können freier für sich entscheiden, gleichzeitig sind sie aber auch größeren ökonomischen Zwängen unterworfen und bleiben ohne die Sicherheit der traditionellen sozialen Netze. Mädchen, die zuvor auf dem Land in einem geschützten sozialen Raum mit anderen Gleichaltrigen gelebt hatten, sind nun in der Stadt verstärkt Gewalt und Ausbeutung ausgesetzt.

Gleichzeitig wächst im Afrika südlich der Sahara die Zahl weiblicher alleinerziehender Haushaltsvorstände im städtischen Umfeld rapide – schon ein Viertel der Familien ist davon betroffen. Die mangelnden Verdienstmöglichkeiten in der Stadt und die fehlende soziale Kontrolle führen dazu, dass die Männer ihre Familie nicht versorgen können und sich stattdessen aus der Verantwortung stehlen. Die Frauen werden notgedrungen zu Alleinversorgerinnen, die nicht nur ihre Familie in der Stadt zu finanzieren haben, sondern auch die Verwandten auf dem Land. Dabei sind die Frauen

Evelyn Hockstein / Polaris / laif



Das Leben in der Stadt macht die Frauen freier, aber auch schutzloser. Eine aus dem Südsudan geflüchtete Frau vor ihrer selbstgebauten Unterkunft in Khartoum 2008

Große Erwartungen

Die Nacht ist schon hereingebrochen, als Stephen Nabende sein Büro im Herzen der Hauptstadt verlässt. [...] Es ist Freitagabend: Kampala wälzt sich in langen Wagenkolonnen hinaus in die Dörfer am Rande der Stadt, alle wollen zu ihren Familien ins Wochenende, und so wird der Computerspezialist Nabende wohl eine gute Stunde brauchen, bevor er sein kleines Häuschen erreicht, in dem ihn seine Familie erwartet. Und wie immer fährt er mit gemischten Gefühlen.

Müde ist er, die Woche im Büro war hart, und die Nacht wird es auch wieder sein, denn Nabende hat sich im vergangenen Jahr an der Universität Liverpool für ein Online-Studium eingeschrieben. [...] „Wenn ich den Abschluss habe, kann ich als Consultant arbeiten und habe neue Möglichkeiten“, sagt er. „Vielleicht gibt es dann auch mehr Geld.“ Und vielleicht verschafft ihm das wieder ein wenig Luft. Bei all den Verpflichtungen, die er hat, hier draußen auf dem Dorf. [...]

In einem Meer von Armut hat es Stephen Nabende also zu etwas gebracht. Aber das macht ihm jetzt auch zu schaffen. Denn die Früchte seiner Arbeit erntet er mitnichten alleine. „Die Verwandten glauben, dass ich ein

reicher Mann bin“, sagt er. „Deshalb kommen sie nun ständig zu mir.“

[...] Familie. Nabende meint damit nicht: Vater, Mutter, Kind – und noch die Oma mit dazu. [...] Familie, das ist ein kaum überschaubares Geflecht aus Brüdern und Schwestern, Tanten und Onkeln, Nichten und Neffen, Schwagern und Enkeln, Cousins und Cousinen, ersten, zweiten, dritten oder sonst irgendeines Grades. Und wer erfolgreich ist in seinem Leben, wer sich etwas aufgebaut hat wie der Computerspezialist Nabende, der zieht seine Verwandten an wie ein Magnet.

Da kommt der Onkel, weil er Geld braucht, um sein Dach zu reparieren. Eine Cousine war gerade mit ihrem fiebernden Kind in der Klinik. Und irgendeiner muss die Malariapillen bezahlen. Die Tante schiebt ihre Enkeltochter in die Türe. Kein Geld mehr für die neue Schuluniform. So geht das Wochenende für Wochenende, „Irgendeiner kommt immer“, sagt Nabende. [...]

So dicht sind diese Familiennetze geknüpft, dass die einzelnen Knotenpunkte schon gar nicht mehr auffallen. Erst kommt die Gemeinschaft, dann das Individuum, so ist es immer gewesen, solange die Leute hier zurückdenken können. Einerseits ist dieses System

natürlich sehr nützlich, denn es fängt jeden auf, auch in der größten Not. In den Straßen der Armut lauert das Verderben ja hinter jeder Ecke [...]. Und überall fehlt das Geld, um [...] Schicksalsschläge aus eigener Kraft zu überwinden. Also bleibt nur der Gang zu den Onkeln und Tanten, von denen man glaubt, dass sie flüssig sind. Sie sind die Lebensversicherungen, die man allein dadurch erwirbt, dass man zur Verwandtschaft gehört.

Hat Nabende nicht mal überlegt, einfach nein zu sagen? „Du kannst nicht ablehnen“, sagt er. Undenkbar. Ansonsten werden sie dich mobben im Dorf, werden dir hinterherrufen, was für ein selbstsüchtiger Mensch du bist, was für ein herzloser Zeitgenosse, der die anderen in ihrer Not im Stich lässt. „Und wenn du ihnen heute nichts gibst, bitten sie dich morgen vielleicht noch um viel mehr.“ Zum Beispiel, wenn es um die Schule geht. „Lieber bezahle ich meinem Neffen den Unterricht, damit etwas aus ihm wird. Ansonsten liegt er mir vielleicht sein ganzes Leben lang auf der Tasche.“ [...]

Arne Perras, „Ein Netz, das trägt und drückt“, in: Süddeutsche Zeitung, 10. August 2007

aufgrund ihrer geringeren Bildung oft gezwungen, schlecht bezahlte Arbeit im informellen Sektor zu suchen, also in dem Sektor der Volkswirtschaft, der von der offiziellen Statistik eines Landes nicht erfasst wird. In den Entwicklungsländern zählen dazu in der Regel die Herstellung und der Verkauf von Produkten auf lokalen Märkten und einfache Dienstleistungen. Die zumeist langen Wege, die Frauen in der Stadt zwischen Wohn- und Arbeitsort zurücklegen müssen, tragen dazu bei, dass sie den Großteil des Tages von zu Hause abwesend sind. Nach Schätzungen muss knapp die Hälfte der Frauen zumindest im südlichen Afrika ihre Kinder Nachbarinnen, Großmüttern oder Geschwistern zur Versorgung anvertrauen.

Die urbane Jugend stellt demographisch eine Mehrheit dar, sieht sich selbst aber als eine ausgeschlossene Minderheit ohne Perspektive. Jugendliche werden aufgrund der wenigen Ausbildungsberufe selten in den regulären Arbeitsmarkt integriert, verfügen aber auch über keine zivilgesellschaftliche Lobbygruppe, die ihre Interessen vertritt. Im Gegensatz zu Frauen- oder Kinderprojekten, die teilweise von Nichtregierungsorganisationen unterstützt werden, gibt es kaum Projekte, die sich um die Belange von Jugendlichen kümmern.

Die Generationenfrage hängt eng mit der Frage der Geschlechterrollen zusammen. Auf dem Land existiert eine rol-

lenspezifische Arbeitsteilung, die dazu führt, dass Männer und Frauen in der Regel gemeinsam die Familie versorgen. In der Stadt fallen diese Vorbildfunktionen weg. Zunehmend sind es Frauen, die als Haushaltsvorstand sowohl die Rolle der Ernährerin als auch die Rolle der Erziehenden auszufüllen haben. Dies und die Abwesenheit der Väter sendet ein zwiespältiges Signal an Kinder und Jugendliche. Ist ihre Mutter Haushaltsvorstand und Ernährerin, vermittelt sie ihnen einerseits einen Eindruck von Stärke und Unabhängigkeit. Auf der anderen Seite werden alleinerziehende Frauen gesellschaftlich nach wie vor nicht respektiert. Mädchen wünschen sich deswegen weiterhin einen männlichen Versorger – entsprechend dem vorgegebenen Rollenklischee – ahnen aber zumindest, dass sie sich wahrscheinlich unabhängig versorgen müssen. Jungen lernen durch die familiäre Anschauung, dass weiterhin maskuline Rollenmuster an sie herangetragen werden, während gleichzeitig entsprechende Rollenvorbilder fehlen bzw. die Voraussetzungen nicht gegeben sind, um diese Rollen zu erfüllen.

Ein eigenes Leben führen

Klaus Sieg / agenda

[...] Das Heim Nakoglebzanga ist eine Einrichtung der Diözese Kaya im Norden von Burkina Faso. [...]

Nakoglebzanga heißt so viel wie „Wir wollen alle zusammen sein“. Zusammen sind in dem Heim zurzeit acht junge Frauen im Alter zwischen fünfzehn und siebzehn Jahren. Sie alle sollten zu einer Heirat gezwungen werden, die sie nicht wollten. Hinter dem Blechtor und einer Mauer mit Glasscherben auf der Oberkante finden sie vor allem Schutz vor den erbostesten Vätern und geprellten Ehemännern. Hier nehmen sie aber auch an Alphabetisierungskursen teil, lernen das Weben und Färben von Stoffen, nähen Hemden oder stellen Seife und Hirsebier her, um es auf dem Markt oder in dem eigenen kleinen Laden zu verkaufen. So steuern sie ihren Teil zu dem Unterhalt des Heimes bei. Doch ohne die Unterstützung der Kirche könnte die Einrichtung nicht existieren.

„Die meisten Mädchen bleiben für ein oder zwei Jahre, manche aber auch für länger“, erklärt Schwester Brigitte. Die 35-jährige Burkinabé führt das Heim gemeinsam mit zwei anderen Schwestern. „Die Mädchen suchen sich in der Regel von hier aus einen Ehemann. Die Flucht vor einer Zwangsehe ist kein

Makel, und da die Frauen bei uns eine gute Ausbildung genossen haben, sind sie unter den Männern der Umgebung begehrt.“ [...] Nur 16 Prozent der Kinder in dieser Region gehen zur Schule, sie müssen im Haushalt und bei der Feldarbeit helfen. Die Teilnahme an den Alphabetisierungskursen ist deshalb Pflicht für die Mädchen in Nakoglebzanga. [...] Doch zunächst muss Schwester Brigitte sich nach ihrer Ankunft um ihren seelischen und körperlichen Zustand kümmern. [...] Die Frauen können selten ihre Flucht vorbereiten, sie kommen ohne Schuhe und nur spärlich bekleidet, haben einige Tage nichts gegessen und getrunken. Und sie haben Angst. „Werden sie erwischt, sperren die Väter und Ehemänner sie ein, oft schlagen sie die Mädchen auch“, sagt Schwester Brigitte.

Das Heim ist in der Umgebung bekannt, nicht nur unter den Mädchen sondern auch bei den Vätern und Ehemännern. Also tauchen sie oft wenig später vor dem Blechtor auf und verlangen nach ihren Töchtern oder Frauen. „Wir lassen sie aber nie zu den Mädchen vor.“ [...] Die Schwestern versuchen ein Treffen zwischen Familie und Mädchen im Beisein der Polizei

und eines Mitarbeiters der Sozialbehörde zu arrangieren. „Unser Hauptziel ist die Versöhnung mit den Eltern“, erklärt Schwester Brigitte. Die meisten Familien verstoßen ihre Töchter zunächst, manche versuchen auch einen bösen Zauber über sie zu legen. Früher hat damit die Existenz der Mädchen aufgehört. Heute haben Frauen zwar die Möglichkeit, sich woanders eine materielle Existenz aufzubauen. Doch das emotionale Leid bleibt. Die Familie ist für die meisten Menschen in Burkina Faso der wichtigste Bezugspunkt, der eine Verbindung bis hin zu den Geistern der Ahnen schafft. „In der Regel gelingt es uns, Eltern und Töchter wieder zusammen zu bringen, auch wenn es in einigen Fällen Jahre dauert“, sagt Schwester Brigitte und lächelt. [...]

[...] Die Zwangsehe ist eigentlich verboten in Burkina Faso, doch verfolgt und bestraft wird sie kaum – alleine schon, weil wenige Opfer ihre Familie anzeigen wollen. Viele Frauen fügen sich in ihr Schicksal. Auch sind die Grenzen fließend zwischen einer arrangierten und einer erzwungenen Hochzeit. Die Auseinandersetzung um das Thema hat in der Gesellschaft von Burkina Faso jedoch stark zugenommen. [...]

Frauenrechte im islamisch geprägten Nordafrika

Bettina Dennerlein

Die Frage nach Frauenrechten in islamisch geprägten Gesellschaften Afrikas stellt sich in besonderer Weise für die arabischen Kernländer Nordafrikas, Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen und Ägypten, wie auch für den Sudan, in denen der Islam formal die offizielle bzw. die Staatsreligion ist. Dabei sind die historischen, kulturellen und politischen Unterschiede zwischen diesen Staaten zum Teil beträchtlich. Zwar verbindet Nordafrika von Ägypten bis Algerien seit der frühen Neuzeit, das heißt seit dem 16. Jahrhundert, die Zugehörigkeit zum Osmanischen Reich; doch waren die realen Verhältnisse insbesondere in den Ländern des Maghreb aufgrund der Ferne zum Zentrum in Istanbul sehr stark von lokalen Besonderheiten geprägt. Gleichzeitig weist etwa Marokko, das nie Teil des Osmanischen Reiches war, eine Reihe von Gemeinsamkeiten mit Algerien und Tunesien auf, deren Grundlagen noch weiter in die Geschichte zurückreichen.

Ägypten spielte seinerseits spätestens seit dem 19. Jahrhundert eine Sonderrolle als Machtzentrum mit eigenständigem regionalem Herrschaftsanspruch unter anderem über den Sudan. Die jüngere politische Geschichte dieser Länder kennt ebenfalls sehr unterschiedliche Entwicklungspfade und Regimetyper – von ehemals revolutionären bzw. sozialistischen Republiken wie Ägypten und Algerien über verschiedene Formen der direkten staatlichen Instrumentalisierung des Islam in Libyen und im Sudan bis zur sozial und religiös bis heute konservativen Monarchie Marokko.

Um die Situation von Frauen und die Durchsetzung von Frauenrechten pauschal beurteilen zu können, gibt es statistisch ermittelbare Standardindikatoren wie etwa Alphabetisierung und Frauenerwerbstätigkeit. Sie liegen in den Ländern Nordafrikas – wie in der arabischen Welt insgesamt – auf einem sehr niedrigen Niveau, sowohl in absoluten Zahlen als auch im Vergleich zur männlichen Bevölkerung. Bei diesem Befund ist allerdings zu berücksichtigen, dass nicht nur innerhalb der arabischen Welt, sondern auch zwischen den hier behandelten Ländern zum Teil beträchtliche Unterschiede existieren. Zudem haben sich diese Indikatoren in den letzten 15 bis 20 Jahren teilweise erheblich verbessert. Die Frauenerwerbsquote in der arabischen Welt stieg beispielsweise gemäß dem *Arab Human Development Report* von 2005 zwischen 1990 und 2003 um insgesamt 19 Prozent an. Schließlich zeigen regionale Analysen, dass Erklärungen, die einseitig bestimmte Faktoren wie

Erste Schritte zu mehr Rechten

[...] Amina lebt in Sidi Bernoussi, einem verarmten Stadtteil am Rand von Casablanca. Seit ein paar Monaten ist sie bei Intilaka, einem Verein von Jugendlichen, die Aufklärungsarbeit machen, zum Beispiel [...] über die Moudawana (Marokkos seit 2004 geltendes Frauen- und Familienrecht). Was Amina in Sidi Bernoussi bei ihren Aktionen erlebt, steht exemplarisch für ganz Marokko. Für ein Land im Umbruch, in dem jene auf massiven Widerstand stoßen, die eine in vielerlei Hinsicht extrem traditionelle, teilweise mittelalterliche Weltanschauung hinter sich lassen und den Anschluss an die Moderne schaffen wollen.

Der erste Name, der in diesem Zusammenhang fällt, ist der des Königs. 1999 übernahm Mohammed VI. die Macht von seinem verstorbenen Vater. Vor vier Jahren setzte er gegen den – noch immer anhaltenden – Widerstand der Islamisten das neue Familienrecht durch. Seither haben in kaum einem islamischen Land Frauen so viele Rechte wie in Marokko. Die Familie steht nun gleichberechtigt unter der Verantwortung beider Eltern. Der Mann kann nicht mehr einfach die Scheidung einreichen und seine Frau ihrem Schick-

sal überlassen; umgekehrt ist es endlich auch den Frauen möglich, ihre Männer zu verlassen. Das Heiratsalter liegt nun bei 18 Jahren; die Braut kann eine Ehe ohne die Einwilligung eines männlichen Verwandten eingehen. Und Polygamie ist nur in Ausnahmefällen und mit richterlicher Genehmigung erlaubt.

Najia Zirari kann sich noch gut erinnern, wie 1985 die allererste Frauengruppe Marokkos gegründet wurde. „Die letzten zehn Jahre waren ein Riesenschritt nach vorn“, sagt die Feministin, die Projekte der deutschen Entwicklungsagentur GTZ betreut. „Aber es muss noch sehr viel passieren.“ [...]

Das Leben vieler Marokkanerinnen ist der neuen Moudawana zum Trotz von strenger Tradition geprägt. Daran ändert auch nichts, dass Mohammed VI. vor drei Jahren das offizielle Amt der Mourchidate einführte, eines weiblichen Imam – eine Sensation in der islamischen Welt. Zuvorderst ging es dem König dabei um die Institutionalisierung der Religionslehre, und damit um Kontrolle. Denn seit den Anschlägen islamistischer Extremisten in Casablanca 2003 verharrt das Land in Angst vor dem Terror der Fanatiker. Beinahe jeden Monat nimmt die Polizei Verdächtige fest.

Zugleich aber wollte der König Frauen in die Moscheen bringen, die anderen Frauen die friedliebende Lehre des Korans vermitteln. Frauen wie Fatima-Zahra Salhi. Die 28-Jährige blickt schüchtern unter ihrem dunkelgrünen Kopftuch hervor. Sie ist stolz, „die Arbeit des Propheten“ in einem Gebetshaus in Rabat ausüben zu können. Und dass die Frauen mit ihr jemanden haben, dem sie ihr Herz ausschütten können, was sie bei einem Mann nie täten. Auch viele Mädchen kommen zu Fatima-Zahra. Die Mourchidate berät sie „spirituell“, erklärt die Fastenregeln, manchmal gibt sie auch Rat in einer konkreten Lebenssituation. „Aber Verhütung ist nicht mein Thema“, sagt sie. Und wenn sich eine schwangere Frau an sie wendet? Dann rate sie zur Abtreibung, wenn die werdende Mutter keinen Ausweg sehe und noch nicht über den vierten Monat hinaus sei. „Der Druck der Gesellschaft auf nicht verheiratete Mütter ist einfach zu groß“, meint die Mourchidate. Und fügt hinzu: „Die Moudawana hat nichts wirklich Neues gebracht.“

Stefanie Bolzen, „Marokkos mutige Frauen“, in: DIE WELT vom 2. Dezember 2008

etwa die offizielle Ideologie eines Regimes oder den Einfluss des Islam in den Blick nehmen, der Komplexität von generellen Trends und Einzelentwicklungen kaum gerecht werden.

Zwar ließen sich bis in die 1970er Jahre hinein bestimmte Unterschiede entlang von Regimetypern feststellen: So schienen Reformen des auf tradiertem islamischem Recht fußenden Familienrechts dort deutlich weiter zu gehen, wo eine eher säkular eingestellte nationale Elite an der Macht war. Seit den 1980er Jahren verschwimmen solche Grenzziehungen zwischen Regimen im Hinblick auf Frauenrechte jedoch zunehmend. In Ländern wie Ägypten und Algerien wirkten sich Maßnahmen zur ökonomischen Öffnung und der allgemeine Rückzug des Staates nachteilig auf die sozialen und ökonomischen Rechte der Frauen aus. Frauenrechte und insbesondere Reformen des Familienrechts gerieten in diesen Ländern zwischen die Fronten von Regime und gemäßigter, konservativer islamistischer Opposition.

Seit den 1990er Jahren war dann wiederum eine neue Dynamik zu beobachten. Erstarrende zivilgesellschaftliche Akteure wie Menschen- und Frauenrechtsbewegungen erlangten im Zusammenspiel mit internationalen Politiken und Diskursen über Demokratisierung, *Good Governance* und Gender-Gerechtigkeit zum Teil neue Spielräume. Entwicklungen in Ägypten und Marokko etwa zeigen, dass sich aus dieser veränderten Situation trotz der Beständigkeit autoritärer Regime Chancen ergeben, um Forderungen der Frauenbewegungen gerade im Hinblick auf das Ehe- und Familienrecht durchzusetzen. So konnte in Ägypten mit dem Gesetz Nr. 1 aus dem Jahr 2000 erreicht werden, dass Frauen mehr Möglichkeiten bekamen, um ihre Ehe aufzulösen. Zugleich wurden Verfahren in Ehe- und Familiensachen vereinfacht und versorgungsrechtliche Verbesserungen im Interesse von Frauen und Kindern erzielt. In Marokko ist 2004 eine weitreichende Reform des Ehe- und Familiengesetzes, der so genannten *Moudawana*, verabschiedet worden. Neben eine eher programmatische Neudefinition der Ehe, die nunmehr unter der gleichberechtigten Leitung beider Eheleute stehen soll, traten geänderte Bestimmungen insbesondere zur Polygynie (Ehegemeinschaft eines Mannes mit mehreren Frauen), zur Eheschließung und zur Eheauflösung, die zugunsten von Frauen wirken sollen.

Während die rechtliche Situation von Frauen und gerade das Ehe- und Familienrecht stark von Politik und politischer Kultur geprägt sind, zeigt sich eine enge Abhängigkeit der sozialen Situation von Frauen von der allgemeinen Situation eines Landes in punkto Lebenserwartung, Bildungsniveau und Lebensstandard. Die diesbezügliche weltweite Länder-Rangfolge des von den Vereinten Nationen ermittelten *Human Development Index* (HDI) ergab für die hier behandelten Staaten 2007/2008 folgende Reihung mit Angabe der jeweiligen Position im weltweiten Vergleich: Libyen (56), Tunesien (91), Algerien (104), Ägypten (112), Marokko (126), Sudan (147). Als einziges Land fiel Libyen damit in die Kategorie „*High Human Development*“. Der *Gender Development Index* (GDI), der die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern einbezieht, ergab 2007/2008 exakt die gleiche Reihenfolge – allerdings lagen bis auf Libyen, das hier niedriger rangiert, alle Länder im GDI-Ranking höher als im HDI-Ranking. (Zum Vergleich: Deutschland lag in beiden Rankings auf Platz 22.)

Aber auch hier wichen einzelne Indikatoren ab, was auf die Komplexität von entwicklungsbestimmenden Faktoren verweist. Die Alphabetisierungsrate von Frauen liegt in den arabischsprachigen Kernländern Nordafrikas zwischen 74 (Libyen) und 39,6 Prozent (Marokko). Der Sudan, nach HDI-



Abdelhak Senna / AFP / Getty Images

In Marokko gilt seit 2004 ein neues Familienrecht, das Frauen mehr Rechte gewährt. Junges Paar am Valentinstag 2007 in Rabat



Ute Grabowsky / phototek.net

Mehr Rechte durch Bildung: Eine Fraueninitiative in der Region um Essaira, Marokko, organisiert Alphabetisierungs- und Aufklärungskurse.



Khaled Desouki / AFP / Getty Images

Eine ägyptische Aktivistin kämpft für mehr demokratische und soziale Rechte 2009 in Kairo

und GDI-Ranking in dieser Gruppe auf dem letzten Platz, liegt dabei mit 51,8 Prozent noch deutlich vor Marokko. Die allgemeine Einschulungsrate von Frauen beträgt gemäß dem *Human Development Report* 2007/2008 in Libyen 97 (Männer: 91), in Tunesien 79 (Männer 74), in Algerien 74 (Männer: 73), in Marokko 55 (Männer: 62) und im Sudan 35 Prozent (Männer: 39). Je höher der HDI-Rang eines Landes, desto höher ist auch die Bildungsbeteiligung von Frauen – in Libyen, Tunesien und Algerien liegt sie über der von Männern. Differenziertere UN-Statistiken zeigen allerdings, dass in Ägypten im Sekundarbereich mit 78 Prozent deutlich mehr Mädchen eingeschult wurden als in Tunesien und Algerien (beide 68). Hier ist zu vermuten, dass die vergleichsweise lange Geschichte moderner Mädchenbildung in Ägypten eine Rolle spielt.

Ein weiterer genderrelevanter Indikator für menschliche Entwicklung ist der Zugang von Frauen zu medizinischer Versorgung in der Schwangerschaft und bei der Geburt. Die geschätzte Müttersterblichkeit (berechnet auf 100 000 Lebendgeburten) liegt für den Zeitraum zwischen 1990 und 2004 nach UN-Angaben in Tunesien bei 69, in Libyen bei 77, in Ägypten bei 84, in Algerien bei 120, in Marokko bei 230 und im Sudan bei 550. Auch hier gibt es Abweichungen gegenüber der HDI- und GDI-Reihung. Die Zahlen liegen zudem extrem weit auseinander. Beim ebenfalls von den Vereinten Nationen statistisch erfassten Prozentsatz von Geburten, bei denen aus-

gebildetes Personal zugegen ist, fällt dagegen wieder die Parallele zum HDI-Ranking auf.

Die arabische Welt insgesamt weist mit 33,3 Prozent die weltweit niedrigste Frauenerwerbstätigkeitsquote auf. Im Verhältnis zur Erwerbstätigkeitsquote der männlichen Bevölkerung beträgt sie lediglich 42 Prozent – auch dies ist gemäß dem *Arab Human Development Report* (AHDR) von 2005 der weltweit niedrigste Stand. In Afrika südlich der Sahara sind dagegen durchschnittlich 62,3 Prozent der Frauen erwerbstätig. Aber auch dieser Indikator fällt für Nordafrika je nach Land sehr unterschiedlich aus und ist zudem nicht einfach zu interpretieren. In Libyen gehen 25,9, in Algerien 31,6, im Sudan 35,7, in Ägypten 36, in Tunesien 37,7 und in Marokko 41,9 Prozent der Frauen einer Erwerbsarbeit nach. Die Quote ist folglich dort am niedrigsten, wo das HDI-Ranking am höchsten ist – Frauenerwerbsarbeit scheint damit in diesen Ländern in erster Linie ein Zeichen von Armut zu sein. Die Einkommensungleichheit zwischen Männern und Frauen ist zudem groß. Das von Frauen im Vergleich zu Männern erzielte durchschnittliche Jahreseinkommen liegt nach aktuellen UN-Schätzungen (in US-Dollar) bei 3546 zu 10 515 in Algerien, bei 4054 zu 13 460 in Libyen, bei 3748 zu 12 924 in Tunesien, bei 1846 zu 7297 in Marokko, bei 832 zu 3317 im Sudan und bei 1635 zu 7024 in Ägypten. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass Frauen in Nordafrika wie in den arabischen Ländern insgesamt im

In der Politik bleibt noch einiges zu tun

[...] Jede fünfte erwerbstätige Frau in Ghana arbeitet im Groß- und Einzelhandel. Die erfolgreichen Markthändlerinnen in den Großstädten Accra und Kumasi zählen zu den unabhängigen Frauen in ganz Afrika. [...]

Ökonomisch gesehen spielen Frauen eine ebenso wichtige Rolle wie die Männer des Landes. Nach einer Schätzung der Weltbank erwirtschaften sie ungefähr 46 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Frauen produzieren Textilien oder Seife, arbeiten als Polizistinnen, Hebammen und Sekretärinnen. Sie sprechen Recht im höchsten Gericht, steuern riesige Lastwagen auf den Feldern der Goldminen oder handeln mit Wertpapieren. In der Landwirtschaft sind sie unentbehrlich, produzieren zwei Drittel der Lebensmittel für den einheimischen Bedarf.

Dennoch ist die Arbeit ungleich verteilt. So liegt der Anbau von Exportprodukten wie Kakao überwiegend in der Hand der Männer [...]. Frauen sind häufig im so genannten informellen Sektor tätig: selbstständig, mit unregelmäßigem Einkommen, ohne staatliche Sozialleistungen oder Versicherungsschutz. Knapp zehn Prozent aller weiblichen Beschäftigten haben eine feste Anstellung, bei den Männern ist der Anteil doppelt so hoch.

Das Problem sind nicht immer fehlende Gesetze. Die Verfassung von 1992 enthält wichtige Frauenrechte: ein Diskriminierungsverbot und ein Gleichstellungsgebot in öffentlichen Ämtern. Die Schwierigkeit besteht eher in der Durchsetzung.

Nicht nur staatliches Recht, auch Gewohnheitsrechte, die auf originär afrikanische Religionsvorstellungen zurückgehen, definieren die Stellung der Frau in der ghanaischen Gesellschaft. Zum Beispiel kann ein Mann standesamtlich nur mit einer Frau zur selben Zeit verheiratet sein. In einer nach dem Gewohnheitsrecht geschlossenen Ehe darf der Ehegatte dagegen auch eine zweite oder dritte Frau nehmen. Dies betrifft nach Schätzungen von Abantu ungefähr ein Fünftel aller verheirateten Frauen. Schubladendenken ist nach Ansicht von Rose Mensah-Kutin, die das regionale Frauennetzwerk Abantu leitet, jedoch fehl am Platz. „Gewohnheitsrechte richten sich nicht immer gegen die Frauen. Und manchmal schaffen auch Rechtsanschauungen aus der Kolonialzeit oder christliche oder islamische Vorstellungen Konflikte. Letztlich geht es um die Frage: Was nimmt man mit, was lässt man hinter sich?“

Eine Forderung zielt auf die Stärkung von Frauen in der Politik [...].

Woran liegt es, dass die selbstbewussten Frauen Ghanas auf der politischen Bühne eine so geringe Rolle spielen? Adwoa Amoako, Mitglied der Stadtversammlung der Hafenstadt Tema, hat eine klare Antwort: „Es ist eine finanzielle Frage, gerade in den Kommunen, in denen die politische Arbeit nicht bezahlt wird.“

In einem Drittel aller Haushalte Ghanas sichern die Frauen den Broterwerb allein. [...] Adwoa Amoakos Weg in die lokale Politik führte über ihren Beruf: Sie engagierte sich im Frisörinnenverband, bevor sie in die Kommunalpolitik ging. „Als ich mit der Politik anfang, war ich reich, mein Salon ging gut. Jetzt kann ich mich nicht mehr so viel kümmern, und das Geschäft ist deutlich schlechter geworden.“

Frauen in der Politik müssen tatkräftig sein, mutig, geradezu dreist. Wie Adwoa. [...] „Frauen haben noch keine gleichen Rechte in Ghana. Aber in den vergangenen fünfzig Jahren hat sich einiges verbessert, vor allem, weil wir uns mehr einsetzen. Ich würde sagen: So weit, so gut!“

Griet Newiger-Addy, „Viele Mütter, die sich kümmern“, in: Frankfurter Rundschau vom 28. Februar 2007

öffentlichen Dienst und im Dienstleistungssektor stark überrepräsentiert und dass in diesen Sektoren Produktivität und erzielte Einkommen gering sind.

Der AHDR 2005 kommt zudem allgemein zu dem Schluss, dass Frauen in den arabischen Ländern deutlich stärker als Männer von Armut und Arbeitslosigkeit betroffen sind. Gleichzeitig können religiös-konservative Ideologien eine niedrige Frauenerwerbstätigkeitsquote legitimieren – auch wenn dies nicht als ursächlich betrachtet werden kann. Meinungsumfragen in vier arabischen Ländern, darunter auch in Ägypten und Marokko, deren Ergebnisse der AHDR referiert, zeigen vielmehr eine komplexe Mischung von Einstellungsmustern. So spricht sich zwar genau die Hälfte der befragten Frauen und Männer für das Tragen des Kopftuches aus. Gleichzeitig aber stimmen 91 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass Frauen das gleiche Recht auf Erwerbsarbeit haben sollten wie Männer. Nahezu ebenso eindeutig positiv sind Aussagen zur Übernahme von ökonomischen Führungsrollen durch Frauen. Auch befürwortet eine Mehrheit (58 Prozent) Koedukation auf allen Ebenen. Noch deutlicher wird die Geschlechtermischung am Arbeitsplatz (74 Prozent) bzw. allgemein in der Gesellschaft (76 Prozent) befürwortet. Im Hinblick auf die Bewertung des Faktors Erwerbsarbeit in der arabischen Welt gibt der AHDR 2005 allerdings kritisch zu bedenken, dass die verfügbaren Zahlen nicht den tatsächlichen Beitrag von Frauen zur Entwicklung ihres Landes wiedergeben, da die Definition die bezahlte Erwerbsarbeit in den Vordergrund rücke. Andere Tätigkeiten von Frauen, die zum umfassend verstandenen Wohlstand bzw. zur allgemein menschlichen Entwicklung beitragen, würden damit systematisch unterbewertet.

Die Faktoren, die die Situation von Frauenrechten und deren Entwicklung beeinflussen, sind äußerst vielfältig und ihr Zusammenwirken hoch komplex. Die inner-ökonomische Situation und die jeweils unterschiedlich geartete Weltmarktabhängigkeit der nationalen Wirtschaft spielen ebenso eine Rolle wie politische und ideologische Gesichtspunkte. Der AHDR 2005 reflektiert diese Komplexität von Faktoren deutlich und umfassend. So beinhaltet die am Schluss ausgeführte „strategische Vision“, die Maßnahmen zur Verbesserung der gegenwärtigen Situation entwerfen soll, neben religiös-kulturellen Elementen auch politische Reformen und die Be-



Michael Kottmeier / agenda

In Nordafrika arbeiten relativ wenige Frauen, obwohl Frauenerwerbsarbeit mehrheitlich befürwortet wird. Krabbenpulen in Tanger 2006



Abdelhak Senna / AFP / Getty Images

Nicht immer spiegeln die verfügbaren Zahlen die tatsächliche Situation der Frauen wider. Ehepaar beim Einkauf auf einem Markt in Rabat 2006

kämpfung von Armut ebenso wie den Abbau konkreter genderspezifischer Ausschluss- bzw. Diskriminierungsmerkmale. Gleichzeitig macht der AHDR deutlich, dass nur Bewegungen, die in der Gesellschaft verankert sind, solche Veränderungen herbeiführen können. Damit verweist er noch einmal auf den engen Zusammenhang zwischen Partizipation, politischer Öffnung und der Durchsetzung von Frauenrechten, wie er sich auch im Selbstverständnis und in den Strategien zahlreicher Frauenrechtsbewegungen in der Region zeigt.

Ausprägungen und Einfluss des Islam

Franz Kogelmann

Eine erste Gruppe von Anhängern des Propheten Mohammed wanderte etwa 615 n. Chr. von Mekka auf den afrikanischen Kontinent aus und fand unter dem christlichen Herrscher Abessinien Schutz und Aufnahme. Ihnen folgten im Laufe von nahezu 1400 Jahren weitere Muslime, die einen Prozess der Islamisierung in Gang setzten, der bis heute nicht abgeschlossen ist. So vielfältig die Motivation ihres Kommens war, so mannigfaltig waren die islamischen Glaubensvorstellungen, die sie auf diesen Kontinent brachten und somit die Grundlagen für lokale Ausformungen des Islam schufen.

Schätzungsweise 400 Millionen Afrikanerinnen und Afrikaner bekennen sich heute zum Islam. Sie leben mehrheitlich südlich der Sahara, stellen je nach Region die Bevölkerungsmehrheit, sind Mitglieder teilmuslimischer Gesellschaften oder lediglich

kleine Minderheiten. In weiten Teilen Afrikas prägten und prägen die Muslime Kultur, Gesellschaft und Politik, häufig unabhängig von ihrer zahlenmäßigen Stärke. Ein Beleg hierfür ist die moderne Geschichte Südafrikas. Obwohl nur eine kleine Minderheit – etwa zwei bis drei Prozent der Gesamtbevölkerung –, waren Muslime überproportional im Anti-Apartheid-Kampf aktiv und sind heute auch entsprechend stark in der politischen Landschaft des Staates verankert.

In Nordafrika – dem ersten Expansionsgebiet muslimischer Eroberer in Afrika – bekennt sich heute die absolute Mehrheit der Bevölkerung zum Islam. Die Guinea-Region, die weite Teile West- und Zentralafrikas umfasst, weist ein Nord-Süd-Gefälle auf – mit einem höheren Anteil an Muslimen im Norden. Einerseits hängt die Verteilung der muslimischen



Wolfgang Kunz

Der Islam in Afrika hat viele Facetten. Während muslimische Studenten in der Al Azhar Moschee in Kairo in den Koran vertieft sind ...

Bevölkerung mit den vorkolonialen muslimischen Großreichen Westafrikas vom 9. bis 19. Jahrhundert zusammen, andererseits begünstigte der Kolonialismus die Verbreitung des Islam. Zeitgenössische Wanderungsbewegungen verwischen jedoch diese historischen Trennlinien. Während die Entwicklung des Islam in Westafrika durch Nordafrika beeinflusst ist, sind Ostafrika und Südafrika stark durch den kulturellen und wirtschaftlichen Austausch mit den Anliegern des indischen Ozeans geprägt.

Das von Arabern und Amazigh bewohnte Nordafrika wird zum islamischen Kernland gezählt. Der von den Muslimen südlich der Sahara praktizierte Islam hingegen wird häufig als „peripher“ bezeichnet. Dies steht im offenen Widerspruch zur zahlenmäßigen Stärke der muslimischen Gemeinschaften in diesem Teil Afrikas und verrät eine gewisse Überheblichkeit gegenüber den ethnisch weitaus komplexer zusammengesetzten nichtarabischen Muslimen.

Neben „peripher“ tritt als weitere Zuschreibung, der Islam südlich der Sahara sei im Gegensatz zu dem aus den Kernländern kommenden „reinen“ Islam sowie dem Reformislam „afrikanisch“. Die Bezeichnung afrikanischer Islam zielt auf eine starke Präsenz von Sufi-Bruderschaften, Vertretern eines mystischen Islam, ab. Dieser afrikanische Islam sei – da er viele Elemente traditionalistischer afrikanischer Religionen aufgenommen hat – offener, toleranter und durch eine quietistische, das heißt eine gottergebene Grundhaltung letztendlich friedfertiger und unpolitischer. Diese Einschätzung blendet aus, dass gerade Sufi-Bruderschaften durch ihren hohen Organisationsgrad den stärksten bewaffneten Widerstand gegen die koloniale Fremdherrschaft geleistet haben. Mitglieder von Sufi-Bruderschaften waren auch für das Aufkommen islamischer Reformbewegungen in Westafrika verantwortlich. Die Politik der Republik Sudan war lange Zeit entscheidend durch Sufi-Bruderschaften mitbestimmt, und senegalesische Politiker sind auf das Wohlwollen von deren Führungspersonen angewiesen. Außerdem hat der Sufismus auch in Nordafrika einen hohen Stellenwert und verfügt dort bis heute über eine beachtliche Anhängerschaft. Durch ihre Kollaboration mit der französischen Kolonialmacht waren die Sufi-Bruderschaften nach Wiedererlangung der staatlichen Unabhängigkeit lange nicht wohlgekommen. Inzwischen erkennen die Machthaber ihr Potenzial im Kampf gegen den Islamismus und werten den Sufismus politisch auf.



Panos Pictures / VISUM

... preisen Sufis mit Gesang und Tanz vor der Hames al-Nil Moschee in Omdurman, Sudan, jeden Freitag, dem Tag des gemeinsamen Gebetes, Gott.

Der politische Einfluss des Islam im heutigen Afrika zeigt sich einerseits dort, wo Muslime nationale oder internationale Politik aktiv selbst gestalten, und andererseits dort, wo sie im Namen eines politisierten Islam auf die Ausgestaltung von Politik einzuwirken suchen. In Nordafrika, dessen Bevölkerungsmehrheit dem Islam angehört, bestimmen Muslime heutzutage aktiv die Politik. Der Islam spielte hier als gemeinsames Identitätsmerkmal der Bevölkerungsmehrheit eine große Rolle beim Kampf gegen koloniale Fremdbestimmung.

Zwar fand nach Wiedererlangung der staatlichen Unabhängigkeit in den meisten nordafrikanischen Staaten der Islam als Staatsreligion Eingang in die nationalen Verfassungen, das Staatsoberhaupt muss in der Regel ein Muslim sein und die nationalen Gesetzgebungen richten sich in personenstandsrechtlichen Aspekten wie Geburt, Ehe, Tod nach islamischem Recht, doch der tatsächliche Einfluss des religiösen Establishments auf die nationale Politik gestaltete sich im politischen Alltag anders. Unabhängig vom ideologischen Hintergrund der neuen nationalen Eliten fand eine Nationalisierung der religiösen Infrastruktur statt. Das islamische Stiftungswesen (*waqf*), jahrhundertlang ein Garant für eine gewisse Unabhängigkeit islamischer Einrichtungen und Gelehrter (*ulama*), kam unter die Kontrolle einer zentralisierten staatlichen Bürokratie, und der Einfluss des islamischen Rechts wurde beschnitten. Anstelle der alten religiösen Eliten etablierte sich ein neues, in enger Abhängigkeit vom Staat stehendes religiöses Establishment.

Ihre Versprechungen von Entwicklung und Selbstbestimmung konnten die politischen Eliten der jungen unabhängigen Staaten Nordafrikas nicht einlösen. Ideologisch und moralisch waren sie rasch verbraucht und begünstigten das Aufkommen einer politischen Opposition, die sich religiöser Argumente bediente. Vertreter eines politischen Islam gaben ab den 1970er Jahren zunehmend die Themen politischer Diskurse vor. Die Machthaber reagierten unterschiedlich auf diese Herausforderung. Mehrheitlich erachteten sie die islamistische Opposition als ein sicherheitspolitisches Problem. Zudem versuchten sie, eine eventuell vorhandene staatsunabhängige islamische Infrastruktur – Moscheen und Gelehrte – unter ihre direkte Kontrolle zu stellen. Die staatsabhängigen islamischen Institutionen hingegen wurden in die Pflicht genommen, die Deutungshoheit des Staates über religiöse Themen zu verteidigen – eine Aufgabe, die in einer globalisierten Welt mit



Plus U. Ekpe / picture-alliance / dpa

Das islamische Recht wird in den afrikanischen Staaten unterschiedlich gehandhabt. In zwölf nordnigerianischen Bundesstaaten wurde die Scharia ab 1999 eingeführt. Schild bei Gusau, Nordnigeria, 2001

satellitengestützten, staatsunabhängigen Medien, Internet oder Mobilfunk zunehmend schwieriger wird. Der Konflikt zwischen Staatseliten und Islamisten radikalisierte sich: Waren ab den 1970er Jahren vor allem Staatsvertreter, in den 1980er Jahren wiederum bevorzugt Deviseneinnahmequellen wie die touristische Infrastruktur Ziele von Attentaten, so schienen die Auseinandersetzungen in den 1990er Jahren außer Kontrolle zu geraten. Mitverantwortlich für diese Entwicklung war die Rückkehr von kampferprobten und international vernetzten Aktivisten aus dem seit dem Einfall der Sowjetunion 1979 heiß umkämpften Afghanistan. Selbst Afrika südlich der Sahara blieb von islamistisch motivierten Gewalttaten nicht verschont, wie 1998 die Attentate auf die US-Botschaften von Nairobi und Daressalam belegten.

Allerdings suchten ab den 1990er Jahren einige islamistische Bewegungen auch über die aktive Beteiligung an demokrati-

schen Prozessen ihren Einfluss zu mehren. Viele Machthaber lehnten die Gründung islamischer Parteien jedoch ab und bemühten sich, islamistische Massenbewegungen, wie die ägyptische Muslimbruderschaft, durch einen prekären Rechtsstatus zu zügeln. In Ägypten hat dies aber nicht verhindert, dass Muslimbrüder über die Listen anderer Parteien oder als unabhängige Volksvertreter in das Parlament gewählt werden. In Algerien und Marokko können sich inzwischen legale politische Parteien mit einem islamistischen Hintergrund zur Wahl stellen. Doch bisher gelang es noch keiner islamistischen Bewegung oder Partei, die Macht in einem nordafrikanischen Staat zu übernehmen. Auf dem afrikanischen Kontinent hat eine derartige Entwicklung bislang nur im Sudan stattgefunden.

Seit dem Militärputsch von 1989 vollzog sich dort eine tiefgreifende Islamisierung von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. Zudem verstand sich Sudans Staatselite als islamistische Avant-

Scharia in Afrika

Franz Kogelmann

Seit den 1970er Jahren ist weltweit ein Wiederaufleben des Religiösen in der Öffentlichkeit zu beobachten. In vielen afrikanischen Ländern hat sich dieses Phänomen – abgesehen von der massiven Zunahme charismatischer Kirchen – durch Forderungen von Muslimen nach einer Stärkung oder einer Wiedereinführung des islamischen Rechts, der Scharia, manifestiert. Diese Forderungen sind in Charakter und Tragweite sehr unterschiedlich.

In Nordafrika – dort ist mit Ausnahme Libyens der direkte Geltungsbereich des islamischen Rechts auf Personenstandsangelegenheiten beschränkt – entstehen immer wieder Konflikte über den Einflussbereich des islamischen Rechts auf die nationale Gesetzgebung und Gesellschaft.

In den afrikanischen Ländern südlich der Sahara haben Muslime in der Regel die

Möglichkeit, personenstandsrechtliche Angelegenheiten nach den Vorschriften des islamischen Rechts behandeln zu lassen. So bieten islamische Gerichte für Frauen häufig die einzige Möglichkeit, sich scheiden zu lassen.

In Kenia entbrannte im Zusammenhang mit der zwischen 2001 und 2005 geführten Debatte über die Reform der Verfassung ein heftiger Streit über den Stellenwert islamischer und auf das Personenstandsrecht beschränkter Gerichte in der Verfassung.

In der Bundesrepublik Nigeria wiederum haben ab 1999 zwölf nördliche Bundesstaaten begonnen, das islamische Strafrecht einzuführen. Dieser Prozess, der mit zahlreichen weiteren Maßnahmen zur Islamisierung der Gesellschaft einhergeht, ist in den einzelnen Staaten bislang sehr unterschiedlich umgesetzt worden.

Die Bestrebungen ab 1983, ein islamisches System (*nizam islami*) im Sudan zu

installieren, gingen mit der Anwendung des islamischen Rechts in allen zivil- und strafrechtlichen Aspekten einher.

Die Machtergreifung eines islamistischen Regimes im Jahr 1989 forcierte die Umsetzung eines einheitlichen und staatlich sanktionierten islamischen Rechts auf Kosten lokaler Rechtspraktiken.

Die „Union Islamischer Gerichte“ – ein Dachverband unterschiedlicher muslimischer Gruppen – war bis zur Invasion Äthiopiens Ende 2006 unter Anwendung des islamischen Rechts dazu in der Lage, eine gewisse staatliche Ordnung in Somalia herzustellen.

In Südafrika – der Postapartheids-Staat praktiziert Rechtspluralismus – ist weder die staatliche Anerkennung des islamischen Personenstandsrechts noch dessen exakte Ausformulierung endgültig geregelt. Zu divergierend sind die Ansichten der unterschiedlichen muslimischen Gruppen des Landes.

garde mit ausgeprägtem Sendungsbewusstsein. Ein wichtiges außenpolitisches Instrument war die Internationale Universität Afrikas mit Sitz in Khartoum State. In der Vergabe von Stipendien an Studenten, die aus Ländern südlich der Sahara stammen, konkurrierte der Sudan mit der ägyptischen Azhar-Universität, mit libyschen Einrichtungen, der Islamischen Universität von Medina sowie internationalen islamischen Organisationen.

Zwar beteiligten sich auch in Afrika südlich der Sahara Muslime aktiv im Kampf gegen die koloniale Fremdherrschaft, doch anders als in Nordafrika war der antikoloniale Diskurs dort nicht mit religiösen Elementen durchsetzt, eine Islamisierung des öffentlichen Raums wurde bis Ende der 1970er Jahre kaum gefordert. Dies setzte erst ab den 1980er Jahren ein. Schwarzafrikanische Muslime, die in den muslimischen Kernländern studiert oder gearbeitet hatten, entwickelten sich dabei nicht zwangsläufig zu Botschaftern des in ihren Gastländern gepflegten Islam. Häufig hatten sie in arabisch-muslimischen Gesellschaften als schwarzafrikanische Muslime Diskriminierungen erfahren. Ähnlich verhält es sich mit der Entwicklungszusammenarbeit zwischen arabischen Geberländern und afrikanischen Staaten mit einem muslimischen Bevölkerungsanteil – die Finanzierung von Projekten

ist nicht gleichbedeutend mit der Übernahme von Glaubensvorstellungen, die in den Golfstaaten verwurzelt sind. Mit den islamischen Großreichen Westafrikas und der Suaheli-Kultur Ostafrikas verfügen die schwarzafrikanischen Muslime über genügend eigene islamische Referenzmodelle.

Dennoch sind auch in Afrika südlich der Sahara islamistische Bewegungen aktiv. Ein Beispiel ist die nigerianische Izala-Reformbewegung, eine 1978 gegründete Masseninitiative mit umfassender Infrastruktur auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet sowie im Bildungsbereich. Sie will eine Islamisierung der Gesellschaft erreichen, indem sie unislamische Neuerungen bekämpft, worunter sie auch und vor allem gängige Praktiken von Sufi-Bruderschaften versteht. Die Izala richtet sich somit primär gegen die Vormachtstellung der beiden in Nigeria dominierenden Sufi-Bruderschaften Qadiriya und Tijaniya. Nachdem es in den 1980er und 1990er Jahren wiederholt zu gewalttätigen Zusammenstößen zwischen Anhängern der Sufi-Bruderschaften und der Izala gekommen war, sind mit der Wiedereinführung des islamischen Strafrechts (Scharia) in Nordnigeria ab dem Jahr 1999 diese Konfrontationen ausgeblieben. Mit wenigen Ausnahmen scheint die Mehrheit der Muslime Nordnigerias hinter dem „Scharia-Projekt“ vereint zu sein.

Bedeutung der katholischen Kirche ...

Es waren die Schulen der Missionare, die das Christentum in Afrika über die Jahrhunderte verankert und gefestigt haben. Sie haben auch die politischen Eliten in vielen Ländern des Kontinents geprägt. Afrikanische Staatschefs, die als Freiheitskämpfer für die Unabhängigkeit stritten und später in ihren Ländern die Macht übernahmen, waren als Kinder häufig eifrige Schüler der Missionare. Die Europäer hatten das Christentum mit sich gebracht, und die Kolonialherren versuchten, ihre Religion zur Unterwerfung der kolonisierten Völker zu missbrauchen. Doch gerade die christlichen Schulen gaben den Afrikanern entscheidende Anstöße, sich selbst zu befreien. Das Evangelium inspirierte jene Kräfte, die schließlich die Fremdherrschaft auf dem Kontinent zu Fall brachten.

Manche Politiker, die Missionsschulen besuchten, haben sich zu wahren Lichtgestalten entwickelt. Nelson Mandela zum Beispiel, der große Versöhner von Südafrika. Bei anderen wiederum fällt es äußerst schwer, eine Linie von der frühen christlichen Prägung zu ihren späteren Herrschaftspraktiken zu ziehen. Robert Mugabe, der Diktator in Simbabwe, besucht zwar jeden Sonntag die Kathedrale von Harare und gibt sich als frommer Katholik. Auch er ist von Jesuiten erzogen worden. Heute aber blicken gerade die Jesuiten mit Schrecken auf das System

Mugabe, das ein ganzes Land und seine Menschen zugrunde gerichtet hat. Oft geißeln die Kirchenmänner den Präsidenten schonungsloser als alle anderen – und riskieren damit ihr Leben.

Die katholische Kirche hat in Afrika über die Jahrhunderte weitverzweigte Netzwerke aufgebaut, die meist effizienter arbeiten und einflussreicher sind als die Institutionen der postkolonialen Staaten. Beispiel Kongo: Während dort die schlimmsten Kämpfe wüteten und der Staat das Gewaltmonopol längst verloren hatte, wirkte die Kirche weiterhin fast unbeschadet. Sie war der Staat hinter dem Staate, und selbst der Krieg konnte ihr kaum etwas anhaben. Gerade in Zeiten großer Konflikte und

Umbrüche wenden sich Menschen noch stärker den Kirchen zu, in Kampfgebieten gelten sie meist als unantastbar. So konnten Missionare auch in einem jahrzehntelangen Bürgerkrieg, wie er in Angola tobte, weiterarbeiten. Wenn Priester erschossen wurden, war dies meist kein gezielter Anschlag, sondern ein Versehen.

Wo große Armut herrscht, dort ist der Glaube an einen Gott noch tiefer verwurzelt als anderswo. Die Menschen suchen nach Halt in einer Welt, die ihnen ansonsten wenig Trost spendet. Deshalb haben die Kirchen in Afrika so große Bedeutung erlangt. [...]

Arne Perras, „Wachstumsmarkt Glauben“, in: Süddeutsche Zeitung vom 17. März 2009

Der Anteil der Katholiken in Afrika beträgt mehr als 17 Prozent. Messe in Brazzaville, Republik Kongo



Pascal Deloche / Godong / picture-alliance / dpa



Prozession in Soatanana auf Madagaskar: Anhänger einer Freikirche am 2. Februar 2007

... und der Erweckungskirchen

[...] In Afrika hat sich die Erweckungsbewegung seit den siebziger Jahren explosionsartig ausgebreitet. Der Anteil dieser Glaubensrichtung unter den weltweit etwa zwei Milliarden Christen wird auf ein Viertel geschätzt. In Afrika aber, so sagt André Gerth vom katholischen Hilfswerk Missio, gehörten mehr Christen den Erweckungskirchen an als der traditionellen evangelischen oder katholischen Kirche. Anfangs wurden die Erweckungsgemeinden häufig von Kirchen in den USA finanziert, aber seit einigen Jahren gründen sich zahlreiche afrikanische Gemeinden ohne deren Hilfe.

Die Erweckungskirchen kommen in Afrika so gut an, weil sie eher an die afrikanische Kultur anknüpfen als die katholische oder evangelische Kirche.

Spiritualität und der Glaube an das Über-sinnliche spielen im afrikanischen Alltag eine viel größere Rolle als in Europa. Zudem stärken die Erweckungsgemeinden das Selbstbewusstsein, weil nach deren Versprechen jeder Einzelne Wohlstand und Gesundheit erreichen kann, wenn er nur das Wort Gottes befolgt. Diese Betonung des Individuums ist besonders attraktiv für aufstrebende junge Afrikaner. Sie begreifen die herkömmliche Verpflichtung, dass jemand, der zu Geld gekommen ist, den ganzen Familienclan unterstützen muss, zunehmend als Fessel. Deshalb sind sie erleichtert, wenn jemand predigt, jeder könne sein Schicksal selbst in die Hand nehmen. [...]

Helga Dickow vom kulturwissenschaftlichen Arnold-Bergsträsser-Institut in Freiburg hat in Südafrika erforscht, dass tatsächlich viele Mitglieder von Erweckungskirchen ihren Lebensstandard steigern konnten. Sie schreibt das den strengen moralischen Vorschriften zu. Wer sein Geld nicht versäuft oder für Geliebte ausgibt, kann seinen Wohlstand mehren. Allerdings

müssen die Mitglieder der Erweckungskirchen auch reichlich bezahlen. Die Gemeinden leben allein von Spenden. Und weil in der Bibel steht, dass „der Zehnte“ dem Herrn gehöre, kassieren die Pastoren am liebsten auch zehn Prozent des Einkommens ihrer Getreuen. Zahlreiche Kirchen finanzieren Schulen, Universitäten oder helfen Bedürftigen. Aber nicht alle setzen das Geld zum Wohl der Gemeinde ein.

So mancher Pfarrer bereichert sich einfach nur selbst. Entwicklungshelfer klagen unter dem Schutz der Anonymität, dass „diese Kirchen den Armen das wenige aus der Tasche ziehen, was sie noch haben“.

[...] Dennoch, der Erfolg der Erweckungskirchen in Afrika ist unbestritten. Damit wächst auch deren Bestreben, Europa zu missionieren. „Umgekehrte Kolonialisierung“ nennt das Kwesi Aning, Leiter der Abteilung Konfliktprävention am Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre in Accra. Über Jahrzehnte hätten sich die Afrikaner von den Europäern befehlen lassen müssen, wie sie zu leben und was sie zu glauben hätten. Nun wollten sie den Spieß umdrehen und den Europäern ihre Art des Christentums nahebringen. Gerade im Zeitalter der Globalisierung müssten sich die Europäer mit dem Weltbild der Afrikaner auseinandersetzen, sagt Aning. Ob es ihnen passt oder nicht.

Judith Raupp, „Vom Teufel befreit. Wie afrikanische Erweckungskirchen Europa erobern“, in: Süddeutsche Zeitung vom 20. März 2009

Hexenglauben und Moderne – eine Wechselwirkung?

In Tansania leidet ein Bürger unter dreitausend unter Albinismus. Eine genetische Störung sorgt dafür, dass die Körper dieser Menschen den Pigmentstoff Melanin bestenfalls in geringen Mengen produzieren können. Albinos haben hellere Haar-, Augen- und Hautfarbe und reagieren besonders empfindlich auf Sonneneinstrahlung. [...] In den meisten afrikanischen Gesellschaften sind Albinos Außenseiter. [...] Zugleich gelten die „weißen Schwarzen“ vielerorts als unsterbliche Geister, oder man glaubt, sie seien von Dämonen besessen. [...] Allein in Tansania sollen im vergangenen Jahr rund dreißig Albinos getötet oder verstümmelt worden sein.

Damit nicht genug: Mit den Körperteilen der Ermordeten wird offenkundig ein reger Handel betrieben. Beinen, Genitalien, Augen und Haaren von Albinos werden große Heilkräfte nachgesagt, der Konsum ihres Blutes verheißt vermeintlich Wohlstand. [...]

Ins Visier der tansanischen Regierung geraten mehr und mehr die sogenannten traditionellen Heiler, die häufig mit Hexenglauben in Verbindung gebracht werden. [...]

Sind die jüngsten Ermordungen der Albinos ein Beleg dafür, dass viele Afrikaner noch immer dem Aberglauben anhängen und regelmäßig ihrem Atavismus freie Bahn lassen? Gegen solche Thesen von der grausamen Primitivität des Kontinents schreiben Afrika-Wissenschaftler seit langem an. [...]

Seit geraumer Zeit schon debattiert die Afrika-Forschung jedoch über den seit Jahren stetig wachsenden Hexereiglauben im nachkolonialen Afrika. In der Fachwelt besteht [...] weitgehend Einigkeit darüber, diese Entwicklung als Auseinandersetzung mit Prozessen sozialer Differenzierung zu deuten, welche durch die Entwicklung neuer Marktbeziehungen und die „Modernisierung“ von Wirtschaft und Gesellschaft hervorgerufen wurden. Hexerei in Afrika repräsentiert demnach nicht die hartnäckige Verweigerung von Wandel und Entwicklung, sondern markiert den Versuch, sich aktuellen Umwandlungsprozessen zu stellen und sie zu verstehen.

In vielen Teilen Afrikas hat der wirtschaftliche Wandel dazu geführt, dass die Hoffnung auf Besserung für die Mehrheit der Bevölkerung vergeblich blieb. Dies mündete in moralische Debatten, die häufig mit Kategorien des Okkulten und der Hexerei ausgetragen werden. Jahrelang enttäuschte Wünsche nach Land, Arbeit, besserem Wohnen und einem gerechten Anteil am materiellen Wohlstand haben das Wiederaufleben der Magie wie der Hexenjagd gefördert. [...] Die jüngsten Attacken gegen die Albinos in Tansania weisen demnach über das Schicksal dieser Bevölkerungsgruppe hinaus.

Andreas Eckert, Neuer Hexenwahn in Afrika: „Die grausame Jagd auf Albinos als Reaktion auf sozialen Wandel“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. April 2009

Außenseiter: Albino-Junge in Tansania 2009



Kultur im Wandel

Flora Veit-Wild

Nach wie vor wird in Europa afrikanische Kultur auf Trommeln und Tanzen reduziert, ihre Vielfalt in Literatur, Theater, Film und Musik weitgehend ignoriert.

Unter afrikanischer Literatur stellen sich viele Mythen, Märchen und Preisgesänge vor oder denken an Romane wie „Die weiße Massai“ oder „Wüstenblume“, die die Sehnsucht nach exotischer Ferne wecken. Wieder andere erwarten, dass sie sich vorrangig mit sozialen Problemen, mit Rassismus, Kolonialismus und Frauenunterdrückung auseinandersetzen. Solchen Festschreibungen jedoch entziehen sich die Literaturen Afrikas; sie erweisen sich als ebenso vielfältig, disparat, eigenwillig und eigenartig wie andere Literaturen dieser Welt. Nicht nur werden sie in vielen verschiedenen Sprachen geschrieben, den ehemaligen Kolonialsprachen Englisch, Französisch und Portugiesisch sowie einer großen Zahl afrikanischer Sprachen, in jüngster Zeit auch in den neuen Mischsprachen und Slangs der Städte; ebenso variieren und verändern sich die Stilrichtungen sowie die politischen und künstlerischen Einstellungen der Schriftsteller.

Für die erste Schriftstellergeneration stand der politische und nationale Auftrag im Vordergrund. Ihre Werke waren wichtige Wegbegleiter der afrikanischen Unabhängigkeitsbewegungen. Der Unterdrückung und Entwürdigung durch

die koloniale Herrschaft setzten sie die Würde und den Reichtum der eigenen Kultur entgegen. Insbesondere in Südafrika wurde die Parole „Literatur als Waffe im politischen Kampf“ zur Richtschnur im Widerstand gegen die Apartheid. Von derlei politisch-moralischen und didaktischen Zielsetzungen hat sich die heutige Generation von Schriftstellern und Wortkünstlern weit entfernt. Mit der Desillusionierung über die Errungenschaften der Unabhängigkeit begann sich in den 1970er Jahren ein Korpus an Literatur zu entwickeln, der sich satirisch-kritisch mit der Bereicherungssucht und Tyrannei der schwarzen Machthaber auseinandersetzte. Der literarische Fokus richtete sich auf Widersprüche innerhalb der afrikanischen Gesellschaft; es ging um Geschlechterbeziehungen, Sexualität, Krieg und Krankheit. Entscheidende Beiträge hierzu kamen von weiblichen Autorinnen. So führten die Südafrikanerin Bessie Head schizophrene Geisteszustände und die Simbabweerin Tsitsi Dangarembga Anorexia Nervosa (Magersucht) als Themen in die afrikanische Literatur ein. Gleichzeitig setzten sich veränderte, postkoloniale Erzählweisen durch, die sich durch ständige Perspektivenwechsel, surreale Verzerrungen, einen gewaltsam-obszönen oder auch magisch entrückten Stil auszeichneten. Wichtige Vorreiter hierbei waren der Kongolese Sony Labou Tansi für das frankophone und der Simbabweer Dambudzo Marechera für das anglophone Afrika.

Seit der Jahrtausendwende gibt es erneut markante Veränderungen. Ausschlaggebende Faktoren hierfür sind Migration und Technologie. Zum einen lebt ein großer Teil afrikanischer Kulturschaffender zeitweise oder ganz außerhalb des Heimatlandes, vornehmlich in Europa oder Nordamerika. Zum anderen rückt die Welt durch die technologischen Neuerungen im Bereich Fernsehen, Internet und Mobilfunk zu einem „global village“ zusammen. In der Folge werden na-

Bedrohte Literatur in Malawi

[...] Papier muss teuer aus Südafrika importiert werden; für Verleger lohnt sich seitdem nur die Schulbuchproduktion mit ihren vergleichsweise hohen Auflagen. Für literarische Werke ist nur mehr in Ausnahmefällen ein Budget vorhanden.

So liegt auch Tito Bandas dritter Roman seit Jahren ungedruckt in einer Schublade seines Büros in der Universität von Mzuzu. Der Dozent für orale Literatur und kreatives Schreiben erzählt das jedoch mit einem Lächeln; immerhin, fügt er ironisch hinzu, gebe es noch ein Restexemplar seines 1979 erschienenen ersten Romans, „Sekani's Solution“, in einer der Buchhandlungen zu kaufen [...]. Banda ist mit seinen 58 Jahren ein Bindeglied zwischen zwei Schriftstellergenerationen – der ersten, die in den 1960er Jahren, kurz nach der Unabhängigkeit, zu veröffentlichen begann, und den jungen Gegenwartsautoren, die inzwischen sehr erfolgreich die Bühnen des südlichen Afrika und Englands bespielen. [...]

[I]n Malawis Hauptstadt Lilongwe, erzählt [...] Shadreck Chikoti (ein junger Autor, Journalist und Radiomoderator – Anm.d.Red.) von seinen Besuchen mit befreundeten Autoren auf dem Land. Regelmäßig sind sie in die Dörfer Zentralmalawis gereist, um dort ihre Gedichte vorzutragen [...].

Doch sowohl Chikoti als auch Stanley Ongeza Kenani, der es bei der letzten Ausschreibung zum Caine-Preis, dem bedeutendsten internationalen Wettbewerb für afrikanische Literatur, mit seiner Erzählung „For Honour“ in die Endrunde geschafft hat, ist klar, dass die Lesungen nicht ausreichen, um sich literarisch zu entfalten oder gar finanziell abzusichern. Und dass es letztlich nicht nur die Papierpreise sind, die Veröffentlichungen verhindern. Zu hoch ist weiterhin die Analphabetenrate – rund ein Drittel der Bevölkerung – und mit 40 Prozent auch der Anteil jener im Land, die von weniger als einem Dollar täglich leben müssen: Auf europäische Verhältnisse übertragen, müssten sie für den Erwerb eines Buches

etwa gleich viel aufwenden wie wir für den Kauf eines gebrauchten Kleinwagens.

Die Alternativen für die Autoren sind begrenzt, [...] ein Grossteil der intellektuellen literarischen Elite Malawis ist an Universitäten im europäischen und amerikanischen Ausland tätig. [...]

Der Preis dafür, sich diesem Braindrain anzuschließen, ist jedoch hoch. „Eine Geschichte bei den internationalen Wettbewerben hat nur dann eine Chance, angenommen zu werden“, erklärt Chikoti, „wenn sie den Erwartungshaltungen entspricht, die der Westen gegenüber Afrika hat. Aids, Bürgerkrieg, Korruption, Busch und Hütten, das geht. Eine eskapistische, visionäre oder den wirklichen Alltag beschreibende Literatur hingegen hat keine Chance. Und das Schlimmste daran ist, dass die meisten von uns die Erwartungen von außen bereits verinnerlicht haben.“ [...]

Axel Timo Purr, „Bei Tisch spricht man nicht“, in: Neue Zürcher Zeitung vom 10. Februar 2009

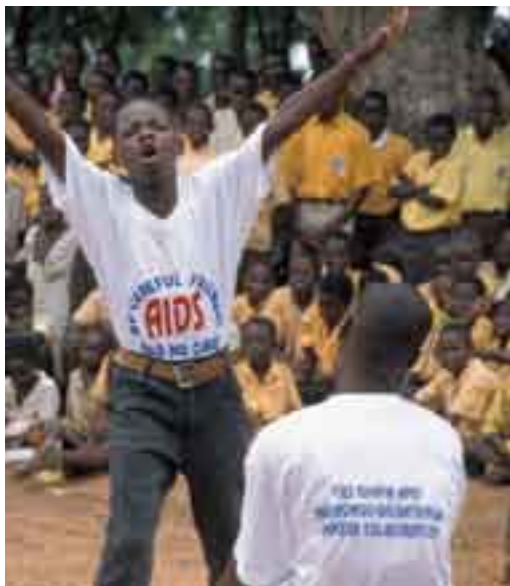
tionale Loyalitäten relativiert und an die Stelle des nationalen Dichters, der mit dem Stift in der Hand gegen koloniale oder auch postkoloniale Gewalt anschreibt, ist das Ideal des Weltbürgers getreten, der am Computer mit einer globalen Gemeinschaft kommuniziert. An die Stelle einzelner Kunstgattungen treten Formen von Intermedialität, die Text mit Ton und Bild vermischen. Insbesondere in den urbanen Zentren Afrikas setzt die technologieversierte Generation das sie umgebende Chaos intermedial in künstlerische Kreationen um. Auch Romane, gleich ob sie in Paris, London oder in Dakar geschrieben werden, sind gespickt mit Bezügen zur Welt des Films, Fernsehens oder der Werbung. Gedichte werden nicht nur geschrieben, sondern gejammt, gerappt, bebildert und per *You Tube* um die Welt geschickt.

Das Theater ist eine ureigene künstlerische Ausdrucksform afrikanischer Gesellschaften. Eng mit Ritual, Tanz und Musik verbunden, wird es heutzutage vielfach zu Aufklärungszwecken eingesetzt, so zum Beispiel in der AIDS-Prävention. Als „*Theatre for Development*“ soll es das Bewusstsein der Arbeiter und Bauern schärfen und zur Verbesserung ihrer Lage beitragen. Während es in seinen didaktisch-aufklärerischen Formen in Rollenspielen improvisiert wird, gibt es daneben eine Reihe namhafter Dramatiker, die ihre Stücke in schriftlicher Form festhalten. Der bekannteste unter ihnen ist der Nigerianer und erste afrikanische Nobelpreisträger Wole Soyinka, der in komplexer Weise Elemente europäischen Theaters mit den Glaubensvorstellungen und der Bildersprache seiner Yoruba-Kultur verbindet.

Sehr viel massenwirksamer als das Theater ist der afrikanische Film. Sein Begründer, der Senegalese Sembène Ousmane, wandte sich bereits in den 1960er Jahren dem neuen Medium zu. Ähnlich wie das Theater zielen afrikanische Filme vielfach auf politische Bewusstwerdung oder gesellschaft-

liche Aufklärung, zumal wenn sie auf Finanzierung durch Nichtregierungsorganisationen angewiesen sind. Denn obwohl afrikanische Filmemacher internationale Beachtung gefunden haben, unter anderem durch das zweijährliche Filmfestival „Festpaco“ in Ouagadougou, Burkina Faso, stoßen künstlerisch anspruchsvolle Filme in Afrika selbst nur auf sehr begrenztes Interesse. Die massenhaft über Video und DVD verbreiteten Billigfilme hingegen stellen einen boomenden Industriezweig dar. In Anlehnung an Hollywood und Bollywood sind sie unter dem Begriff Nollywood bekannt geworden, da sie ihren Anfang in Nigeria nahmen, das nach den USA und Indien weltweit die größte Filmproduktion vorzuweisen hat.

Afrikanische Musik ist so alt und so neu, so vielfältig und so uneinheitlich wie der afrikanische Kontinent selbst. Im Laufe der letzten Jahrhunderte sind Musikstile, -formen und -instrumente aus Afrika, Europa, Nord-, Mittel- und Südamerika hin- und hertransportiert worden, haben voneinander kopiert und sich miteinander vermischt. So verbanden sich im *Highlife*, der Mitte des 20. Jahrhunderts die Musik- und Tanzszenen in Westafrika prägte, Einflüsse des Jazz mit traditionell westafrikanischen Rhythmen und über britische Militärkapellen importierten Musikinstrumenten. Heutzutage, im Zeitalter der globalen Musikmedienindustrie, sind Hip Hop, R&B und Gospel in afrikanische Aufnahmestudios gelangt. Dort verbinden sie sich zum Beispiel mit dem südafrikanischen Kwaito oder dem nigerianischen Juju, die beide in sich schon Mischformen musikalischer Stilrichtungen darstellen. Die wild und sinnlich tanzenden und trommelnden Afrikaner bleiben also ein europäisches Klischee, das allerdings von einigen schwarzen Hip Hop- und R&B-Gruppen heute bewusst bedient und somit kommerziell ausgenutzt wird. Auch diese Ironie zeigt den kulturellen Wandel Afrikas.



Lineair / Das Fotoarchiv

Theaterspiel für einen guten Zweck: AIDS-Aufklärung in Bogatanga, Nord-Ghana



Tadej Znidarcic / Redux/laif

Nigeria hat weltweit die drittgrößte Filmindustrie, viele Filme werden direkt für den heimischen Markt auf Videos oder DVDs produziert.

Afrika in der internationalen Politik

Die Afrikanische Union und verschiedene afrikanische Regionalorganisationen wollen auf eine verbesserte Integration und eine wirksamere Interessenvertretung Afrikas in internationalen Belangen hinwirken. Aber auch auswärtige Mächte verfolgen ihre Ziele in Afrika.

Die Afrikanische Union (AU)

Siegmar Schmidt

Die im Jahre 2002 gegründete Afrikanische Union (AU) stellt den zweiten Versuch afrikanischer Staaten dar, den Kontinent zu einen, aus eigener Anstrengung zu entwickeln und zu befrieden. Einen ersten Versuch zur Einigung des Kontinents unternahm afrikanische Staaten 1963 mit der Organisation Afrikanischer Einheit (OAE, englisch: *Organization of African Unity*, OAU). Sie wurde am Ausgang des Kolonialismus gegründet, und dies spiegelte sich in ihren Zielen wider: Primär sollte sie die Unabhängigkeit der Mitgliedstaaten bewahren und ihre Grenzen garantieren, auch wenn diese kolonialen Ursprungs waren. Die OAE wehrte sich strikt und erfolgreich gegen Sezessions(Abspaltungs)versuche, denn lediglich Eritrea wurde 1993 nach 30-jährigem Unabhängigkeitskrieg als eigenständiger Staat anerkannt. Die OAE hielt uneingeschränkt am Prinzip der Nichteinmischung in die internen Angelegenheiten der Staaten fest. In der Praxis bedeutete dies die kritiklose Hinnahme von Militärputschen und Passivität auch angesichts schwerster Menschenrechtsverletzungen. Politisch handlungsfähig zeigte sie sich in der Verurteilung und diplomatischen Isolation der verbliebenen Kolonial- und Siedlerregime Rhodesien (heute Simbabwe), Südafrika, Namibia, Angola und Mosambik. Organisatorisch stand sie auf äußerst schwachen Füßen, auch weil zahlreiche Mitgliedstaaten ihren Beitragsverpflichtungen nicht nachkamen. Als in den 1990er Jahren gewaltsame Konflikte zunahm, stellte die OAE zwar einige Beobachter- und Vermittlungsmissionen, doch es gelang ihr nicht, sich zu einem handlungsfähigen politischen Akteur zu entwickeln.

Ende der 1990er Jahre begann in Afrika eine lebhaftere Diskussion um die Zukunft des Kontinents, der zu einer Randzone der Globalisierung zu werden drohte. Es blieb dem damals inter-



Eröffnungssitzung des 12. AU-Gipfels in Addis Abeba am 2. Februar 2009

REUTERS / Antony Njuguna

national geächteten libyschen Staatschef Gaddafi vorbehalten, auf einem Treffen der OAE 1999 die Idee des früheren ghanaischen Staatschefs Kwame Nkrumah (1960 bis 1966) aufzunehmen und die „Vereinigten Staaten von Afrika“ anzuregen. Die Vorschläge waren zwar völlig utopisch, doch bestärkten sie den allgemeinen Veränderungswillen, und die Gründung der AU wurde beschlossen; sie erfolgte 2002 im südafrikanischen Durban. Mitglieder sind alle afrikanischen Staaten mit Ausnahme Marokkos, das der Organisation fern geblieben ist, weil die AU die Westsahara als eigenständiges Gebiet anerkennt.

Ziele und Prinzipien

Die AU unterscheidet sich sowohl im Hinblick auf Ziele und Prinzipien als auch in ihren Institutionen fundamental von der OAE. Ihre Ziele (Art. 3 der Gründungsakte) sind umfassend und beinhalten die sozioökonomische Integration, die Herstellung von Frieden und Sicherheit und die politische Interessenvertretung Afrikas in der globalisierten Welt. Während die entwicklungspolitischen Ziele wenig Neues enthalten, da sie zumeist in ähnlicher Form in vielen Dokumenten und Erklärungen enthalten sind (und bislang das Stadium von Absichtserklärungen nicht verlassen haben), sind die Ausführungen zum Bereich Sicherheit geradezu revolutionär. Sicherheit und Stabilität werden nun als unabdingbare Voraussetzung für Entwicklung betrachtet, da Konflikte ein „Haupthindernis für die sozioökonomische Entwicklung“ darstellen. Etwas irritierend bestätigt Artikel 4 (g) zunächst das traditionelle Nichteinmischungsprinzip, doch der folgende Art. 4 (h) schreibt das Recht der Union fest, auch ohne Zustimmung des betroffenen Staates in Fällen von Kriegsverbrechen, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu intervenieren. Damit kann die von afrikanischen Staaten aufgrund ihrer kolonialen Erfahrungen



Stuart Price / AFP / Getty Images

Die AU setzt auch eigene Truppen zur Friedenssicherung ein. Ugandische Soldatinnen und Soldaten werden in der Hauptstadt Kampala am 1. März 2007 für den Einsatz in Somalia verabschiedet.

hoch gehaltene Souveränität letztlich aufgehoben werden. Sofern ein Konsens nicht erzielt werden kann, bestimmt die Versammlung der afrikanischen Staats- und Regierungschefs mit Zweidrittelmehrheit über Sanktionen und mögliche militärische Interventionen. Dieses völkerrechtlich einmalige Interventionsrecht ist 2004 auf Fälle ausgeweitet worden, in denen die Ordnung eines Staates zum Beispiel durch einen Militärputsch außer Kraft gesetzt wurde.

Institutionen und Organe

Die institutionelle Struktur der AU ist weitaus komplexer als die ihrer Vorgängerorganisation und orientiert sich stark an der EU.

- Die Versammlung der Staats- und Regierungschefs bildet das oberste exekutive Organ der AU. Sie ist dem Europäischen Rat vergleichbar mit dem wesentlichen Unterschied, dass hier Entscheidungen mit einer Zweidrittelmehrheit (und bei verfahrenstechnischen Fragen sogar mit einfacher Mehrheit) gefällt werden können, während der Europäische Rat nur einstimmig Beschlüsse fassen kann.
- Der Exekutivrat (EC) besteht in der Regel aus den Außenministern und entspricht dem Ministerrat der EU. Auch er entscheidet im Unterschied zum EU-Ministerrat, der mit sowohl absoluten als auch qualifizierten Mehrheiten (je nach Politikbereich) Entscheidungen fällt, generell wiederum mit einer Zweidrittelmehrheit. Er führt die Anweisungen der Versammlung im Bereich Konfliktbearbeitung aus.
- Der Ausschuss der Ständigen Vertreter (PRC) auf Botschafterebene bereitet wie die gleichnamige EU-Institution die Sitzungen des Exekutivrates vor und stellt die Arbeitsebene dar.
- Die AU-Kommission koordiniert die Arbeit der AU und bereitet die AU-Treffen vor. Sie darf keine Weisungen von Regierungen annehmen. Der Vorsitzende repräsentiert die AU nach außen. Unklar ist noch, ob die AU-Kommission selbstständig (supranational) wie die EU-Kommission Politikbereiche verwalten soll.
- Das Pan-Afrikanische Parlament (PAP) hat 2004 in Midrand, nahe der südafrikanischen Hauptstadt Tshwane, seine Arbeit aufgenommen. Die Abgeordneten werden nicht direkt gewählt, sondern jedes Mitgliedsland delegiert fünf Mitglieder von den nationalen Parlamenten. Bis 2009 sollte das PAP volle legislative Befugnisse erhalten, welche das Europäische Parlament (EP) bis heute, 30 Jahre nachdem es erstmals direkt gewählt wurde, nicht besitzt. Doch bislang waren die afrikanischen Staats- und Regierungschefs nicht bereit, dem PAP konkrete Kompetenzen zuzugestehen. Das PAP bleibt daher (vorerst) ein allgemeines Diskussionsorgan, dessen zahlreiche Resolutionen von den Regierungen kaum beachtet werden.
- Der Afrikanische Gerichtshof (*African Court* genauer *African Court on Human and Peoples' Rights*, ACHPR) überwacht die Einhaltung der in der *African Charter on Human and Peoples' Rights* definierten Rechte. Neben Staaten und der *AU-Commission on Human and Peoples' Rights* können auch Nichtregierungsorganisationen und Individuen unter bestimmten Umständen als Kläger zugelassen werden. Obwohl nur 23 Staaten ein entsprechendes Protokoll unterzeichnet und damit die Zuständigkeit des Gerichtshofes anerkannt haben, wählte die *African Commission* 2006 elf Richter. Bislang hat der Gerichtshof seine Arbeit noch nicht aufgenommen, auch weil die geplante Verschmelzung mit dem *African Court of Justice* bisher nicht erfolgte. Dies wird von Nichtregierungsorganisationen scharf kritisiert.
- Ein Wirtschafts-, Sozial- und Kulturrat (*Economic, social and cultural council*, ECOSOCC) mit 150 Mitgliedern – ähnlich dem EU-Wirtschafts- und Sozialausschuss – berät die Insti-

tutionen. Es ist hier auch eine Vertretung der afrikanischen Diasporas geplant.

Im Unterschied zur EU besitzt die AU mit dem Friedens- und Sicherheitsrat (*Peace and Security Council*, PSC) ein zentrales Organ für Friedenssicherung. Er besteht aus 15 Mitgliedern, die von der Versammlung der Staats- und Regierungschefs gewählt werden. Bei der Wahl werden die Prinzipien des regionalen Prozesses und der Rotation beachtet. Fünf Mitglieder gehören dem Rat für drei Jahre, die übrigen zehn für zwei Jahre an. Dem PSC zur Seite steht eine ganze Reihe von primär militärischen Behörden einschließlich einer (geplanten) multinationalen Eingreiftruppe von 15 000 Mann, zu der noch regionale Einheiten von jeweils 3000 bis 5000 Mann hinzukommen sollen.

Gegenwärtig befinden sich die Institutionen der AU noch im Aufbau. Es fehlt vor allem an finanziellen Ressourcen, da viele

Staaten ihren Beitrittsverpflichtungen nicht nachkommen. Den Haushalt der AU tragen zu einem Großteil Südafrika, Nigeria, Libyen und Algerien. Der Aufbau der Institutionen verläuft wesentlich langsamer als geplant, und nicht alle Staaten haben die notwendigen Beitrittsprotokolle zu den einzelnen Institutionen unterzeichnet.

Neben dem Ressourcenmangel erschwert auch die extrem heterogene Mitgliedschaft die Fähigkeit der AU, tragfähige Kompromisse zu finden. Im Unterschied zur EU, die immer ein „Klub von Demokratien“ war, sind in der AU sowohl Diktaturen als auch Demokratien vertreten, wodurch Entscheidungen im Falle von Menschenrechtsverletzungen oder Verstößen gegen demokratische Prinzipien schwierig werden. Zahlreiche Abgeordnete des PAP sind nicht aus demokratischen Wahlen hervorgegangen. Auch muss offen bleiben, inwieweit Entscheidungen, die mit Zweidrittelmehrheit zustande kommen, wirklich poli-

Kontinentale und regionale Friedens- und Sicherheitsarchitektur

Fabian Böckler

Die afrikanische Friedens- und Sicherheitsarchitektur (African peace and security architecture, APSA) bildet den politischen und strukturellen Rahmen, den die AU zur Prävention und zur Lösung von Konflikten auf dem Kontinent geschaffen hat.

Sie besteht aus zwei Komponenten: der gemeinsamen afrikanischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik (Common African Defence and Security Policy, CADSP) und dem Friedens- und Sicherheitsrat (Peace and Security Council, PSC). Erstere verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs der AU-Mitgliedsländer im Februar 2004. Sie bildet das Grundlagendokument der Friedens- und Sicherheitsarchitektur und soll primär effektiv auf interne und externe Bedrohungen reagieren. Der dabei eingeführte Sicherheitsbegriff basiert auf dem Prinzip der Unteilbarkeit: Jegliche Drohung oder Aggression gegen ein Land – ob innerafrikanisch, ob extern – wird als Angriff gegen alle afrikanischen Staaten und den Kontinent als Ganzes wahrgenommen. Unmittelbar zuständig für die Durchführung der Verteidigungs- und Sicherheitsagenda ist der Friedens- und Sicherheitsrat als wichtigstes sicherheitspolitisches Organ der AU. Er ist dem UN-Sicherheitsrat nachempfunden, allerdings gibt es keine Vetomächte und ständigen Mitglieder.

Der Rat koordiniert die sicherheitspolitischen Angelegenheiten des Kontinents und übernimmt zudem eine Frühwarnfunktion, um so rechtzeitig und effektiv auf Konfliktsituationen reagieren zu können. Er kann der AU-Generalversammlung eine Intervention in ein Mitgliedsland empfehlen sowie bei

Beschluss der Staats- und Regierungschefs Friedensmissionen beauftragen und entsenden. Die Generalversammlung entscheidet also letztlich neben Sanktionen auch über Interventionen. Das Interventionsrecht der AU ist jedoch völkerrechtlich umstritten, weil es vielfach allein den Vereinten Nationen zugebilligt wird. Die Abteilung für Frieden und Sicherheit der AU-Kommission (Department for Peace and Security) soll unterdessen die getroffenen Entscheidungen koordinieren und auf kontinentaler Ebene umsetzen.

Der Friedens- und Sicherheitsrat wird von einem Panel of the Wise, das sich aus fünf afrikanischen Persönlichkeiten verschiedener Herkunftsregionen zusammensetzt, und einem militärischen Beratungsgremium unterstützt. Das sich im Aufbau befindende kontinentale Frühwarnsystem (Continental Early Warning System, CEWS) soll ihn durch Datensammlung und -analyse über potenzielle Konflikte und Bedrohungen informieren und dabei mit den Frühwarnsystemen der regionalen Wirtschaftsgemeinschaften kooperieren. Der Rat verfügt mit der African Standby Force zudem über eine afrikanische Eingreiftruppe.

Rolle der Regionalorganisationen

Während die AU für die Entwicklung und Koordinierung der Politik auf kontinentaler Ebene verantwortlich ist, sollen die Regionalorganisationen die getroffenen Entscheidungen auf regionaler Ebene umsetzen. Die AU möchte dabei mit fünf Organisationen kooperieren, die

idealtypisch je eine der fünf Regionen repräsentieren.

Jede von ihnen wird über ein eigenes, sich zurzeit im Aufbau befindliches Frühwarnsystem verfügen. Zudem spielen sie eine zentrale Rolle beim Aufbau der African Standby Force. Sie soll in zwei Phasen bis 2010 aufgebaut werden und anschließend bei innerafrikanischen Friedenseinsätzen unter dem Mandat der AU und in enger Kooperation mit der UN einsetzbar sein.

Die AU hat die fünf Regionalorganisationen damit beauftragt, je eine 3000 bis 5000 Mann starke Brigade aufzustellen, bestehend aus zivilen und militärischen Kräften, samt regionalem Hauptquartier und strategischen Planungseinheiten. Die Brigaden können als Teil einer über den Kontinent verteilten Streitmacht auch außerhalb ihrer Region eingesetzt werden. Ausbildung und Ausstattung der Brigaden sollen den UN-Normen entsprechen. Mit der ECOWAS, der SADC und der IGAD haben bisher allerdings lediglich drei der Regionalen Wirtschaftsgemeinschaften (REC) Erfahrungen im Bereich Konfliktbewältigung sammeln können.

Die AU ihrerseits ist verantwortlich für den Aufbau eines Hauptquartiers für die Missionen und die Bereitstellung eines geeigneten Kommunikationssystems, um die Friedenseinsätze zu steuern und zu koordinieren.

Die Friedens- und Sicherheitsarchitektur bildet in der Theorie ein tragfähiges Fundament. Ihr Erfolg wird davon abhängen, ob es der AU und den Regionalorganisationen gelingt, diese ambitionierte Agenda umzusetzen.

tische Folgen haben, da nur wenige Staaten überhaupt in der Lage sind, groß angelegte Militäroperationen durchzuführen. Mit Ausnahme des Sicherheitsbereiches wirkt die AU bislang eher noch wie eine Art Hülle, die erst mit konkreten Inhalten gefüllt werden muss.

Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung

Die NEPAD (*New Partnership for Africa's Development*) wurde 2001 in Abuja, der Hauptstadt Nigerias, ins Leben gerufen. Sie ging aus verschiedenen Initiativen afrikanischer Regierungen hervor und ist 2002 zum Entwicklungsprogramm der AU erklärt worden. Die NEPAD will gemeinsam mit den Geberstaaten die Voraussetzungen für die Entwicklung des Kontinents schaffen. Dabei spielt „good governance“, also gute Regierungsführung, eine zentrale Rolle. Grundgedanke ist, dass der transparente und entwicklungsorientierte Umgang mit den Ressourcen die Basis für Entwicklungserfolge bildet. Afrika die Chance auf Teilhabe an der Globalisierung eröffnet. Kernstück des umfangreichen und für afrikanische Verhältnisse ungewohnt selbstkritischen Dokuments ist ein freiwilliger Überprüfungsmechanismus, inwieweit die ökonomischen und politischen Ziele NEPADs – verkürzt gesagt: Marktwirtschaft, Demokratie und *good governance* – erreicht worden sind.

Staaten, die das entsprechende Protokoll des *African Peer Review Mechanism (APRM)* unterschrieben haben, durchlaufen einen komplexen Überprüfungsmechanismus, der unter anderem auch den Besuch einer Expertenkommission aus afrikanischen Staaten vorsieht und die Beteiligung der Zivilgesellschaft vorschreibt. Bisher sind 30 Staaten Mitglied des APRM geworden, aber lediglich Kenia, Ghana, Ruanda und Südafrika haben bislang alle Stufen durchlaufen. Inwieweit die Staaten die Empfehlungen aus den Überprüfungsverfahren annehmen, bleibt ihnen überlassen. Sanktionen, die auf Einhaltung drängen, sind nicht geplant. Allerdings haben Geber, unter anderem die EU angekündigt, Staaten, die Reformprogramme auf der Basis des Überprüfungsverfahrens durchführen, finanziell zum Teil unterstützen zu wollen. Die EU beabsichtigt, dadurch den bislang nur zögerlich angelaufenen APRM zu aktivieren. Auch wenn der APRM die hohen Erwartungen nicht erfüllt hat, so ist es einigen Staaten (z.B. in Ghana) gelungen, eine breite innerschenschaftliche Diskussion über Entwicklungsziele und notwendige Reformen einzuleiten. Bisher ist es afrikanischen Staaten kaum gelungen, über NEPAD zusätzliche Mittel für ihre außenpolitisch ehrgeizigen, teilweise illusionären Entwicklungsprogramme einzuwerben.

Fazit

Sowohl die AU als auch NEPAD sind Ausdruck geradezu revolutionärer Veränderungen im politischen Denken Afrikas; beide Initiativen sind darüber hinaus eigenständige afrikanische Anstrengungen. So überzeugend die Ansätze prinzipiell sind, so gilt es zwei Einwände zu bedenken: Erstens sind AU und NEPAD Elitenprojekte, die bislang nicht in der Bevölkerung verankert sind und daher keine breite Unterstützung genießen. Zweitens, und dies ist gravierender, bestehen massive Probleme in der konkreten Umsetzung. AU und NEPAD sind äußerst ambitionierte Projekte von im Grunde genommen schwachen Staaten. Ohne Unterstützung von außen, etwa der EU, werden sie jedoch nicht in der Lage sein, ihre weit reichenden Aufgaben wahrzu-



Khaled El-Fiqi / picture-alliance / dpa

19. NEPAD-Treffen 2008 in Ägypten: Das Entwicklungsprogramm der AU will den Fortschritt auf dem Kontinent voranbringen.



(c) www.kartographie-kaemmer.de

nehmen. Entscheidend für den Erfolg der Projekte bleiben der Wille, das Engagement und die Bereitschaft afrikanischer Regierungen, Kompromisse zu schließen und nötigenfalls Konflikte zu riskieren. Um ihre Glaubwürdigkeit zu wahren, dürfen sie nicht wie im Falle der katastrophalen Entwicklung in Simbabwe weitgehend passiv bleiben.

Regionalorganisationen

Christof Hartmann

Ausgangspunkt für die Gründung der zahlreichen Regionalorganisationen Subsahara-Afrikas war der unzureichende wirtschaftliche Entwicklungsstand, insbesondere die schlechte Infrastruktur der vielen neu gegründeten afrikanischen Staaten zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit Anfang der 1960er Jahre. Im interregionalen Vergleich gab es in Afrika überdurchschnittlich viele Staaten mit kleinen Binnenmärkten bzw. ohne direkten Zugang zum Meer. Der wirtschaftliche Zusammenschluss, in der Regel zunächst als Freihandelszone, aber zumeist mit dem erklärten Ziel, einen gemeinsamen Binnenmarkt zu schaffen, galt ihnen als bevorzugte Strategie bei der (importsostituierenden) Industrialisierung und der nachholenden Entwicklung. Das Vorbild war die Europäische Gemeinschaft mit ihrem Modell wirtschaftlicher Integration durch Schaffung supranationaler Institutionen.

Doch Mitte der 1970er Jahre waren diese kontinentweiten Experimente regionaler Zusammenarbeit ausnahmslos gescheitert. Die Ostafrikanische Gemeinschaft (EAC), 1967 als vielleicht ehrgeizigstes afrikanisches Integrationsprojekt von Kenia, Tansania und Uganda ins Leben gerufen, zerbrach 1977 endgültig an politischen und persönlichen Konflikten zwischen den beteiligten Staaten und ihren Regierenden. Wie die anderen afrikanischen Regionalorganisationen brachte die EAC ihren Mitgliedsländern keine wirtschaftlichen Vorteile ein. Die Liberalisierung des Außenhandels vergrößerte vielmehr zunächst das wirtschaftliche Ungleichgewicht, und im Fall der EAC zog Kenia weit mehr Vorteile aus der regionalen Zusammenarbeit als seine Nachbarländer. Zwar kam es 1975 mit der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten (ECOWAS) noch zu einer ehrgeizigen Neugründung, aber auch diese existierte für die nächsten 15 Jahre praktisch nur auf dem Papier.

Als die afrikanischen Staaten Ende der 1970er Jahre unter dem Eindruck der Ölkrise und fallender Preise für ihre wichtigsten Exportprodukte in eine Wirtschaftskrise gerieten, gab es mit Ausnahme der währungspolitischen Zusammenarbeit in der Franc-Zone, in der die meisten früheren französischen Kolonien in West- und Zentralafrika an Frankreich gebunden sind, kaum noch funktionierende regionale Organisationen in Afrika. Sie galten weder den Staatschefs noch den internationalen Finanzinstitutionen – wie Weltbank und IWF –, die nun wirtschaftspolitische Reformen („Strukturanpassung“) zur Auflage für die Gewährung neuer Kredite machten, als passende Antwort auf die wirtschaftlichen Herausforderungen. Erst seit den 1990er Jahren haben regionale Organisationen in Subsahara-Afrika erneut an Dynamik gewonnen.

Mit der wirtschaftlichen Globalisierung gewann eine verstärkte ökonomische Zusammenarbeit auf regionaler Ebene für die Entwicklungsländer wieder an Bedeutung. Ihr Ziel war jedoch nicht der Aufbau hinreichend großer, vor der Weltkonkurrenz geschützter Handelszonen. Die regionale Zusammenarbeit zielte vielmehr auf eine verbesserte Integration in die globalisierten Märkte. Von Freihandelszonen erwarteten die Staaten vermehrte ausländische Direktinvestitionen und eine Produktivitätssteigerung der Exportsektoren. Die Neugründung der *East African Community* 2000 ist



Die westafrikanische ECOWAS verfügt über eigene Einsatzkräfte. Teilnehmer eines Manövers in der senegalesischen Stadt Thiès im Dezember 2007

Georges Gobet / AFP / Getty Images

zum Beispiel aus dieser Perspektive zu verstehen. Einer verstärkten wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf regionaler Ebene steht jedoch weiterhin eine ganze Reihe von Problemen entgegen:

- So sind die Einnahmen aus Zöllen eine wesentliche Finanzierungsquelle für viele afrikanische Staaten; ihr Abbau durch die Schaffung von Freihandelszonen und Binnenmärkten verursacht Löcher im Staatshaushalt. Die durch internationale Finanzinstitutionen erzwungene Liberalisierung des Außenhandels führte dazu, dass in vielen Staaten die Zölle einseitig gesenkt wurden.
- Aus historischen Gründen gehören gerade im östlichen und südlichen Afrika Staaten verschiedenen regionalen Abkommen mit unterschiedlichem Integrationsniveau und differierenden Regelungen an, dabei kann es zu regionalen Überschneidungen kommen. Dies erschwert eine stärkere wirtschaftliche Zusammenarbeit in erheblichem Maße.
- Schließlich handelt es sich bei den Mitgliedstaaten zumeist um Exporteure von Agrargütern mit nur geringem Potenzial für stärkere Handelsverflechtungen. Tatsächlich übersteigt der intraregionale Handel, also der Handel zwischen den Mitgliedsländern einer Regionalorganisation, nirgendwo in Afrika mehr als zehn Prozent des gesamten Außenhandels der betreffenden Staaten.

Das neue Interesse an regionaler Zusammenarbeit hat folglich weniger wirtschaftliche als vielmehr politische und sicherheitspolitische Ursachen. Im westlichen und südlichen Afrika haben die Regionalorganisationen ECOWAS und SADC wesentlich dazu beigetragen, das regionale Staatensystem zu stabilisieren und eine kollektive regionale Identität zu schaffen. Nach Ende der Apartheid in Südafrika und Namibia Anfang der 1990er Jahre war es möglich, im südlichen Afrika die lose strukturierte Organisation der gegen das Apartheidregime agierenden Frontstaaten (*Southern African Development Coordination Conference*, SADCC, 1980 bis 1992) in die Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (SADC) umzuwandeln. Südafrika war der Wirtschaftsmotor und verstand sich zugleich, jedenfalls während der Präsidentschaft Nelson Mandelas (1994 bis 1999), als demokratische Führungs- und Interventionsmacht in der Subregion. In Westafrika

nutzte die regionale Hegemonialmacht Nigeria die ECOWAS zur Legitimierung der Militärinterventionen in Liberia und Sierra Leone. Die ECOWAS erhielt später einen eigenen sicherheitspolitischen Pfeiler und intervenierte bei den Bürgerkriegen in Guinea-Bissau (1998/1999) und der Côte d'Ivoire (2002 bis 2007).

Die Umwandlung der Organisation für Afrikanische Einheit in die Afrikanische Union (2002) unter maßgeblichem Einfluss Südafrikas stärkte auch die regionalen Organisationen. Denn in der neuen „Sicherheitsarchitektur“ des Kontinents ist neben dem zentralen Steuerungsorgan des *Peace and Security Council* (PSC) auch fünf regionalen Abkommen eine klare Rolle zugewiesen. So soll bei der Aufstellung einer afrikanischen *Standby Force* (ASF) und der Einrichtung eines kontinentalen Frühwarnsystems (CEWS) auf bereits bestehende Strukturen und Institutionen der regionalen Ebene (insbesondere bei ECOWAS, z.T. auch SADC und IGAD) zurückgegriffen werden. Sicherheitspolitisch relevante Regionalorganisationen Subsahara-Afrikas sind:

- SADC (*Southern African Development Community*): Angola, Botswana, DR Kongo, Lesotho, Madagaskar, Malawi, Mauritius, Mosambik, Namibia, Sambia, Seychellen, Simbabwe, Südafrika, Swasiland, Tansania;
- ECOWAS (*Economic Community of West African States*): Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Kapverde, Liberia, Mali, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone, Togo;
- CEEAC (*Communauté Economique des États de l'Afrique Centrale*): Angola, Äquatorial-Guinea, Burundi, DR Kongo, Gabun,

Kamerun, Kongo, Sao Tomé und Príncipe, Tschad, Zentralafrikanische Republik);

- IGAD (*Inter-Governmental Authority on Development*): Äthiopien, Dschibuti, Eritrea, Kenia, Somalia, Sudan, Uganda.

Schließlich sind für die internationale Gebergemeinschaft die regionalen Organisationen wesentliche Partner bei der entwicklungspolitischen Stabilisierung, Krisenprävention oder beim Kampf gegen den Terrorismus. Deutschland fördert afrikanische Regionalorganisationen zunehmend mit Mitteln aus dem Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ); selbst Frankreich und die USA, deren Afrikapolitik traditionell durch bilaterale Beziehungen oder persönliche Kontakte zu befreundeten Staatsschefs charakterisiert war, sehen in den regionalen Abkommen wichtige Pfeiler beim Aufbau eines stabilen afrikanischen Staatensystems.

Auch bei der sicherheitspolitischen Kooperation sollte man jedoch vor unrealistischen Erwartungen warnen: Afrikanische Regionalorganisationen bleiben ständig unterfinanziert und daher von ausländischer Unterstützung abhängig. Gerade in Zentralafrika, wo es die höchste Dichte an schwachen Staaten und chronischen Gewaltkonflikten gibt, fehlt eine effektive Regionalorganisation; die CEEAC hat keine praktische Bedeutung. In anderen Regionen bleibt die staatliche Souveränität das letzte Gut, das vielen Staaten verbleibt. Auch wenn die EU oft noch als Vorbild fungiert, wird es Regionalorganisationen, die supranationale Kompetenzen tatsächlich durchsetzen, in Afrika auf absehbare Zeit nicht geben.

Rolle Frankreichs und Großbritanniens

Tobias Koepf

Die ehemaligen Kolonialmächte Frankreich und Großbritannien spielen auch mehrere Jahrzehnte nach dem Ende der Kolonialzeit eine wichtige Rolle auf dem afrikanischen Kontinent. Paris gehört für alle aus dem französischen Kolonialgebiet hervorgegangenen Staaten zu den wichtigsten Handelspartnern, und französische Unternehmen sind dort aktiver als Investoren aus anderen Ländern. Die Handelspolitik Großbritanniens gegenüber den Nachfolgestaaten der britischen Kolonien folgt dem gleichen Muster. Beide Akteure treten in ihren ehemaligen Kolonien als größte Entwicklungshilfegeber auf und unterstützen in internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen oder der Europäischen Union oft deren Belange.

Bis Ende der 1980er Jahre gelang es Paris mit Hilfe einer engagierten Militär-, Wirtschafts- und Kulturpolitik, sich vor allem in den jungen Staaten West- und Zentralafrikas eine exklusive Einflussosphäre zu erhalten. Das Verhältnis zu den nordafrikanischen Staaten Algerien, Tunesien und Marokko gestaltete sich aufgrund des weitaus konfliktreicher verlaufenen Ablösungsprozesses schwieriger. Paris hatte daher auf die dortigen politischen Verhältnisse einen geringeren Einfluss.

Mit der fortgesetzten Präsenz auf dem afrikanischen Kontinent wollte Frankreich in erster Linie seinen Anspruch auf den Status einer internationalen Großmacht unterstreichen. Während des Kalten Krieges spielte auch die Absicht, eine Ausweitung des sowjetischen Einflusses zu verhindern, eine wichtige Rolle. Um diese Ziele zu erreichen, schreckte Paris nicht davor

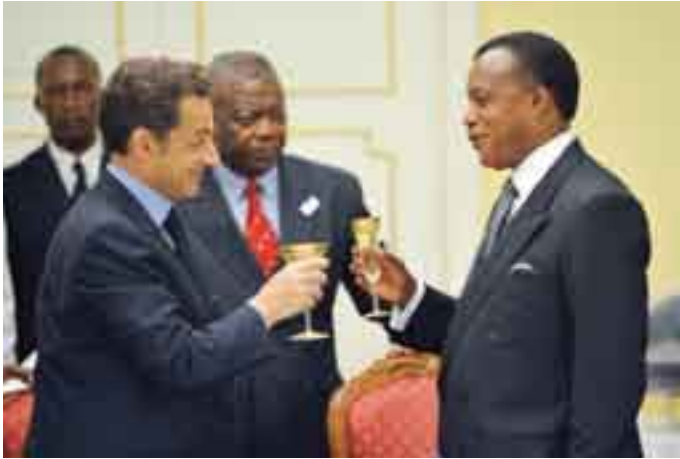
zurück, undemokratische Regime politisch, wirtschaftlich und im Notfall mit eigenen Soldaten zu unterstützen.

Ein zentrales Merkmal der französischen Afrikapolitik war die enge persönliche Verflechtung zwischen den politischen Eliten Frankreichs und jenen der frankophonen afrikanischen Staaten. Dies führte zu einer Vermischung privater und öffentlicher Interessen, was die franko-afrikanischen Beziehungen undurchsichtig und besonders anfällig für Korruption und Misswirtschaft machte.

Für die Außenpolitik Großbritanniens waren die Beziehungen zu den britischen Kolonien nach deren Unabhängigkeit zunächst von weniger zentraler Bedeutung. London verfolgte eine zurückhaltende Politik und konzentrierte sich darauf, die Beziehungen zu seinen ehemaligen Kolonien im Rahmen des *Commonwealth*, eines freiwilligen Zusammenschlusses heute unabhängiger Staaten des ehemaligen britischen Empires, aufrechtzuerhalten. Diese Haltung änderte sich jedoch in den folgenden Jahren. Das zunehmende Engagement der Sowjetunion vor allem im englischsprachigen Teil Afrikas rückte den Kontinent wieder stärker in den Fokus der Briten mit dem Ziel, die Einflussnahme Moskaus zu unterbinden.

Die weltpolitischen Veränderungen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 stellten sowohl für das französische als auch für das britische Afrikaengagement eine große Herausforderung dar und zwangen beide Akteure dazu, ihre Politik gegenüber dem Kontinent neu zu bewerten. Im Falle Frankreichs wurde diese Notwendigkeit durch seine zweifelhafte Rolle in

Eric Feferberg / AFP / Getty Images



Die französische Afrikapolitik zeichnet sich auch durch eine enge Verflechtung der Eliten beider Länder aus: Denis Sassou-Nguesso, Präsident der Republik Kongo, mit seinem Amtskollegen Nicolas Sarkozy im März 2009 in Brazzaville.

picture-alliance / dpa



Vor allem die ehemaligen Kolonien profitieren vom Engagement Großbritanniens in Afrika: der britische Premier Gordon Brown mit Ugandas Präsident Yoweri Museveni am 9. März 2009 in seinem Londoner Amtssitz Downing Street 10.

Ruanda verstärkt. Paris wird vorgeworfen, die aus Mitgliedern der Hutu zusammengesetzte Regierung mit Waffen versorgt zu haben, bevor deren Milizen im Jahr 1994 den Völkermord an der Volksgruppe der Tutsi verübten – Vorwürfe, die viele französische Politiker und Militärs bis heute vehement bestreiten.

Im Zuge der Neuausrichtung ihrer Afrikapolitik sicherten Politiker beider Länder zu, die Entwicklungshilfe zu erhöhen. Sie versprachen, dabei auch Staaten außerhalb ihrer traditionellen Einflussbereiche stärker zu berücksichtigen und die Vergabe der Hilfsgelder ebenso wie die Handelsbeziehungen an Fortschritte beim Aufbau demokratischer Regierungsformen, die Achtung von Menschenrechten sowie eine bessere Regierungsführung zu knüpfen. Besonders engagiert war hier der britische Premierminister Tony Blair (1997 bis 2007). Auf dem Gipfeltreffen im schottischen Gleneagles im Jahre 2005 gelang es ihm, die Staats- und Regierungschefs der G8-Staaten zu dem Versprechen zu bewegen, ihre Entwicklungshilfe deutlich zu erhöhen. Blairs Bemühen war maßgeblich inspiriert von den Schlussfolgerungen des Berichts der *Commission for Africa*, eines von ihm selbst ins Leben gerufenen und aus verschiedenen Kennern des Kontinents zusammengesetzten Experten-Gremiums. Statt Konflikte durch einseitige Parteinahmen und mit dem Risiko eines erneuten Ausbruchs lediglich einzufrieren, sollte verstärkt auf deren vollständige Lösung hingearbeitet werden. Langfristig wurde das Ziel ausgegeben, afrikanische Akteure dazu zu befähigen, diese Aufgabe selbst zu übernehmen. Ein direktes militärisches Eingreifen war nur noch in besonders schweren humanitären Krisen vorgesehen.

Die Bilanz dieser Neuausrichtung fällt zwiespältig aus. Das Gesamtvolumen der französischen und der britischen Entwicklungshilfe stieg in den vergangenen Jahren zwar an. Dies ist allerdings in erster Linie darauf zurückzuführen, dass einigen afrikanischen Staaten die Auslandsschulden erlassen wurden. Auch die Initiative Tony Blairs geriet in die Kritik, da sie von Seiten vieler Experten als falsche Antwort auf die Probleme Afrikas und als Versuch gewertet wurde, den innenpolitischen Imageverlust der Regierung abzufedern, der 2003 durch die Teilnahme an der Intervention im Irak entstanden war.

Die Verteilung der Hilfsgelder lässt ebenfalls keine wesentliche Neuorientierung erkennen. Immer noch profitieren in erster Linie die ehemaligen Kolonien von der französischen und britischen Entwicklungshilfe. Fortschritte in den Bereichen Demokratie, Menschenrechte und gute Regierungsführung wur-

den trotz zahlreicher Ankündigungen selten belohnt und Rückschritte kaum bestraft. Die Interventionen Großbritanniens in Sierra Leone 2000 und Frankreichs in der Elfenbeinküste 2002 haben eine weitere Eskalation der jeweiligen Konflikte zwar verhindert; letztendlich wurden jedoch nur die herrschenden Kräfte stabilisiert, ohne die Konfliktursachen auszuräumen.

Trotz mehrfacher Bekundungen konnten sich beide Akteure bis dato auch nicht dazu durchringen, ihre Afrikapolitik stärker in einen europäischen Rahmen zu stellen. Obwohl ein gemeinsames Handeln größere Erfolge versprechen würde, sind sowohl auf entwicklungspolitischer als auch auf sicherheitspolitischer Ebene nur zaghafte Versuche einer Europäisierung der nationalen Politiken erkennbar.

Als Hemmschuh einer neuen Politik haben sich vor allem die wirtschaftlichen Interessen Frankreichs und Großbritanniens herauskristallisiert. Die Bedeutung einiger afrikanischer Staaten als Handelspartner und insbesondere als Lieferanten mineralischer und landwirtschaftlicher Rohstoffe ist in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen. Den Entscheidungsträgern in Paris und London ist mittlerweile klar geworden, wie schwierig es ist, Ziele wie Entwicklung, Demokratieförderung und die Achtung von Menschenrechten mit der Wahrung wirtschaftlicher Interessen zu vereinbaren. Viele der als Wirtschaftspartner attraktiven Staaten werden von Regierungen geführt, die undemokratisch an die Macht gelangt sind und auch bei der Ausübung ihrer Herrschaft wenig Rücksicht auf die Belange ihrer Bevölkerungen nehmen. Sie sind nicht bereit, ihre Machtfülle einzuschränken, und drohen, sobald von Kürzungen der Entwicklungshilfe oder anderen Sanktionen ihnen gegenüber die Rede ist, mit einer Aufkündigung der wirtschaftlichen Beziehungen.

Verschärft wurde dieses Dilemma im Laufe der letzten Jahre durch die neue Konkurrenz um wirtschaftlichen Einfluss auf dem Kontinent in Gestalt aufstrebender Mächte wie China, Indien und Russland, aber auch den USA. Diese Entwicklung hat die Verhandlungsposition der afrikanischen Eliten verbessert und setzt französische und britische Politiker zusätzlich unter Druck. Den Trend, die Kooperation mit undemokratischen Regierungen fortzuführen, hat auch die zunehmende Bedeutung des Kampfes gegen den Terrorismus verstärkt. Vieles deutet darauf hin, dass Paris und London lieber mit bekannten Partnern zusammenarbeiten als Demokratisierungsprozesse zu unterstützen, deren Ausgang ungewiss ist.

Neue Mächte auf dem Kontinent

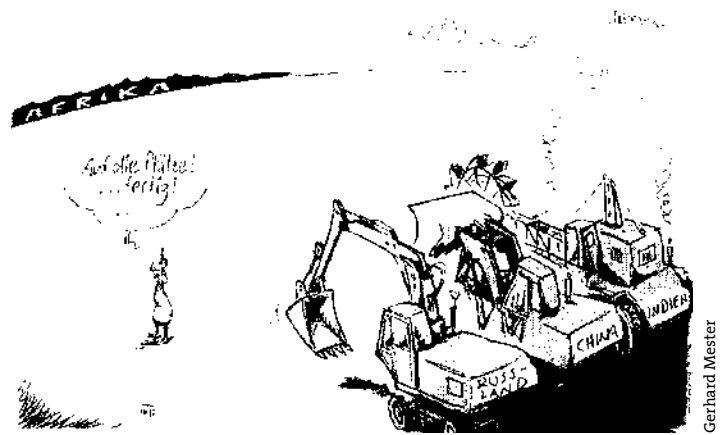
Denis M. Tull

Mit dem Ende des Kalten Krieges erlitt Afrika, vor allem die Region südlich der Sahara, einen internationalen Bedeutungsverlust. Seit etwa der Jahrtausendwende ist indes eine strategische Wiederentdeckung des Kontinents zu beobachten – nicht nur von Seiten westlicher Staaten, allen voran den USA, sondern auch von Seiten „neuer“ Akteure wie China, Indien, Russland, Brasilien und weiterer Schwellenländer. Angesichts der beeindruckenden Geschwindigkeit, mit der diese Staaten ihre Beziehungen zu Afrika aufbauen und ausweiten, scheint die Phase beendet zu sein, in der die USA und die ehemaligen europäischen Kolonialmächte als einzige Akteure substantielle Interessen in Afrika verfolgten.

Die Volksrepublik China steht zweifellos an der Spitze der neuen Mächte, die sich verstärkt in Afrika engagieren. Deutlichster Indikator ist das afrikanisch-chinesische Handelsvolumen, das von acht Milliarden US-Dollar im Jahr 2004 auf über 100 Milliarden US-Dollar im Jahr 2008 anstieg. Dass Ölimporte aus Afrika (Angola, Sudan, Nigeria) dabei mit 80 Prozent zu Buche schlagen, verdeutlicht die Interessen Chinas. Chinesische Unternehmen – staatliche wie private – engagieren sich aber flächendeckend in Afrika, also auch in kleinen und ressourcenarmen Ländern. China führt einen rasch wachsenden Anteil seiner Rohstoffimporte aus Afrika ein (30 Prozent bei Öl, 80 Prozent bei Kobalt und 40 Prozent bei Mangan). Zudem ist Beijing auf dem Weg, der größte Finanzier von Infrastrukturprojekten wie Straßen, Eisenbahnen und Strom auf dem südlichen Kontinent zu werden. Im Jahr 2006 erreichten die chinesischen Zusagen in diesem Bereich sieben Milliarden US-Dollar. In der DR Kongo schnürten chinesische Unternehmen 2007 ein Investitionspaket von knapp neun Milliarden US-Dollar, das in gewisser Hinsicht exemplarisch ist für das chinesische Kooperationsmodell in ressourcenreichen Ländern: Der Bau von Infrastrukturprojekten wird gegenfinanziert durch Bergbaukonzessionen, das heißt die Vergabe von Nutzungsrechten, und die Lieferung von Rohstoffen von afrikanischer Seite.

Auch bei Indiens Afrikapolitik steht der Zugang zu Rohstoffen im Mittelpunkt, das bilaterale Handelsvolumen lag 2006 bei rund 30 Milliarden US-Dollar. Anders verhält es sich mit Russland, das selbst ein rohstoffreiches Land ist und dessen geplante Investitionen in den Sektoren Metallindustrie, Bergbau und Energie (transsaharisches Pipeline-Projekt) eher auf wirtschaftliche Profite ausgerichtet sind. Auch ist Russlands Außenwirtschaftspolitik anders als im Falle Chinas und Indiens bislang nicht in ein afrikapolitisches Gesamtkonzept eingebettet, mit Abstrichen gilt dies allenfalls für den Maghreb. China und Indien entwickeln hingegen ein afrikapolitisches Profil, das flächendeckend und politikfeldübergreifend angelegt ist. Die wirtschaftlichen Kooperationsangebote Chinas und Indiens kombinieren Handel und Investitionen mit Zuwendungen, die nach westlichem Verständnis eher in den Bereich der Entwicklungszusammenarbeit fallen.

Als aufsteigende Großmächte mit wachsenden internationalen Gestaltungsansprüchen suchen beide Länder in Afrika



Gerhard Meister

politische Partner und Verbündete. Mit Ausnahme Nigerias und Südafrikas sind afrikanische Staaten natürlich keine Schwergewichte der internationalen Politik. Sie stellen aber ein Viertel der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen (UN) und bilden daher eine potenziell wichtige Quelle diplomatischer Unterstützung, insbesondere in internationalen Organisationen wie der WTO und der UN-Menschenrechtskommission sowie für außenpolitische Ziele wie die Errichtung einer multipolaren Weltordnung.

Zur politischen Profilierung der neuen Partnerschaften zwischen Afrika und den neuen Mächten trägt die klassische Diplomatie bei, das heißt eine rege Reisediplomatie und große Gipfeltreffen wie das *Forum on China-Africa Cooperation* in Beijing 2006 oder der indisch-afrikanische Gipfel in Neu-Delhi 2008. Unbelastet von kolonialem Ballast präsentieren sich die Schwellenländer teilweise auch als Gegenentwurf zu den westlichen Staaten und deren Afrikapolitik. Ihr weitgehender Verzicht darauf, in Afrika ein bestimmtes Entwicklungsmodell zu propagieren, steht in markantem Gegensatz zur Politik westlicher Staaten und Geberorganisationen, die politische und wirtschaftliche Liberalisierung von den afrikanischen Partnern einfordern. Afrikanische Regierungen sehen darin eine unangemessene Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten und eine Verletzung ihrer staatlichen Souveränität.

Die neuen Kooperationspartner werden die Abhängigkeit afrikanischer Staaten von westlichen Gebern zwar nicht beenden, sie können aber dazu dienen, den Druck abzufedern. Dies gilt nicht nur für undemokratische oder reformresistente Regierungen. Denn grundsätzlich ist die Ausweitung politischer und wirtschaftlicher Kooperation auf die neuen Partner eine vernünftige Strategie afrikanischer Staaten, deren Außenpolitik lange Zeit auf die westliche Gemeinschaft fokussiert war. Das neue Engagement der Schwellenländer eröffnet Afrikas Staaten die historische Chance, ihre Außenbeziehungen auf ein breiteres Fundament zu stellen und damit nicht nur ihre politische und wirtschaftliche Situation zu verbessern, sondern auch ihre Verhandlungsposition gegenüber den westlichen Staaten.

Gleichwohl gibt es zumindest in Einzelfällen Anlass zu berechtigten Vorbehalten gegen die Politik der neuen Mächte. Die duldsame Haltung gegenüber den verbrecherischen



picture-alliance / dpa

Indien engagiert sich verstärkt auf dem afrikanischen Kontinent. Auf dem indisch-afrikanischen Gipfel in Neu Delhi im April 2008 wurden Handelserleichterungen mit 34 afrikanischen Staaten angekündigt.

Regimen in Sudan (China) und in Simbabwe (China, Russland) ist höchst problematisch. Auch in weniger kontroversen Fällen untergräbt der Einflusszuwachs der Schwellenländer aus westlicher Sicht Versuche, die eigenen politischen und wirtschaftlichen Vorstellungen in Afrika durchzusetzen. Grundsätzlich erscheint die westliche Kritik – vor allem an Chinas

Afrikapolitik – jedoch häufig undifferenziert und überzogen. Sie übersieht zudem, dass Afrikas Staaten nicht über einen Kamm zu scheren sind. Relativ demokratische Staaten werden einen anderen und häufig kritischeren Umgang mit den neuen Mächten finden als autoritär regierte Länder. Zudem hat sich die westliche Politik, Bedingungen an die afrikani-

Sudans neue Partner

[...] Es ist noch gar nicht lange her, da wirkte Khartum ruhig und beschaulich, manchmal gar ein wenig schläfrig. Oft war nur die Stimme des Muezzins zu vernehmen, der seine Gläubigen zum Gebet rief. Nun aber gibt überall der Presslufthammer den Ton an. Wohin man blickt, wird gebaggert und gebaut. Die Stadt verwandelt sich rasant.

Nur das herrschende Regime hat seit zwanzig Jahren nicht gewechselt. Khartum ist immer noch die Bastion von Putschistengeneral Omar al-Bashir, der 1989 die gewählte Regierung im Sudan stürzte. Bashir ist der starke Mann am Nil. Aber er ist auch ein Gejagter. Denn die Justiz sitzt ihm im Nacken. Der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofes (ICC) in Den Haag möchte ihn hinter Gitter bringen. Luis Moreno-Ocampo sieht in ihm einen Völkermörder, den Drahtzieher eines Vernichtungsfeldzuges gegen die Bauernvölker in Darfur, der umkämpften Westprovinz des Sudan. [...]

Noch ist Bashir ein freier Mann. Und der Ort, an dem er seinen Machtapparat lenkt, wirkt keineswegs wie die Hauptstadt eines geächteten Paria-Staates. Im Gegenteil: Khartum

boomt, wie man es nie zuvor gesehen hat. Das liegt an den Ölquellen im Süden des Sudan, die seit einigen Jahren reichlich sprudeln und Milliarden Petrodollars in die Staatskasse fließen lassen. [...]

Die Investoren kommen fast alle aus dem Nahen und Fernen Osten. Vor allem Geschäftsleute aus China und der arabischen Welt pumpen Geld in die Wirtschaft. Dass die Weltmacht USA das Land seit Jahren als Sponsor des Terrorismus geißelt und mit harten Wirtschaftssanktionen straft, bremst den Aufschwung von Khartum kaum. Auch europäische Firmen haben sich weitgehend zurückgezogen, hier suchen nun andere ihre Chance. Sudanesischen Geschäftsleute schütteln heute nur mit leidiger Kopfnicken, wenn sie von den Amerikanern und den Sanktionen sprechen. Die Strafen schmerzen kaum noch.

Khartums Architektur versprüht wenig Charme. [...] Doch manche in der Stadt haben ehrgeizige Pläne, die man im Internet schon besichtigen kann. Sudanesischen Unternehmen zaubern dort schillernde Simulationen auf den Bildschirm. „Sudans Antwort auf Dubai oder Shanghai“ nennt das der Großunternehmer Osama Daoud [...]

Noch ist es vor allem eine virtuelle Welt. Aber es wird schon fleißig an ihr gebaut. [...]

Der Gedanke an Shanghai liegt gar nicht so fern, denn überall stiefeln chinesische Bauarbeiter durchs Revier, sie messen, graben, rechnen. Alle winken freundlich, aber ein längeres Gespräch kommt nicht zustande. Ihr Chef ist all die Tage nicht zu sprechen. „Zu beschäftigt“, heißt es. Man darf schließlich Fragen per E-Mail schicken, doch auch die werden nie beantwortet. Sie sind scheu, die Chinesen in Afrika, sie meiden das Rampenlicht. „Sie arbeiten immer sehr hart“, sagt Amir Diglal, PR-Manager, als müsse er sie entschuldigen. „Und sie sind bereit, Risiken einzugehen.“ [...]

Für Khartum ist die Achse nach Peking von größter Bedeutung. Nicht nur ökonomisch, auch politisch. Denn China hält bislang seine schützende Hand über das im Westen verurteilte Regime. Als Veto-Macht im UN-Sicherheitsrat kann es harte Strafen gegen die Regierung am Nil verhindern. Peking ist der wichtigste Pate, den Khartum hat. [...]

Arne Perras, „Reich an allen Übeln“, in: Süddeutsche Zeitung vom 3. Februar 2009



The New York Times / Redux / laif

Chinas Handel mit Afrika nimmt stetig zu. Peking ist vor allem an Rohstoffen für seine wachsende Volkswirtschaft interessiert. Chinesische und tschadische Arbeiter auf einer Ölförderanlage im Süd-Tschad 2007



Ria Novosti / picture-alliance / dpa

Russlands Afrikapolitik wird vor allem von strategischen Interessen geleitet. Präsident Dimitri Medwedew bei Nigerias Staatspräsident Umaru Musa Yar'Adua im Juni 2009

schen Regierungen zu stellen, bisher ohnehin nicht als besonders effektiv erwiesen.

Die intensiveren Beziehungen zwischen Afrika und den neuen Mächten stellen die hergebrachte Annahme in Frage, Afrika sei ein marginalisierter, von der Globalisierung abhängiger Kontinent. Durch vermehrten Handel, Investitionen

und den Ausbau der Infrastruktur geben sie Afrika auch neue Entwicklungsimpulse. Und schließlich ist das Vordringen der neuen Mächte auch ein Weckruf an Europa, in dem nunmehr die Einsicht zu wachsen scheint, dass der Kontinent nicht nur eine krisengeschüttelte Altlast kolonialer Tage ist, sondern auch wirtschaftliche Chancen bietet.

Europäisch-Mediterrane Zusammenarbeit

Tobias Schumacher

Am 27./28. November 1995 initiierte die Europäische Union zusammen mit insgesamt zwölf Staaten aus dem Mittelmeerraum in Barcelona die Euro-Mediterrane Partnerschaft (EMP). Dies geschah vor dem Hintergrund der Nahost-Konferenz von 1991 in Madrid und des anschließenden Osloer Friedensprozesses, der zu einer Annäherung Israels und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) geführt hatte. Angesichts dieser Entwicklung ging die EU davon aus, dass eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts nachhaltige Auswirkungen auf das Verhältnis der nordafrikanischen und arabischen Staaten zu Israel haben und einen Prozess der regionalen Kooperation in Gang setzen werde. Darauf aufbauend umfasst die auch als „Barcelona-Prozess“ bekannte EMP neben den EU-Mitgliedstaaten, bis auf Libyen, alle südlichen Mittelmeeranrainer, die Palästinensische Autonomiebehörde, Jordanien und die Türkei sowie seit Ende des Jahres 2007 auch Mauretanien und Albanien. Bosnien, Montenegro, Kroatien und Monaco haben ebenfalls ihr Interesse an einer EMP-Vollmitgliedschaft zum Ausdruck gebracht. Inzwischen sind sie Mitglied der im Juli 2008 gegründeten und 43 Staaten umfassenden „Union für das Mittelmeer“, in die die EMP übergegangen ist.

Die EMP zeichnet sich dadurch aus, dass sie neben einer Zusammenarbeit in wirtschaftlichen und finanziellen Angelegenheiten („Korb II“) erstmals auch politische und sicherheitspolitische Fragen („Korb I“) miteinbezieht sowie eine Partnerschaft auf den Gebieten Soziales und Kultur („Korb III“) anstrebt. Diese drei Bereiche der Zusammenarbeit werden konkretisiert in der Deklaration von Barcelona, die von den Außenministern der EU-Mitgliedstaaten und ihren Amtskollegen aus dem südlichen Mittelmeerraum im November 1995 angenommen wurde.

Hinzu treten bilateral abgeschlossene euro-mediterrane Assoziierungsabkommen, die die formalrechtliche Grundlage der Beziehungen der EU zu den einzelnen Partnerstaaten bilden.

Im Sommer 2003 hat die EU nicht zuletzt aufgrund ihrer zum damaligen Zeitpunkt bevorstehenden Osterweiterung die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) lanciert. Sie offeriert den osteuropäischen und südmediterranen Nachbarstaaten der EU, die keine Perspektive auf eine EU-Mitgliedschaft haben, zusätzlich zu den jeweils bestehenden Kooperationsmechanismen weitreichende Anreize und eine stufenweise Integration in den Binnenmarkt im Gegenzug für politische und wirtschaftliche Reformen. Untermuert wird dieser Politikansatz durch das Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI), das alle bis dato existierenden Finanzierungsmechanismen in einem einzigen Instrument gemeinschaftlicher Außenhilfe zusammenführt und für den Zeitraum 2007 bis 2013 insgesamt circa zwölf Milliarden Euro zur Verfügung stellt.

Korb I

Die politische und sicherheitspolitische Zusammenarbeit bleibt eine Geißel des ungelösten Nahostkonflikts und des Autoritarismus. Bereits im Vorfeld der Konferenz von Barcelona 1995 hatten Syrien und der Libanon kritisiert, dass Israel bei der Schaffung der EMP miteinbezogen werden sollte. Schon zu diesem frühen Zeitpunkt wurde deutlich, dass eine nachhaltige und umfassende politische und sicherheitspolitische Zusammenarbeit im euro-mediterranen Rahmen die Lösung des Nahostkonflikts und aller damit



Ute Grabowsky / photothek.net

Straßenbau in Bamako, Mali. Auch in der Europäisch-Mediterranen Partnerschaft gehört der Ausbau der Infrastruktur zu den Fördermaßnahmen.

zusammenhängenden territorialen Fragen zur Vorbedingung hat. Dementsprechend ist es der EU bis in die Gegenwart nicht gelungen, ihre nordafrikanischen und arabischen Partner sowie Israel zu einer Zusammenarbeit in Feldern zu gewinnen, die einen militärpolitischen Bezug haben und folglich auch Fragen der Abrüstung, der Konfliktprävention und des Konfliktmanagements berühren. Auch die ursprünglich geplanten Arbeiten zu einem euro-mediterranen Stabilitätspakt mussten im Jahr 2000 endgültig eingestellt werden, nachdem es Ende September 2000 zu einer neuerlichen Verschärfung des israelisch-arabischen Konflikts kam.

Zwar setzt die Ebene der „Senior Officials“ trotz aller Rückschläge den politischen und sicherheitspolitischen Dialog immer noch regelmäßig fort. Doch wird er erschwert, weil eine von allen Partnern anerkannte Definition von Sicherheit fehlt, weil die EMP sich weiterhin an den Grundprinzipien des KSZE-Entspannungsprozesses der 1970er und 1980er Jahre orientiert, weil die nordafrikanischen und übrigen Partnerstaaten den Umgang mit vertrauens- und partnerschaftsbildenden Maßnahmen nicht gewohnt sind und weil in den arabischen Partnerstaaten autoritäre Herrschaftsstrukturen existieren. Vor allem letztere sind dafür verantwortlich, dass die in der Deklaration von Barcelona sowie in den ENP-Aktionsplänen vereinbarten Ziele, etwa die Inangsetzung von Demokratisierungsprozessen, die Wahrung der Menschenrechte, die Stärkung der Zivilgesellschaften und die Herstellung von Rechtsstaatlichkeit, nicht verwirklicht wurden. Ein ernsthafter Diskurs zu diesen Fragen ist bislang entweder am Widerstand der nordafrikanischen und arabischen Herrschaftseliten gescheitert oder handelspolitischen Interessen in Europa zum Opfer gefallen.

In dieser Hinsicht enttäuscht auch die am 13. Juli 2008 auf Drängen des französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy geschaffene „Union für das Mittelmeer“, da sie sich ausschließlich auf große, medienwirksame Kooperationsprojekte in den Bereichen Solarenergie, Transportinfrastruktur, Katastrophen- und Umweltschutz beschränkt. Außerdem leistet sie einem seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 auf die USA zu beobachtenden Trend Vorschub: der „Versicherheitlichung“ von nicht-sicherheitspolitischen Fragen sowie der zunehmenden Einschränkung der Bürger- und Freiheitsrechte im euro-mediterranen Raum.

Korb II

Die wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit kreist im Wesentlichen um das sowohl in der Deklaration von Bar-

celona als auch in den Assoziierungsabkommen festgelegte Ziel, innerhalb von zwölf Jahren bis spätestens 2010 eine euro-mediterrane Freihandelszone zu schaffen. Da die meisten Abkommen allerdings erst nach langen und zeitaufwändigen Verhandlungen angenommen und ratifiziert wurden, wird die Freihandelszone 2010 kaum zu realisieren sein. Ferner ist ihre Reichweite beschränkt, da es sich um vertikale, das heißt zwischen der EU und jedem einzelnen Partnerstaat zu schaffende Zonen handelt und somit Handelsbarrieren auf horizontaler Ebene, das heißt zwischen allen gegenwärtig 39 EMP-Staaten, nicht abgebaut werden. Ebenfalls kritisch zu bewerten ist, dass weiterhin überwiegend nicht-tarifäre Handelshemmnisse (etwa mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen oder Ein- bzw. Ausfuhrverbote) für die äußerst wettbewerbsfähigen südmediterranen Agrargüter bestehen, die Reziprozitätsklausel, das heißt die gegenseitige Gewährung von Handelspräferenzen, in den Abkommen verankert ist sowie dass auch nach nahezu anderthalb Jahrzehnten EMP, bis auf das rohstoffreiche Algerien, alle südlichen Mittelmeerränderstaaten noch immer unter den seit Jahrzehnten bestehenden Handelsbilanzdefiziten mit der EU leiden. An dieser Problematik, die vor allem die überwiegend unsicheren südlichen Volkswirtschaften betrifft, konnte bislang auch die ENP nichts ändern. Die wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit bleibt asymmetrisch.

Korb III

Korb III will die Entwicklung menschlicher Ressourcen, das Verständnis zwischen den Kulturen sowie den Austausch zwischen den Zivilgesellschaften fördern. Um diese Ziele zu verwirklichen, haben die Partner die in Kairo ansässige Anna Lindh-Stiftung und 2008 im slowenischen Portoroz eine EuroMediterrane Universität gegründet. Sie haben besondere Programme zur Jugendförderung und zum kulturellen Erbe aufgebaut, pflegen eine audiovisuelle Zusammenarbeit und einen interkulturellen Dialog. Letzterer beschränkte sich allerdings bislang nahezu ausschließlich auf die Erörterung des Verhältnisses zwischen Christentum und Islam, blieb einer kleinen kulturellen Elite vorbehalten und orientierte sich unausgesprochen an den wissenschaftstheoretisch kritisch zu betrachtenden Thesen zum „Kampf der Zivilisationen“, die der US-amerikanische Politikwissenschaftler Samuel Huntington zu Beginn der 1990er Jahre vorgestellt hatte.

Die Verträge von Lomé und Cotonou

Sven Grimm

Mit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1958 begannen auch die gemeinschaftlichen europäischen Aktivitäten in Afrika. Die Afrikapolitik galt als Kern- und Aushängestück eines auch außereuropäischen Anspruches der Gemeinschaft, und über Jahrzehnte besaßen die europäischen Beziehungen zu Afrika Modellcharakter für die Nord-Süd-Beziehungen. Sie waren nicht Teil der Europäischen Verträge (= Römischen Verträge) und wurden 1964 mit den Abkommen von Jaunde, Kamerun, und seit 1975 von Lomé, Togo, vorgeblich „unpolitisch“ strukturiert, da sie vor allem auf Marktzugangspräferenzen und Hilfszahlungen basierten. Eine nennenswerte wirtschaftliche Entwicklung wurde dadurch in den Partnerländern jedoch nicht ausgelöst. Die Beziehungen zwischen der EU und den AKP (Afrika, Karibik, Pazifik)-Staaten wurden deshalb im Jahr 2000 erneuert. Mit einem neuen Abschlussort – Cotonou in Benin – sollte auch symbolisch ein inhaltlicher Neuanfang verdeutlicht werden. Das Abkommen von Cotonou ruht wie seine Vorläufer auf mehreren Säulen: europäische Entwicklungshilfe an die AKP-Staaten, Regelungen der europäischen Handelspolitik für diese Staatengruppe und – mit Cotonou verstärkt – politischer Dialog beider Seiten.

Entwicklungshilfe

Das vermutlich bekannteste Element der EU-AKP-Beziehungen ist die Entwicklungshilfe über den Europäischen Entwicklungsfonds

(EEF). Der seit dem Abkommen von Jaunde fortgeführte Fonds ist inzwischen der zehnte EEF (2008 bis 2013) und umfasst mittlerweile insgesamt 24 Milliarden Euro. Bei der Summe muss berücksichtigt werden, dass sowohl der Kreis der EU-Staaten von ehemals sechs auf jetzt 27 Geberstaaten gewachsen ist als auch die Zahl der AKP-Staaten – von ehemals 18 Empfängerstaaten auf gegenwärtig 79. Bisher nicht verplante Gelder aus vorherigen Fonds fließen in die Gesamtsumme der Neuzusagen des 10. EEF mit ein.

EU-Handelsbeziehungen zu Afrika

Ein besonderes Element der EU-AKP-Beziehungen war seit 1975 der von der EU einseitig eröffnete Marktzugang für Produkte aus AKP-Staaten. Diese Regelung geriet jedoch seit den 1990er Jahren zunehmend von Seiten der EU unter Druck, weil sie offensichtlich unwirksam war. Den AKP-Staaten gelang es nicht, ihren Anteil am Handelsvolumen mit der EU zu steigern – er ging vielmehr von acht Prozent in den 1970er Jahren auf gegenwärtig rund zwei Prozent zurück. Hauptsächlich werden zudem noch immer agrarische und mineralische Rohstoffe gehandelt; eine Diversifizierung der Warengüter blieb aus. Allgemeine Liberalisierungen im Welthandelssystem haben darüber hinaus Wettbewerbsvorteile abgeschwächt, die durch besondere Handelspräferenzen entstanden waren.

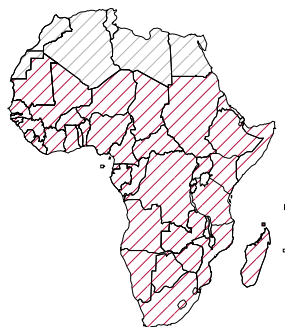
Das Hauptargument gegen die bisherigen einseitigen Handelspräferenzen ist allerdings ihr Verstoß gegen die Regeln der Welthandelsorganisation (WTO). Sie erhebt den Grundsatz der Gleichbehandlung; eine bevorzugte Behandlung wird innerhalb der WTO nur den am wenigsten entwickelten Ländern (*least developed countries*, LDCs) zuerkannt. Für die LDCs gilt bereits seit 2001 – auch jenseits der AKP-Gruppe – die EU-Politik der *Everything-but-arms*-Initiative, das heißt des freien Marktzugangs aller Waren außer Waffen (mit 2008 abgelaufenen Übergangsregelungen für Reis, Zucker und Bananen). Die AKP-Gruppe hat als einziges gemeinsames Gruppenkriterium

AKP-Länder (ACP countries)



A = Afrika (Africa)

- Angola
- Äquatorial-Guinea
- Äthiopien
- Benin
- Botsuana
- Burkina Faso
- Burundi
- Dschibuti
- Elfenbeinküste
- Eritrea
- Gabun
- Gambia
- Ghana
- Guinea
- Guinea-Bissau
- Kamerun
- Kap Verde
- Kenia
- Komoren
- Republik Kongo
- Demokr. Republik Kongo (Zaire)
- Lesotho
- Liberia
- Madagaskar
- Malawi
- Mali
- Mauretaniens
- Mauritius
- Mosambik
- Namibia
- Niger
- Nigeria
- Ruanda
- Sambia
- São Tomé und Príncipe
- Senegal
- Seychellen
- Sierra Leone
- Simbabwe
- Somalia*
- Sudan
- Südafrika
- Swasiland
- Tansania
- Togo
- Tschad
- Uganda
- Zentralafrikanische Republik



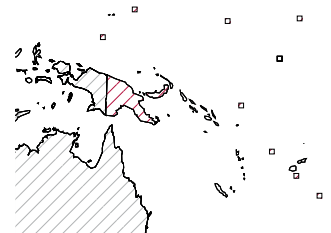
K = Karibik (Caribbean)

- Antigua und Barbuda
- Bahamas
- Barbados
- Belize
- Dominica
- Dominikanische Republik
- Grenada
- Guyana
- Haiti
- Jamaika
- Kuba*
- St. Kitts und Nevis
- St. Lucia
- St. Vincent u. d. Grenadinen
- Suriname
- Trinidad und Tobago



P = Pazifik (Pacific)

- Cook-Inseln
- Fidschi
- Kiribati
- Marshall-Inseln
- Mikronesien
- Nauru
- Niue
- Palau
- Papua-Neuguinea
- Salomonen
- Samoa
- Timor Leste
- Tonga
- Tuvalu
- Vanuatu



* kein Beitritt zum Cotonou-Abkommen EU-AKP

jedoch nur die Vergangenheit ihrer Mitglieder als europäische Kolonien und konnte ihre Präferenzen bis 2008 allein mithilfe einer Ausnahmeregelung, einem so genannten *waiver*, aufrechterhalten.

Mit dem Cotonou-Abkommen haben sich die EU und die AKP-Staaten nun von einseitigen Präferenzen verabschiedet und sich stattdessen für die Einführung von Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (*Economic Partnership Agreements*, EPAs) entschieden. Es handelt sich um regionale (nicht bilaterale) Freihandelsabkommen, welche die EU anstrebt, um so die Regionalintegration in Afrika, der Karibik und dem Pazifik zu fördern. Eine besondere Schwierigkeit in Afrika ist das Nebeneinander regionaler Organisationen mit sich teilweise gegenseitig ausschließenden wirtschaftlichen Zielsetzungen.

Die EPAs beruhen auf Gegenseitigkeit, das heißt, nicht nur die AKP-Staaten können ihre Waren weitgehend zollfrei in die EU exportieren, sondern auch sie müssen ihre Märkte für europäische Produkte, Investitionen und Dienstleistungen öffnen und die Zölle auf Importe aus der EU streichen. So wird nach Ansicht zahlreicher Nichtregierungsorganisationen den Staaten aber die Möglichkeit genommen, ihre Märkte vor subventionierten Importen aus der EU zu schützen. EPAs und Handelsliberalisierung seien Instrumente der Entwicklungspolitik, betonen die zentralen Akteure der EU. Es ist aber strittig, ob Entwicklung mit Hilfe von Marktöffnungen erreicht werden kann. Das Wirtschaftswachstum vieler asiatischer Länder ist beispielsweise nicht durch freie Marktwirtschaft im klassisch ökonomischen Sinn gefördert worden; ebenso entscheidend sind Institutionen,

Zölle sind lebenswichtig

[...] **Geoffrey Bakunda:** Die Regierung hat unter dem Druck von Weltbank und Internationalem Währungsfonds mit fast religiösem Eifer liberalisiert und privatisiert – ganz im Sinne der geforderten Strukturanpassungsprogramme. Eine reine Erfolgsgeschichte ist das nicht. Im Gegenteil, diese Politik hat zur Ausbreitung der ländlichen Armut beigetragen. Den meisten Bauern geht es heute schlechter, ihr reales Einkommen ist geringer als vor der Liberalisierung.

Frankfurter Rundschau: Warum?

Bakunda: Der Milchsektor, der am meisten unter der Liberalisierung gelitten hat, ist ein gutes Beispiel für diese Entwicklung. Bis Anfang der 90er Jahre hat die staatliche Milchgesellschaft landesweit die Verarbeitung und Vermarktung der Milch organisiert. Sie garantierte den Bauern die Abnahme der Milch und einen Preis, der den Erzeugern ein Auskommen sicherte. Mit der Privatisierung des Sektors sind die Preise in den Keller gegangen, sie schwanken jetzt zum Teil extrem.

FR: Was sind die Ursachen dieser Entwicklung?

Bakunda: Die privaten Molkereien, die entstanden sind, agieren vornehmlich im städtischen Umfeld. Es ist nicht gelungen, das landesweite Netz der staatlichen Milchgesellschaft aufrecht zu erhalten. Es fehlt jetzt die Infrastruktur – also Sammelstellen und Kühlstationen – um Milch, die auf dem Land erzeugt wird, zu verarbeiten.

FR: Warum sind viele der privaten Molkereien, die vor 15 Jahren an den Start gingen, wieder vom Markt verschwunden?

Bakunda: Sie waren nicht wettbewerbsfähig. Schon zwei Jahre nach ihrer Gründung mussten viele wieder aufgeben, vor allem auch, weil sie mit den Importen von Milchprodukten und Milchpulver nicht mithal-

ten können. Die Einfuhren kommen aus der Europäischen Union – oft über Kenia, Südafrika aber auch über Dubai – nach Uganda. Diese Milch ist von höherer Qualität, besser verarbeitet und besser verpackt. In den städtischen Zentren dominieren importierte Milchprodukte den Markt. Einheimische Molkereien können das Geld für Investitionen in eine bessere Milchverarbeitung gar nicht aufbringen.

FR: Welche Auswirkungen wird das Economic Partnership Agreement, das die EU mit der East African Community verhandelt hat, auf die Milchindustrie haben?

Bakunda: Schon jetzt sind Ugandas Einfuhrzölle für Agrarrohstoffe und verarbeitete Produkte sehr niedrig. Wenn die EPAs uns nun zwingen, dass wir die Tarife innerhalb einer Frist von zehn Jahren auf Null runterfahren müssen, dann wird unser Land mit Importen aus der EU erst richtig überschwemmt.

FR: Was raten Sie der ugandischen Regierung?

Bakunda: Sie muss die Ausgaben für die Landwirtschaft erhöhen. Zur Zeit sind das nur vier Prozent des nationalen Etats.

Priorität haben für die Regierung immer noch die Verteidigung und die nationale Sicherheit sowie Energieversorgung und Bildung. Die Entwicklung der Landwirtschaft ist für die Zukunft des Landes aber von größter Bedeutung. Wir brauchen profitable Strukturen. Und wir sollten unbedingt die EPAs mit der EU nachverhandeln. Wir müssen den heimischen Agrarsektor schützen, dazu sind Importzölle notwendig. Nach den Regeln der Welthandelsorganisation wäre das auch möglich, doch die EPAs lassen uns keinen Spielraum.

FR: Was sollten die Bauern tun?

Bakunda: Ich rate den Farmern dringend, den Wiederaufbau der Farmer-Kooperativen zu forcieren. Über die Kooperativen könnten die Bauern ihre Milch in größeren Mengen anbieten und höhere Preise aushandeln. Die Kooperativen könnten die Bauern beraten und selbst in die Weiterverarbeitung der Milch investieren. Überall auf der Welt funktioniert dieses System. [...]

Interview von Tobias Schwab mit dem ugandischen Handels- und Agrarexperten Geoffrey Bakunda, in: Frankfurter Rundschau vom 3. Juni 2008

Der Verkauf von subventionierten Milchprodukten aus der EU ist für die afrikanischen Landwirte ein großes Problem. Supermarkt in Burkina Faso



die Rahmenbedingungen setzen und durchsetzen können sowie angepasste Technologien, die das Lernen vom gegenwärtigen technischen und institutionellen Ausgangspunkt ermöglichen.

Vor allem die AKP-Länder und einige EU-Mitgliedstaaten sehen die EPAs eher kritisch. Es bestehen erhebliche Positionsunterschiede über den Zusammenhang von Marktöffnung und Entwicklungshilfe und über die Eignung von EU-Finanzierungsvorschlägen.

Politischer Dialog

Schrittweise wurde das alle fünf Jahre erneuerte Lomé-Abkommen in den 1980er Jahren um Klauseln ergänzt, die eine Respektierung der Menschenrechte, demokratische Verfahren und Rechtsstaatlichkeit betreffen. Verstöße gegen diese Grundsätze können zum Aussetzen der Zusammenarbeit führen. Für Streitfälle gibt es Schlichtungsmechanismen. Sie bieten afrikanischen Staaten allerdings wenig Schutz, da diese oftmals hochgradig geberabhängig und so von Strafmaßnahmen bedroht sind, ihrerseits aber der EU kaum mit Sanktionen drohen können. Das Auftreten neuer Geberstaaten in Afrika – nicht zuletzt Chinas – vergrößerte allerdings de facto den politischen Spielraum für einige afrikanische Staaten, die aufgrund ihrer schlechten Regierungsführung nach Ende des Kalten Krieges vom Westen gemieden wurden. Negative, strafende Sanktionen waren bisher aber auch aufgrund der internen Vielstimmigkeit europäischer Politik schwierig und in der Praxis kaum umzusetzen.

Im Cotonou-Abkommen wurden maßgebliche Veränderungen der bisherigen Beziehungen zwischen Europa und den AKP-Staaten vereinbart. Der politische Aspekt der Partnerschaft wurde deutlich gestärkt. Fragen der guten Regierungsführung (*good governance*) sowie sicherheitspolitische Themen, beispielsweise



Tony Karumba / AFP / Getty Images

Kenianische Bauern und Aktivisten protestieren 2007 in Nairobi gegen die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) mit der EU, weil sie Nachteile für die einheimische Landwirtschaft befürchten.

der Verzicht auf Massenvernichtungswaffen, sind im Abkommen zu einem wesentlichen Element aufgewertet worden. Zudem hat sich im Verhältnis zwischen Entwicklungszusammenarbeit und Handel ein grundlegender Wandel vollzogen, weg von einseitigen Präferenzen hin zu WTO-kompatiblen Regeln und einer stärkeren Betonung inter-regionaler Kooperation.

Der Modell-Anspruch der EU-AKP-Beziehungen ist inzwischen allerdings weitgehend verblasst. Zudem sind neue Institutionen entstanden, die auch Staaten jenseits der AKP-Mitglieder einschließen, insbesondere die Afrikanische Union und NEPAD, deren Mitgliedschaft auch Nordafrika umfasst. Die EU wird sich zunehmend also die Frage stellen müssen, ob der AKP-Rahmen noch zeitgemäß ist.

Deutsche Afrikapolitik

Stefan Mair / Isabelle Werenfels

Werte und Interessen

Gemeinhin wird von der deutschen Afrikapolitik behauptet – insbesondere von jenen, die sie gestalten –, sie sei primär werteorientiert. Das heißt, deutsche Afrikapolitik sei vor allem darauf ausgerichtet, afrikanischen Gesellschaften zu wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung zu verhelfen sowie auf dem Kontinent Frieden, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte zu verwirklichen. Wenn auch tatsächlich viel unternommen wurde, um diesen Zielen näher zu kommen, so fehlte diesem Anspruch immer die letzte Überzeugungskraft. Dies galt bereits für die Anfänge der nachkolonialen Afrikapolitik: Entwicklungshilfe wurde von der damaligen Bundesrepublik Deutschland explizit nur dann gewährt, wenn der Empfängerstaat die DDR nicht anerkannte und sich gegenüber dem westlichen Lager freundlich verhielt. Letzteres führte zum Beispiel dazu, dass ein wesentlicher Nutznießer deutscher Entwicklungshilfe der zairische Diktator Mobutu Sese Seko war, der mit den hehren Werten deutscher Afrikapolitik nichts gemein hatte.

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts schien die Zeit für eine kohärente werteorientierte deutsche Afrikapolitik gekommen. Doch nach wie vor bestehen unvermeidliche Wider-

sprüche in der Werteorientierung. Ist Frieden um jeden Preis das höchste Gut, oder sind Befreiungskriege zur Erlangung der Freiheit legitim? Ist es wichtiger, ob ein Staat entwicklungsorientiert oder ob er demokratisch ist? Es gibt zwischen den Werten, die die deutsche Afrikapolitik betont, keine eindeutige

Die Afrikapolitik der Bundesregierung wird durch viele Interessen geleitet. Deutsche Botschaft in Äthiopiens Hauptstadt Addis Abeba, die auch Sitz der AU ist



Peter Schatz



Ulrike Koltermann / picture-alliance / dpa

Die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) ist ein wichtiger Akteur der Entwicklungszusammenarbeit. In Adama, Äthiopien, bauen deutsche und afrikanische Handwerker eine neue Universität.

Rangfolge, und somit ist sie nicht frei von inneren Widersprüchen. Darüber hinaus ist die Sichtweise, die Außenpolitik eines Staates könne absolut frei von Interessen sein, nicht realistisch. Wenn die Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland über nationale Interessen auch lange Zeit tabuisiert war, so hat die deutsche Außenpolitik doch stets solche Anliegen verfolgt – meist geschickt eingebettet in europäische Zielvorstellungen, manchmal aber auch sehr deutlich wie im Falle der DDR-Nichtanerkennungsdoktrin.

Auch in der deutschen Afrikapolitik lassen sich eine Reihe von Interessen klar identifizieren; dazu gehört an erster Stelle, den Mittelmeerraum bzw. die nordafrikanischen Staaten zu stabilisieren. Eng verbunden damit sind drei deutsche Sicherheitsinteressen, die teilweise im Widerspruch zur wertorientierten Außenpolitik stehen, da sie tendenziell zur Stärkung undemokratischer Regime beitragen:

- Erstens soll die deutsche Energiesicherheit gewährleistet werden; dabei kommt Nordafrika eine immer wichtigere Rolle zu.
- Zweitens soll die Zuwanderung aus Afrika nach Europa eingedämmt oder zumindest reguliert werden und
- drittens war es ein Anliegen, unter dem Eindruck des 11. Septembers 2001 mit den nordafrikanischen Staaten im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus zu kooperieren. Hinzu kommt das Interesse, keine herrschaftsfreien, staatenlosen Räume entstehen zu lassen, die neben internationalem Terrorismus auch organisierter Kriminalität, zum Beispiel Drogenhandel und Piraterie, Rückzugsräume eröffnen würden.

Nicht zuletzt sind auch der Erhalt der biologischen Vielfalt in Afrika sowie der Zugang zu den natürlichen Ressourcen und den Märkten Afrikas Bestrebungen, die in der deutschen Afrikapolitik Gewicht haben.

Neben diesen sehr unmittelbar afrikabezogenen Beweggründen gibt es zwei weitere, übergeordnete Ziele, die sich auf die Afrikapolitik auswirken. Zum einen soll die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU stärker wirksam werden. Afrika spielt an dieser Stelle insofern eine bedeutende Rolle, als die ehemaligen Kolonialmächte Frankreich, Großbritannien, Portugal und Belgien zu einem stärkeren Engagement auf dem Kontinent drängen und Europa neue

Instrumente seiner Außen- und Sicherheitspolitik in Afrika erproben will. Zum anderen will Deutschland in Afrika auch Partner für die Gestaltung globaler Ordnung gewinnen – in der Klima- und Umweltpolitik, aber auch in der Handels- und Sicherheitspolitik.

Diese Interessen sind durchaus von Bedeutung, wenn auch nicht so dominant wie im Falle anderer Regionen. Deshalb lässt sich in einem Zwischenfazit feststellen, dass die Freiräume für eine wertorientierte deutsche Außenpolitik im Falle Afrikas – sieht man von Nordafrika ab – durchaus größer sind als andernorts.

Strukturen und Akteure

Neben Werten und Interessen deutscher Afrikapolitik sind ihre Strukturen von Belang und die Akteure, die in ihr tätig sind. Auf diesem Gebiet zeichnet sich die deutsche Afrikapolitik durch eine große Vielfalt aus. Die primäre Verantwortung trägt im staatlichen Bereich – wie generell in der Gestaltung der Außenbeziehungen – das Auswärtige Amt (AA). Allerdings genießt die Afrikapolitik in diesem Ministerium im Vergleich zu transatlantischen Beziehungen, zur Europa- und Nahostpolitik sowie zu weiteren Politikfeldern eher nachrangige Bedeutung. Anders im Falle des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), für das Afrika mittlerweile die wichtigste Bezugsregion für Entwicklungszusammenarbeit ist. Aus dieser Konstellation – übergreifende Verantwortlichkeit beim AA, Interesse und Ressourcen beim BMZ – ergeben sich zahlreiche Reibungspunkte. Hinzu kommt, dass sich eine Reihe weiterer Ministerien für Afrika interessieren bzw. dort präsent sind: unter anderem das Verteidigungs-, das Umwelt-, das Landwirtschafts-, das Innen- und das Wirtschaftsministerium.

Neben den Ministerien gibt es weitere wesentliche Träger deutscher Afrikapolitik. Dazu gehört an erster Stelle die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), die einen großen Teil der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika abwickelt und mit mehr als 500 deutschen Experten vor Ort präsent ist. Größe und Expertise verleihen der GTZ mehr Einfluss auf die deutsche Afrikapolitik, als es ihr Status

als Durchführungsorganisation nahelegen würde. Gefördert von staatlichen Geldern, aber vom Einfluss des Staates weitgehend unabhängig sind die parteinahen politischen Stiftungen und die kirchlichen Entwicklungsdienste in vielen afrikanischen Staaten tätig. Erstere fühlen sich primär der Förderung von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit sowie sozialer Marktwirtschaft verpflichtet, letztere kümmern sich vor allem um gesellschaftliche Belange. Auch das deutsche Goethe-Institut ist in einigen Staaten Afrikas kulturpolitisch tätig. Nahezu flächendeckend ist die Arbeit deutscher Nichtregierungsorganisationen auf dem Kontinent. Auffallend in dieser bisherigen Auflistung ist, dass in ihr mit den Wirtschaftsverbänden – zumindest in Afrika südlich der Sahara – ein Akteurstypus weitgehend fehlt, der in den meisten anderen regionalen Ansätzen deutscher Außenpolitik eine zentrale Rolle spielt. Das mag sich in Zukunft ändern und ist vor allem auf die bisher geringe weltwirtschaftliche Bedeutung Afrikas zurückzuführen.

Widersprüchliche Werte und durchaus vorhandene, aber noch immer nicht eindeutig geklärte Interessen sowie eine große Heterogenität von Akteuren verleihen der deutschen Afrikapolitik positiv ausgedrückt eine beachtliche Vielgestaltigkeit. Die Kehrseite der Medaille ist, dass es ihr an klaren Zielbestimmungen, Strategien und Prioritätensetzungen fehlt.

Politikfelder

Die deutsche Afrikapolitik kann in einzelne Politikfelder aufgeteilt werden: Diplomatie, Sicherheits-, Entwicklungs- und Kulturpolitik.

In der deutschen Diplomatie spielt Afrika eher eine nachrangige Rolle – ungeachtet der Tatsache, dass Deutschland in nahezu jedem afrikanischen Land mit einer Botschaft vertreten ist. In der inneren Hierarchisierung des Auswärtigen Amtes kommt aber nur vier dieser Botschaften eine gehobene Bedeutung zu: den Vertretungen in Südafrika, Ägypten und Nigeria aufgrund des relativen Gewichts dieser drei Staaten und der Vertretung in Äthiopien als Sitz der Afrikanischen Union. Der Mitarbeiterstab des AA, der sich mit Afrika beschäftigt, ist relativ klein. Dasselbe gilt für die Zahl der Staatsbesuche und Reisen der Regierungsspitze nach Afrika südlich der Sahara. Eine Ausnahme bildet das Engagement von Bundespräsident Horst Köhler, der die Beziehungen zu Afrika zu einem der Schwerpunkte seiner Amtsführung erklärte. Mit Blick auf Nordafrika gilt, dass mit seiner wachsenden sicherheitspolitischen Bedeutung die Zahl der Reisen der Bundeskanzlerin, des Außenministers und selbst des Innenministers in jüngster Vergangenheit stark zugenommen hat.

Die deutsche Diplomatie achtete vor allem während des Kalten Krieges sehr genau darauf, auf dem Kontinent nichts zu unternehmen, was sie in Gegensatz zu den bedeutenderen ehemaligen europäischen Kolonialmächten gebracht hätte. Das galt vor allem für das frankophone Afrika. Besonders klar trat dies in der Zurückhaltung gegenüber der Deutschland geographisch verhältnismäßig nahe gelegenen Maghrebregion zu Tage. Beides hat sich seit Beginn der 1990er Jahre deutlich gemildert, ist aber in veränderter Form noch immer ein Wesenszug deutscher Diplomatie. Deutschland bemüht sich nun um afrikanische Unterstützung für seine Positionen und Anliegen in internationalen Fragen. Dies zeigte sich besonders deutlich in den Versuchen, Afrikas Beistand für die deutsche Bewerbung um einen ständigen Sitz im Sicherheits-



Bundespräsident Horst Köhler engagiert sich für Afrika. Hier bei einer symbolischen Baumpflanzaktion mit dem ghanaischen Präsidenten John Agyekum Kufuor am 14. Januar 2007 in Accra.

Wolfgang Kumm / picture-alliance / dpa



Die deutsche Bundeswehr beteiligt sich auch an Friedensmissionen in Afrika. Soldaten der EUFOR-Mission auf einem Markt in Kinshasa, DR Kongo, am 15. Juli 2007

ullstein bild - ddp

rat der Vereinten Nationen zu gewinnen. Anstelle der deutschen Zurückhaltung gegenüber dem frankophonen Afrika trat dagegen die besondere Betonung gesamteuropäischer Ansätze in der Afrikapolitik.

Afrika hat eine Aufwertung in der deutschen Sicherheitspolitik erfahren. Lange Zeit beschränkte diese sich auf Ausstattungshilfe für ausgewählte afrikanische Armeen und Trainingsangebote für deren Offiziere. Die Beteiligung der Bundeswehr an der Friedensmission in Somalia 1993 bis 1994 war der erste Auslandseinsatz außerhalb des NATO-Gebiets. Ihr Scheitern war aber auch ein Grund dafür, dass das Verteidigungsministerium jede weitere Beteiligung an solchen

Waldkaffee und Urwaldschutz – Konzertierte Entwicklungsarbeit in Äthiopien

[...] „Kaffas Wälder bluten!“ Mesfin Tekeles Warnung könnte in kaum größerem Widerspruch zur Opulenz der Sinnesreize stehen. Der Forstwirt lehnt sich an einen bemoosten Stamm und zieht eine bittere Bilanz: Allein zwischen 1980 und 2000 seien 43 Prozent des dichten Grüns gerodet worden. „Seither hat sich die Zerstörung im Bonga Forest eher noch beschleunigt“, ergänzt Svane Bender-Kaphengst vom Naturschutzbund Nabu. Und dieser Wald ist einer der letzten Äthiopiens: Noch in den siebziger Jahren lagen 40 Prozent des Landes unter einer dichten Vegetationsdecke – übrig sind keine drei Prozent mehr. [...]

Dabei ist der Dschungel von Kaffa nicht nur seiner Schönheit und der Mannigfaltigkeit seiner 244 Pflanzen- und 294 Tierarten wegen so kostbar. [...] Die Wälder sind auch eine existenzielle Ressource für alles Leben, alles Wirtschaften in der Region: [...] Wie kann, daran arbeiten Unternehmen, Entwicklungshelfer und Biologen, diese Wildnis erhalten werden? Vor allem: Wie verbessert man gleichzeitig die Lage der Bauern? Denn auch ihrer Armut wegen setzt sich der Raubbau an den verbliebenen rund 340 000 Hektar teils noch unberührten Waldes fort. Mit krummem Rücken schleppen die Frauen wahre Holzgebirge als Brennstoff und Baumaterial die Staubstraßen entlang. Ihre Familien werden größer und roden mächtige Urwaldriesen, um kultivierbares Land zu gewinnen. Selbst an erdrutschgefährdeten Steilhängen kümmern zwischen den Baumriesenstümpfen Mais- und Hirsepflanzen, die auch Zuwanderer aus Äthiopiens vertrocknendem Norden angebaut haben. [...]

Die Chance auf Wandel ohne Zerstörung bietet nun ein Strauch, dessen rostrote Kirschen im Dickicht des Urwalds ins Auge stechen: *Coffea arabica*, die edelste Kaffeeart, mit der jeden Tag Millionen Menschen weltweit ihren Tag beginnen. Ihren Ursprung hat sie genau hier: im Bergnebelwald von Kaffa. [...] Es ist Kaffee in seiner Urform. Seit einigen Jahren werden diese wilden Bohnen nun von Florian Hammerstein, einem Unternehmer aus Freiburg, mit wachsendem Erfolg vermarktet. [...]

Hammerstein [...] importiert [...] den Wildkaffee aus Äthiopien [...]. Rund 145 Tonnen Wildkaffee kauft das „Sozialunternehmen“ in dieser Saison in Kaffa auf. [...]

Je nach Bezugsquelle sind die Verbraucher bereit, für 250 Gramm zwischen 6,95 Euro und 9,50 Euro für den – zertifizier-

ten – ökologischen und sozialen Mehrwert des Kaffees auszugeben. Rund die Hälfte dieser Summe bleibe im Handel, sagt Florian Hammerstein. Zum hohen Preis trage auch eine Veredelungsmethode bei, die aufwendiger und teurer sei als die für Industriekaffee. [...]

[...] Den ersten Anstoß bekam der Diplomkaufmann im Jahr 2001 von einem anderen Pionier: Reiner Klingholz, damals Geschäftsführer des Vereins „Geo schützt den Regenwald“, hatte es bei einer Afrikareise in Kaffas Verwaltungstädtchen Bonga verschlagen, und immer wieder luden ihn die Bauern dort zur traditionellen Kaffeeceremonie ein. [...] Klingholz, der nicht nur Waldschützer ist, sondern auch Gourmet, war begeistert: Welch ein Geschmack! [...] Doch auf den Weltmärkten gab es in jenen Jahren ein immenses Überangebot, und die Preise lagen tief. Da lohnte sich für die „Kaffechos“, wie sich die Nachfahren eines alten Königreiches nennen, weder der Anbau noch die Ernte im Wald. So kam die Idee auf: Wenn man den Bauern den doppelten Weltmarktpreis dafür bezahlte, dass sie den Urkaffee pflücken, dachte Klingholz; wenn man ihnen überdies die Abnahme ihrer Ernte garantierte, dann würden sie nicht nur besser verdienen, sondern zugleich ein größeres Interesse am Waldschutz entwickeln. Denn dann würde der Dschungel nicht mehr durch Raubbau zur Einkommensquelle, sondern durch langfristige Nutzung. [...]

Es dauerte eine Saison lang, bis zunächst 400 Bauern gelernt hatten, den europäischen Qualitätsansprüchen an ein Produkt für Feinschmecker gerecht zu werden. [...] Damit möglichst wenig gestritten und die Natur geschont wird, haben die Bauern Waldnutzer-Organisationen gegründet. Auch die Sammler in Uffa legen für ein abgestecktes Gebiet und meist auf der Grundlage traditioneller Übereinkünfte gemeinsam Rechte, Regeln und einen Managementplan fest, erzählt ihr Dorfvorsteher Asafa Wolde Sanbet. [...] Früher hätten die Leute auch deshalb kaum Kaffee vermarktet, sagt der Dorfvorsteher, weil Zwischenhändler ihre Not mit willkürlichen Preisen ausnutzten; „dann hat man sie nie wieder gesehen“. Beim Direktverkauf an den Importeur indes bekämen die Subsistenzbauern nicht nur den besseren Preis: „Es gibt auch Dividenden!“

Dafür sorgt die Kaffa Forest Coffee Farmers Cooperative Union, zu der sich 25 lokale Genossenschaften zusammenge-

schlossen haben. Sie zahlt eine Ausschüttung, wenn sie den Kaffee gut absetzen konnte. Das gelingt immer besser; der weltweite Spezialitäten-Hype führt dazu, dass sich in der Region neue Abnehmer tummeln. [...] Der Wettbewerb jedenfalls blüht, mit dem Florian Hammerstein den Bauern den Rücken stärken wollte, und der Importeur hat darin nun selbst zu bestehen: Dieses Jahr musste er sein Angebot an die Kooperative um einige Cent pro Kilo erhöhen, um den Zuschlag für die Ware zu bekommen. [...]

Zur Wahrheit [...] gehört auch, dass ein so kleines Unternehmen die Aufbauarbeit in Kaffa allein nicht hätte stemmen können. Vor allem in die Kooperativen, den Aufbau ihrer Verwaltung und die Schulung der Bauern flossen insgesamt 1,5 Millionen Euro an Geld- und Sachleistungen durch Unterstützung der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). Zu dem Helfer-Konsortium gehören außerdem „Geo schützt den Regenwald“, der Nahrungskonzern Kraft Jacobs und der Naturschutzbund Nabu. Die Stiftung Weltbevölkerung versucht derweil, mit Projekten zur Familienplanung zum Waldschutz beizutragen; man kooperiert überdies mit der Welternährungsorganisation FAO. Gemeinsam schufen die Beteiligten die Voraussetzung dafür, dass die Kaffeebauern ein vermarktbare Produkt anbieten können – und Pflanzen und Tiere eine Überlebenschance haben. [...]

Christiane Grefe, „Der edle Wilde“, in: DIE ZEIT, Nr. 8 vom 12. Februar 2009

Kaffee-Ernte in Äthiopien



Missionen in Afrika über zwölf Jahre hinweg vehement ablehnte. Die Wende kam mit der Führungsrolle der Bundeswehr an der EUFOR-Mission in der DR Kongo im Jahr 2006. Seither verweigert das Verteidigungsministerium den Einsatz bei internationalen Friedensmissionen nicht mehr prinzipiell, sondern entscheidet fallbezogen.

Das stärkere Engagement Deutschlands in der Diplomatie und Sicherheitspolitik gegenüber Afrika seit Ende der 1990er Jahre führte dazu, dass deutsche Afrikapolitik mittlerweile mehr ist als Entwicklungspolitik. Dennoch stellt die Entwicklungszusammenarbeit in Bezug auf Afrika nach wie vor das wichtigste Politikfeld dar. Dies lässt sich mit Zahlen belegen: Deutschland ist fast für jeden afrikanischen Staat einer der fünf wichtigsten Entwicklungshilfegeber.

Mehr als ein Drittel der bilateralen deutschen Entwicklungshilfe fließt nach Afrika. 26 der 60 Schwerpunktländer deutscher Entwicklungszusammenarbeit befinden sich auf dem Kontinent, davon 24 südlich der Sahara. Das Gewicht Afrikas in diesem Politikfeld war seit jeher hoch. Verändert hat sich allerdings die Ausprägung der Zusammenarbeit. Lange Zeit erschöpfte sie sich in zahllosen Kleinprojekten der Technischen Zusammenarbeit und wenigen Großprojekten der Finanziellen Zusammenarbeit, die kaum strategische Linien erkennen ließen. Seit einigen Jahren versucht das BMZ dies zu ändern, indem es gegenüber Afrika südlich der Sahara drei Schwerpunkte der Zusammenarbeit setzte – gute Regierungsführung und Konfliktprävention, Wasserversorgung und Entwicklung des Privatsektors. Im Falle jedes Schwer-

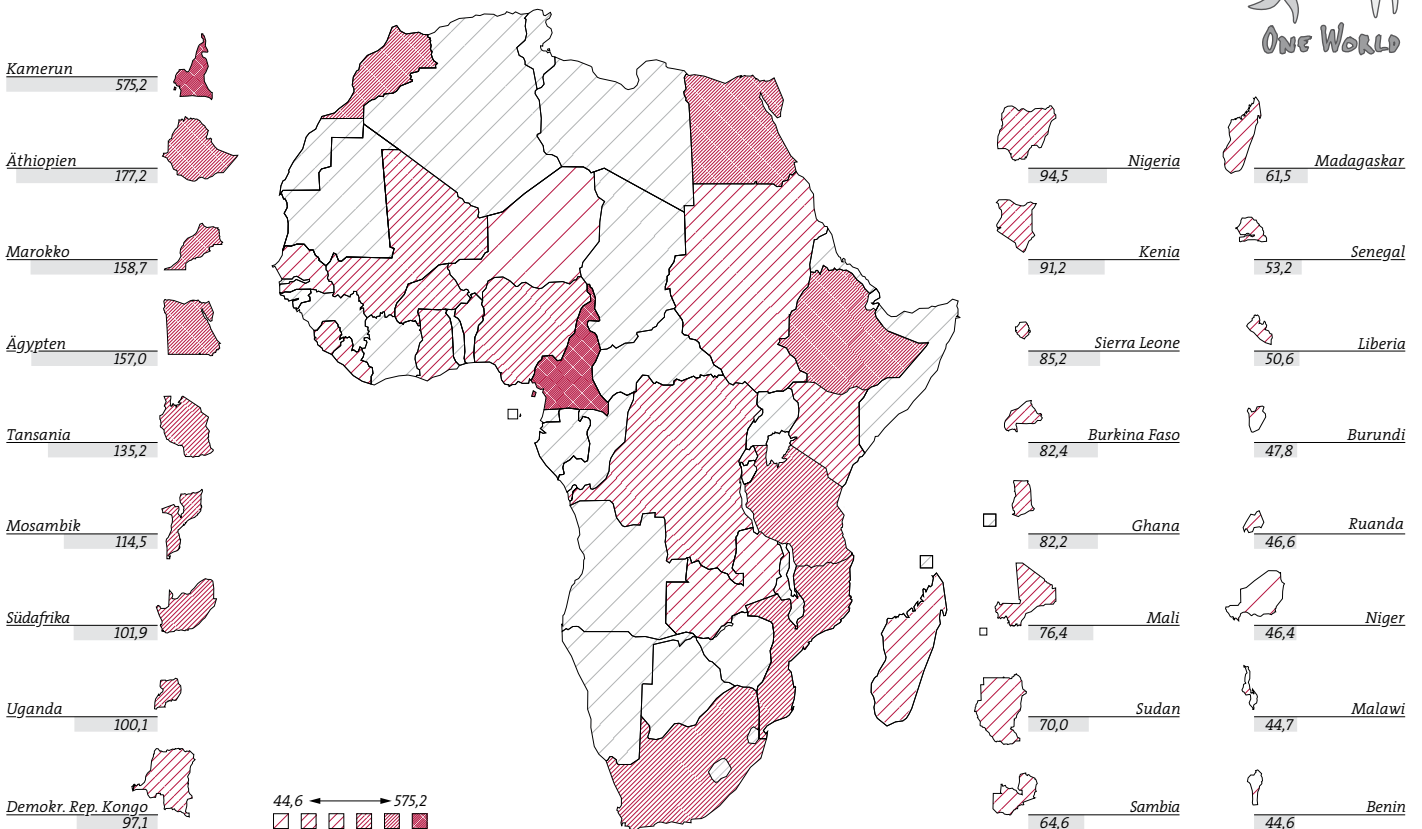
punktlandes wird versucht, die Kooperation auf drei individuell auf das Land zugeschnittene Felder zu konzentrieren. Darüber hinaus wendet sich das BMZ verstärkt der direkten Finanzhilfe für Staatshaushalte gut geführter Regierungen zu und verabschiedet sich damit schrittweise von der Projektorientierung deutscher Entwicklungszusammenarbeit. Neu ist auch, dass nicht nur das BMZ über Entwicklungshilfemittel verfügen kann, sondern auch das Auswärtige Amt und das Umweltministerium. Trotz dieser Neuerungen bleibt aber auch der deutschen Entwicklungszusammenarbeit nicht die Frage nach der Effektivität ihrer Hilfe erspart. Auch partnerschaftliche Beziehungen lassen sich nur schwer entwickeln, wenn der eine Staat der Geber von Hilfe ist und der andere der Empfänger.

Die auswärtige Kulturpolitik war seit Ende der 1980er Jahre das Stiefkind deutscher Afrikapolitik. Die Präsenz von Goethe-Instituten in Afrika wurde reduziert, der Kulturretat, den die deutschen Botschaften zur Verfügung hatten, schrumpfte, die Mittel für Stipendiaten aus Afrika waren geringer als im Fall anderer Regionen. In ganzen Subregionen, dem Maghreb etwa, gab es keine deutsche Schule mehr.

Gegen Ausgang des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts scheint sich diese Situation zu verbessern. Mit dem „Kulturdialog“ hat das Auswärtige Amt ein Instrument geschaffen, das kulturelle und gesellschaftliche Brücken zwischen islamisch geprägten Staaten und Deutschland schlagen soll. Die Aktion Afrika des AA bemüht sich besonders um einen Kulturaustausch mit Afrika südlich der Sahara.

Deutsche Entwicklungshilfe

2007 gezahlte bilaterale und multilaterale Entwicklungshilfegelder (Official Development Assistance, ODA) in Millionen Euro. Aufgeführt sind die 25 Länder, die 2007 die meisten Gelder erhielten.



Quelle: http://www.bmz.de/de/zahlen/imDetail/Bilaterale_Netto-ODA_nach_Laendern_2002-2007.pdf

Auf der Suche nach einer neuen Rolle

Stefan Mair / Isabelle Werenfels

Noch Mitte der 1990er Jahre stellten Afrikapolitiker wie Repräsentanten des Kontinents häufig fest, wenn Afrika morgen im Ozean versänke, nähme kaum jemand Notiz davon. Sie spielten damit auf den Bedeutungsverlust an, den Afrika südlich der Sahara nach dem Ende des Ost-West-Konflikts erlitten hatte.

Die Wahrnehmung der Rolle Afrikas in der internationalen Politik änderte sich mit dem Jahrtausendwechsel. Sie hat im Wesentlichen drei Ursachen. Erstens versuchte der südafrikanische Präsident Thabo Mbeki mit seiner Initiative *New Partnership for Africa's Development* (NEPAD) und mit Unterstützung der Präsidenten Nigerias, Senegals, Algeriens und Ägyptens, Afrika zurück auf die internationale Agenda zu bringen. Dies gelang ihm mit seinem Auftritt beim G8-Gipfel 2001 in Genua, der wiederum Auftakt für die G8 war, sich langjährig mit dem Kontinent zu befassen.

Entscheidender waren jedoch die Auswirkungen der Terroranschläge vom 11. September 2001 auf die USA. Sie veränderten den Sicherheitsdiskurs in Europa und den USA. Schlagartig wurde den Sicherheitspolitikern klar, dass langjährige Konflikte, Anarchie und Staatszerfall, wirtschaftliche Perspektivlosigkeit und soziale Verelendung sowie permanente Gewalterfahrung selbst dann Folgen für die Sicherheit der westlichen Welt zeitigen können, wenn sie sich in peripheren Weltregionen abspielen.

Drittens trat mit China ein neuer Akteur auf, der zum einen demonstrierte, dass sich selbst auf den schwierigen Märkten Afrikas ausgezeichnete Geschäfte machen ließen, und der sich zum anderen sehr strategisch Zugänge zu wichtigen Rohstoffen, insbesondere Erdöl und Eisenerzen, verschaffte. Gleichzeitig kündigte sich ab der Jahrtausendwende in Nordafrika die Rückkehr Russlands an. Es sorgte für die Aufrüstung der finanzkräftigen erdölreichen Staaten und schloss wichtige Allianzen im Erdgas- und Erdölsektor. Europa und die USA besannen sich nunmehr auch wieder auf das relativ große Stimmengewicht des Kontinents in den internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen.

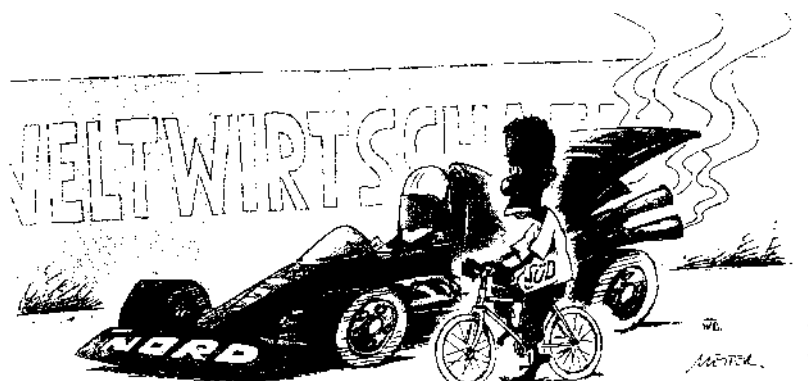
Afrika selbst scheint sich auf den neuen Bedeutungszuwachs erst noch einstellen zu müssen. Es fällt afrikanischen Staaten nach wie vor schwer, das neue internationale Gewicht konstruktiv zu nutzen. Dies wurde vor allem in zwei Belangen deutlich: Bei der Diskussion der Reform des UN-Sicherheitsrates gelang es den viel umworbenen afrikanischen Staaten lange nicht,



Als Mittler im Nahostkonflikt ist Ägypten international anerkannt. Die Präsidenten der Palästinensischen Autonomie, Mahummad Abbas (l), und Ägyptens, Husni Mubarak, 2009 in Scharm el Scheich.

eine plausible oder gar mehrheitsfähige afrikanische Position zu definieren. Hauptursache hierfür war, dass der aussichtsreichste Reformvorschlag Afrika nur zwei permanente Sitze anbot, für die es aber drei Bewerber gab: Ägypten, Nigeria und Südafrika. Die afrikanischen Staaten konnten oder wollten sich nicht für zwei von diesen dreien entscheiden, weshalb sie nach langem Hin und Her einen eigenen Reformvorschlag vorlegten, dem jegliche Aussicht auf eine Mehrheit fehlte und der dazu beitrug, dass die Reformdiskussion zu Fall kam. Beim Scheitern der Doha-Runde der WTO-Verhandlungen, die die weltweite Liberalisierung des Agrarsektors zum Ziel hatten, ließen sich die afrikanischen Staaten allzu sehr für die Interessen Indiens, Chinas und einiger lateinamerikanischer Staaten einspannen, obwohl ihre eigenen nur bedingt mit diesen vereinbar waren.

Noch immer ist also der bereits zu Zeiten des Ost-West-Konflikts dominante Mechanismus wirksam, dass Afrika international Gewicht hat, dieses Gewicht aber nicht dazu nutzt, eigene Positionen zu entwickeln und umzusetzen. Doch es gibt Ansätze. Ägypten hat sich beispielsweise aufgrund seiner kontinuierlichen Mittlerrolle im israelisch-palästinensischen Konflikt eine internationale Sonderstellung erarbeitet. Da es aber als gemäßigter und verlässlicher Sprecher der arabischen



Gerhard Mester

Welt vornehmlich über die Arabische Liga auftritt, wird es aus internationaler Perspektive wesentlich stärker als arabischer denn als afrikanischer Akteur wahrgenommen. Eine halbwegs eigenständige, durchhaltbare, international relevante Position hat im Grunde nur Südafrika. Nach dem Ende des Apartheid-Regimes ist ihm die Rolle des Sprechers Afrikas zugefallen – nicht weil Südafrika selbst diese massiv eingefordert hätte oder sie ihm gar von den afrikanischen Staaten beigemessen worden wäre, sondern weil sie ihm von der westlichen Welt, aber auch von neuen Führungsmächten wie Brasilien, Indien und China angetragen wurde. Südafrika fehlt nunmehr kaum in einer der internationalen Gruppierungen, die sich um die Lösung globaler Ordnungsfragen bemühen. Die Gründe hierfür sind das relative wirtschaftliche Gewicht des Landes innerhalb Afrikas südlich der Sahara und das hohe Ansehen, das der Staat nach der friedlichen Überwindung der Apartheid genießt. Südafrika selbst wirkt mit dieser Rolle allerdings zuweilen überfordert.

Außer Ägypten und Südafrika wird noch am ehesten Nigeria international als gewichtig wahrgenommen. Bei allen Prognosen, die über die Verschiebung internationaler Kräfteverhältnisse kursieren, spielen nach wie vor afrikanische Staaten eine nachrangige Rolle. Afrika hat zwar international wieder an Bedeutung gewonnen, ist aber weit davon entfernt, einer der großen Akteure internationaler Politik zu sein.



Meissner/laif

Die Fußball-WM 2010 in Südafrika bietet dem Land, aber auch dem Kontinent eine gute Gelegenheit, sich positiv zu präsentieren.

Entwicklung braucht Zeit

[...] *Frankfurter Rundschau*: Sie haben die Entwicklung Südafrikas bislang immer sehr positiv beurteilt. Sie sprachen vom „Wunder“ am Kap der Guten Hoffnung und prägten den Begriff der Regenbogen-Nation. Müssen wir jetzt eher von der Gewitterwolken-Nation reden?

Desmond Tutu: Es gibt diese Wolken. Aber wir müssen uns auch vergegenwärtigen, dass wir erst seit 15 Jahren frei sind. Schauen Sie sich Deutschland an: Ihr habt den Holocaust hervorgebracht und habt heute doch noch Neonazis. [...] Oder nehmen wir die USA: Sie sind seit dem 18. Jahrhundert frei. Aber schauen Sie sich die Ungleichheiten an, die der Wirbelsturm Katrina zum Vorschein brachte. [...] Und nun zu den Südafrikanern: Sie mussten mit dem Kolonialismus und der Apartheid fertig werden und sollten gleichzeitig einen modernen Staat aufbauen. Ihr müsst auch uns eine Chance geben.

FR: Aber Südafrika scheint nicht auf dem rechten Weg zu sein, es hat die Richtung verloren.

Tutu: Was hätten Sie den Deutschen 1936 gesagt?

FR: Deutschland hatte damals völlig die Richtung verloren ...

Tutu: Inzwischen seid ihr wieder zurückgekommen. Und man hat euch, etwa mit dem Marshallplan, unglaublich dabei geholfen. Wir mussten übrigens die Schulden

der Apartheids-Regierung alle selbst bezahlen. Es stimmt, dass wir etwas vom Pfad abgekommen sind, den wir Anfang der 1990er Jahre mit Nelson Mandela eingeschlagen haben. Das ist traurig. Aber wir sollten nicht unrealistisch sein. Denken Sie etwa daran, dass sehr viele Leute, die hier an die Macht gelangt sind, aus äußerst armen Verhältnissen kommen. Viele von ihnen hatten nicht einmal ein Bankkonto und wurden plötzlich sehr reich. Es ist schon fast wieder erstaunlich, dass nicht mehr von ihnen korrupt geworden sind. [...]

FR: Wir erleben zur Zeit, wie Entwicklungsländer die völlig unverantwortlichen Handlungen von Bankern und Finanzspekulant in der Ersten Welt ausbaden müssen. Zahllose Afrikaner werden von der Weltwirtschaftskrise besonders hart erwischt, viele werden deshalb sogar sterben. Die Welt scheint weder besser noch gerechter zu werden.

Tutu: Es ist tatsächlich atemberaubend, wie die westlichen Regierungen, die der Dritten Welt immer die Öffnung der Märkte und einen schlankeren Staat gepredigt haben, plötzlich genau das Gegenteil tun: Sie intervenieren und verstaatlichen sogar Banken. Sie tun genau das, was sie uns immer verboten haben. Die Weltwirtschaftsordnung befindet sich in einer völligen Schräglage. Der Westen sagt uns, dass wir keine Subventionen haben dürfen, subventioniert aber selbst noch viel mehr

als wir. Die EU zahlt einem Farmer für eine Kuh zweieinhalb Dollar am Tag. Hier in Afrika müssen viele Menschen von weniger als einem Dollar täglich überleben. Wenn man solche Ungerechtigkeiten duldet, darf man nicht überrascht sein, wenn es ein Phänomen wie den Terrorismus gibt. Wir sind der Auffassung, dass Gerechtigkeit auf lange Sicht hin auch wirtschaftlich profitabel ist.

FR: Was muss geschehen?

Tutu: Die Industrienationen sollten in die Ausrottung der Armut investieren. Sie müssen sich fragen, warum sie noch immer Milliarden US-Dollar in die Rüstung pumpen, statt dafür zu sorgen, dass alle Kinder dieser Welt genug zu essen haben. Zu ihrem eigenen Nutzen und aus ganz egoistischen Gründen: Denn wenn wir eine stabile Welt haben wollen, dann müssen wir umdenken.

FR: Stellen Sie sich manchmal vor, was Gott in diesen Tagen wohl denken mag, wenn er auf seine Schöpfung herabschaut?

Tutu: Er weint, wenn er Darfur und Burma, Simbabwe und die Turbulenzen in Südafrika sieht. Er weint, wenn er die Opfer des Holocausts oder des Völkermords in Ruanda sieht und die Kinder, die ohne Essen und Trinkwasser sterben. Ich bin froh, dass ich nicht Gott bin.

„Gott weint, wenn er Südafrika sieht“, Johannes Dieterich im Gespräch mit Friedensnobelpreisträger und Erzbischof Desmond Tutu, in: *Frankfurter Rundschau* vom 22. April 2009

Literaturhinweise

Beauchemin, Cris / Schoumaker, Bruno: Migration to cities in Burkina Faso: Does the level of development in sending areas matter?, in: World Development Jg. 33 (2005), Heft 7, S. 1129-1152.

Benndorf, Rolf: Lebensperspektive Deutschland. Afrikanerinnen und Afrikaner in Deutschland und ihre gesellschaftliche Integration, Marburg 2008, 494 S.

Bloom, David E. / Khanna, Tarun: The Urban Revolution, in: Finance & Development, Jg. 44, Heft 3, Washington/D.C. 2007, S. 8-31.
<http://www.imf.org/external/pubs/ft/fandd/2007/09/bloom.htm>

Boko, Michel u.a.: Africa. Climate Change 2007: Impacts, Adaptation and Vulnerability. Beitrag der Arbeitsgruppe II zum vierten Sachstandsbericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), Cambridge 2007, S. 433-467.
<http://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar4/wg2/ar4-wg2-chapter9.pdf>

Brüne, Stefan: Europas Außenbeziehungen und die Zukunft der Entwicklungspolitik, Wiesbaden 2005, 108 S.

Cassanelli, Lee: Diaspora und Entwicklung. Potenziale und Grenzen des diasporagestützten Entwicklungswegs, in: epd-Entwicklungspolitik 23/24 (2001), S. 20-26.

Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (Hg.): Weltbevölkerungsbericht 2007. Urbanisierung als Chance: Das Potenzial wachsender Städte nutzen, Stuttgart 2007, 120 S.

Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (Hg.): Weltbevölkerungsbericht 2008. Gemeinsamkeiten finden: Kultur, Gender und Menschenrechte, Stuttgart 2008, 111 S.

Edition Le monde diplomatique Nr.5, Afrika. Stolz und Vorurteile, Berlin 2009, 111 S.

Erdmann, Gero: Demokratisierung und Demokraten in Afrika – Zwischenbilanz nach einem Dezennium, in: Hofmeier, Rolf / Jakobeit, Cord (Hg.): Afrika Jahrbuch 2000, Opladen 2001, S. 36-47.

Erdmann, Gero: Demokratie in Afrika (GIGA Focus Afrika, Nr. 10), Hamburg 2007.
http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_afrika_0710.pdf

Erdmann, Gero: Neopatrimoniale Herrschaft – oder: Warum es in Afrika so viele Hybridregime gibt, in: Bendel, Petra u.a. (Hg.): Hybride Regime. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen, Opladen 2002, S. 323-342.

Freston, Paul: Evangelicals and Politics in Asia, Africa and Latin America, Cambridge 2004, 360 S.

Geschiere, Peter: The Modernity of Witchcraft. Politics and the Occult in Postcolonial Africa, Charlottesville 2000, 368 S.

Grill, Bartholomäus, Ach Afrika. Berichte aus dem Inneren des Kontinents, 4. Aufl., München 2005, 384 S.

Grimm, Sven / Brüntrup, Michael: EU-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) mit AKP-Regionen, in: Klingebiel, Stephan (Hg.): Afrika-Agenda 2007: Ansatzpunkte für den deutschen G8-Vorsitz und die EU-Ratspräsidentschaft, Bonn 2006, S. 91-97.

Grimm, Sven: Die Afrikapolitik der Europäischen Union, Hamburg 2003, 302 S.

Haas, Hein de: The myth of invasion: Irregular migration from West Africa to the Maghreb and the European Union, Oxford 2007.
<http://www.imi.ox.ac.uk/pdfs/Irregular%20migration%20from%20West%20Africa%20-%20Hein%20de%20Haas.pdf>

Holland, Martin: The European Union and the Third World, Basingstoke 2002, 272 S.

Human Security Report Project (Hg.): Human Security Report 2005, War and Peace in the 21st Century, New York 2005, 170 S.
<http://www.humansecurityreport.info/index.php?option=content&task=view&id=28&Itemid=63>

Humboldt, Carmen: Afrikanische Diaspora in Deutschland. Eine explorative Studie zur Entstehung und Gegenwart transnationaler afrikanischer Communities in Köln und Umgebung, Berlin 2006, 292 S.

Kraas, Frauke: Megacities as Global Risk Areas, in: Petermanns Geographische Mitteilungen Heft 147, Gotha 2003.

Kundu, Amitabh / Sarangi, Niranjana: Migration, employment status and poverty: an analysis across urban centres, in: Economic and Political Weekly Jg. 42, Heft 4, 2007, S. 299-306.

Labelaoui, Hocine: La gestion des frontières en Algérie, in: Rapport de recherche CARIM 2008.
http://cadmus.eui.eu/dspace/bitstream/1814/8081/1/CARIM_RR_2008_02.pdf

Marfaing, Laurence / Hein, Wolfgang: Das EU-Einwanderungsabkommen – kein Ende der illegalen Migration aus Afrika, Giga-Focus-Global Nr. 8, Hamburg 2008.
http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_global_0808.pdf

Mattes, Hanspeter: Illegale Migration: Positionen und Bekämpfungsmaßnahmen der Maghrebstaaten, Giga-Focus-Nahost Nr. 9, Hamburg 2006.
http://www.giga-hamburg.de/dlcounter/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_nahost_0609.pdf

Schumacher, Tobias: A fading Mediterranean dream, in: EuropeanVoice vom 16. Juli 2009, S. 9

Schumacher, Tobias: Explaining Foreign Policy: German, Poland and the United Kingdom in Times of French-Inspired Euro-Mediterranean Initiatives, in: Hellenic Studies/Etudes Helleniques 17 (2), 2009, im Erscheinen.

Ullrich, Volker / Berié, Eva (Hg.), DIE ZEIT – Der Fischer Weltatmanach aktuell Afrika, 2.Aufl., Frankfurt am Main 2007, 192 S.

UNESCO/WWAP: Water for People, Water for Life. Executive Summary. The United Nations World Water Development Report. 1. Auflage, Paris 2003.
<http://unesdoc.unesco.org/images/0012/001295/129556e.pdf>

UNICEF: The State of World's Children 2008. Child Survival, New York 2007.
http://www.unicef.org/publications/files/The_State_of_the_Worlds_Children_2008.pdf

United Nations (Hg.): World Urbanization Prospects: The 2005 Revision, New York 2006.
<http://www.un.org/esa/population/publications/WUP2005/2005wup.htm>

Unmüßig, Barbara / Cramer, Stefan: Afrika im Klimawandel, GIGA-Focus-Afrika Nr. 2, Hamburg 2008, S. 1-8.
http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_afrika_0802.pdf

Weitere Literaturhinweise und Internetadressen finden Sie in der online-Version dieser Ausgabe unter dem Stichwort Publikationen auf www.bpb.de

Autorinnen und Autoren

Dr. Steffen Angenendt ist *Senior Associate* der Forschungsgruppe Globale Fragen der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Seine Forschungsfelder sind Migrations- und Integrationspolitik sowie Demographie. Aktuelle Schwerpunkte: europäische Migrationspolitik; außen- und sicherheitspolitische Aspekte demografischer Entwicklungen.
Kontakt: steffen.angenendt@swp-berlin.org

Dr. Matthias Basedau, ist seit 2002 wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Afrika-Studien in Hamburg, seit 2005 leitet er den Forschungsschwerpunkt „Gewalt und Sicherheit“. Forschungsinteressen sind neben dem regionalen Schwerpunkt subsaharisches Afrika, politische Parteien und Demokratieforschung sowie Ressourcenkonflikte und gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen ethnischen und religiösen Identitätsgruppen.
Kontakt: basedau@giga-hamburg.de

Fabian Böckler ist Politikwissenschaftler. Seine Arbeitsschwerpunkte sind die afrikanische Friedens- und Sicherheitsarchitektur, die Afrikanische Union, die *peacekeeping*-Missionen der AU und das Horn von Afrika.
Kontakt: fabian.boeckler@web.de

Dr. Matthias Brenzinger ist wissenschaftlicher Angestellter am Institut für Afrikanistik der Universität zu Köln. Seine Forschungsschwerpunkte sind Sprachensoziologie, kognitive Linguistik, Dokumentation bedrohter Sprachen und bimodale Kommunikation in Afrika.
Kontakt: matthias.brenzinger@uni-koeln.de

Bettina Conrad ist seit zehn Jahren in der Migrations- und Diasporaforschung tätig (2. Generation, „Cyber diasporas“, Ethnizität und Nationalismus, Exilpolitik, Rückkehr und Menschenrechte). Regionaler Schwerpunkt ihrer Arbeiten ist das Horn von Afrika, insbesondere Eritrea, und die weltweite eritreische Diaspora.
Kontakt: b.conrad@freenet.de

Dr. Bettina Dennerlein ist Professorin für *Gender Studies* und Islamwissenschaft am Orientalischen Seminar der Universität Zürich. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Sozial- und Kulturgeschichte der modernen arabischen Welt (18-21. Jahrhundert) mit Geschlechterforschung.
Kontakt: TanrioevenP@access.uzh.ch (Sekretariat)

Dr. Andreas Eckert hat den Lehrstuhl für die Geschichte Afrikas an der Humboldt Universität zu Berlin inne. Seine Forschungsschwerpunkte sind Geschichte Afrikas im 20. Jahrhundert, insbesondere Geschichte des Staates und Geschichte der Urbanisierung, Globalgeschichte, Geschichte der Arbeit.
Kontakt: andreas.eckert@asa.hu-berlin.de

Dr. Gero Erdmann ist Politikwissenschaftler, *Senior Research Fellow* am Giga Institut für Afrika-Studien, Leiter des Giga-Schwerpunktes 1 und Leiter des GIGA-Büros in Berlin. Seine Forschungsschwerpunkte sind politische Herrschaftsformen, Demokratisierung, Parteien und Parteiensysteme in Afrika.
Kontakt: erdmann@giga-hamburg.de

Dr. Sven Grimm ist Politikwissenschaftler und arbeitet seit 2005 als *Research Fellow* zum Thema Europäische Entwicklungszusammenarbeit und -governance, insbesondere mit Sub-Sahara-Afrika, am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik in Bonn. Aktuell befasst er sich mit *good governance*-Programmen der EU, vor allem in Ghana.
Kontakt: sven.grimm@die-gdi.de

Dr. Christof Hartmann ist Professor für Internationale Politik und Entwicklungspolitik mit Schwerpunkt Afrika an der Universität Duisburg-Essen. Zu seinen Arbeitsgebieten zählen politische Reformprozesse in Afrika und ihre Beeinflussung durch externe Akteure und entwicklungspolitische Strategien sowie die politische Rolle regionaler Abkommen in Afrika.
Kontakt: christof.hartmann@uni-due.de

Dominic Johnson ist Afrikaredakteur im Auslandsressort der Tageszeitung taz und hat vielfältig zum Thema und insbesondere zu den Konflikten im Kongo und der Region der Großen Seen Afrikas publiziert.
Kontakt: johnson@taz.de

Tobias Koepf ist Doktorand in der Forschungsgruppe Naher/Mittlerer Osten und Afrika der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Seine Arbeitsschwerpunkte sind die Außen- und Afrikapolitik Frankreichs sowie die Afrikapolitiken Großbritanniens und der Europäischen Union.
Kontakt: Tobias.Koepf@swp-berlin.org

Dr. Franz Kogelmann ist *Principal Investigator* der *Bayreuth Graduate School of African Studies* (BIGSAS). Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Religionswissenschaft I der Universität Bayreuth und leitet ein von der Volkswagen Stiftung gefördertes Projekt zum islamischen Recht in Afrika (www.sharia-in-africa.net). Seine Arbeitsschwerpunkte sind Islam in Afrika, zeitgenössische islamische Bewegungen und islamisches Stiftungswesen.
Kontakt: franz.kogelmann@uni-bayreuth.de

Dr. Tobias von Lossow ist Diplom-Politologe und Forschungsassistent der Institutsleitung der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Afrika südlich der Sahara, Klimawandel und Wasserknappheit.
Kontakt: tobias.vonlossow@swp-berlin.org

Dr. Laurence Marfaing ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am GIGA, Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg. Ihre Schwerpunkte sind Migration, Translokalisierung und Migrations- und Handelsstrategien im westafrikanischen Raum. Sie bearbeitet das Forschungsprojekt „Subsaharische Migranten in den ‚Transitstädten‘ des Sahel: von der Überlebens- zur Erfolgslogik“.
Kontakt: marfaing@giga-hamburg.de

Dr. Stefan Mair ist *Senior Fellow* der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin, Mitglied des Beirats der Initiative „Partnerschaft mit Afrika“ des Bundespräsidenten und gehört dem wissenschaftlichen Beirat des GIGA an. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Afrika südlich der Sahara, deutsche Außen- und Sicherheitspolitik, Global Governance.
Kontakt: stefan.mair@swp-berlin.org

Dalila Nadi ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum Moderner Orient in Berlin. Ihre Forschungsschwerpunkte sind sowohl globale Migrationsbewegung von China nach Afrika als auch Migrationen im und aus dem nordafrikanischen Raum. Sie bearbeitet das Forschungsprojekt „Entstehung neuer translokaler Arbeitsmärkte für Migranten“.
Kontakt: nadid@zedat.fu-berlin.de

Dr. Siegmund Schmidt ist Professor für Internationale Politik und Analyse und Vergleich politischer Systeme an der Universität Landau. 2003-2004 Inhaber des Willy-Brandt-Lehrstuhls des DAAD in Kapstadt/Südafrika. Mitglied im Verwaltungsrat des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED). Seine Forschungsschwerpunkte sind Entwicklung und Demokratie in Afrika, EU-Afrikapolitik, Entwicklungspolitik und Deutsche Außenpolitik.
Kontakt: schmidts@uni-landau.de

Dr. Tobias Schumacher ist *Senior Researcher* in Politikwissenschaft am *Centre for Research and Studies in Sociology* (CIES) am Lissaboner Universitätsinstitut (ISCTE). Seine Arbeitsschwerpunkte sind Internationale Beziehungen, die EU als internationaler Akteur, Außenpolitikanalyse, politische und wirtschaftliche Entwicklung in Nordafrika und Nahost, Euro-Mediterrane Beziehungen.
Kontakt: tobias.schumacher@iscte.pt

Dr. Denis Tull ist seit 2004 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe Naher/Mittlerer Osten und Afrika der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Seine Forschungsfelder umfassen Afrika südlich der Sahara, insbesondere West- und Zentralafrika, gesellschaftlichen und politischen Wandel, Demokratisierung, Kriege und Konflikte, externe Interventionen und *peacekeeping* sowie Afrikas internationale Beziehungen.

Kontakt: tll@swp-berlin.org

Dr. Flora Veit-Wild ist seit 1994 Professorin für afrikanische Literaturen und Kulturen an der Humboldt-Universität zu Berlin. Forschungsschwerpunkte: Literaturen des südlichen Afrika; komparatistische Studien zu anglophoner und frankophoner Literatur Afrikas; Surrealismus; Diskurse zu Körper, Gender, Sexualität, Wahnsinn und Gewalt; Literatur von Frauen; Stadtliteratur und neue Oralität; Fragen kultureller Übersetzung; Wissenschaftsgeschichte.

Kontakt: Veit-Wild@staff.hu-berlin.de

Dr. Annette Weber ist seit 2006 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Naher Osten und Afrika der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Zuvor war sie Koordinatorin des Ökumenischen Netzes Zentralafrika und Expertin für den Sudan und Uganda der

Menschenrechtsorganisation Amnesty International in London. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Somalia, Sudan, Staatlichkeit, Konfliktzusammenhänge und regionale Stabilität am Horn von Afrika.

Kontakt: Annette.Weber@swp-berlin.org

Dr. Isabelle Werenfels ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Ihr regionaler Arbeitsschwerpunkt sind die Maghrebstaaten. Inhaltlich forscht sie vor allem zu gesellschaftlichen und politischen Veränderungen in den Maghrebstaaten, zu islamistischen Bewegungen und Parteien sowie zur Kooperation zwischen europäischen und mediterranen Staaten.

Kontakt: isabelle.werenfels@swp-berlin.org

Korrektur

In den „Informationen zur politischen Bildung“ 302 „Afrika – Länder und Regionen“ hat der Fehler teufel zugeschlagen:

S. 20: Gambia hat **1,71** Millionen Einwohner

S. 41: Kamerun wurde nach Ende des **Ersten** Weltkriegs Frankreich und Großbritannien als Mandatsgebiet übertragen.

Impressum

Herausgeberin:

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Adenauerallee 86, 53113 Bonn, Fax-Nr.: 02 28/99 515-309, Internetadresse: <http://www.bpb.de>
E-Mail: info@bpb.de

Redaktion:

Jürgen Faulenbach, Christine Hesse (verantwortlich/bpb), Jutta Klaeren, Patrick Pilarek (Volontär)

Manuskript und Mitarbeit:

Steffen Angenendt, Berlin; Matthias Basedau, Hamburg; Fabian Böckler, Eupen (Belgien); Matthias Brenzinger, Köln; Bettina Conrad, Bayreuth; Bettina Dennerlein, Zürich (Schweiz); Andreas Eckert, Berlin; Gero Erdmann, Berlin; Sven Grimm, Bonn; Christof Hartmann, Duisburg; Christine Hesse, Bonn; Dominic Johnson, Berlin; Jutta Klaeren, Bonn; Tobias Koepf, Berlin; Franz Kogelmann, Bayreuth; Tobias von Lossow, Berlin; Laurence Marfaing, Hamburg; Stefan Mair, Berlin; Dalila Nadi, Berlin; Patrick Pilarek, Bonn; Siegmund Schmidt, Landau; Tobias Schumacher, Lissabon (Portugal); Denis Tull, Berlin; Flora Veit-Wild, Berlin; Mira Wallis, Bonn; Annette Weber, Berlin; Isabelle Werenfels, Berlin

Titelbild:

Linda Spokojny, KonzeptQuartier® GmbH, Fürth unter Verwendung von Fotos der Agenturen laif (Moschee, AU-Soldat und Rohstoff Coltan) und agenda

Kartenteil:

Ingenieurbüro für Kartographie, Dr. H.J. Kämmer, Berlin

Rückumschlag-Innenseite:

Leitwerk, Köln

Rückumschlag-Außenseite:

heimbüchel pr, Köln/Berlin unter Verwendung eines Fotos von Jean Paul Ferrero/Auscape/SAVE

Gesamtgestaltung:

KonzeptQuartier® GmbH, Art Direktion: Linda Spokojny, Melli-Beese-Straße 21, 90768 Fürth

Druck:

SKN Druck und Verlag GmbH & Co. KG, 26506 Norden

Vertrieb:

IBRo, Verbindungsstraße 1, 18184 Roggentin

Erscheinungsweise:

vierteljährlich, ISSN 0046-9408, Auflage dieser Ausgabe: 850 000

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

Juli 2009

Text und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

Der Umwelt zuliebe werden die Informationen zur politischen Bildung auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Achtung:

Seit dem 15. Juli 2008 hat die bpb einen neuen Versender!

Anforderungen bitte schriftlich an

Bundeszentrale für politische Bildung c/o IBRo, Kastanienweg 1, 18184 Roggentin, Fax: 03 82 04/66-273 oder E-Mail: bpb@ibro.de
Absenderanschrift bitte in Druckschrift.

Für telefonische Auskünfte (bitte keine Bestellungen) steht das Info-telefon der bpb unter Tel.: 02 28/99 515-115 von Montag bis Freitag in der Zeit von 8.30 bis 15.30 Uhr zur Verfügung.

Informationen über das weitere Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung / bpb erhalten Sie unter der im Impressum genannten bpb-Adresse.

Änderungen der Abonnementmodalitäten bitte melden an bpb@gebhard-mueller.de

SCHÜLERWETTBEWERB ZUR POLITISCHEN BILDUNG 2009 >>

Themen sind unter anderem:

- » China – faire Spielregeln für alle?
- » Du hast die Wahl!
- » Computerspiele – warum denn nicht?
- » Jugend in der DDR/Fall der Mauer
- » Schüler gegen Vandalismus
- » Politik brandaktuell – das freie Thema

Mitmachen können alle Klassen/Kurse der Stufen 5 bis 11 (in beruflichen Schulen auch Stufe 12)

Die Schülerinnen und Schüler sollen dabei Eigeninitiative entwickeln, die Lehrkräfte sich auf eine Hilfestellung beschränken.

Stolze 500 Gewinne:

z.B. zehn einwöchige Klassenfahrten u.a. nach Paris, Prag, Berlin und München – eine Woche volles Programm inklusive Unterkunft und Verpflegung! Außerdem gibt es Geldprämien bis zu 1.500 Euro, Sach- und Sonderpreise.



Mit reizvollen Themen, klar gegliederten Projekten und attraktiven Preisen hilft Ihnen der **Schülerwettbewerb der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb**, Ihre Schülerinnen und Schüler zu motivieren.

In Politik, Geschichte, Wirtschaft, Deutsch, Kunst, Religion, Philosophie, Ethik und anderen Fächern können Klassen, Kurse oder Arbeitsgemeinschaften ein Unterrichtsprojekt bearbeiten.

Dabei geht es darum, zu recherchieren, zu argumentieren und (in einer bestimmten Form) zu präsentieren. Auch Gruppenarbeiten sind möglich. **Alle Informationen** ab Juli unter www.schuelerwettbewerb.de

Die Wettbewerbshefte sind kostenlos im Klassensatz zu bestellen unter www.schuelerwettbewerb.de/bestellung oder per Post: **Schülerwettbewerb der bpb** Postfach 2345, 53013 Bonn